



# Protokoll

der 12. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 15. Mai 2024, um 9:00 Uhr

**Vorsitz:** *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*

**Abwesende:** *Barbara Heer (SP); Raoul I. Furlano (LDP); Gianna Hablützel-Bürki (SVP); Anina Ineichen (GAB); Lukas Bollack (GLP); Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP); Tonja Zürcher (GAB); Lorenz Amiet (SVP).*

## Verhandlungsgegenstände:

|    |  |    |
|----|--|----|
| 1. | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung .....  | 2  |
| 2. | Entgegennahmen und Zuweisungen .....   | 2  |
| 3. | Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Michela Seggiani, SP) .....  | 3  |
| 4. | Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Thomas Gander, SP) .....                                 | 4  |
| 5. | Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Thomas Gander, SP) .....  | 4  |
| 6. | Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht (Nachfolge für den verstorbenen Ernst Jost, SP),<br>Bericht der WVKo .....          | 5  |
| 7. | Bericht der Finanzkommission und der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats des Kantons<br>Basel-Stadt zur St. Jakobshalle ..... | 6  |
| 8. | Kantonale Volksinitiative "Basel baut Zukunft", Bericht der BRK .....  | 21 |



## Beginn der 12. Sitzung

Mittwoch, 15. Mai 2024, 09:00 Uhr

## 1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[15.05.24 09:00:24]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sehr geehrte Damen und Herren, Sie hören es, meine Stimme ist nicht in bester Verfassung, aber ich habe einen Statthalter. Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

### Neue Sitzordnung Regierungsrat

Die Sitzplätze auf der Regierungsbank wurden neu besetzt. Ich begrüsse ganz herzlich Mustafa Atici, unseren neuen Regierungsrat. [Applaus]

Mustafa Atici offeriert heute Morgen zur Feier des Tages den Kaffee.

*Balz Herter (Mitte-EVP):*

### Neue Ratsmitglieder

Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat begrüssen zu dürfen. Zaira Esposito übernimmt den Platz des zurückgetretenen Thomas Gander. Ich bitte Zaira Esposito sich kurz zu erheben. [Applaus]

Ich wünsche Zaira Esposito für ihre verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse sie herzlich willkommen im Rat.

### Anlass der Kulturgruppe

Am Mittwoch, 15. Mai, findet ein Anlass der Kulturgruppe statt, der erste im 2024. Das Co-Präsidium der Kulturgruppe des Grossen Rates freut sich, Sie zur heutigen Veranstaltung der Kulturgruppe im Museum Kultur und Spiel, dem MUKS, in Riehen einzuladen. Es erwartet Sie eine spannende Führung durch die Dauer- und Sonderausstellung zur Geschichte Riehens und die wundervollen Spielzeugwelten sowie ein Apéro zum Ausgang mit Gelegenheit zu Gesprächen.

Treffpunkt ist 18.40 Uhr im MUKS an der Baslerstrasse in Riehen. Die Tram-Nummer 6 fährt direkt dorthin an die Haltestelle Riehen Dorf.

Sandra Bothe nimmt Ihre Anmeldungen entgegen und steht Ihnen auch für Fragen zur Verfügung.

### Neue Interpellationen

Es sind 22 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen 47, 49, 54, 59, 60, 64 und 65 werden mündlich beantwortet.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen damit zur

### Tagesordnung

Der Grosse Rat beschliesst stillschweigend, die Tagesordnung zu genehmigen.

## 2. Entgegennahmen und Zuweisungen

[15.05.24 09:05:08]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahmen von neuen Geschäften und Zuweisungen an die Kommissionen vor.



#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die vorgeschlagenen Zuweisungen der neuen Geschäfte gemäss Ratsbüro zu genehmigen.

### **3. Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Michela Seggiani, SP)**

[15.05.24 09:04:00]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 3 bis 5 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Die Abstimmungen werden einzeln durchgeführt.

Für offene Wahlen braucht es eine Zustimmung eines Zweidrittelmehrers. Wir kommen zur Abstimmung.

#### **2/3-Abstimmung**

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**81 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003393, 15.05.24 09:05:08]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

offene Wahl.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben sich mit 81 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme für offene Wahlen entschieden.

Gemäss § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der ganzen Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf die Mitglieder der Fraktion der SP lauten. Für die Wahl als Mitglied der Regiokommission wurde von der Fraktion SP vorgeschlagen Zaira Esposito. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

#### **Abstimmung**

Wer Zaira Esposito wählen will, stimmt JA. Wer sie nicht wählen will, stimmt NEIN.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**86 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003395, 15.05.24 09:06:20]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Wahl von Zaira Esposito als Mitglied der Regiokommission.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben Zaira Esposito mit 86 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung in die Regiokommission gewählt. Ich wünsche ihr viel Erfolg und Freude im neuen Amt.



#### 4. Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Thomas Gander, SP)

[15.05.24 09:06:32]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Für die Wahl als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Hanna Bay. Wählbar sind nur Mitglieder der Fraktion SP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen, deshalb kommen wir direkt zur offenen Wahl.

##### Abstimmung

Wer Hanna Bay wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

##### Ergebnis der Abstimmung

**84 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003397, 15.05.24 09:07:24]

##### Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl von Hanna Bay als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben Hanna Bay mit 84 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung in die JDSK gewählt. Ich wünsche ihr viel Freude und Erfolg im neuen Amt.

#### 5. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Thomas Gander, SP)

[15.05.24 09:07:34]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Für die Wahl als Mitglied der Finanzkommission von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Ivo Balmer. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion SP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen, weshalb wir auch hier zur offenen Wahl schreiten.

##### Abstimmung

Wer Ivo Balmer wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

##### Ergebnis der Abstimmung

**85 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003399, 15.05.24 09:08:26]

##### Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl von Ivo Balmer als Mitglied der Finanzkommission.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Ivo Balmer wurde mit 85 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung als neues Mitglied der Finanzkommission gewählt. Ich wünsche ihm viel Freude und Erfolg in der Kommission.



## 6. Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht (Nachfolge für den verstorbenen Ernst Jost, SP), Bericht der WVKo

[15.05.24 09:08:40, 24.5112.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Wahlvorbereitungskommission beantragt, Stefan Kunz als Richter am Zivilgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer zu wählen. Eine inhaltliche Diskussion über kandidierende oder vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt.

Ich übergebe das Wort an den Präsidenten der Wahlvorbereitungskommission André Auderset. Er verzichtet. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Eintreten ist obligatorisch.

Gemäss § 31 Abs. 1 GO findet die Wahl geheim statt. Wenn nicht mehr Kandidatinnen oder Kandidaten vorgeschlagen sind, als gewählt werden können, kann der Grosse Rat mit zwei Dritteln der Stimmen offene Wahl beschliessen. Ich beantrage Ihnen auch hier eine offene Wahl. Wir kommen damit zur Abstimmung über die offene Wahl.

### 2/3-Abstimmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl

### Ergebnis der Abstimmung

**87 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003401, 15.05.24 09:10:21]

### Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben mit 87 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme offene Wahlen beschlossen.

Wir kommen damit zum eigentlichen Wahlgeschäft.

### Abstimmung

Wer dem Antrag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl von Stefan Kunz zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

### Ergebnis der Abstimmung

**78 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003402, 15.05.24 09:11:03]

### Der Grosse Rat beschliesst

Wiederholung der Abstimmung.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir wiederholen die Abstimmung.

### Abstimmung

Wer dem Antrag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl von Stefan Kunz zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

### Ergebnis der Abstimmung

**78 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003405, 15.05.24 09:11:51]



## Der Grosse Rat beschliesst

**Stefan Kunz** (geb. 1985, whft. in 4052 Basel) als nebenamtlichen Richter am Zivilgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2027 zu wählen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Stefan Kunz wurde mit 78 Ja-Stimmen ohne Nein-Stimmen als neuer Richter an das Zivilgericht gewählt. Ich wünsche ihm viel Freude und Erfolg im neuen Amt. [Applaus]

## 7. Bericht der Finanzkommission und der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats des Kantons Basel-Stadt zur St. Jakobshalle

[15.05.24 09:12:20, 24.5103.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Geschäftsprüfungskommission und die Finanzkommission beantragen, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Für die Finanzkommission hat das Wort deren Präsident Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Die Finanzkommission berichtet gemeinsam mit der Geschäftsprüfungskommission. Das ist zum ersten Mal der Fall, dass die beiden Oberaufsichtskommissionen einen gemeinsamen Bericht verfasst haben. Sie werden nachher dann auch vielleicht merken, wenn Sie den Voten meines GPK-Kollegen, dem Präsidenten und mir folgen, dass wir aber in der Aufteilung doch sehr deutlich feststellen können, dass der Hauptteil des Berichts von der Geschäftsprüfungskommission stammt, deshalb sitzt mein geschätzter Kollege Tim Cuénod auch auf dem Platz von Ihnen gesehen links, wo normalerweise die federführende Kommission sitzt. Tim Cuénod und ich haben uns aber abgesprochen, wie wir es uns aufteilen. Ich möchte vielleicht kurz zu Beginn darauf hinweisen, dass wir bei dieser gemeinsamen Untersuchung verschiedene Aspekte beleuchtet haben. Die Finanzkommission hat sich insbesondere um die Finanzaspekte gekümmert, hat dort genau hingeschaut, währenddem die GPK alle anderen oberaufsichtsrelevanten Punkte beleuchtet hat.

Grund für diesen Sonderbericht ist die Situation rund um die St. Jakobshalle. Alle die, die die Berichterstattung in den letzten Jahren verfolgt haben sowohl hier im Grossen Rat, aber auch aussen, haben festgestellt, dass es verschiedene Probleme mit der St. Jakobshalle gibt und bereits im Jahr 2020 war die St. Jakobshalle im Fokus einer Untersuchung einer Oberaufsichtskommission. Die GPK hat damals sehr ausführlich in ihrem Jahresbericht 2020 zum Thema Brandschutz berichtet, nachdem kurz zuvor ein Hiphop-Konzert kurzfristig abgesagt werden musste. Die ersten Aufzeichnungen zu Untersuchungen rund um die St. Jakobshalle finden sich in unseren Unterlagen, in Unterlagen von der GPK und Finanzkommission bereits im Jahr 2008. Wir befassen uns also insgesamt schon 16 Jahre mit dieser Halle und die Ursache, dass wir hier nun berichten, ist der Umstand, dass die Situation und die Entwicklung der St. Jakobshalle weiterhin unbefriedigend ist und entsprechend auch immer noch Anlass zu Kritik gibt. Tim Cuénod, der GPK-Präsident, wird nachher in seinen Ausführungen in der Chronologie auf diese Ereignisse sicher entsprechend eingehen.

So fanden dann auch in den letzten Jahren regelmässig Hearings zur St. Jakobshalle in den beiden Kommissionen statt, jeweils separat. Im Laufe des Jahres 2023 entschlossen sich die beiden Kommissionen dann zusammenzuarbeiten und auf einen gemeinsamen Bericht hinzuwirken. Hierfür gab es einerseits einen Austausch zwischen den Präsidenten, damals noch mit Christian von Wartburg und dann im Wechsel mit Tim Cuénod, und in beiden Kommissionen wurden Subkommissionen respektive Arbeitsgruppen gebildet, um dann auch gemeinsam diesen Bericht zu erarbeiten und ihn in gemeinsamen Sitzungen zu beschliessen.

Wir haben insgesamt in diesem Bericht 13 Feststellungen, aus welchen 12 Empfehlungen resultieren. Bei den Empfehlungen wird unterschieden zwischen Empfehlungen zur Prüfung, diese sind einfach umrandet, also so in etwa wie zu prüfen und zu berichten, und Empfehlungen zur Umsetzung, diese sind doppelt umrandet, also umzusetzen. Hier können wir als gängigen Vergleich Sie vielleicht daran erinnern, wie es ist im Grossen Rat mit den persönlichen Vorstössen, mit Anzügen und mit Motionen. Wir haben in diesem Sinne dann unterschieden und wenn Sie die Stellungnahme des Regierungsrates, die uns ja



seit Montagnachmittag vorliegt, gelesen haben, dann stellen Sie fest, dass auch der Regierungsrat diese Unterscheidung bereits erkannt hat. Besten Dank dafür.

Nun vielleicht zu den Geschehnissen aus Sicht der Finanzkommission. Hier geht es ja vor allem darum, dass die Finanzkommission immer dann zum Zuge kommt, wenn ein finanzrechtlicher Status als gebunden beantragt wird seitens des Regierungsrates. Wenn also der Regierungsrat der Meinung ist, dass gemäss Finanzhaushaltsgesetz eine Ausgabe nicht neu ist, dann ist sie der Finanzkommission vorzulegen und nicht mehr dem Grossen Rat, weshalb einige Nachträge, die für die St. Jakobshalle in der Vergangenheit gesprochen worden sind, auch nicht hier im Grossen Rat behandelt wurden, sondern abschliessend von der Finanzkommission beschlossen wurden. Das geht in der Diskussion, auch wenn man mit Medienschaffenden dann diskutiert, manchmal etwas unter, dass dann in solchen Fällen eben nicht mehr der Grosse Rat, sondern die Finanzkommission zu beschliessen hat. Und nur wenn die Finanzkommission entscheidet, dass eine Ausgabe nicht als gebunden bezeichnet werden kann, sondern als neu, dann muss der Regierungsrat darauf, wenn er an dieser Ausgabe festhalten will, dem Grossen Rat hierzu einen Ratschlag unterbreiten. Die entsprechenden Kriterien dazu finden Sie im Finanzhaushaltsgesetz.

Die Finanzkommission, wenn ein solcher Antrag dann aber vorliegt seitens des Regierungsrates, beurteilt den Antrag nicht inhaltlich. Das ist eine wichtige Unterscheidung auch zur Debatte im Grossen Rat. Die Finanzkommission beurteilt dann nur, ob der vom Regierungsrat beantragte finanzrechtliche Status korrekt ist. Deshalb haben wir auch bei der St. Jakobshalle, bei diesen Nachträgen, die gesprochen worden sind, seitens der Finanzkommission in den vergangenen Jahren nicht darüber befunden, ob diese sinnvoll oder nicht sinnvoll sind, ob sie von der Höhe angemessen sind, sondern lediglich, ob der finanzrechtliche Status korrekt war. Im Bericht schlüsseln wir deshalb auf, was in der Finanzkommission seit Beschluss des Grossen Rates im Januar 2015 alles für Nachträge durch die Finanzkommission genehmigt wurden. Insgesamt geht es hier, und das ist doch beachtlich, um Summen von über 23 Millionen Franken.

Begonnen hat es im Jahr 2017. Sie können sich erinnern, der Grosse Rat hat einige Jahre zuvor den Ratschlag zur Sanierung genehmigt und im Jahr 2017 musste ein erstes Mal ein Antrag des Regierungsrates auf eine gebundene Ausgabenerhöhung in Höhe von 2,9 Millionen Franken in der Finanzkommission bewilligt werden. Es ging damals um Schadstoffsanierungen des Bodens und um Akustikelemente. Dieser Nachtrag wurde unter anderem damit begründet, dass der Bodenbelag mit Schwermetallen belastet sei, man musste deshalb den gesamten Hallenboden sanieren und die staubbelasteten Akustikelemente ersetzen.

Im 2018 kam es dann zu einem weiteren doch sehr grossen Nachtrag. Die Finanzkommission bekam dort einen Antrag des Regierungsrates auf eine gebundene Ausgabe in Höhe von 9,94 Millionen Franken. Hierfür wurden unvorhersehbare Umstände und Erfahrungen aus dem laufenden Betrieb geltend gemacht. Gemäss dem damaligen Schreiben des Bau- und Verkehrsdepartements waren dies die Verteuerung von Brandschutznachweisen, der Ausbau der Events, Nachforderungen, aber auch die Behindertenzugänglichkeit, die Akustik und technische Ausrüstung und Installationen sowie Mobiliar. Dazu kamen aber auch Vergabe-Misserfolge und Reklamationen von Veranstaltern. Hierfür gab es dann auch eine sehr umfassende Begründung seitens des Regierungsrates, wobei schon damals in der Finanzkommission Kritik laut wurde, man aber eben dem Status gebunden nicht widersprechen konnte. Immerhin gab der Regierungsrat aber schon damals zu, dass die Grobschätzungen für technische Einrichtungen und für das Mobiliar beispielsweise falsch waren.

Für die Finanzkommission war bei der Beratung dieses Nachtrages insbesondere störend, dass der Regierungsrat respektive das Bau- und Verkehrsdepartement noch im April 2018, also knapp fünf Monate davor, der Finanzkommission gegenüber mitgeteilt hat, dass sowohl terminlich als auch finanziell alles im Lot sei, obschon die Finanzkontrolle bereits anfangs 2018 diesbezügliche Bedenken, ich komme noch darauf, angemeldet hat. Erst Ende Juni dieses Jahres 2018, so das BVD gegenüber der Finanzkommission, habe man dann offenbar festgestellt, dass das zur Verfügung stehende Budget nicht ausreicht. Es ist leider nicht das erste Mal, und ich muss das doch in aller Deutlichkeit sagen, dass uns gegenüber als Finanzkommission bestätigt wird, dass man die Kosten und den Zeitplan im Griff hat und sich kurz darauf herausstellt, dass dies dann eben doch nicht so ist.

Für die Finanzkommission war es schon damals kaum nachvollziehbar, dass notwendige Nachbesserungen erst im Juni 2018 bekannt geworden sind und man uns gegenüber im April davon noch nichts berichtet hat. Man hat sich damals wohl zu sehr auf den Generalplaner verlassen und sich erst zu spät gefragt, ob das Geld ausreicht und erst dann eine Analyse in die Wege geleitet, obschon die Alarmglocken eben schon früher läuteten. Dass bei einem solchen Grossprojekt niemand von der Verwaltungsseite den Überblick über die Kostenentwicklung hat, ist eigentlich aus unserer Sicht unvorstellbar und dass für die Behindertenzugänglichkeit, um nur ein Beispiel zu nennen, im Verlauf des Baus signifikante und logische Nachbesserungen gemacht werden müssen, schien schon damals für die Finanzkommission sehr irritieren, da man beim Umbau einer solchen Halle davon ausgehen kann, dass diese zu Beginn ausreichend behindertengerecht projektiert und gebaut wird.

Schliesslich kam es dann im Mai 2021 zu einem erneuten Antrag der Erhöhung der Ausgabenbewilligung zuhanden der Finanzkommission. Dieses Mal in der Höhe von 8,7 Millionen Franken sowie 2,222 Millionen Franken, welche direkt durch den Regierungsrat bewilligt worden sind über die sogenannt gebundenen Investitionen. Diese erneute Erhöhung der Ausgabenbewilligung war notwendig für unvorhersehbare Mehrkosten, unter anderem noch einmal wegen dem Brandschutz,



wegen Nutzerinteressen, Technik und Infrastruktur und Behebung von Schwächen, die erst im laufenden Betrieb erkannt werden konnten.

Der Finanzkommission wurde auch damals ein sehr detaillierter Bericht zu den Mehrkosten zugestellt. Weil sich aus diesem Antrag diverse Fragen ergaben, wurde beschlossen, ihm zwar einerseits zuzustimmen, weil die Ausgabenerhöhung als gebunden betrachtet werden konnte oder bezeichnet werden konnte, dass man dann eben das Thema aber mit der GPK weiter vertiefen will. Und ungeachtet davon war schon damals, und das hat sich nun auch in diesem Bericht abgebildet, für die Finanzkommission eine klare Erwartungshaltung, dass man künftig bei Anträgen an die Finanzkommission zum finanzrechtlichen Status auch Varianten als Entscheidungsgrundlagen wünscht. Wir wünschen uns einerseits mehr Details in den Anträgen, da ist man uns auch teilweise schon nachgekommen, wir haben dies allerdings im Bericht auch als Empfehlung K nochmals entsprechend festgehalten und wir erwarten, ich spreche da für beide Kommissionen, dass bei künftigen Anträgen an die Finanzkommission Varianten als Entscheidungsgrundlage dann vorgelegt werden.

Das Projekt, welches als ursprünglich mit 105 Millionen Franken veranschlagt und von Ihnen bewilligt wurde, kostet jetzt bereits mit dem durch den im Grossen Rat im Jahr 2022 genehmigten Zusatzratschlag von 7,5 Millionen und den erwähnten knapp 23 Millionen Franken via Finanzkommission bereits 141 Millionen Franken. Also auch dieses Projekt des Kantons Basel-Stadt wurde deutlich teurer, es handelt sich hierbei um eine Steigerung von 34 Prozent.

Nun zum Schluss auch noch ganz kurz zur Finanzkontrolle. Die Finanzkontrolle hat ihn diesem Geschäft ebenfalls regelmässig den beiden Oberaufsichtskommissionen berichtet. Sie war in diesem Geschäft tätig und hat uns auch entsprechend wertvoll unterstützt und ich möchte hier nun auf einen sehr aufschlussreichen Prüfbericht aus dem Jahr 2022 berichten, welche uns im Januar 2023 dann auch vorgestellt wurde. Die Finanzkontrolle hat damals Nachträge vertieft geprüft und 15 verschiedene Werkvertragsgattungen und alle damals verfügbaren Nachträge, es waren 271 analysiert, und sie musste zum Beispiel feststellen, dass die Unterlagen gegenüber der Finanzkontrolle nicht vollständig vorlagen. Es fehlten im Projektcontrolling Verträge, Nachträge, Rechnungsbelege und die Verbindungen zwischen Nachträgen und Rechnungen waren nur mit erheblichem Aufwand und dem nötigen Fachwissen nachweisbar. So wurde in einer bauseitigen Kontrolle im Oktober 2020 beispielsweise festgestellt, dass die gemeldeten Baukosten etliche Fehler aufweisen, welche korrigiert werden mussten, und hierbei handelt es sich um Korrekturen in der Höhe von doch immerhin über 211'000 Franken.

So wurden beispielsweise aber auch Nachträge ohne konkrete Begründungen genehmigt oder aber auf ein nachvollziehbares und griffiges Projektcontrolling verzichtet. Hätte man darauf nicht verzichtet, hätte man Abweichungen rascher erkennen und handeln können. Erst nach langer Projektdauer wurden erste Projektrisiken explizit benannt, jedoch ohne diese mit Massnahmen zu versehen. Hier liegt doch ein deutliches Versagen der Verantwortlichen vor.

Beim Brandschutz stellt die Finanzkontrolle fest, dass mehrere detaillierte Prüfberichte der basellandschaftlichen Gebäudeversicherung immer wieder mit Hinweisen versehen wurden, was fehlt beziehungsweise wo noch Nachweise fehlen. Die Brandschutzplaner waren aber mit diesen Berichten und Hinweisen offensichtlich teilweise überfordert.

Und schliesslich wurde auch das Kostenmanagement unterschätzt beziehungsweise es existierten ungenügende Kostenreserven und trotz Hinweisen durch die Finanzkontrolle waren keine Massnahmen ersichtlich, sondern im Gegenteil, es wurden Fehler bei anderen gesucht, ohne die Mängel bei der Projektleitung der St. Jakobshalle zu analysieren. Das zeigt, dass die Verantwortlichen des Gremiums ihre Aufsichtspflicht sicher nur ungenügend nachgekommen sind. Immerhin gibt ja auch die Regierung in ihrer jetzt uns zugestellten Stellungnahme zu, dass die Verantwortlichen auf Stufe Departementsleitung in ihrer Aufsicht versagt haben.

Umso unverständlich ist es für uns auch, dass wir in dieser langen Zeit dieses Geschäftes immer noch, wenn wir den heutigen Stand der Dinge betrachten, grosse und gravierende Mängel haben. Wir haben das gerade jetzt auch im Zusammenhang mit dem Sieg der Schweiz am Eurovision Song Contest leider wieder feststellen müssen, dass beispielsweise die Situation mit diesen Hängepunkten an den Decken für die Deckenlast immer noch nicht geklärt ist. Aber auch viele andere Dinge, die für uns als Geschäftsprüfungskommission und Finanzkommission eigentlich logisch sein sollten, sind noch immer nicht behoben. Es ist für uns beispielsweise unverständlich, dass man im Haus keine Pommes frites frittieren kann. In der Halle in Zürich werden 35 Tonnen Pommes frittiert, in Basel ist es kein einziges Pommes frites, das, glauben wir, ist doch ein substanzialer Mangel in der Überlegung auch der Planung. Wenn man dann noch sieht, dass andere Dinge wie gefährliche Treppen, fehlende Handläufe und die bereits erwähnte fehlende Behindertenfreundlichkeit erst nach langen zusätzlichen baulichen Massnahmen behoben werden konnten und dies dann auch Teil dieser Nachträge war, dann müssen wir schon feststellen, dass hier Mängel vorhanden waren, die eigentlich nicht hätten vorhanden sein sollen.

Insofern wünschen wir uns seitens der Finanzkommission, dass die von den beiden Oberaufsichtskommissionen nun gemachten Feststellungen und Empfehlungen tatsächlich auch ernst genommen werden, dass der Regierungsrat auch in Bezug auf das Dreirollenmodell wirklich überprüft, was sinnvoll und richtig und besser sein könnte. Wir haben ja nun mit diesen verschiedenen doch eklatanten Preissteigerungen auch zum Beispiel eben beim Biozentrum, aber auch damals beim Departement Biomedizin, wo wir das Darlehen, die Kreditsicherungsgarantie entsprechend erhöhen mussten, ja einige doch unerfreuliche Erkenntnisse schon auch adressieren können.



Wir danken aber dem Regierungsrat, dass er offen ist gegenüber unseren Empfehlungen, zumindest so kann ich diese Stellungnahme interpretieren. Die Finanzkommission hatte noch keine Gelegenheit, die Stellungnahme als Kommission zu behandeln, sie wird das sicher bei nächster Gelegenheit auch machen und das Angebot des Austauschs entsprechend wahrnehmen.

Wir bitten Sie heute, und damit leite ich über an den Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission, unserem Bericht und den Empfehlungen entsprechend zuzustimmen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es liegt eine Zwischenfrage von David Jenny vor. Nehmen Sie diese an? Sie wird angenommen.

*David Jenny (FDP):* Herr Präsident der Finanzkommission, war der Verzicht auf Pommes frites-Herstellung nicht rückblickend positiv zu werten im Sinne der jüngsten Ernährungserziehungspläne unserer Regierung?

*Joël Thüring (SVP):* Sie sind einer grossen Verschwörung auf der Spur, David Jenny, bleiben Sie dran.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit hat Tim Cuénod das Wort.

*Tim Cuénod (SP):* Den Dank des Präsidenten der Finanzkommission für die gute Zusammenarbeit kann ich nur erwidern. Besonders auch möchte ich den Mitgliedern beider Kommissionen danken, die an diesem Bericht mitgewirkt haben und den ganzen Prozess begleitet haben. Die Geschäftsprüfungskommission hat sich schon oft mit der St. Jakobshalle auseinandergesetzt. Folgend möchte ich mich auf die Aktivitäten beschränken, die seit dem Ende der Sanierung stattgefunden haben, eine Sanierung, für die bekanntlich nach wie vor keine definitive Baukostenabrechnung vorliegt.

In ihrem Jahresbericht 2019 hat die GPK moniert, dass das Ziel, die St. Jakobshalle als grösste multifunktionale Halle für Sport und Events auf dem Markt zu positionieren, noch in keiner Weise erreicht sei. Das Erziehungsdepartement hat auf die erhöhten Betriebskosten verwiesen, das sei nicht voraussehbar gewesen, die verschiedenen baulichen Mängel, den Wandel des Marktes sowie den fehlenden Brandschutznachweis QSS4, der für eine volle Hallenbenutzung Bedingung sei. Die GPK hat sich damals überrascht gezeigt, dass wichtige Grundlagen für die optimale Marktposition der Halle erst noch erarbeitet werden mussten.

Im Berichtsjahr 2020 hat sich die GPK ausführlich mit dem fehlenden QSS4-Brandschutznachweis auseinandergesetzt. Zu diesem Zweck hat sie Einsicht in die relevanten Unterlagen verlangt und mit den beteiligten Akteuren Gespräche geführt. Eine Eigenheit, die bekanntlich der St. Jakobshalle ist, dass sie sich im Besitz des Kantons Basel-Stadt befindet, aber auf dem Gemeindegebiet von Münchenstein, Baselland, liegt. Deshalb war für die Erstellung der Betriebsbewilligung und die Freigabe des Gebäudes die Baselbieter Gebäudeversicherung zuständig. Die GPK hat sich damals besorgt darüber gezeigt, dass der QSS4-Brandschutznachweis nach wie vor nicht erteilt worden sei zum damaligen Zeitpunkt. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass sich die Pandemie für die St. Jakobshalle als eigentlicher Glücksfall erwiesen hat, und zwar in dem Sinne, dass ein Reputationsschaden vermieden werden konnte, keine Veranstaltungen wegen des fehlenden Brandschutznachweises oder anderen Mängel abgesagt werden mussten und die Zeit für bauliche Nachbesserungen genutzt werden konnte.

Nachdem sich die GPK im Rahmen ihrer Berichterstattung zum Jahr 2020 insbesondere mit der Problematik des Brandschutzes auseinandergesetzt hatte, hat sie sich im Jahr 2022 für die Betriebsführung der St. Jakobshalle und die Kostensituation im Zusammenhang mit deren Umbau interessiert, gerade auch im Zusammenhang und in Bezug auf den Ratschlag betreffend die Ausgabenbewilligung für die Realisierung zusätzliche Modernisierungsmassnahmen in der St. Jakobshalle vom 29. Juni 2022. Zu diesem Zweck hat sie ein Hearing mit dem Vorsteher und dem Generalsekretär des Erziehungsdepartements durchgeführt sowie mit dem Geschäftsführer der St. Jakobshalle. Mit Besorgnis hat sie dann den Bericht der Finanzkontrolle vom 23. Januar 2023 zur Kenntnis genommen, der ein erschreckendes Bild der Bautätigkeit des Bau- und Verkehrsdepartements im Zusammenhang mit diesem Bauprojekt gezeichnet hat.

Dies hat die GPK zum Anlass genommen, um am 30. März 2023 ein weiteres Hearing zur St. Jakobshalle mit Regierungsrat Conradin Cramer, dem Generalsekretär des Erziehungsdepartements, dem Geschäftsführer der St. Jakobshalle sowie dem Abteilungsleiter Hochbau, dem Projektmanager Kultur und Sport und dem Leiter Verwaltungsvermögen im Finanzdepartement durchzuführen. Im Zentrum standen die Fragen zur Kommunikation zwischen der Bauherrschaft und der Projektleitung sowie zum Kostennachtragsvertrag und Projektmanagement.

Die GPK hat in ihrer Sitzung am 27. April eine Subkommission eingesetzt und Andrea Strahm zu deren Präsidentin gemacht. Die weiteren Mitglieder in der Subkommission waren bis zum 6. September 2023 Erich Bucher und Laurin Hoppler, weiter



Beat Schaller, Alexandra Dill ab 6. September, Oliver Thommen ab gleichem Datum und meine Wenigkeit ab 4. Januar dieses Jahres. Insgesamt hat die Subkommission der GPK sechs Sitzungen abgehalten. Zusätzlich hat sie Abklärungen vorgenommen und verschiedene Unterlagen bei der Verwaltung für ihre Untersuchung eingefordert. Die GPK und die Finanzkommission haben in der Folge beschlossen, diesen gemeinsamen Bericht zu verabschieden. Das ist nun geschehen am 7. März 2024, die Verabschiedung des vorliegenden gemeinsamen Berichtes. So viel zur Chronologie im Vorfeld der Berichterstattung und zu den Tätigkeiten der GPK.

Man kann sagen, dass die grössten Fehler in einer frühen Phase geschehen sind. Bekanntlich hat der Ratschlag über die Ausgabenbewilligung, über die in diesem Haus 2014 und 2015 befunden wurde, man muss sagen, dass die Grundlagen dieses Berichtes, der damals verabschiedet wurde, in mehrerer Beziehung als absolut ungenügend bezeichnet werden müssen. Es gab keine Informationen im Ratschlag über die veränderte Marktlage im Sinne davon, dass es Expansionsbestrebungen vieler anderer Hallen gab, die Kostenschätzung war ungenügend und es fehlt auch jeder Hinweis darauf, dass da eine Unschärfe vorhanden sein könnte. Wir wissen heute vor allem, dass viele wesentliche Dinge nicht vorgesehen waren in dieser Bestellung, dass die Massnahmen, die getroffen wurden, für den Brandschutz ungenügend waren, dass Fluchttreppen und Handläufe fehlten, dass die Deckenlast, die vorgesehen war, ungenügend ist, was sich ja heute auch auswirkt und ein grosses Thema ist, das zwar nachgebessert werden kann, aber es ist jedes Mal mit hohen Kostenfolgen verbunden, dass die Lüftung nicht ersetzt worden ist und, und, und. Also die Liste der Mängel in der Bestellung, die ist auf jeden Fall sehr gross. Und es ist insofern besonders stossend, dass im Gegensatz zum Projektierungskredit von 2011 ein massiver Ausbau vorgesehen worden ist, dies mit der Marktlage begründet worden ist und die dann aber gleichzeitig zu wenig offengelegt wurde. Man hat damals besonders versucht, ganz grosse Events an Land zu ziehen. Wir stellen heute fest, dass die St. Jakobshalle vor allem im Bereich mittelgrosse Events gewisse Erfolge hat, aber nicht die Grossevents oder nur wenige Grossevents, für die dieser Ausbau nun wirklich nützlich ist.

Man muss sagen, dass das Dreirollenmodell, und der Regierungsrat ist daran, das zu überarbeiten, in manchen Beziehungen ungenügend ist. Man muss sich ja fragen, wieso konnte es zu diesen Fehlern überhaupt kommen und das hat schon viel zu tun vielleicht mit mangelnden Projektmanagementkapazitäten, aber auch mit der Zusammensetzung eines Preisgerichtes. Da gab es eindeutig eine Überhand des Baudepartements. Das Finanzdepartement war mit dem Leiter Verwaltungsvermögen vertreten, das Erziehungsdepartement war in gewissen Gremien, aber nicht im Leitungsausschuss, also es gibt dieses Übergewicht des Bau- und Verkehrsdepartements. Wenn man die Protokolle liest, hat man auch den Eindruck, dass schöne Architektur wichtiger war als funktionale Aspekte, aber man kann dem Erziehungsdepartement nicht eine starke Kritik ersparen. Insbesondere hat der Leiter der St. Jakobshalle uns gegenüber mehrfach betont, dass er das sogenannte Architekturbuch, also die Bestellung dessen, wie, was gebaut werden sollte, damals unterschrieben hat, ohne sie gelesen zu haben. Das ist natürlich eine erhebliche Verfehlung auf jeden Fall. Er hat gesagt allerdings, ihm fehlte das Knowhow, ihm fehlte die Unterstützung, da kann man sich auch fragen oder da gibt es wirklich Zweifel und mehr als Zweifel, ob die Aufsicht durch seinen direkten vorsitzenden damaligen Leiter des Erziehungsdepartements genügend war. Wir sagen, sie war klar ungenügend und entsprechend sind hier Fehler passiert. Wir haben im Nachgang zur Fertigstellung unseres Berichtes festgestellt, dass Herr Kast dieses Dokument übrigens nicht selbst unterschrieben hat entgegen seiner Aussage, sondern ein Angestellter von ihm, ein gewisser Herr Reichenstein, war. glaube ich, der Name, und in diesem Sinne, das ändert aber natürlich nichts an der Feststellung, dass hier eine wesentliche Verantwortung nicht wahrgenommen worden ist.

Kurz, in dieser Frühphase sind die grössten Fehler passiert. Man muss aber sagen, dass die Informationspolitik des Regierungsrates auch in jüngerer Zeit sehr ungenügend war. Diese Kommunikation jetzt gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen der Finanzkommission von immer neuen Nachtragskrediten liess den Eindruck erwecken, dass die Wahrheit eben nur sehr scheinbar ans Licht kommt, dass keine Gesamtschau vorgenommen wird, dass man immer noch nur das zugibt zum Teil, was man zugeben muss, und dass man immer mehr zunehmend das Gefühl hat, man weiss nicht, woran man endgültig ist. Man kann sich wirklich die Frage stellen angesichts des heutigen Preisschildes, ob sich der Grosse Rat für das Sanierungsprojekt 2014/2015 in der bestehenden Form entschieden hätte oder nicht. Dies ist aber Spekulation und ist nicht Gegenstand unsere Abklärung.

Ich möchte im Wesentlichen aber vor allem eingehen noch auf die Feststellung in unserem Bericht und erlaube mir vielleicht ein paar Worte noch zu verlieren zu den Antworten des Regierungsrates. Wir sind dem Regierungsrat insgesamt sehr dankbar für den Bericht, denken aber dennoch, dass wir nicht alle Feststellungen in der vorliegenden Form wahrscheinlich teilen können. Auch wir haben es nicht ausführlich besprochen, aber ich denke, dass wir hier über sämtliche Parteigrenzen hinweg doch einen recht grossen Konsens haben. Wir haben festgestellt, dass die Verantwortlichen, insbesondere zum Zeitpunkt der Vorlage des Ratschlages im September 2014, zu wenig über das Marktumfeld informiert haben und die Strategie der St. Jakobshalle entsprechend ausgerichtet haben. Und zweitens, die Kommission hat festgestellt, dass zumindest die Projekte in Lausanne und Zürich zwingend hätten mitberücksichtigt werden müssen. Man sagt zwar in der Antwort des Regierungsrats, dass diese Projekte dort nur teilweise vergleichbar waren, die Marktsituation nicht vollständig vergleichbar war, aber man hätte doch die Prognosenungenauigkeiten genauer darlegen müssen. Wir denken, es wäre dringend notwendig gewesen zu informieren über die veränderte Marktlage, wie sie sich 2014 dann präsentiert hat.

Dann die Empfehlung A. Die Kommissionen empfehlen zu prüfen, ob bei einem in einem marktwirtschaftlichen Umfeld operierenden Projekt der Regierungsrat dem Grossen Rat die Businesspläne und Marktanalysen mit dem Ratschlag vorlegt.



Uns ist selbstverständlich klar, dass das nicht öffentlich geschehen kann, dies sollte aber zumindest gegenüber den Kommissionen unter Wahrung der Geheimhaltung geschehen, so dass sie sich zumindest ein Bild machen können, ob sie die Annahmen, die in einem solchen Ratschlag getroffen worden sind, überprüfen können, ob das ansatzweise realistisch ist oder nicht, ob man vielleicht versucht, einzelne Akteure unbedingt zu halten, was ja erfreulicherweise auch gelungen ist, oder ob man wirklich Annahmen trifft, die sich dann als realistisch erweisen. Das muss eine Kommission überprüfen können, bevor sie Gelder in einem erheblichen Umfang spricht.

Empfehlung B. Bei Ratschlägen an den Grossen Rat ist eine Aktualisierung der Entscheidungsgrundlagen festzuhalten, der zu entnehmen ist, ob und wie sich diese Entscheidungsgrundlagen im Vergleich zu früheren Ratschlägen verändert haben. Ich denke, das ist eine Selbstverständlichkeit und hier geht es nicht primär nur um Nachtragskredite, diese Kritik richtet sich wesentlich auch auf die Ausgabenbewilligung 2014 und 2015, wo diese Aktualisierung nicht vorgenommen worden ist.

Wie gesagt, Empfehlung C., bereits bei der Zusammensetzung eines Preisgerichts bei Projekten im Dreirollenmodell muss zwingend eine Vertretung der Nutzerschaft vorgesehen werden. Prioritär müssen der Verwendungszweck und die Tauglichkeit eines Projektes für ebendiesen Zweck beurteilt werden. Der Regierungsrat ist daran, das Dreirollenmodell quasi, wie gesagt, zu überarbeiten. Uns beunruhigt ein wenig oder mich beunruhigt ein wenig, wir haben sie als Gesamtkommission nicht angeschaut, dass man den Eindruck bekommt, also der Regierungsrat räumt zwar ein, bei der Zusammenstellung des Preisgerichts wird darauf geachtet, dass die Vertretung der Nutzer, das Departement und weitere externe Fach- und Preisrichter die Kompetenzen und Erfahrungen mitbringen, um Verwendungszweck und Tauglichkeit dieses Projekts überprüfen zu können.

Das ist schon so, aber auf die Empfehlung D hin, Nutzerbedürfnisse sind höher zu gewichten als die städtebaulichen und architektonischen Kriterien, antwortet der Regierungsrat schon sehr klar, schon heute werden in sämtlichen Bauprojekten im Rahmen des Dreirollenmodells die Nutzerbedürfnisse sehr hoch gewichtet. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass sich Nutzerbedürfnisse und eine hohe Baukultur nicht ausschliessen sollten. Den letzten Satz unterschreibt wohl jeder, aber gerade im vorliegenden Projekt, und über mehr können wir nicht urteilen, ist deutlich, dass die Nutzerbedürfnisse eben nicht sehr hoch gewichtet waren. Wie da die Verantwortlichkeiten liegen zwischen Bau- und Verkehrsdepartement und Erziehungsdepartement, dies ist nicht eine Frage, die wir vollkommen abschliessend beantworten müssen, aber ich denke, es gibt eine Gesamtverantwortung des Regierungsrates in der Zusammensetzung eines Preisgerichtes und es gibt die Verantwortung des Erziehungsdepartements in Bezug auf die Leute, die sie dort delegiert.

Wie gesagt, wir stellen fest, ich kürze ein wenig ab, dass die Leitung der St. Jakobshalle über die Bedürfnisse des Betriebs sowie die Voraussetzung für ein gutes Funktionieren in Zukunft am besten Bescheid wusste und in der Projektleitung eingebunden war. Ob ihre Positionierung und Bauorganisation genügend war, um die Interessen der St. Jakobshalle massgeblich einbringen und durchsetzen zu können, ist fraglich. Die Unterzeichnung des projektrelevanten Dokuments ohne vorgängige Prüfung, das habe ich bereits erwähnt, stellt eine grobe Nachlässigkeit dar und angesichts der direkten Unterstellung des Geschäftsführers der St. Jakobshalle unter dem ED-Vorsteher ab 2012 gibt es hier eine Mitverantwortung des Regierungsrates und eine mangelnde Wahrnehmung der Aufsicht durch den damaligen Regierungsrat. Der Regierungsrat teilt diese Einschätzung und das zeigt ja auch, dass unser Bericht in mancher Beziehung ausgesprochen sorgfältig formuliert war.

Die Kommissionen erwarten, dass sämtliche projektrelevanten Dokumente vor der Unterzeichnung gelesen werden sollten, das ist eine Selbstverständlichkeit, und wir stellen fest, dass trotz aller Nachtragskredite die St. Jakobshalle im Januar 2024 nicht dem Standard einer Event- und Sporthalle in jeder Beziehung entspricht, die also nicht in jeder Beziehung das liefert, was sie bringen sollte und nicht in jeder Beziehung mithalten kann. Natürlich ist die St. Jakobshalle ein Multifunktionshallenkomplex, der sehr unterschiedliche Aufgaben wahrnimmt. Wir stellen auch fest, es gibt jetzt eine Betriebsanalyse, es gibt einen Beirat, wir können zu wenig sagen, wie gut jetzt betriebswirtschaftlich die St. Jakobshalle unterwegs ist. Was wir aber sagen können, ist, dass es in der St. Jakobshalle nach wie vor erhebliche Mängel gibt, sei es bei der Deckenlast, sei es bei der Lüftung und weitere Nachbesserungen wird bedürfen.

Wir sind auch ein wenig überrascht, dass der Regierungsrat nicht unbedingt eine Umfrage bei Veranstaltungen von Kultur- und Sportanlässen und des Breitensports zur Evaluierung noch bestehender Probleme und Bedürfnisse durchführen möchte. Ich denke, das wäre durchaus angebracht. Angesichts dessen, dass doch immer wieder wesentliche Punkte zum Vorschein kommen, wäre hier eine Gesamtschau nicht schädlich und eine Umfrage, um eine entsprechende Evaluation zu machen.

Wie gesagt, zu der Feststellung 8 und Empfehlung G, das Problem der Deckenlast ist nicht behoben und die Kommissionen erwarten, dass das Problem zeitnah gelöst wird. Ob das vor dem European Song Contest nächstes Jahr geschehen kann, das können wir jetzt auch nicht beurteilen. Was klar ist, diese Probleme lassen sich möglicherweise durch kurzfristige Investitionen und zusätzliche Stützmassnahmen beheben, aber es macht die Sache deutlich teurer und angesichts dessen, dass wir heute wissen, dass es einen Wandel gibt im Veranstaltungsmanagement, das heisst, dass insbesondere Veranstaltungsorte immer mehr Geld zahlen müssen, um überhaupt Anlässe zu bekommen, die SRG will ja quasi den European Song Contest fast versteigern, wenn ich das richtig verstanden habe in der Medienberichterstattung, dann stelle ich fest, ist der Preis, den wir in Basel zahlen müssen, wenn wir diesen European Song Contest wollen, doch noch einmal erheblich grösser.



Wie gesagt, wir haben sonst zu den letzten Feststellungen die immer noch nicht vorhandene Baukostenabrechnung. Wir hoffen, dass die wirklich bis Juni 2024 fertiggestellt nun ist. Und zu den weiteren Empfehlungen möchte ich mich jetzt einigermassen kurzhalten, auch angesichts der fortgeschrittenen Zeit und weil die wesentlichen Punkte bis hierhin erwähnt worden sind. Ich danke auf jeden Fall meinen Kommissionskolleginnen und -Kollegen nochmal recht herzlich für die Zusammenarbeit und freue mich sehr auf die Diskussion.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Die Geschichte dieses Projekts, die reicht weit zurück. Ich denke, das sieht man auch an der Chronologie des Berichts, der ja im 2008 ansetzt, zum Teil sogar früher. An dieser Stelle wirklich auch ein grosses Danke an die Kommissionen für ihre Arbeit. Die war auch nicht ganz einfach, weil viele der damaligen Exponenten auf Fachebene, aber natürlich auch auf politischer Ebene heute nicht mehr in diesen Funktionen sind und so wurde diese Spurensuche definitiv nicht einfacher. Einfach hier noch ein grosses Danke auch für die grosse Arbeit.

Dass die Geschichte so weit zurückreicht und viele der Exponenten nicht mehr tätig sind in dieser Funktion, ist auch der Grund, weshalb wir uns in unserem Bericht weniger auf die Vergangenheit konzentriert haben, sondern eben auf die Zukunft. Wir haben uns ganz mit diesen konkreten Forderungen und Empfehlungen der Kommissionen auseinandergesetzt und wollten Ihnen auch zeitnah eine Einschätzung vorlegen. Das haben wir gemacht, indem wir den Bericht vorgestern vorgelegt haben mit dem Blick auf die heutige Debatte.

Die Kernaussage ist relativ schlicht und klar, wir wollen aus der Vergangenheit lernen. Ein Teil der Massnahmen ist bereits umgesetzt. Sie wissen auch, dass wir uns mit dem Thema Bauen auch im Rahmen des Neubaus Biozentrum intensiv auseinandergesetzt haben und ein Teil der Massnahmen steht bevor oder sind noch im Gange. Ich darf einfach exemplarisch ein paar davon nennen, Sie finden mehr davon im Bericht der Regierung.

Was ja immer wieder Thema ist, ist das Dreirollenmodell. Ich glaube, an sich ist das Dreirollenmodell richtig, weil es braucht einen Vertretenden, der die Nutzenden vertritt und sagt, was braucht es eigentlich. Es braucht das Finanzdepartement, das auch sagt, was ist überhaupt finanziell möglich, was wollen wir uns leisten, und natürlich das Bau- und Verkehrsdepartement mit der Expertise zum Thema Bauen. Das System an sich, denke ich, ist richtig, aber wir müssen die Zuständigkeiten und Kompetenzen schärfen, überprüfen, weil wenn es da nicht ganz klar ist, wer, wann, welche Aufgabe hat, dann kann es eben zu Schwierigkeiten kommen. Wir sind aktuell daran, das zu untersuchen, die Federführung dort liegt beim Finanzdepartement.

Dann ist auch klar, Thema Kosten und Terminreserven. Auch das haben wir heute gehört, das müssen wir künftig näher an die Risikoanalyse anlehnen, einfach um noch etwas Luft zu haben, weil Bauen eben immer wieder Unvorhergesehenes bringt. Dann müssen wir ganz unbedingt die Kompetenzen auch der Nutzenden stärken. Es ist nicht in jedem Departement einfach so, dass es Leute gibt, die sich mit dem Thema Bauen auskennen oder die schon einmal eine Eventhalle gebaut haben, also auf der Nutzendenseite der jeweiligen Departemente müssen wir die Menschen befähigen, auch ihre Rolle wahrzunehmen. Auch das möchten wir unbedingt stärker berücksichtigen bei laufenden, aber auch bei künftigen Projekten.

Was bereits erfolgt ist, wir haben unsere Projektmanagementtools überprüfen lassen extern beim Baudepartement und da wurden uns Empfehlungen mitgegeben. Ein Teil davon haben wir schon umgesetzt und bei einem Teil sind wir dran. Also wir lassen uns natürlich auch extern spiegeln, um zu sehen, wo wir uns verbessern können, weil etwas können Sie uns glauben, auch wir möchten alle Projekte in der Zeit und im Budget abschliessen.

Ich spreche heute auch natürlich in Vertretung des Erziehungsdepartements und des Finanzdepartements, die ja im Dreirollenmodell in diesem Projekt beteiligt waren. Einige der Empfehlungen sind ans Erziehungsdepartement gegangen, einige ans BVD und einige ans FD. Ich kann Ihnen aber versichern, dass der gesamte Regierungsrat sich dieser Herausforderung bewusst ist und wir wollen, wie gesagt, uns im Bauern verbessern.

Es ist mir wichtig, hier noch einfach die Relation doch auch zu zeigen. Wir haben im Moment 170 laufende Projekte im Hochbau. Weitaus der grösste Teil dieser Projekte schliesst im Budget und in den Terminen ab, aber jedes einzelne, das es nicht schafft, ist natürlich äusserst ärgerlich und gerade so grosse Projekte wie die St. Jakobhalle oder das Biozentrum haben natürlich auch eine öffentliche Wirkung. Das ist klar und wie gesagt, wir wollen lernen aus diesen. Ein Learning ist, früher auf Sie zuzukommen bei Schwierigkeiten. Wir haben heute gehört, dass es natürlich ärgert, wenn man gar keinen Entscheidungsspielraum mehr hat und das ist etwas, was wir mitnehmen, dass wir früher kommen, Sie früher informieren. Etwas, was wir jetzt auch beim Naturhistorischen Museum/Staatsarchiv machen, indem wir schon jetzt sagen, wir haben dort Herausforderungen und wir kommen mit etwas auf Sie zu, wo Sie auch noch ja oder nein sagen können. Das ist sicher wichtig, dass Sie diesen Entscheidungsspielraum haben.

Kommen wir zurück zur St. Jakobshalle. Die erwartete Auslastung dieses Jahr ist ja erfreulich und wir bewerben uns für die Durchführung des European Song Contest. Wir haben auch mit der sanierten St. Jakobshalle wirklich etwas zu bieten hier in



Basel und parallel dazu werden wir daran arbeiten an diesen Verbesserungsmaßnahmen, unter anderem zur Deckenlast. Auch die Baukostenabrechnung, die dürfen Sie Mitte Jahr erwarten. Es ist nicht so, dass wir einfach so langsam rechnen oder irgendwie nicht die Zahlen zusammenzählen können, sondern dass wir zum Teil auch Vergleiche mit Firmen haben. Man hat zum Teil Rechtsstreitigkeiten, alle Rechnungen müssen auch eingetroffen sein, wir müssen da wirklich komplett abschliessen können, bis wir Ihnen eine Schlussrechnung präsentieren können. Wie gesagt, das erwarten wir auf Mitte Jahr.

Und noch ein letzter Gedanke. Wir werden nie aufhören können, in die St. Jakobshalle zu investieren. Jede grössere Institution wie auch das Theater, die Technik hat, die Events beherbergt, die braucht regelmässig Updates, die Anforderungen verändern sich und nicht jede neue Anforderung ist unbedingt ein Versäumnis aus der Gegenwart. Was wir jetzt tun müssen, ist das Sanierungsprojekt St. Jakobshalle abschliessen und dann wieder entscheiden, was investieren wir und da braucht es diesen klaren, sauberen Schnitt. Aber ich darf Ihnen jetzt schon sagen, wir werden nie aufhören können, in die St. Jakobshalle zu investieren, weil wir auch up to date bleiben möchten, um eben auch attraktiv zu sein für Sport und/aber auch andere Events.

Nun bin ich gespannt auf die Debatte. Nochmals vielen Dank für die Arbeit und ich werde mich bei Bedarf nochmals mit einem Votum melden.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir kommen somit zu den Fraktionsprechenden. Als erste hat sich eingetragen Andrea Strahm von der Fraktion Mitte/EVP.

*Andrea Strahm (Mitte-EVP):* Ich möchte nicht nochmal wiederholen, was Sie jetzt schon gehört haben von den beiden Präsidenten und Regierungsrätin Esther Keller. Es war ausgesprochen spannend, das erste Mal zusammen mit der Finanzkommission diesen Bericht zu erstellen, er wurde auch einstimmig verabschiedet. Sie können sich vorstellen, wir waren 26 Leute, es war nicht ganz einfach.

Ich möchte trotz allem, Sie haben das jetzt schon gehört, nochmal auf dieses Dreierrollenmodell eingehen und dabei auch wirklich betonen, die jetzige Regierung war in die Startphase nicht involviert und wie es auch Regierungsrätin Esther Keller gesagt hat, die GPK kann das bestätigen, hat das auch festgestellt, beim Naturhistorischen Museum und Staatsarchiv ist die Nutzervertretung vorhanden und ist auch wirklich präsent. Das bedingt aber natürlich auch, dass ein Erziehungsdepartement die Nutzervertretung organisiert und bereitstellt. Man kann die Nutzervertretung nicht einfach jemandem wie dem Leiter der St. Jakobshalle überbinden und gleichzeitig hat er noch alle anderen Jobs wahrzunehmen, die ihm ohnehin schon auferlegt worden sind. Damals waren die Nutzervertreter aber nicht vertreten, das war ganz klar das Preisgericht, ich habe das wirklich im Detail angeschaut, das war ausschliesslich aus Architekten bestückt. Das Hochbauamt war prominent vertreten und entsprechend wurde auch das Preisgericht zusammengesetzt und entsprechend war auch dann der Gewinner ein Architekt und die Nutzerinteressen kamen erst auf unterer Stufe im Projektteam tatsächlich zum Tragen und das war sichtlich zu spät.

Wir sind jetzt zur Ansicht gekommen, wir brauchen eine Standortbestimmung oder wir hätten gerne eine Standortbestimmung, was braucht es denn jetzt noch, wo sind noch Mängel und dann könnte man auch einen Kredit beantragen, um diese Mängel noch zu beheben und wir würden das gut finden. Regierungsrätin Esther Keller hat jetzt gesagt, sie möchten andere Wege wählen, gut, wir hoffen einfach, dass diese St. Jakobshalle bald dem Stand der Technik entspricht und auch wirklich funktionieren kann.

Ich möchte jetzt doch angesichts der Aktualität noch auf die Dachlast eingehen, weil diese Dachlast wurde ja verschiedentlich thematisiert und leider hat auch Herr Dürr von act entertainment in einem Interview gesagt, sie genügen nicht. Es geht also nicht nur um die Pommes frites von Kollege David Jenny, es geht auch um wesentlich einschneidendere Mängel. Aber dazu muss gesagt sein, diese Dachlast kann man natürlich jederzeit aufrüsten und das wurde auch immer wieder gemacht und es gibt auch andere Locations, die aufrüsten müssen, wenn ein Event wie jetzt ebendieser Contest kommt, ob jetzt das Zürich ist oder eine andere Halle. Also die Aufrüstung der Dachlast ist machbar und auch die Pommes frites bei den Swiss Indoors, die werden halt ausserhalb der Halle frittiert, aber das ist aufwendig und macht alles sehr viel teurer.

Damit möchte ich Sie nicht weiter in Anspruch nehmen. Sie haben von den beiden Präsidien ausführliche Informationen erhalten, der Bericht liegt Ihnen vor und falls noch Fragen sind, stehen wir natürlich alle gerne zur Verfügung.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit geht das Wort an Michela Seggiani von der Fraktion SP.

*Michela Seggiani (SP):* Stellen Sie sich vor, es wäre bereits Sommer 2025 und wir könnten mit Freude und Stolz auf einen gelungenen Eurovision Song Contest zurückblicken, der in der St. Jakobshalle in Basel stattgefunden hat und die extra einberufene Arbeitsgruppe, notabene resultierend aus Feststellung 8 im vorliegenden Bericht, hätte die Problematik



Deckenlast effizient und nachhaltig beheben können. Auch der extra für die Marktpositionierung einberufene Beirat hätte unbürokratisch und zügig Schlüsse gefunden, das ist gemäss Feststellung 7, was zu einer deutlich höheren Auslastung führte, was für uns im Grossen Rat, in den Oberaufsichts- und Sachkommissionen aber von genau so grosser Relevanz wäre, und ich sage das explizit als Wunschzukunftsvision, dass aus den Erkenntnissen aus der unbefriedigenden Sanierung der St. Jakobshalle Schlüsse zugunsten von allen weiteren laufenden und zu planenden grossen Bauprojekten gezogen wurden und vor allem zugunsten der Bevölkerung, welche diese Halle als Sport- und Eventhalle ja bezahlen und nutzen kann und soll.

Zurück in die Gegenwart. Ich freue mich, wenn der Nach-Nachfolger des ED-Vorstehers von 2012 Hand bietet, gemeinsam mit dem BVD den Standard einer Sport- und Eventhalle zu erlangen. Der Ausblick in der Stellungnahme aus dem Bericht stimmt positiv und ich bin froh, dass die Regierung viele Feststellungen mit den Oberaufsichtskommissionen teilt. Deshalb sind wir vorsichtig zuversichtlich. Ich möchte mich auch bei beiden Oberaufsichtskommissionen und der Arbeitsgruppe für ihre sorgfältige Arbeit, aus welcher ja der vorliegende Bericht resultiert, bedanken.

Die SP-Fraktion sieht das Dreirollenmodell, es wurde heute schon ein paarmal erwähnt, immer noch als ein sehr gutes und geeignetes Modell an. Wir gehen hier einig mit der Regierung. Dennoch muss hier die Theorie der Praxis angepasst werden. Der Einbezug der Eigentümerschaft, der Nutzer und Bauherrschaft muss eine saubere Sanierung gewährleisten und nicht dazu dienen, dem jeweils anderen die Schuld für ein Misslingen zu geben. Eine Koordination wäre in jedem Fall hilfreich. Auch wäre es schön, wenn die Überprüfung des Dreirollenmodells noch in dieser Legislatur abgeschlossen werden könnte.

Ich möchte noch auf eine Empfehlung im Bericht, Empfehlung D, besonders hinweisen, nämlich dass die Nutzendenbedürfnisse höher zu gewichten sind als städtebauliche und architektonische Kriterien, auch wenn sie sich im besten Fall nicht gegenseitig ausschliessen. Schauen wir also gemeinsam, dass die unrühmliche Geschichte St. Jakobshalle ein Happyend findet und wir einer positiven Zukunft entgegenblicken können, ob mit dem ESC 2025 oder nicht.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit geht das Wort an Tobias Christ von der Fraktion GLP.

*Tobias Christ (GLP):* Ich kann mich eigentlich voll und ganz meiner Vorrednerin anschliessen und diese vorsichtige Zuversicht, die die SP-Fraktion geäussert hat, das gilt auch für die GLP. Wir danken den Kommissionen für diesen sorgfältigen Bericht. Wir stellen uns voll und ganz hinter die Feststellungen und Empfehlungen und sind insbesondere auch wie die anderen froh über die positive Aufnahme durch die Regierung.

Was sagen wir als GLP sonst inhaltlich zu diesem Bericht. Natürlich ist es ärgerlich, wenn Bauprojekte nicht so funktionieren, wie sie sollten, wenn das Budget nicht eingehalten werden kann, usw., wenn Fehler passieren, aber da wollen wir nicht noch weiter in die gleiche Kerbe hauen, das ist, denke ich, uns allen klar, sondern wir wollen den Blick auf die Zukunft richten, wie das auch schon Regierungsrätin Esther Keller in ihrem Votum getan hat. Es gilt wirklich die nötigen Lehren jetzt daraus zu ziehen, die Verbesserungen vorzunehmen, einerseits was zukünftige Bauprojekte betrifft, andererseits natürlich auch die St. Jakobshalle so zu verbessern, dass sie wirklich ihren Zweck erfüllen kann.

Das bringt mich noch auf ein weiteres Thema an die Adresse all derjenigen, die sich jetzt im Besserwissen üben und sagen, ja, warum kann die Halle das und das nicht, warum ist das und das nicht möglich, warum ist dieser Fehler passiert. Da wollen wir nochmal betonen, dass wir als GLP voll und ganz hinter diesem Ziel stehen, dass die Halle mehrere Funktionen erfüllen soll. Sie soll Sportanlässen dienen können, soll eine Konzerthalle sein, sie soll Grossanlässen wie Generalversammlungen dienen können, das war von Anfang an das Ziel. Das ist es immer noch und das ist aus unserer Sicht auch sehr wichtig und sehr sinnvoll. Deshalb betonen wir das nochmal so stark, weil es geht auch wirklich darum, dass man so Ressourcen schonen kann. Wenn die St. Jakobshalle alle diese Sachen erfüllt, dann haben wir wirklich einen effizienten Standort, mit dem man sehr viele Bedürfnisse abdecken kann und ich denke, das ist wirklich wichtig und im Interesse von uns allen.

In dem Sinne können wir auch ein Stück weit dieser Argumentation folgen, die auch noch einmal in der Stellungnahme der Regierungen zum Ausdruck gekommen ist, dass wenn man diese vielen Zwecke hat, die man einhalten muss, man kann nicht für jeden dann perfekt sein, das ist einfach nicht möglich. Natürlich soll das nicht die Kritik schmälern und die Feststellungen und Empfehlungen, die im Bericht drin sind, damit hat das nichts zu tun. Das soll man anschauen und machen, aber trotzdem nochmal an die Adresse der Kritiker, die immer alles besser wissen.

Und noch ein letzter Punkt. Zur Aufarbeitung dieser ganzen Geschichte, die ja grundsätzlich aus unserer Sicht jetzt gut gelaufen ist, wollen wir davor warnen, dass man zu sehr die Verantwortung für Fehler bei einzelnen Personen sucht. Natürlich gehört das teilweise dazu, aber man muss sich einfach bewusst sein, es ist nicht so sehr zielführend. Erstens einmal kommt persönliche Kritik, die so in der Öffentlichkeit in der Form geäussert wird, meistens nicht wirklich so gut bei den Leuten an, dass sie dann nachher wirklich die nötigen Schlüsse daraus ziehen, sondern es löst Abwehrreflexe aus. Es ist natürlich auch ein schlechter Stil, aber das wurde auch schon gesagt, insbesondere von Esther Keller. Jetzt sind diese Leute alle nicht mehr im Amt, die für so eine Kritik in Frage kämen. Ich will es ja eben nicht machen, deshalb ist es mindestens jetzt



für den Kanton ganz praktisch gesehen wirklich nicht zielführend und bringt gar nichts, darauf wollen wir in Zukunft verzichten.

Nochmal zusammenfassend, wir sind auch positiv optimistisch. Wir wünschen uns, dass man die nötigen Lehren zieht für zukünftige Bauprojekte und wir wünschen uns eine Verbesserung der St. Jakobshalle, sofern das nötig ist und möglich ist. Und allerletzter Punkt, wir sollten auch ein bisschen stolz sein auf die St. Jakobshalle und auf die gute Arbeit, die trotz allem hier geleistet worden ist mit der Sanierung.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Tobias Christ, es liegt eine Zwischenfrage von Oliver Thommen vor. Nehmen Sie diese an? Sie wird angenommen.

*Oliver Thommen (GAB):* Vielen Dank zur Kritik. Ihnen ist schon bekannt, dass der ehemalige ED-Vorsteher heute Regierungspräsident ist und durchaus auch angesprochen werden kann und vielleicht irgendwann auch etwas über die Kritik lernt?

*Tobias Christ (GLP):* Ja, das ist mir bewusst, aber eben nicht mehr im Amt, in dieser Funktion mindestens.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Das Wort geht an Laurin Hoppler vom GAB.

*Laurin Hoppler (GAB):* Was bisher geschah: In den letzten Folgen unserer hoffentlich nicht unendlichen Serie über die Bauprojekte des Kantons sahen wir eine Reihe von schiefgelaufenen Abenteuern, vom Neubau des AUE über die Sekundarschule Sandgruben bis zum hochkarätigen Biozentrum. Wir erlebten die Höhen und Tiefen bei der Sanierung des Theater Basels, ein Drama, das das Publikum in Atem hielt. Und jetzt in der heutigen Folge steht die St. Jakobshalle im Rampenlicht.

Als Sprecher der GAB-Fraktion möchte ich zu diesem Sonderbericht auch noch ein paar Worte anbringen. Der Bericht zur St. Jakobshalle zeigt deutlich, dass wir es hier wieder einmal nicht nur mit einem einzelnen missglückten Projekt zu tun haben, sondern mit einem systematischen Problem im Bauwesen unseres Kantons. Es ist schon fast ein Déjà-vu, immer wieder stossen wir auf dieselben Probleme, anfängliche Fehlplanung und Fehlbudgetierung. Die wiederkehrenden Muster führen dazu, dass das Vertrauen in den Kanton und die Regierung, wenn es ums Bauen geht, immer mehr Flöten geht. Und das nicht nur in der Politik, sondern auch in der Bevölkerung. Eigentlich das Gegenteil, was man mit diesen Projekten, mit diesen Leuchtturmprojekten erreichen möchte.

Speziell dieser Bericht wirft ein kritisches Licht auf die Aufsicht und Führung beim Bauprojekt der St. Jakobshalle. Viele Mängel wurden festgestellt und es ist einmal mehr klar, dass dieses Modell so nicht wirklich funktioniert. Besonders bedenklich war dabei die Rolle des ED-Vorstehers, der die oberste und direkteste Kontrolle und Übersicht hatte und dennoch entscheidende Aspekte übersehen hat. Dies stellt ein klares Versäumnis dar, dass wir nicht unbeachtet lassen dürfen. Die wiederholten Fehlplanungen und die mangelnde Einbeziehung vergleichbarer Projekte, wie zum Beispiel das Gebäude in Lausanne und Zürich, zeigen, dass von Anfang an grundlegende Fehler gemacht wurden.

Es ist fast ironisch, dass wir immer wieder mit den gleichen Problemen konfrontiert sind. Dokumente werden unterschrieben, ohne dass sie adäquat gelesen oder verstanden werden, grobe Fehlritte, die enorme Summen verschlingen, es ist langsam, aber sicher, das zeigt, dass die Verantwortlichen nicht aus diesen wiederkehrenden Fehlern lernen und nachhaltig strukturelle Veränderungen vornehmen. Diese Empfehlungen der Kommission müssen jetzt endlich auch in die Praxis umgesetzt werden. Ich werde sie an dieser Stelle nicht noch einmal alle aufzählen.

Ich fordere im Namen der Fraktion Grün-Alternatives Bündnis die Regierung auf und alle Beteiligten, die Forderungen und Empfehlungen der beiden Kommissionen ernst zu nehmen und umzusetzen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit geht das Wort an Beat K. Schaller von der Fraktion SVP.

*Beat K. Schaller (SVP):* Wir haben doch jetzt einiges an Kritik gehört, lassen Sie mich mein Votum beginnen mit einer positiven Bemerkung. Die St. Jakobshalle wurde saniert und sie steht trotzdem noch. Das Projekt ist gekennzeichnet von Schwierigkeiten, Mängeln und Kostenüberschreitungen. Böse Zungen haben mir gesagt, wieso braucht es da überhaupt noch eine Kommission, das ist doch ein ganz normales Basler Bauprojekt. Das können wir nicht per se vollständig als falsch



bezeichnen und trotzdem, Gott sei Dank, haben die beiden Aufsichtskommissionen näher hingeschaut. Es sind rund um die Joggelihalle Vorfälle ans Licht gekommen, Aussagen gemacht worden, welche wir nicht unkommentiert stehenlassen dürfen. Und damit Sie mich hier jetzt nicht falsch verstehen, es ist sehr wichtig, dass das richtig überkommt, es geht in diesem Votum nicht um ein Bashing der Verantwortlichen. Was geschehen ist, ist geschehen oder mein Lieblingssmotto, wir können die Vergangenheit nicht ändern, wir können nur ändern, wie wir damit umgehen. Der Bericht der beiden Kommissionen, auch die jetzige Debatte soll dazu dienen, Schwachstellen des Projektes klar und deutlich zu benennen, damit solches in Zukunft nicht mehr geschehen möge. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Lassen Sie mich ein paar Punkte näher beleuchten. Die Regierung schickte am Montag dieser Woche ihre Reaktion auf den Bericht der Kommissionen, also zwei Tage vor der Grossratsdebatte. Sie schreibt einen bemerkenswerten Satz: Es mussten Kriterien wie Kosten und Qualität zwangsläufig dem strikten Terminplan untergeordnet werden. Ja, nur gerade zwei Tage vor einer schwierigen Debatte eine Stellungnahme zu veröffentlichen, ist sehr knapp. Wir in der SVP lassen uns aber nicht davon abhalten, die Qualität nicht hinten anzustellen. Wir begrüssen das Streben des Regierungsrates, die Sanierung so zu etablieren, dass keine Schlüssevents verloren gingen. Das ist hier auch gelungen und das finden wir gut so. Dass er aber einen Gegensatz konstruiert zwischen Erhalt von Schlüssevents und Kosten und Qualität, das ist doch eher bedenklich. Die Qualität der Ausführung zu einem Spielball zu machen, sie gegebenenfalls in die hinteren Ränge zu verschieben, das können wir nicht nachvollziehen. Solange einem Veranstalter keine höheren Kosten entstehen oder er mit höheren Kosten einverstanden ist, ist es im wurstegal, wie viel der Kanton ausgibt. Er will eine qualitativ gute Infrastruktur. Dass hier offiziell bestätigt wird, dass die Qualität nicht immer an erster Stelle steht, lässt mich sprachlos. Ja, ich rede jetzt trotzdem weiter.

Zuerst zu den Kosten. Ein lieber Freund von mir, der erst kürzlich leider viel zu früh verstorben ist, war im staatlichen Bauunternehmen auf privatwirtschaftlicher Seite beteiligt und er sagte mir einmal, im Rahmen seiner Ausbildung habe er einen Kurs besucht mit dem Titel «Keine Angst vor Nachtragskrediten». Man kann also den staatlichen Stellen Schätzungen abgeben, von denen man weiss, dass sie ungenau sind, das ist das eine. Dass aber diese staatlichen Stellen diese Zahlen Mal für Mal entgegennehmen und in ihren Ratschlägen dem Grossen Rat unterbreiten, finden wir falsch und das muss endlich korrigiert werden. Es ist genau das, was uns in der SVP so sauer aufstösst. Wir können uns bei Grossprojekten nicht auf die Kostenschätzungen verlassen. Die Frage ist nicht, kommen Nachtragskredite, die Frage ist, wann und wie viel. Und das ist ja auch eine der Empfehlungen des Berichts, Kostenprojektionen sollen realitätsnäher erarbeitet werden, auf Deutsch, bringen Sie doch endlich bitte einmal schon vom Anfang an Zahlen, auf welche einigermassen Verlass ist.

Dann zur Qualität noch einmal. Vor Jahren in einem Management-Seminar haben wir darüber diskutiert, was ist Qualität und kamen zum guten Schluss, ein einprägsamer Satz: Qualität ist liefern, was man versprochen hat. Da hapert es in diesem Projekt gewaltig. Schauen wir doch einmal, wie die beiden Kommissionen die Qualität, das Lieferergebnis beurteilen. In der Tabelle auf Seite 3 finden sich Ausdrücke wie: nicht erfüllt, Ziel verfehlt, beide Ziele verfehlt, Ziel erreicht, aber schädlich für das Projekt, Ziel langfristig in Frage gestellt. Sie können sich selbst ein Bild machen, ob hier von guter Qualität die Rede ist. Wie vorher ich gesagt habe, wichtig ist aber, was lernen wir daraus.

Schauen wir uns noch einmal die Antworten des Regierungsrats zu den Empfehlungen und Forderungen an. Er schreibt zu den Kostenvorhersagen: Neu werden auch die Machbarkeitsstudien standardmässig einem Kostencheck unterzogen. Ja, wow. Voraussagen werden einem Check unterzogen. Ich habe gedacht, das sei selbstverständlich, wenn man Kostenschätzungen abgibt in Millionenhöhe, dass man da noch einmal prüfen lässt, ob diese Schätzungen einigermassen verhalten.

Zu den Feststellungen 1 und 2, dass der Regierungsrat sich zu wenig über das Marktumfeld orientiert habe, schreibt er, das sei beim Ratschlag offenbar zu wenig klar offengelegt worden. Wir begrüssen es, dass er hier den Kommissionen Recht gibt und Besserung gelobt. Die Empfehlung beim Preisgericht, die Nutzerseite verstärkt einzubinden, ja, Sie haben es bereits gehört, da sind widersprüchliche Aussagen im Raum. Wir in den beiden Kommissionen haben klar festgestellt, das ist nicht oder nicht genügend geschehen, der Regierungsrat sagt ja, das sei geschehen, wir werden da am Ball bleiben.

Dann zur Unterzeichnung eines projektrelevanten Dokumentes, dieses Architekturbuch. Das wurde uns gezeigt, das ist also mehrere Zentimeter dick, es ist klar, dass ein Verantwortlicher nicht jedes Detail kennen kann. Er muss aber mit dem Inhalt soweit vertraut sein, dass er die matchentscheidenden Fragen stellen kann. Das ist im vorliegenden Fall anscheinend nicht geschehen. Unseres Erachtens liegt hier ein klarer Systemfehler vor und wir finden es auch richtig, dass in dieser Sache der damalige politische Vorgesetzte des Geschäftsführers nicht ungeschoren davonkommt, sondern mit einer wohlverdienten Kritik bedacht wird. Immerhin, wir begrüssen die positive Reaktion des Regierungsrats zu diesem Kritikpunkt.

Erstaunen löst auch die Antwort aus auf die Empfehlung F, eine Umfrage unter den Veranstaltern durchzuführen. Der Regierungsrat wehrt sich dagegen, er bezweifelt den Nutzen einer solchen Umfrage und schreibt sinngemäss, die Vertretungen der Benutzer würden dann ihre jeweiligen Bedürfnisse bestmöglich erfüllen wollen. Ja, bitte, was wollen Sie denn, wovor hat der Regierungsrat Angst? Natürlich will jemand, der eine Infrastruktur mietet, die bestmögliche Infrastruktur haben und es ist ein gutes Recht, dann auch seine Anforderungen einzubringen. Also wir stehen da voll hinter dieser Forderung, jetzt noch einmal eine Umfrage zu machen und schauen, wo können wir noch den letzten Schliff anbringen.



Ich komme zum Schluss. Die Untersuchungsergebnisse der beiden Kommissionen sind zu umfangreich, um sie einzeln zu kommentieren. Ich lege Ihnen aber sehr ans Herz, legen Sie sich diesen Bericht einmal unters Kopfkissen, lesen Sie ihn in Ruhe durch. Er ist sehr erhellend, sehr aufschlussreich und zeigt klar, wo es bei uns bei Grossbauprojekten noch harzt. Wir erwarten vom Regierungsrat, dass er dem Versprechen, welches er in seiner Stellungnahme abgegeben hat, auch Taten folgen lässt und vor allem, dass diese Taten in Bezug auf Kosteneinhaltung und Termintreue endlich auch sichtbar werden. Er hat ja jetzt Gelegenheit bei den anstehenden Grossbauprojekten, diesen Worten Taten folgen zu lassen.

Ich bitte Sie, den Bericht zu genehmigen und die Empfehlungen zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Ich danke Ihnen dafür.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Für die LDP hat das Wort Olivier Battaglia.

*Olivier Battaglia (LDP):* Wie Esther Keller schön gesagt hat, nach der Sanierung ist vor der Sanierung. Wir haben dort sehr viele Projekte, die am Laufen sind. Wir haben intern in der Verwaltung Fachspezialisten, die sehr hoch qualifiziert sind, wobei da kommt es einem vor, wie wenn die alle Propheten im eigenen Land wären und dass unbedingt alles via extern gelöst werden muss.

Es wurde schon vieles gesagt über das Thema, wie die Bauprojekte abgehandelt werden. Mir stehen die Haare ein bisschen zu Berge, wenn ich schaue, dass wir eine Durchlaufzeit haben von plus zehn Jahren. Dass wir im Prinzip eine formelle Nachweispflicht haben über Belege, man stellt sich das vor, dass man irgendwo auf der Baustelle einen Bauführer hat, es gibt Regieaufträge, etc. und die durchlaufen eine ganze Sequenz von Personen, bis sie beim FD ankommen und zur Zahlung freigegeben werden. Diese ganzen Nachweise, die sollten eigentlich auch einer Archivierungspflicht unterstehen und da frage ich mich wirklich, wo sind diese Unterlagen geblieben, wo sind die Informationen, die belegen, welche Zahlungen wo, wann durchgeführt worden sind und die auch plausibilisiert werden. Das ist für mich irgendwie, wenn ich das privat machen würde, ich würde Probleme bekommen. Das heisst, wenn man jetzt das Ganze anschaut, wir haben dort wirklich in den Untersuchungen festgestellt, dass Sachen zum Teil im Rahmen eines Gesamtauftrags beinhaltet waren, aber dann doch nochmal abgerechnet worden sind. Es ist komplex, es ist kompliziert, kein Zweifel daran, aber umso mehr sollten diese Verfahren sauber geregelt werden.

Tobias Christ hat vom Dreierollenmodell, das wurde jetzt schon öfters erwähnt, gesprochen. Da sind auch die Fragen, wer darf was machen. Ich habe in einem anderen Kanton mitbekommen, dass ein Projekt bei 300 Millionen gestartet ist, bei 600 Millionen weitergegangen ist und dann bei 900 Millionen Ausgaben wurde dann die Notleine gezogen. Diese Begehrlichkeiten, wer darf was, wann, wo bestellen, was macht Sinn, dieses Dreierollenmodell sagt einfach irgendwie. Man kann sehr, sehr vieles verlangen und ich würde sogar so weit gehen, um zu sagen, dass wir ein Viererollenmodell haben, weil das Viererollenmodell inkludiert zum Beispiel die Finanzkommission. Wir haben schon heute gehört, dass sehr viel über gebundene Ausgaben gesprochen worden ist. Diese gebundenen Ausgaben, wir haben keine Wahl, wir wissen nicht, wieso das jetzt ist, was sind die Entscheidungen und für alles gibt es eine Varianz. Wir können sagen, wir haben die Sachen angeschaut und wir sind der Meinung, dass das die richtige Wahl ist und dann ist es auch gebunden, aber da hätte man eine Entscheidung. Hier ist es einfach durchnicken, weiter und die Kosten schiessen in die Höhe.

Von daher wäre es eigentlich enorm wichtig, dass wir wirklich die Ordnungsmässigkeit bei allen Projekten ordentlich sauber durchführen, dass wir Nachweise immer verfügbar haben und dass die Durchlaufzeiten von diesen Projekten sauber komprimiert werden, dass man da wirklich auch weiss, es kommt dann schlussendlich zu einem Ende, vor allem unter dem Bewusstsein, dass Leute das Unternehmen verlassen, dass die Informationen dann vielleicht auch mit den Leuten weggehen. Umso wichtiger ist es, dass man eine ganz klar geordnete Infrastruktur hat, wo man dann auf diese Informationen jederzeit zuzugreifen kann. Ich stelle mir das vor, wenn ich jetzt im Prinzip beim Bauführer einen Wechsel habe und der hat keine Informationen, Gnade Gott, das würde dann eine Katastrophe bedeuten.

In diesem Sinne, wir begrüssen es, dass der Regierungsrat die Empfehlungen aufnehmen möchte. Wir hoffen, und wir werden auch noch da sein, um das zu überwachen, dass die auch umgesetzt werden. Aber grundsätzlich, ich denke, das, was jetzt hier im Vordergrund steht, ist die Ordnungsmässigkeit, es ist die Nachvollziehbarkeit, die Transparenz vom Bauvorhaben, auch wenn sie so komplex sind, das sollte immer gewährleistet werden.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit kommen wir zu den Einzelsprechenden. Hier hat sich gemeldet Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Wir sprechen zur St. Jakobshalle. Ich bin der St. Jakobshalle als Grossrat sehr dankbar. Ich habe im April die Broschüre bekommen mit diesen Freibilletten und darum möchte ich sagen, ich bin glücklich und dankbar. Ich habe mich dann auch angemeldet für den 21. Oktober, für Swiss Indoors, das ist ein Tag nach der Grossratswahl, zusammen mit meiner Freundin.



Ich habe mich vorbereitet auf die Rede, das ist meine einzige Rede. Es ist ganz wichtig, die Vorredner haben es angesprochen, Eurovision Song Contest. Wir alle leben nur einmal und in unserem Leben wird das die grösste Veranstaltung sein, die wir in unserem Basel erleben. Daher müssen wir jetzt kämpfen, dass Basel der Austragungsort wird und dass jeder Grossrat gleich zehn Freikarten bekommt. Wie können wir dafür sorgen, dass Basel gewinnt? Ich habe dazu wochenlang recherchiert am Beispiel von Wetten, dass. Wetten, dass ging nur noch in die Städte, wo es alles gratis gibt. Ich habe mehrere Reportagen dazu publiziert, Fazit: Wetten, dass ist nur noch in die Städte gegangen, die viel Geld bezahlt haben, das Hotel, Restaurants, Anreise, Vergnügungen und, und, und. Wetten, dass ist auch nicht mehr nach Basel gekommen in die St. Jakobshalle, weil Basel-Stadt nicht mehr so viel bezahlt hat. Wetten, dass ist auch nicht mehr in kleine Städte gegangen, zum Beispiel in Bayern, weil die auch gesagt haben, wir haben das Geld nicht mehr. Daher müssen wir in Basel alles anbieten, was wir nur haben, Hotels kostenfrei, Anreise und Abreise.

Der Name Basel wird in die ganze Welt getragen. Dieser Anlass hat so eine Sprengkraft, die man sich kaum vorstellen kann für unsere St. Jakobshalle. Darum müssen wir alles für die St. Jakobshalle machen. Das ist das beste Beispiel und das ist ein Zufall, dass das gerade jetzt ist und wir darüber reden. Die Zeitungen schreiben, die Fernsehanstalten bringen Sendungen, die Radiosender berichten und, und, und. Diese Werbung für den Namen Basel ist unbezahlbar. Daher müssen wir nun unser letztes Hemd hergeben. Wir müssen Genf und wir müssen auch Zürich, unseren ständigen Erzfeind, ausschalten. Diese Chance kommt nicht mehr. Ich habe gelesen, Bern möchte es nicht, Bern hat begründet, sie wollen das nicht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Eric Weber, sprechen Sie zur Sache bitte.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Jetzt kommt es aber zum Punkt. Ich weiss schon, wo der Eurovision Song Contest stattfindet. Ich bin Mitarbeiter im Europaparlament bei der Familie Le Pen. Ich komme zum Schlusssatz wegen der St. Jakobshalle. Meine Vorredner haben auch über den Eurovision Song Contest gesprochen. Es wird jetzt verkündet und begründet, wo der Austragungsort ist. Der Austragungsort vom Eurovision Song Contest 2025 ist Zürich, weil dort das Schweizer Fernsehen ist und das ist leider unser Nachteil, was mir weh tut.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Liste der Redner\*innen ist erschöpft. Somit kommen wir zu Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich darf mich kurzfassen. Einfach nur vielen Dank für die Debatte, die ich als sehr fair erlebt habe und auch wieder einige Inputs mitgenommen habe. Ich möchte nur noch ganz kurz auf den Vergleich, der häufig kommt, mit der Privatwirtschaft zurückkommen. Sie wissen, ich war lange in der Privatwirtschaft und ich habe dort auch als Nutzerin ein Bauprojekt begleitet und ich kann Ihnen sagen, die Unterschiede zwischen staatlichem Bauen und privatem Bauen sind einfach sehr gross. Schon alleine der ganze demokratische Prozess, den wir hier bestreiten, die lange Beratungszeit, dann allfällige Referenten und, und, und, das zeigt ja auch eben dieses Beispiel hier bei der St. Jakobshalle, dass diese Projekte eine sehr lange Laufzeit haben. Was passiert in der Privatwirtschaft, wenn es eine Änderung gibt, das Management beschliesst das, man setzt das um, das ist dann kein grosses Thema.

Hier ist klar, wenn wir etwas ändern möchten, kommen wir zurück zu Ihnen und deshalb, denke ich, ist es wichtig festzuhalten, es wird bei grösseren Projekten immer wieder Änderungsanträge geben und das ist auch richtig, weil angesichts der langen Laufzeit macht es Sinn, dass man reagiert, wenn es neue Erkenntnisse gibt, wenn es etwas mehr braucht oder nicht mehr braucht, anders braucht. Sie möchten, glaube ich, nicht, dass wir im Dreiermodell einfach stur mit unserem Projekt, das irgendwie, ich sage jetzt 2010 beschlossen wurde, bis zum Schluss durchlaufen, egal welche Entwicklungen unterwegs wir antreffen, das möchten Sie nicht. Was aber ganz wichtig ist, und da möchten wir wirklich rechtzeitig zu Ihnen kommen, dass Sie noch Entscheidungsspielraum haben bei Dingen, auf die Sie eben auch Einfluss nehmen können.

Aber ich denke, das ist ganz wichtig festzuhalten, dieser Unterschied auch zur Privatwirtschaft mit den demokratischen Prozessen, mit dem Subventionsrecht beispielsweise, aber eben auch, dass es in gewissen Fällen durchaus Sinn macht, zu Ihnen zu kommen mit Änderungsanträgen, mit Nachtragskrediten, aber Sie sollen den Spielraum haben, dann auch zu entscheiden.

Nochmals vielen Dank für die Debatte und ich glaube, wir bleiben ja auch mit den Kommissionen im Austausch, was diese Empfehlungen noch anbelangt.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring.



*Joël Thüring (SVP):* Ich danke Ihnen herzlich für die angeregte Debatte. Ich habe es zu Beginn meines Votums unterlassen, allen zu danken, Tim Cuénod hat schon allen gedankt. Ich kann diesen Dank nur bestätigen und möchte insbesondere auch denjenigen danken, die in diesem Geschäft sehr intensiv in der Vorarbeit, in der Arbeitsgruppe, aber auch in der Subkommission involviert waren. Ich habe jetzt die Namen nicht aufgezählt, aber die Angesprochenen wissen, dass sie damit gemeint sind.

Vielen Dank auch für die Aufnahme durch die Fraktionssprecher. Es wurde, so zumindest habe ich es interpretiert, aufgenommen, dass man unsere Empfehlungen, die die GPK und Finanzkommission getätigt haben, teilt. Ich finde, Michela Seggiani hat es gut auf den Punkt gebracht, wir erwarten, dass diese St. Jakobshalle dem Standard einer Sport- und Eventhalle entspricht. Das war damals die Voraussetzung für das Ja zu diesem Sanierungsprojekt vor bald zehn Jahren und wir müssen heute feststellen, dass dieser Standard nicht erreicht ist. Und das, glaube ich, gilt es trotzdem in aller Deutlichkeit noch einmal auch zu sagen, auch heute aktuell haben wir diesen Standard nicht erreicht. Deshalb haben wir heute auch in verschiedenen Voten gehört, dass dieser Eurovision Song Contest in Basel, sei es denn vielleicht tatsächlich so, dass wir ihn bekommen würden, auch vielleicht eben schwierig hier durchzuführen ist, weil diese Halle diesen Standards nicht entspricht.

Diese Standards sehen Sie als Nutzer dieser Halle einerseits, wenn Sie dort Veranstaltungen durchführen wollen, dass dieser Standard nicht erfüllt ist, und Sie sehen es aber auch als Besucher dieser Halle, dass dieser Standard nicht erfüllt ist. Dass die Pommes frites nicht in der Halle frittiert werden können, ist vielleicht irrelevant, dass man einen Sternenhimmel eingebaut hat, den man gar nie sehen kann, weil man dafür das Licht ausschalten muss, ist vielleicht auch nicht sonderlich relevant, aber dass Sie beispielsweise sanitäre Einrichtungen vorfinden müssen, die einfach nicht einem Standard entsprechen oder dass man erst nachträglich Handläufe einbauen konnte oder musste auf Treppen, die jetzt nun wirklich für jeder Mann und jede Frau zu steil ist, ich glaube, das ist schon etwas, was man als grundsätzliche Mängel auch bezeichnen kann und das sind auch Dinge, die man nicht unbedingt erst dann erkennen sollte, wenn es schon eben zu spät ist.

Tobias Christ hat erwähnt, dass man es nicht besser wissen soll. Ja, da teile ich diese Einschätzung. Man sollte es aber mindestens gleich gut wissen und hier hat zumindest die Untersuchung der GPK und der Finanzkommission ergeben, dass dies in der Vergangenheit gerade auch im Vergleich mit anderen Hallen eben nicht der Fall waren. Es ist schon tatsächlich so, wie Regierungsrätin Esther Keller gesagt hat, wir berichten immer nur dann oder lesen immer nur dann von Projekten, wenn sie nicht funktionieren und tatsächlich gibt es auch Projekte, die funktionieren, aber es kann nicht wegdiskutiert werden, dass im Kanton Basel-Stadt zumindest bei grösseren Projekten ein deutlicher Mangel besteht. Wir haben es als Finanzkommission im letzten Bericht zum Spiegelhof erwähnen müssen, ein Bauprojekt für die Einsatzzentrale, das deutlich teurer wurde. Wir haben es gesehen beim AUE-Neubau, wir haben es gesehen beim Theater, bei der Kaserne, beim Biozentrum, beim Kunstmuseum, aber auch bei der Kreditsicherungsgarantie für das Departement Biomedizin. Also hier von Einzelfällen zu sprechen, wäre aus meiner Sicht, ich unterstelle Esther Keller nicht, dass sie das getan hat, aber hier von Einzelfällen zu sprechen, wäre aus meiner Sicht doch etwas verfehlt.

Und tatsächlich ist es wahrscheinlich so, dass man gewisse Vergleiche mit der Privatwirtschaft eben nicht anstellen soll. Hier teilen wir sicher die Auffassung oder die Einschätzung von Regierungsrätin Esther Keller, aber ich möchte schon auch daran erinnern, dass auch in der Privatwirtschaft zumindest in Bezug auf die Aufsicht über die Bautätigkeiten und Bauprojekte ein Vergleich mit der Kantonsverwaltung getätigt werden kann und soll und hier muss man festhalten, die Aufsicht war ungenügend. Das wird in diesem Bericht sehr deutlich adressiert und die oberste Verantwortung in der Aufsicht haben die Departementsvorsteherinnen und Departementsvorsteher und hier kann und soll und muss erwartet werden, dass sie ihrer Verantwortung auch gerecht werden und diese Aufsicht auch wahrnehmen. Und hier müssen wir, zumindest wenn wir die Projekte der Vergangenheit uns noch einmal Revue passieren lassen, doch feststellen, dass dies zumindest nicht immer der Fall war. Die Verantwortung allfällig ehemaliger Departementsvorsteherinnen und Departementsvorsteher entlässt die Regierung in ihrer Gesamtheit nicht aus der Verantwortung sicherzustellen, dass die Aufsicht eben im obersten Gremium, also spricht dem Regierungsrat, in solchen Bauprojekten im Dreierrollenmodell gewährleistet ist. Insofern sind wir sehr gespannt auch auf die weiteren Diskussionen zum Dreierrollenmodell. Es wurde auch erwähnt, sowohl in der Stellungnahme des Regierungsrates als auch in einzelnen Voten, dass es hier ja gewisse Anpassungen gibt. Die Finanzkommission konnte sich auch beispielsweise am Sanierungsprojekt für den alten Bau des Kunstmuseums bereits über Lessons learned berichten lassen. Wir werden das Weiterverfolgen.

Es ist insofern nur halb korrekt, wenn Esther Keller nun sagt, dass wir immer ja oder nein sagen können, zumindest bei den Geschäften, die in der Finanzkommission sind. Wenn es um den finanzrechtlichen Status geht, sagen wir meistens eben ja, weil es uns ja eben, wie ich eingangs erwähnt habe, um den finanzrechtlichen Status geht und nicht über den Sinn und Unsinn des Antrages, weil wir auch wissen, dass wenn wir nein sagen würden zum finanzrechtlichen Status, es auch zu einer Verzögerung des Bauprojektes kommen könnte, das Bauprojekt dadurch teurer wird, es vielleicht sogar zu einem Baustopp kommen würde. Insofern ist die Freiheit der Finanzkommission, inhaltlich dazu etwas zu sagen, sehr gering und damit auch letztlich die Einflussnahme des Parlaments nicht sonderlich gross. Deshalb halte ich diese, Sie können ja oder nein sagen dazu, ein bisschen für eine Scheinmöglichkeit. Das ist keine Kritik an Regierungsrätin Esther Keller, das ist das System, das einfach so ausgelegt ist und ich bitte auch um Verständnis dafür, dass die Finanzkommission deshalb vielleicht wirklich auch inskünftig bei solchen Anträgen diese ergänzenden Varianten aufgezeigt bekommen möchte. Hier sind wir gespannt, was seitens des Regierungsrates uns dann auch noch vorgeschlagen wird.



Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und dann auch für die Zustimmung zu unserem Bericht.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit geht das Wort an den Präsidenten der GPK Tim Cuénod.

*Tim Cuénod (SP):* Vielen Dank allen für die lebendige Debatte. An die Adresse von Esther Kellers zuständigem Departementsvorstand im Bau- und Verkehrsdepartement möchte ich sagen, es stimmt natürlich, dass die meisten Bauprojekte im Zeitplan und im Budget abschliessen, aber es stimmt natürlich auch, dass fast alle grosse und komplexe Bauprojekte nicht im Zeitplan und Budget abschliessen. Die Liste wurde schon angetönt von Joël Thüning, Biozentrum, Departement Biomedizin, Spiegelhof, AUE-Neubau, Kaserne, Naturhistorisches Museum, jetzt wahrscheinlich noch Staatsarchiv. Die Liste der Projekte, wo die Kostensteigerung gegenüber dem ursprünglich erwarteten Betrag über 30 Prozent liegt oder deutlich höher, die ist jetzt schon relativ lang. Und da hat Laurin Hoppler schon nicht ganz unrecht, wenn er von einem systematischen Problem und einer Fehlplanung spricht, auch Kollege Beat Schaller nicht, wenn er sagt, bringen Sie realistische Zahlen. Wir würden uns definitiv wünschen, dass wir mit realistischen Zahlen arbeiten könnten im Grossen Rat.

Es ist auch eine Frage des Vertrauens, eine Frage der demokratischen Legitimation von Bauprojekten und da gibt es ein Problem, das angegangen werden muss. Ich glaube, diese Fähigkeiten beim Kanton, Bauprojektmanagement, Projektkostenmanagement, die müssen gestärkt werden, die sind heute für grosse und komplexe Bauprojekte offenbar nicht genügend, auch wenn einige Massnahmen jetzt getroffen worden sind. Aber wir sehen es jetzt auch bei neuen Projekten, dass doch immer wieder gewisse strukturelle Probleme nach wie vor vorhanden sind.

Fairerweise müssen wir zwei Dinge sagen zum Kanton als Bauherr. Der Kanton kann sich nicht aussuchen, mit wem er zusammenarbeitet im Gegensatz zu vielen Akteuren in der Privatwirtschaft. Entsprechende Wettbewerbsverfahren, Ausschreibungsform, Submissionsgesetzgebung, usw., an die muss er sich auf jeden Fall halten und es ist klar, dass hier alle Kostenüberschreitungen beim Kanton auch transparent werden. Dennoch, wie gesagt, wir halten daran fest, dass die Bauprojektmanagementfähigkeiten gestärkt werden müssen.

Wenn Sie, Regierungsrätin Esther Keller sagen, dass es nie nötig sein wird, nie aufzuhören, in die St. Jakobshalle zu investieren, frei nach dem Kölner-Motto, wenn der Turm fertig ist, dann geht die Welt unter, ungefähr, dann ist das zwar sicher insofern richtig, zumal Nachbesserungen immer nötig sind und es ist auch klar, wesentliche Teile der Bausubstanz sind nicht neu. Was wir aber nicht wollen, denke ich, ist, dass wir immer weitere Nachtragskredite vorgelegt kriegen und man dann immer sagt quasi, ja, das ist noch dieses und jenes, immer weitere Nachtragskredite, die mit den Planungsfehlern 2014/2015, also im Zusammenhang mit diesem Ratschlag in Verbindung stehen. Wir wollen, dass diese Halle Erfolg hat. Ich glaube, das war bei allen in der Kommission sehr spürbar. Dieser Rat wird wohl auch bereit sein, Mittel zu sprechen, das wage ich jetzt sehr persönlich zu sagen, aber es ist nötig auch für das Vertrauen, dass man reinen Tisch macht und dass man etwas davon wegholt, immer nur scheinbarweise Millionenkredite zu beantragen.

An die Adresse von Tobias Christ möchte ich sagen, es ist richtig, wir müssen vor allem in die Zukunft blicken und die richtigen Schlüsse ziehen aus diesen Bauprojekten und diesen Fehlern, die geschehen sind. Unser Ceterum censeo als GPK ist auch, dass wir uns wünschen vom Regierungsrat, dass seine Kommunikation nicht primär uns gegenüber quasi PR-Übungen gleicht und wir mit Nebelpetarden konfrontiert sind oder anderem, sondern dass man offen Rechenschaft ablegt und transparent mit Mängeln und Gegenmassnahmen umgeht. Wir sind uns vollkommen bewusst, dass die wesentlichen Fehler und die Verantwortung bei diesem Projekt in einer Frühphase geschehen sind im Zusammenhang mit der Planung, aber es wäre sehr erfreulich gewesen und für das Vertrauen sehr hilfreich, wenn man nicht danach vieles erst indirekt erfahren hätte, vieles nur erst stückchenweise ans Licht gekommen ist. Gerade weil heute die Verantwortlichen nicht mehr die gleichen sind im Wesentlichen wie vor einigen Jahren, wäre das doch einfach und nötig gewesen, da schneller und offen hinzustehen.

Wir erwarten, dass die Halle allen notwendigen Standards für eine grosse Sport- und Eventhalle entspricht, das haben wir in diesem Bericht auch geschrieben. Wie gesagt, ich finde, die Fehlerkultur in der Verwaltung hier ist ein wichtiger Punkt. Es geht uns darum, dass man offen damit umgeht. Wir haben nicht eine blutrünstige jakobinische Lust an der Guillotine, sondern wir wollen, dass man hinsteht, wenn Fehler geschehen sind, dass man die ehrlich benennt und dass man dann auch sagt, wie man darauf reagiert hat. Gleichwohl ist es auch unsere Aufgabe, dass Verantwortung benannt werden muss. Das haben wir in diesem Bericht getan und wir haben niemanden persönlich diffamieren wollen in irgendeiner ungerechtfertigten Weise, sondern die Sachlichkeit dieses Berichtes, glaube ich, lässt sich schwer bezweifeln. Michela Seggiani hat es auch richtig betont, in Bezug auf das Dreirollenmodell ist es so, es darf keine organisierte Verantwortungslosigkeit sein, indem jeder und jede die Verantwortung auf den anderen abschiebt, sondern die Verantwortlichkeiten müssen in einer Überarbeitung stärker geklärt werden.

Was den jetzt so stark medialisierten European Song Contest angeht, wage ich eine sehr mutige Prognose. Wir könnten ihn trotz vieler Mängel kriegen, es wird einfach sehr teuer und teurer als für andere, weil es eben Mängel gibt bei der



Dachlast und anderem. Wir haben natürlich keine Garantie in keiner Art und Weise und das ist das problematische, dass man halt auch für gewisse Grossevents dann Spezialübungen machen muss, die jedes Mal zu erheblichen Zusatzkosten führen und wo man sich dann wirklich überlegen muss, lohnt sich das wirklich, auch wenn man jetzt sagt, dass man das will. Ich möchte da kein Urteil abgeben, zumal ich wirklich kein Baufachmann bin.

Ein letztes Wort grundsätzlich zur St. Jakobshalle. Sie ist als Multifunktionshalle ein wahres Wunderwesen, aber auch ein sehr merkwürdiges, das sich gleichzeitig in einem nationalen und internationalen Wettbewerb bewegt und gleichzeitig Service Public Leistender ist für ganz viel Breitensport, für viele andere und gleichzeitig quasi ein internationaler Marktplayer und andererseits Teil der öffentlichen Verwaltung. Vielleicht, und das eine sehr persönliche Bemerkung, müsste man sich überlegen, ob man das in Zukunft ein bisschen stärker voneinander trennen sollte, um es ein bisschen nachvollziehbarer zu machen, als es heute ist.

Vielen Dank auf jeden Fall für Ihre Aufmerksamkeit und danke auch für die wohlwollende Kenntnisnahme unseres Berichts.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen somit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 52 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Genehmigung Bericht

2. Erwartungen, zustimmende Kenntnisnahme

Publikationsklausel

Somit kommen wir zur Schlussabstimmung.

### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

### **Ergebnis der Abstimmung**

**90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [*Abstimmung # 0003408, 15.05.24 10:54:41*]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Der Bericht der Finanzkommission und der Geschäftsprüfungskommission zur St. Jakobshalle wird genehmigt.

2. Die Empfehlungen und Erwartungen im Bericht der Finanzkommission und der Geschäftsprüfungskommission werden in zustimmender Weise zur Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 90 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme zugestimmt.

## **8. Kantonale Volksinitiative "Basel baut Zukunft", Bericht der BRK**

[15.05.24 10:54:47, 20.1006.06]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen und die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Zuerst führen wir eine Eintretensdebatte durch und beraten dann den vorgelegten Gegenvorschlag zur Initiative. Danach entscheiden Sie, ob der beratende Gegenvorschlag der Initiative gegenübergestellt werden soll oder die Initiative ohne Gegenvorschlag dem Volk vorgelegt wird. Ebenfalls ist dann ein Beschluss zur Abstimmungsempfehlung zu fassen.



Wir kommen somit zum Kommissionssprecher. Für die BRK hat das Wort deren Präsident Michael Hug.

*Michael Hug (LDP):* Die Bau- und Raumplanungskommission hat während elf Sitzungen den regierungsrätlichen Ratschlag zur kantonalen Volksinitiative «Basel baut Zukunft» beraten und unterstützt diesen grundsätzlich, sieht jedoch in einigen wesentlichen Punkten Änderungen vor. Mit den Änderungen soll der Gegenvorschlag eine möglichst breite Akzeptanz finden und zu einem Rückzug der Initiative führen, ohne dass bauliche Entwicklungen auf den Transformationsarealen verunmöglicht werden. Eine rasche Nutzung der grossen Transformationsareale ist für Basel unumgänglich. Neue Arbeitsflächen und Wohnraum sowie Grün- und Freiraum sollen endlich entstehen. Der Kanton hinkt den anderen städtischen Zentren in diesen Entwicklungen hinterher, wie soeben durch eine Studie von Sotomo aufgezeigt wurde. Für eine rasche Entwicklung braucht es klare Spielregeln und Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Der Kompromiss der BRK zum Gegenvorschlag der Regierung hilft, diese Rechtssicherheit zu erreichen.

Die 2020 eingereichte kantonale Volksinitiative «Basel baut Zukunft» will im Wesentlichen in der Verfassung verankern, dass mindestens die Hälfte der neu auf Transformationsarealen nutzbaren Bruttogeschossflächen gemeinnützig und in Kostenmiete vermietet werden. Die Zonen und Bebauungspläne sollen unter Mitwirkung der Bevölkerung erarbeitet und das Ziel der CO<sub>2</sub>-Neutralität auf den Arealen soll erreicht werden. In der Kommission wurde der Fokus klar auf die erste Forderung gerichtet. Die anderen beiden wurden durch das neue Partizipationsgesetz und durch vorgesehene Klimaschutzmassnahmen ausreichend berücksichtigt.

Schon die Regierung befürchtete, dass die Forderung eines 50 Prozent-Anteils die Erstellung von neuen Wohnungen behindern würde, da das Weiternutzen von bestehenden Industriearealen für die Investoren attraktiver als die Umwandlung in Wohn- und Mischzonen sein könnte. In den Kommissionsberatungen schloss man sich dieser Haltung an. Dies heisst jedoch nicht, dass einige Kommissionsmitglieder keinen höheren oder tieferen Anteil an Kostenmiete für in Wohnraum transformierte Flächen vorsehen wollten. Vielmehr war es von Anfang an ein klarer Wunsch der Kommission, sich möglichst auf einen Kompromiss zu einigen. Man wollte politische Situationen wie bei den Beratungen des Horburg-Areals oder bei den Abstimmungen zum Wohnschutz unbedingt vermeiden. Dies konnte nur mit einem Konsens innerhalb der Kommission erreicht werden, welcher auch gegen künftige Änderungsanträge Bestand halten kann, was eine schwierige Aufgabe für die Kommission darstellte. Teilweise drohte an einigen Punkten der Kompromiss zu platzen. Nur durch etliche Telefonate mit der Regierung und Verwaltung, Extrasitzungen und den Einsatz einzelner Kommissionsmitglieder, welche sich in der Freizeit zur Differenzenbereinigung in einer Basler Bäckerei trafen, konnte letztlich der nun vorliegende Kompromiss gefunden werden.

Die Kommission entwickelte eine Vielzahl von Formulierungsvarianten und Lösungsansätzen, die in dem Bericht nicht vollständig wiedergegeben werden können. Stattdessen sollten im Folgenden die Aspekte dargestellt werden, auf die sich die Kommission letztlich einigte. Die Kommission betrachtet die Beschlüsse als Gesamtpaket, mit dem sich alle Mitglieder identifizieren können, obwohl nicht alle Beschlüsse einstimmig gefasst wurden. Wichtige Grundlagen für die Beratungen bildeten die eingebrachten Punkte beziehungsweise Eingaben durch das Initiativkomitee sowie durch die Eigentümerinnen und Eigentümer verschiedener Areale wie die Rhystadt AG, die Swiss Life und die Christoph Merian Stiftung, welche teilweise durch die Handelskammer beider Basel vertreten wurden.

Grosser Zankapfel war nicht der Anteil an preisgünstigem Wohnraum, welcher entsprechend dem Regierungsratschlag auf einen Drittel gesetzt wurde, sondern welche Areale grundsätzlich einer Bebauungsplanpflicht unterstellt werden. Dabei waren insbesondere die Grösse des Areals und die aktuelle Nutzung entscheidende Kriterien. Im Einzelnen wurden folgende Punkte durch die Kommission festgelegt, welche den Ratschlag abändern.

Nach Wohnraumförderungsgesetz hat Vermietung von Wohnraum gemeinnützig zu erfolgen. Die BRK konkretisiert diese Bestimmung und verankert die sogenannte Bauträgerschaftsneutralität im Gesetz. Bauträgerschaftsneutralität bedeutet, dass es nicht entscheidend ist, welche Trägerschafts-Rechtsform dafür Sorge trägt, dass im Kanton mehr preisgünstiger Wohnraum entsteht. Jede Vermieterschaft, die dazu in der Lage ist, preisgünstiger Wohnraum auch im Sinne des Gesetzes anzubieten, wird dazu ausdrücklich eingeladen.

Eine Mehrheit der BRK unterstützt den Mechanismus zur Kontrolle des Netto-Mietzinses über die gesamte Liegenschaft, findet jedoch die zeitliche Beschränkung auf 30 Jahre unverständlich. Sie betrachtet es als problematisch, dass die stichprobenartige Kontrolle nach dieser Zeitspanne enden soll. Daher unterstützt die Kommission einstimmig das Anliegen der Initiatoren, diesen Passus zu streichen.

Kernpunkt des Kompromisses war eine Kombination zweier gesetzlicher Änderungen. Über viele Sitzungen wurden darüber diskutiert, wie man die Grenze von 15'000 m<sup>2</sup> aus dem Gegenvorschlag der Regierung umgehen sollte. Für die Initiantin stellte diese Begrenzung der betroffenen Areale eine nicht tolerierbare Untergrenze dar. Es sollten grundsätzlich alle Areale, welche transformiert werden, unter die neue Gesetzgebung fallen. Einige Kommissionsmitglieder hatten grosse Befürchtungen, diese Untergrenze aufzuheben, insbesondere bei kleineren Arealen, wie es auch aus Rentabilitätsüberlegungen als kaum möglich angesehen wurde, einen Drittel Wohnanteil in Kostenmiete zu realisieren.



Diese Einschätzung wurde noch bestärkt durch die Aussagen von Vertretern der Christoph Merian Stiftung, welche sehr schlüssig aufzeigen konnten, dass sie auf dem Areal Dreispitz Mitte etliche Baurechtsnehmerinnen haben und eine Entwicklung unter diesen komplexen Gegebenheiten nicht möglich wäre. Die Kommission versuchte zunächst diesen Umstand gesetzlich abzubilden und gleichzeitig die 15'000 m<sup>2</sup> aufzuheben. Ein Teil der Kommission wollte jedoch die explizite Nennung eines Areals im Gesetz verhindern, da dies schon aus gesetzgeberischen Perspektiven nicht elegant wäre. Zudem wollte man Reflexschäden vermeiden, so Bestand die Gefahr, weitere kleine und noch nicht bekannte Areale mit diesen Massnahmen zu belasten. Man suchte eine generell abstrakte Lösung.

Nach längeren Verhandlungen konnte sich die Kommission schliesslich auf den folgenden Weg einigen: Man belässt den Geltungsbereich des Gesetzes auf Areale über 15'000 m<sup>2</sup>, weitet jedoch die Anzahl der betroffenen Areale aus. So werden neu neben den Bahnarealen und den Industrie- und Gewerbezonon, die transformiert werden, auch die Transformation von überwiegend gewerblich genutzten Arealen in andere Zonen unter das Gesetz gestellt. Dies führt konkret dazu, dass beispielsweise das kantonseigene Areal Rosental neu betroffen wird. Dies führt auch auf der Überlegung, dass dieses nur aufgrund einer historisch gewachsenen Zoneneinteilung anders behandelt würde. Die Kommission stellt deshalb auf die tatsächliche Nutzung auf dem Areal ab, um Ungleichheiten zu vermeiden.

Weiter schafft die Kommission mit der Anpassung von § 101 des Bau- und Planungsgesetzes nun auch für kleinere Areale eine neue rechtliche Grundlage, die der bereits gängigen Praxis entspricht. Im letzten Jahrzehnt hatte die BRK in den Bebauungsplänen fast immer Anforderungen an preisgünstigen Wohnraum festgelegt. Nun wird dies gesetzlich verankert. Auch bei Arealen, die kleiner als 15'000 m<sup>2</sup> sind, kann also künftig ein Anteil an preisgünstigem Wohnraum festgelegt werden. Es kann jedoch auch Fälle geben, bei welchen es aufgrund der fehlenden Rentabilität durch die spezifischen Gegebenheiten nachvollziehbar und vertretbar ist, den Anteil an preisgünstigem Wohnraum zu reduzieren oder gar darauf zu verzichten. Dies ist beispielsweise beim mittleren Teil des Areals Dreispitz der CMS der Fall. In diesem konkreten Fall vertritt die Kommission die Ansicht, dass gänzlich von einem Mindestanteil für preisgünstiges Wohnen abzusehen ist.

Die Kommission teilt die Ansicht des Regierungsrats, dass der gesetzlich vorgeschriebene Wohnraum tatsächlich realisiert werden muss. Sie stimmt jedoch zu, dass es nicht immer möglich ist, die genaue Lage des gemeinnützigen Wohnraums bereits auf der Ebene von Bebauungsplänen festzulegen. Daher unterstützt die BRK das Anliegen von Wirtschaftsvertretern, auf die exakte Benennung der Lage zu verzichten. Die Festlegung der Realisierungsabfolge hält die Kommission jedoch für entscheidend, um den vorgesehenen Anteil gemeinnützigen Wohnraums sicherzustellen.

Bei der Definition, was als gemeinnütziger Wohnraum gilt, ist sich die Kommission einig, dass das Wohnbauprogramm 1000+ als Teil des gemeinnützigen Wohnens oder der Kostenmiete anzusehen ist. Falls die Immobilien Basel-Stadt IBS wider Erwarten das Wohnbauprogramm 1000+ nicht gemäss der Definition des Drittels preisgünstigen Wohnraums umsetzen kann, müsste die Immobilienstrategie entsprechend angepasst werden.

Der ordentliche Mehrwertabgabebesatz beträgt 40 Prozent. Bauträger, die gemeinnützig bauen, können eine Reduktion der Mehrwertabgabe erhalten. Die Berechnung berücksichtigt die verminderte Ertragslage gemäss dem Gegenvorschlag. Jedoch führt die aktuelle Praxis zu Problemen, da sie falsche Annahmen über die Ertragslehre gemacht und als willkürlich empfunden wird. Die Kommission beschloss daher knapp, den reduzierten Mehrwertabgabebesatz verbindlich auf 20 Prozent zu senken, um die Vorhersehbarkeit und Rechtssicherheit für Eigentümerschaften zu erhöhen und Bauträger bei der Schaffung von gemeinnützigem Wohnraum zu entlasten. Die gesamte Kommission ist sich jedoch einig, dass eine transparente und nachvollziehbare Berechnungsmethode notwendig ist, um den Kanton Basel-Stadt für Investoren attraktiver zu machen.

Bei der Berechnung der Kostenmiete blieb die Kommission nach einer Anhörung der Verwaltung bei den Vorgaben des regierungsrätlichen Gegenvorschlags. Die Kostenmiete berechnet sich anhand der Liegenschaftskosten und der Beschränkungen gemäss dem Wohnraumfördergesetz sowie den damit zusammenhängenden Verordnungen des Bundes. Ein wichtiger Punkt für die Eigentümerschaften stellt die künftige Umsetzung der Bestimmung dar. Es wird der Regierung die Umsetzung folgender Vorschriften übertragen:

Für energietechnische wie auch für ökologische Massnahmen sieht Artikel 6 Abs. 1 der Verordnung des BWO über die Kostenlimiten und Darlehensbeiträge Zuschläge von je maximal 10 Prozent auf die Anlagekostenlimiten vor. Weitere spezielle Massnahmen, welche durch transformationspezifische Gegebenheiten erforderlich werden, können durch eine Erhöhung der Kostenlimiten für ungünstige Bauverhältnisse nach Abs. 2 der Verordnung durch die Regierung berücksichtigt werden. Dies liegt beispielsweise dann vor, wenn der Boden schräg ist. Denkbar ist auch die Berücksichtigung einer starken Unterbauung, beispielsweise durch ein enormes bestehendes Kanalsystem. Nach Aussage der Regierung möchte diese einer Beurteilung der Praxis des Bundes folgen und keine einschränkende Praxis vorsehen.

Mit den genannten Änderungen beantragt die BRK dem Grossen Rat einstimmig mit 11 Stimmen, den vorliegenden Grossratsbeschluss anzunehmen und den Anzug René Brigger und Konsorten betreffend Definition preisgünstiger Wohnungsbau und Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für Bebauungspläne als erledigt abzuschreiben.

An dieser Stelle möchte ich mich bei meiner Kommission für die Geduld, den grossen Arbeitseinsatz und letztlich die Kompromissbereitschaft bedanken. Ebenfalls bedanke ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung



und insbesondere beim Leiter der Kantons- und Stadtentwicklung, welche für Rückfragen immer zur Verfügung standen. Ohne die grosse Vorarbeit vom ehemaligen Regierungspräsidenten Bundesrat Beat Jans und die Unterstützung von Regierungsrat Lukas Engelberger, welcher aufgrund seiner interimistischer Regierungspräsidenschaft das Dossier übernahm, sowie Regierungsrätin Esther Keller wäre ein Kompromiss schwierig zu finden gewesen. Ich bedanke mich und freue mich nun auf die Diskussion.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungspräsident Conradin Cramer.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Wie wir alle wissen, stehen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten verschiedene wichtige und grosse Arealentwicklungen an. Das Klybeck, der Dreispitz, Areale, die bis anhin ausschliesslich für industrielle und gewerbliche Nutzungen oder für die Bahninfrastruktur zur Verfügung standen, werden nun schrittweise für das Wohnen geöffnet und zu vielfältigen Stadtteilen entwickelt. In diesem Zusammenhang wurde vor rund vier Jahren, 2020, die Verfassungsinitiative «Basel baut Zukunft» eingereicht, lanciert vom Verein Zukunft Klybeck.

Die Initiantinnen und Initianten fordern auf Verfassungsstufe strenge Vorgaben für die erwähnten Arealentwicklungen mittels Bebauungspläne. Die in der Verfassungsinitiative eingereichten Anforderungen sind insbesondere, dass auf Transformationsarealen pro Bauungsplan mindestens 50 Prozent der nutzbaren Bruttogeschossfläche gemeinnützig und dauerhaft in Kostenmiete vermietet oder im Baurecht an eine gemeinnützige Organisation abgegeben werden. Und zweitens, dass die Bebauungspläne unter Mitwirkung der Bevölkerung zu erarbeiten und die Ergebnisse dieser Mitwirkung angemessen zu berücksichtigen sind sowie dass die Areale CO<sub>2</sub>-neutral werden. Wie der Präsident der BRK schon ausgeführt hat, fokussierte die Diskussion vor allem um die Hauptforderung der Initiative, nämlich dem 50-prozentigen Anteil an gemeinnützigem Wohnangebot.

Für den Regierungsrat war und ist klar, dass es aufgrund des Anstiegs der Mietzinsen sowie der tiefen Leerstandsquote notwendig ist, preisgünstigen Wohnraum in Basel zu schaffen. Die Entwicklung und Planung der Transformationsareale stellt für unsere Stadt hierbei eine grosse Chance und gleichzeitig eine Herausforderung dar. Es gilt, eine zukunftsweisende, auch klimagerechte Entwicklung voranzutreiben, die den sozialen Bedürfnissen unserer Bevölkerung entspricht. Um erfolgreich zu sein, müssen dabei die unterschiedlichsten Vorstellungen und Ideen aus der Politik, der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Grundeigentümerschaften auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden.

Die Initiative birgt die Gefahr, das Investierende das Interesse an der Umwidmung ihrer Areale verlieren. Es lohnt sich aus Sicht einer Grundeigentümerin nicht, Geld dann zu investieren, wenn damit keine genügende Rendite erwirtschaftet werden kann. Eine genügende Rendite beispielsweise zur Bedienung von Rentenversprechen einer Pensionskasse. Aus diesen Gründen hat der Regierungsrat einen Gegenvorschlag zur Initiative vorgelegt, der sich gegenüber den Forderungen der Initiantinnen und Initianten unterscheidet, und zwar unterscheidet er sich wie folgt:

Der Gegenvorschlag, der betrifft die Gesetzesebene. Er ermöglicht damit eine raschere Umsetzung als die Volksinitiative, die ja lediglich eine Verfassungsrevision beinhaltet. Dann gilt der Gegenvorschlag nicht für alle Transformationsareale, sondern nur für solche mit einer Grundstücksfläche von mehr als 15'000 m<sup>2</sup>, nur für diese sollen Bebauungspläne zwingend erforderlich sein. Und die Bebauungspläne müssen, sofern Planungssperimeter von über 15'000 m<sup>2</sup> betroffen sind, Mindestvorgaben insbesondere betreffend Vermietungskriterien und Klimaschutz enthalten.

Gemäss Gegenvorschlag des Regierungsrats soll nicht die Hälfte, sondern mindestens ein Drittel der Bruttogeschossfläche des Anteils Wohnen dauerhaft gemeinnützig nach dem Kostenmietprinzip vermietet werden. Dabei müssen zusätzlich Anlagekostenlimiten berücksichtigt werden. Durch die Beachtung von Anlagekostenlimiten werden grundsätzlich preisgünstige Anfangsmieten sichergestellt. Die Definition des Kostenmietprinzip in Verbindung mit den Anlagekostenlimiten schafft auch die Möglichkeit, auf die bereits langjährige arbeitende Praxis des Bundes zum Bundesgesetz zur Wohnraumförderung zurückzugreifen. Damit wird für die investierenden Bauträgerschaften die notwendige Klarheit geschaffen, inwiefern gerade auch auf Transformationsarealen im Voraus nicht immer genau zu bestimmende Aufwände wegen ungünstiger Bauverhältnisse bei der späteren Berechnung der gemeinnützigen Mietzinse miteinbezogen werden können. Zudem schafft der Gegenvorschlag die Voraussetzung, dass die Mehrwertabgabe tiefer ausfällt, wenn die Immobilien gemeinnützig in Kostenmiete und unter Beachtung von Anlagekostenlimiten vermietet werden. Dies gilt auf dem ganzen Kantonsgebiet.

Der Gegenvorschlag ist sodann hinsichtlich Klimaschutz ambitionierter als die Initiative, da er zwischen klimaneutralem Betrieb und klimafreundlicher Erstellung von Gebäuden unterscheidet. Weil sich diese Anliegen des Initiativkomitees mit dem Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative bereits in Umsetzung befinden, konnte bei der Ausarbeitung des Gegenvorschlags auf konkrete Massnahmen hier verzichtet werden. Auch was den grösseren Einbezug der Bevölkerung betrifft, den die Initiative ebenfalls fordert, wurde bereits gehandelt. Der Grosse Rat ist diesem Anliegen unlängst durch das im Mai 2023 verabschiedete Gesetz über die Partizipation der Quartierbevölkerung nachgekommen. Auch hier äussert sich also der Gegenvorschlag des Regierungsrats nicht mehr.



Die Vertreterinnen und Vertreter der Initiative taxierten den regierungsrätlichen Gegenvorschlag als aus ihrer Sicht teilweise ungenügend. Es wurde aber auch Kompromissbereitschaft signalisiert und hier kommt nun die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates ins Spiel, die, wie wir haben es geschildert bekommen vom Präsidenten, eine wichtige Rolle gespielt hat, dass wir nun heute über einen hoffentlich und wohl mehrheitsfähigen Gegenvorschlag beraten können.

Die BRK lotete nach Anhörung des Initiativkomitees und der anderen Interessenvertretungen sowie natürlich auch der Vertretung des Regierungsrats in intensiven Diskussionen aus, ob sie sich auf die Formulierung eines angepassten Gegenvorschlags einigen kann. Die BRK hat dabei die Anliegen aller Akteurinnen und Akteure berücksichtigt. Sie versteht die Beschlüsse heute als Gesamtpaket, mit dem sich sämtliche Mitglieder identifizieren können, obschon, wie der Präsident erläutert hat, nicht alle einzelnen Beschlüsse einstimmig gefällt wurden. Auch die BRK teilte die grundsätzliche Sorge des Regierungsrats, bei einer Annahme der Verfassungsinitiative könnte eine Blockade drohen und das obschon ja die Entwicklungsmöglichkeiten auf den Transformationsarealen chancenreich gerade eben für die Anliegen der Initiantinnen und Initianten sind.

Nachfolgend möchte ich namens des Regierungsrats kurz auf die Anpassung des Gegenvorschlags durch die BRK eingehen und erläutern, warum dieser angepasste Gegenvorschlag auch aus Sicht des Regierungsrats zielführend ist, indem er eben eine Blockade der Weiterentwicklung der Transformationsareale vermeidet und gleichzeitig vielen Anliegen der Initiantinnen und Initianten entgegenkommt.

Die Formulierung der BRK in § 101a Abs. 1 des BPG erweitert das regierungsrätliche Konzept der Transformationsareale auch auf Mischzonen, beziehungsweise Areale, die bislang überwiegend gewerblich genutzt wurden, aber schon heute eine Wohnnutzung zulassen. Die ebenfalls festgelegte Mindestgrösse des Areals beschränkt den Anwendungsbereich jedoch wieder auf Areale und Zonen mit einer grösseren Bedeutung für den Kanton. Das erscheint auch aus Sicht des Regierungsrats sinnvoll.

Die Neutralität der Bauträgerschaft wird nun explizit gewährleistet. Das bedeutet, dass es nicht entscheidend ist, welche Trägerschaft im Kanton für mehr preisgünstigen Wohnraum sorgt. Nicht nur grundsätzlich gemeinnützige Bauträgerschaften, wie beispielsweise gemäss Definition Baugenossenschaft, sondern auch gewinnorientierte Bauträgerschaften, die in der Lage sind, können preisgünstigen Wohnraum im Sinn des Gesetzes anbieten. Sie sollen dazu auch ausdrücklich eingeladen sein und so erhöhen wir die Chancen weiter, dass möglichst rasch preisgünstiger Wohnraum auf den Transformationsarealen entsteht.

Die Reduktion des Mehrwertabgabebesatzes bei der Schaffung von neuem preisgünstigem Wohnraum von 40 auf 20 Prozent ist das dritte Änderungselement des Gegenvorschlags der BRK. Diese Reduktion erhöht die Rechtssicherheit und bedeutet für den nicht Rendite orientierten Wohnungsbau eine substanzielle Entlastung. Damit schaffen wir zusätzliche Attraktivität für Vermieterschaften, in den preisgünstigen Wohnraum zu investieren.

Viertens muss in den Bebauungsplänen die Lage des geplanten preisgünstigen Wohnraums nicht frühzeitig festgeschrieben werden. Es ist tatsächlich nicht in allen Fällen möglich, bereits auf Stufe Bebauungsplan die Lage des preisgünstig zu vermietenden Wohnraums exakt zu benennen.

Fünftens will die BRK stichprobenartige Kontrollen zur Einhaltung der Vorschriften über das preisgünstige Wohnen ohne zeitliche Limitierung ermöglichen und sechstens ist eine wichtige Ergänzung, dass allgemein in Bebauungsplänen auch Massnahmen zur Erreichung des Zielwerts von mindestens 25 Prozent preisgünstigen Wohnraums bis 2050 erlassen werden können. Das ist ein wichtiger Bestandteil, damit kann der Grosse Rat, wo er es als sinnvoll erachtet, Wohnraum auch in anderen Arealen und Zonen mit einem kleineren Planungserimeter zwingend als gemeinnützig vorschreiben im Bebauungsplan. Die Praxis dazu, das hat der Präsident der BRK erläutert, gibt es ja bereits und ich glaube, wesentlich hier ist auch, dass eben die Flexibilität erhalten wird, je nach Art des Areals, je nach Art des Bebauungsplans entscheiden zu können.

Es freut mich sehr, dass sich die BRK im Endeffekt einstimmig auf einen Gegenvorschlag zur Initiative einigen konnte. Es freut besonders natürlich auch, dass die Initiantinnen und Initianten bereits signalisiert haben, dass sie, wenn dieser Gegenvorschlag so verabschiedet wird, die Initiative zurückziehen würden. Das ist ein enorm erfreulicher Kompromiss. Die Änderungen der BRK verbessern insgesamt nochmals die Akzeptanz und die Stabilität des Gegenvorschlags und sie werden deshalb auch vom Regierungsrat integral unterstützt.

Auch der Regierungsrat ist zuversichtlich, dass die Verabschiedung des Gegenvorschlags jetzt die Grundlage für eine erfreuliche Weiterentwicklung der Transformationsareale bilden wird und ich möchte abschliessen mit einem grossen Dank an das Milizparlament, an die Milizarbeit vor allem der BRK mit ihrem Präsidenten Michael Hug. Hier wurde wirklich mehr geleistet, als es sonst üblich ist bei Initiativen und Gegenvorschlägen. Es war notwendig, wie gesagt, um die Akzeptanz zu schaffen für diesen Kompromiss und es zeigt, dass unser System eben auch sehr gut funktionieren kann. Es dauert ab und zu ein bisschen länger, aber dafür haben wir am Ende ein Resultat, mit dem alle gut oder mindestens einigermassen gut leben können. Vielen Dank also für diese grosse parlamentarische Arbeit.



*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Als erstes hat das Wort Christoph Hochuli für die Mitte/EVP.

*Christoph Hochuli (Mitte-EVP):* Freude herrscht. Wir, also die BRK, haben es geschafft, den Gegenvorschlag der Regierung noch zu verbessern, dass nun alle Player und alle Fraktionen mit diesem einverstanden oder sogar zufrieden sind. Aber beginnen wir von vorne. Die 2020 eingereichte Volksinitiative «Basel baut Zukunft» verlangte ja als Hauptforderung, dass auf Transformationsarealen mindestens 50 Prozent der Bruttogeschossfläche gemeinnützig und dauerhaft in Kostenmiete vermietet werden. Der Regierungsrat hat der Initiative einen Gegenvorschlag gegenübergestellt, wonach mindestens ein Drittel gemeinnütziger Wohnraum für Transformationsareale erreicht werden müssen. Dies mit der Beschränkung auf Areale mit einer Fläche von über 15'000 m<sup>2</sup>.

Uns als Parteien der politischen Mitte ist es auch ein grosses Anliegen, dass in unserem Kanton viel preisgünstiger Wohnraum entstehen kann und dieser auch preisgünstig bleibt. Andererseits ist es uns auch wichtig, dass für die Wirtschaft die Rahmenbedingungen stimmen. Bei einer Pflicht von 50 Prozent preisgünstigem Wohnraum gemäss der Initiative wäre es unsicher gewesen, ob das Klybeckareal überhaupt bebaut worden wäre. Auch die Realisierung des Projekts Dreispitz Nord wäre unsicher gewesen.

Im Ratschlag wurde festgelegt, dass die Dauer der stichprobenartigen Kontrollen zur Einhaltung der Vorschriften über das preisgünstige Wohnen auf 30 Jahre begrenzt sein sollen. Nach meiner und der Meinung der BRK macht diese Befristung wenig Sinn, denn das würde ja faktisch bedeuten, dass nach 30 Jahren die Wohnungen nicht mehr preisgünstig sein müssten respektive dies nicht mehr kontrolliert und eingefordert werden könnte. Deshalb haben wir diese 30 Jahre Begrenzung gelöscht.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Bauträgerschaftsneutralität. Von der Investorensseite kam der Wunsch, dass nicht nur Genossenschaften oder der Kanton, sondern auch Firmen preisgünstigen Wohnraum anbieten dürfen. Dies macht absolut Sinn und deshalb setzen wir als BRK die Bauträgerschaftsneutralität gesetzlich fest.

Die Beschränkung auf Areale über 15'000 m<sup>2</sup> haben wir intensiv diskutiert. Schlussendlich liessen wir sie im Gegenvorschlag drin, denn in kleineren Arealen mit zahlreichen Baurechtsnehmenden wäre die Planung, Koordination und Durchführung mit einem Drittel preisgünstigem Wohnraum sehr schwierig umsetzbar gewesen. In den Bebauungsplänen für diese Areale kann der Grosse Rat und bei Arealen bis 4'000 m<sup>2</sup> der Regierungsrat jedoch weiterhin einen bestimmten Anteil preisgünstigen Wohnraum festlegen, wenn dies sinnvoll erscheint.

Die Mitte EVP/Fraktion ist sehr zufrieden mit der Kompromisslösung der BRK, die in guter Zusammenarbeit mit der Regierung, der Verwaltung, dem Initiativkomitee und den Eigentümerschaften entstanden ist. Wir bitten Sie im Namen der Mitte/EVP-Fraktion, dem BRK-Bericht zur Initiative «Basel baut Zukunft» zuzustimmen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Sprecher ist Lukas Faesch für die Fraktion LDP.

*Lukas Faesch (LDP):* Als erstes möchte die LDP-Fraktion Michael Hug und der BRK danken. Michael Hug ist es gelungen, als Kommissionspräsident in einer schwierigen Gemengelage einen guten Kompromiss herbeizuführen, der hoffentlich zum Rückzug der Initiative führen wird. Die Initiative, das muss deutlich festgehalten werden, ist extrem. Sie muss verhindert werden, denn sie will 50 Prozent der Bruttogeschossflächen in Transformationsarealen, also nicht nur der Wohnflächen, mit einem dauernden Kostenmietdeckel versehen, unabhängig davon, ob es sich um Gewerbe- oder Wohnflächen handelt. Als Alternative fordert die Initiative, dass der Boden durch Verkauf oder durch ein Baurecht an eine gemeinnützige Organisation abgegeben werden muss. Dies kommt faktisch einer massiven Enteignung gleich, was nicht nur kommerzielle Marktteilnehmer, sondern eben auch Pensionskassen, das heisst deren Versicherten, aber auch Stiftungen trifft wie zum Beispiel die CMS, die ihren Zweck mit dem Ertrag ihrer Liegenschaften zuerst finanzieren muss. Kurzum, diese radikalen Forderungen würden jede Transformation von Bahn- respektiv Industriearealen schlichtweg verhindern. Darum ist es wichtig, dass dieser Initiative nicht ein Gegenvorschlag entgegengestellt wird, sondern dass sie diese nun aufgrund des Gegenvorschlags, der ein Kompromiss darstellt, von den Initianten wie versprochen zurückgezogen wird.

Es gibt aber aus Liberaler und meiner Sicht noch einige grundsätzliche Gedanken zu diesem Thema. Es ist schwierig, dass eine kleine Gruppe von Initianten möglichst radikale Forderungen stellt und am Schluss mit einem Gegenvorschlag, der ihnen sehr entgegenkommt, belohnt wird. Vielleicht müsste man, sollte sich dieses Vorgehen wiederholen, wirklich auf die Formulierung eines Gegenvorschlags verzichten und das Volk direkt entscheiden lassen.

Was weder Initiative noch Gegenvorschlag thematisieren, sind die enormen Transformationskosten, die bei einer Umnutzung von Industriearealen anfallen. Diese Transformationskosten betreffen den Umbau beziehungsweise ein Rückbau von



Gebäuden und Geleiseanlagen, sie betreffen Kosten der Altlastenbeseitigung, die gesamten Planungskosten, die Kosten der Regulierungen und staatlichen Vorschriften, der Einnahmeverlust aufgrund des Kostenmietanteils, die Mehrwertabgabe und die Finanzierung der Komplexitäten und Risiken wie Einsparungen, Bauverzögerung, etc. Grundeigentümer und Entwickler müssen diese Kosten tragen und auch finanzieren können. Ansonsten werden sie, dies ist keine Drohung, sondern eine wirtschaftliche Realität, auf Investitionen in den Städte- und Wohnungsbau verzichten. Niemand kann zu übermässigen wirtschaftlichen Risiken gezwungen werden und die Kosten können auch nicht einfach abgeschrieben oder ignoriert werden. Nein, sie werden sich logischerweise auf die Mietpreise der übrigen Wohnungen niederschlagen. Wir haben also auf der einen Seite einen Drittel Wohnungen mit Kostenmiete und zwei Drittel tendenziell teure Wohnungen. Der Schuss geht da irgendwie nach hinten los.

In diesem Zusammenhang muss auch erwähnt werden, dass die derzeitige gesetzliche Regelung der Mehrwertabgabe ein grosses Problem darstellt. Basel hat schweizweit die höchste Mehrwertabgabe, tut sich schwer bei der vorgezogenen Berechnung für Transformationsareale und lehnt auch neutrale Berechnungsmethoden, wie in anderen Kantonen längst üblich, ab. Indem keine Abzüge zum Beispiel für Altlasten und Abbrüche mehr gemacht werden dürfen, macht die Mehrwertabgabe einen sehr grossen Anteil der Transformationskosten aus und dies ohne jede Zusicherung, dass Teile der geleisteten Mehrwertabgabe dereinst je in Areal für Grün- und Freiräume zurückfliessen wird.

Insgesamt bleibt auch der Gegenvorschlag eine bittere Pille, die man, um schlimmeres zu verhindern, schlucken muss. So gibt es zwar die sogenannte Bauträgerneutralität beim Kostenmietanteil und es gibt auch eine Regelung für kleinere Areale bis 15'000 m<sup>2</sup>. Aber diese Regelung musste teuer erkaufte werden mit der gesetzlichen Verankerung, dass der Grosse Rat grundsätzlich bei jedem Bebauungsplan wohnpolitische Forderungen stellen kann, und zwar bis 2050 beziehungsweise bis Basel 25 Prozent preisgünstigen Wohnraum hat. Dazu kommt, dass nicht von maximal, sondern von minimal 25 Prozent günstiger Wohnraum die Rede ist. Die Kann-Formulierung impliziert aber auch, dass künftig nun nicht jeder Bebauungsplan zwingend 25 Prozent preisgünstigen Wohnraum vorgeben muss, sondern dass das situativ zu entscheiden ist. Hier ist einfach zu hoffen, dass der Grosse Rat künftig jeweils weise und pragmatisch entscheidend wird. Gerade bei Arealen mit Mischnutzungen und einen vergleichsweise kleinen Wohnanteil macht ein Drittel Kostenmietregelung einfach keinen Sinn. Hier werden die Investoren ganz einfach auf den Wohnteil verzichten, was nicht im Interesse unseres Kantons sein kann.

Noch ein Wort zu der 15'000 m<sup>2</sup>-Regelung. Bei der Initiative «Basel baut Zukunft» hatte man immer nur das Klybeckareal mit zwei Investoren im Auge. Im Dreispitz bei der CMS gibt es im baselstädtischen Teil 80 Eigentümer und die kleinteilige zeitlich und räumlich etablierte Entwicklung ist eine Lehre aus der an ihrer Komplexität gescheiterten Masterplanung. Deshalb ist die Regelung, wonach der Drittel Kostenmietwohnanteil bei Bebauungsparametern unter 15'000 m<sup>2</sup> nicht zur Anwendung kommt, wichtig und richtig, denn die CMS will das Gewerbe nicht vertreiben, sie will keine Tabula Rasa-Transformation, sie will vielmehr ein bisheriges Gewerbeareal sinnvoll und behutsam verdichten.

Fazit: Die Fraktion LDP stimmt dem Bericht der BRK voll zu, da dieser Kompromiss besser ist als die katastrophale Initiative, aber mit den erwähnten Bedenken in Bezug auf die massiven und langjährigen eingeschränkten Eigentums- und Verfügungsrechte der Grundeigentümer und mit Blick auf die negativen Auswirkungen für die zukünftigen Arealentwicklungen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es liegt eine Zwischenfrage von René Brigger vor. Nehmen Sie sie an? Sie wird abgelehnt.

### **Besuch auf der Tribüne**

Bevor wir zum nächsten Sprecher kommen, möchte ich die Schulklasse des Zentrums für Brückenangebote Niederholz in Riehen mit ihrer Lehrperson Elisa Sidler auf der Besuchertribüne begrüessen. Schön seid ihr hier und befasst euch mit der Basler Politik. [Applaus]

Als nächster Sprecher für die SP hat das Wort Ivo Balmer.

*Ivo Balmer (SP):* Ja, heute ist ein historischer Tag für die Basler Wohnpolitik. Aber heute ist vor allem ein guter Tag für die Basler Bevölkerung, für alle Mieterinnen, die schon da sind, und für alle Menschen, die in Zukunft noch nach Basel ziehen möchten. Heute ist ein historischer Tag, an dem neue wohnpolitische Grundsätze endlich in diesem Kanton gesetzlich verankert werden. Heute ist aber auch vor allem das Ende einer beinahe unendlichen politischen Aushandlungsgeschichte. Heute hat es dieser Rat in der Hand, einen weiteren Meilenstein zu setzen. Heute debattiert Basel Zukunft.

Wie so oft in wohnpolitischen Angelegenheiten liegt der Grundstein dafür bei zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen. Es waren Aktivist\*innen um den Verein Zukunft Klybeck, welche sich von Beginn an gefragt oder ungefragt an den öffentlichen Mitwirkungsveranstaltungen zu städtebaulichen Leitbildern des Megaprojekts klybeckplus engagierten. Die Nachwehen der städtebaulichen Ursprungsvision von Rheinhattan steckten damals noch vielen zu tief in den Knochen.

Vor ziemlich genau fünf Jahren, am 22. Mai, der grosse Knall, Novartis verkauft ihre Arealteile im Klybeck an die Central Real Estate Gruppe, heute bekannt unter Rhystadt. Ein paar Wochen später folgt die BASF mit dem Verkauf an die Swiss



Life. Der Kanton hat nicht gekauft. Schnell wurde eine Initiativgruppe, und so klein war die gar nicht, gebildet, vereint in der Sorge, dass hier der Kanton gerade eine riesige Chance verpasst, und sich nun auf anderer Ebene viel stärker bei diesen Entwicklungen der sogenannten Transformationsareale, und da gehören alle dazu, Lukas Faesch, einbringen müssen, damit eine klimagerechte partizipative und vor allem auch bezahlbare Stadtentwicklung in unserem Kanton möglich wird. Das waren die Ursprungsforderungen, 50 Prozent Kostenmiete, klimaneutral und Partizipation.

Im Sommer 2020 wurde dann die Initiative eingereicht nach 280 Sammeltagen während der Pandemie. Winter 2020 erstmal im Grossen Rat, es sah noch gut aus. Jahresanfang 2021, jetzt wurde klar, die Initiative wurde vor das Appellationsgericht gezerrt, ein Jahr Stillstand im politischen Prozess. Dem Initiativkomitee wurde es nicht langweilig, wir wälzten Gerichtseingaben und schärfen unsere Argumente mit jeder Replik. Wir recherchierten auch den verrückten Kaufpreis, der dazumal bezahlt wurde. Dann endlich Frühling 2022, ein sonnenklares Urteil und ich bitte Sie, wenn Sie an diesen Enteignungsgedanken immer noch nachhängen, können Sie da mal nachlesen, die Volksinitiative «Basel baut Zukunft» ist in allen Teilen zulässig. Das Gericht erachtet die gestellten Forderungen als geeignete Massnahmen, um die darin angestrebten Ziele zu erreichen. Die Initiative verletzt weder die Wirtschaftsfreiheit noch stelle sie unzumutbare Eingriffe in Eigentumsrechte dar.

Jetzt waren Regierungsrat und Verwaltung endlich gefordert, sich mit der Initiative auch auseinanderzusetzen und die Möglichkeiten für einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Es begannen umfassende Auslegeordnungen zwischen den renditeorientierten Grosseigentümer\*innen dieser Stadt und den Initiantinnen. Sommer 2023, erster Gegenvorschlag wird präsentiert, aus Sicht des Initiativkomitees bestand aber noch erheblicher Nachholbedarf, damit ein Rückzug der Initiative überhaupt denkbar wäre. Das war nun die Aufgabe der BRK und zumindest die Hälfte, die mit den Anliegen der Initiative sympathisierten, wollten hier mithelfen. An dieser Stelle möchte ich jetzt aber ganz deutlich die Kooperationsbereitschaft der bürgerlichen Kolleg\*innen in dieser Kommission hervorheben. Es gelang dieser Kommission, den gordischen Knoten zu zerschlagen und wir können heute einen griffigen Gegenvorschlag präsentieren und darüber debattieren.

Dieser Gegenvorschlag der Bau- und Raumplanungskommission stärkt drei wohnpolitische Pfeiler und einer wurde noch zusätzlich aufgebaut. Preisgünstiger Wohnraum heisst ab heute dauerhafte Kostenmiete. Wir haben diese Definitionen schon unzählige Male in diesem Rat debattiert und heute können wir mit der Verabschiedung dieses griffigen Gegenvorschlags den letzten Schritt gehen, das geklärt wird, preisgünstiger Wohnraum heisst Kostenmiete. Ich denke, vor allem auch mein geschätzter Kollege Georg Mattmüller wird froh sein, dass sein Name mit dieser, sagen wir mal, sehr kreativen Idee einer marktorientierten Preisgünstigkeit, wie das zwischenzeitlich die Regierung versuchte zu definieren, ab heute Makulatur ist.

Was mich besonders freut ist auch, dass nun die renditeorientierten Eigentümer\*innen angehalten sind im Sinne der Bauträgerneutralität, Wohnungen in Kostenmiete zu erstellen und dauerhaft zu vermieten. Nehmen Sie es sportlich, auch Sie werden die langfristigen Vorteile der Kostenmiete noch schätzen lernen und es wird Sie zumindest im preisgünstigen Anteil von den nervigen Renditezwängen befreien und Sie können sich auf das Wesentliche, das Wohnen konzentrieren.

Der Automatismus, dass dieser Mindestanteil des Drittels gemeinnütziger Wohnraum ab 15'000 m<sup>2</sup> zählen sollte, drohte den Kompromiss mehrfach zum Einsturz zu bringen. Es brauchte hier viel Ausdauer und vor allem den Aufbau von Vertrauen. Das gelang der Kommission. Wir haben nun mit der Verankerung der wohnpolitischen Massnahmen im generellen § 101 des Bau- und Planungsgesetzes diese Möglichkeit geschaffen, dass der Grosse Rat, die Kommission situativ bei den kleineren Arealen, und das ist richtig, wie das auch meine Vorredner\*innen gesagt haben, nach unten und nach oben diese Anteile anpassen können, solange das wohnpolitische Ziel 25 Prozent preisgünstiger Wohnraum im ganzen Kanton bis 2050 nicht erreicht ist. Ich denke, mit diesem Grundgerüst haben wir heute die Chance, wichtige wohnpolitische Grundsätze endlich in unserem Kanton zu verankern.

Wir von der SP-Fraktion reichen für diesen Kompromiss die Hand. Wir stellen uns klar hinten diesen Gegenvorschlag, der integral betrachtet wird, keine Änderungen angezeigt sind. Das Initiativkomitee, zu dem ich ja auch selber zähle, hat öffentlich klargemacht, wenn das nicht angerührt wird, dieser Gegenvorschlag, dann wird die Initiative «Basel baut Zukunft» zurückgezogen. Es geht weiter und da sind wir alle gefordert, um diesen Vertrauensaufbau auch nach aussen zu tragen und deshalb bittet Sie die SP-Fraktion, diesem Gegenvorschlag zuzustimmen. Ich stelle auch den Antrag, weil wir inhaltlich uns hinter die Initiative nach wie vor stellen, die Initiative anzunehmen. Die Ausgangslage habe ich geschildert. Durch diesen Rat steht einem Kompromiss nichts im Wege.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Als nächste Fraktionssprecherin hat sich eingetragen Lea Wirz für das GAB.

*Lea Wirz (GAB):* Wie Sie bereits mehrfach gehört haben heute hier drin in diesem Saal, wurde in der BRK lange um den nun vorliegenden Gegenvorschlag zur Initiative «Basel baut Zukunft» gerungen. Am Schluss ist es der Kommission aber gelungen, einen Kompromiss zu finden und wir stehen heute hier alle geeint hinter dem vorliegenden Gegenvorschlag. Ich werde an dieser Stelle darauf verzichten, nochmal auf alle Details einzugehen, die bereits mehrfach genannt wurden, und



werde mich auf die Elemente konzentrieren, welche auch die Kernforderungen der Initiative sind und die nun auch im Gegenvorschlag aufgenommen wurden, zumindest teilweise.

Mit dem Gegenvorschlag liegt nun eine wichtige Grundlage für die Entwicklung der grossen Transformationsareale vor, aber auch für die nicht ganz so grossen mehrheitlich gewerblich genutzten Areale, für die ein Anteil Wohnen besteht, wird damit die Grundlage dafür geschaffen. Dies ist nötig, weil Basel neuen Wohnraum benötigt. Besonders wichtig ist aber, dass nicht nur teurer Wohnraum und Luxuswohnungen entstehen, sondern die Erstellung von kostengünstigem Wohnraum gesichert ist.

Mit den Zielvorgaben des Gegenvorschlags, dass für Gewerbe-, Bahn- und Industrieareale, die grösser als 15'000 m<sup>2</sup> gross sind und für die neu ein Anteil Wohnen entsteht, Bebauungspläne zu erlassen sind und mindestens ein Drittel der Wohnungen gemeinnützig und dauerhaft in Kostenmiete vermietet werden müssen, wird zwei wichtigen Grundsätzen Rechnung getragen. Das Recht auf Wohnen wird gewürdigt und die demokratische Teilhabe an der Stadtentwicklung wird gestärkt. Für das GAB ist jedoch auch die Forderung der Initiative, nämlich dass die Hälfte des neuen Wohnraums in Kostenmiete vermietet werden soll, tragbar.

Die Initiative ist, wie wir vorhin gehört haben, aus Unmut entstanden über das Vorgehen der Entwicklung der Transformationsareale. Insbesondere wird damit kritisiert, dass der Kanton seinen Einfluss darauf beschränkt und die Entwicklung weitgehend privaten Akteurinnen und Akteuren überlässt. Aus der Initiative wurde insbesondere das Thema des kostengünstigen Wohnraums aufgegriffen, welches nun auch den Kern des Gegenvorschlags bildet.

Die Initiative beinhaltet aber auch zwei weitere Elemente, welche im Gegenvorschlag nicht weiterverfolgt wurden. Ein Element betrifft die mangelhafte Partizipationsmöglichkeit. In der Zwischenzeit ist das neue Partizipationsgesetz in Kraft getreten, welches die Teilhabe stärken und verbessern soll. Es gilt nun zu beobachten, wie sich die Partizipationsmöglichkeiten damit verbessern. Dazu gibt es in unserer Fraktion kritische Stimmen, ob dies damit erreicht werden wird.

Ein weiteres Element der Initiative ist die Erreichung der Klimaneutralität der Areale. In der BRK wurde auf eine weitere Auseinandersetzung mit Verweis auf den von der Stimmbevölkerung angenommenen Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative verzichtet. Zwar soll mit der Klimastrategie bei Bauprojekten künftig auch die graue Energie berücksichtigt werden, dass der Regierungsrat sich für die Festlegung der Grenzwerte bis 2027 Zeit lassen und dann auch keine verbindlichen Grenzen beschliessen, sondern mit einer Lenkungsabgabe arbeiten will, finden wir aber bedenklich. Das GAB wird deshalb die Bearbeitung der Klimastrategie des Regierungsrates kritisch verfolgen und erwartet, dass die Umsetzung zeitnah erfolgt. Wir erwarten, dass die Regierung griffige und verbindliche Massnahmen ergreift und uns hier im Grossen Rat vorlegt, mit welchen die Klimaziele nachhaltig erreicht werden können. Auch bei der Behandlung von Bebauungsplänen wird das GAB weiterhin einfordern, dass die ökologische Nachhaltigkeit gegeben ist, dass klimaschonend gebaut wird und die graue Energie reduziert wird.

Beim Gegenvorschlag handelt es sich eben um einen Kompromiss. Darum wurde lange gerungen und auch wir vom GAB stellen uns einstimmig dahinter, aber wir folgen auch dem Antrag der SP-Fraktion, nämlich dass auch die Initiative unterstützt wird, deren Forderungen für das GAB, anders als für den Sprecher der LDP, nicht extrem sind, sondern durchaus nachvollziehbar.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Als nächstes hat der Sprecher der GLP das Wort Bülent Pekerman.

*Bülent Pekerman (GLP):* Vor knapp vier Jahren ist die Initiative «Basel baut Zukunft» zustande gekommen. Seither ist viel Wasser den Rhein hinunter geflossen und wir konnten viel davon in den Medien verfolgen. Von der ersten Beratung des regierungsrätlichen Ratschlags in der BRK bis heute hatte das Geschäft das seltene Vergnügen, von nicht weniger als zwei Regierungspräsidenten und einem Regierungspräsidenten ad Interim begleitet zu werden. Dass sich gleich drei Vorsteher des Präsidialdepartements mit demselben Geschäft auseinandersetzen mussten, ist wahrscheinlich ein Novum in Basel. Offenbar war das Geschäft so anspruchsvoll, dass einer der Vorsteher, dass Basler Polit-Parkett verliess, um in den ruhigeren Gewässern von Bern zu segeln und ein anderer beschloss, nicht als Vorsteher des PD zu kandidieren. Und der Dritte, seit zwei Wochen im neuen Amt, ist nun in der glücklichen Lage, das Ganze zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Diese politische Reise zeigt, dass es manchmal mehr als einen Kapitän braucht, um das Schiff sicher in den Hafen zu steuern. Nun Spass beiseite.

Bevor ich zu den ernsten und wichtigen Aspekten des vorliegenden Geschäfts komme, möchte ich nicht fortfahren, ohne allen Beteiligten zu danken. Mein Dank gilt meinen Kolleginnen und Kollegen in der Bau- und Raumplanungskommission, dem Regierungsrat, der Verwaltung, den Initianten und Initiantinnen sowie den Vertretern der Investoren. Ihre Kompromissbereitschaft und ihr Engagement haben es möglich gemacht, einen breit abgestützten Gegenvorschlag auszuarbeiten, der heute hier zur Diskussion steht.



Dieser Gegenvorschlag wurde in der BRK, das ist auch schon erwähnt worden, nach elf intensiven Sitzungen schliesslich einstimmig verabschiedet und setzt klare und verbindliche Spielregeln für die nachhaltige Entwicklung unseres Kantons. Diese Spielregeln garantieren Planungs- und Rechtssicherheit und sind entscheidend für die Schaffung des dringend benötigten Wohnraums. Der Präsident der BRK hat den ganzen Inhalt des Gegenvorschlags beziehungsweise des BRK-Kompromisses ausführlich präsentiert. Darum möchte ich eine Wiederholung vermeiden und gehe kurz nur auf drei Punkte des Gegenvorschlags ein, die aus grünliberaler Sicht wichtig sind.

Zentraler Punkt des Kompromisses ist die Vorgabe an die Bauträgerschaft, auf Transformationsarealen ab 15'000 m<sup>2</sup> mindestens einen Drittel der neu entstehenden Wohnflächen gemeinnützig und dauerhaft in Kostenmiete zu vermieten. Das Entgegenkommen der Initiant\*innen in diesem Punkt, also von 50 Prozent auf 33, war auch aus grünliberaler Sicht ein wichtiger Schritt, um weiterhin an einem Kompromiss festzuhalten. Zudem wird mit dem Gegenvorschlag die Bauträgerschaftsneutralität im Gesetz verankert, was wir sehr begrüssen. Die Senkung des Mehrwertsteuerabsatzes für gemeinnützige Wohnbauträger von 40 auf 20 Prozent wird die Wirtschaftlichkeit und damit die Realisierung von gemeinnützigem Wohnbau wesentlich fördern.

Mit diesem Gegenvorschlag haben wir den goldenen Mittelweg gefunden. Wir Grünliberale erwarten, dass die Initiant\*innen, das wurde auch schon bereits signalisiert, ihre Initiative zurückziehen. Damit wäre der Weg frei für eine umfassende und ausgewogene Umsetzung der Ziele des Gegenvorschlags. Ich bitte Sie deshalb, diesen durchdachten und ausgewogenen Gegenvorschlag im Interesse aller Baslerinnen und Basler zu unterstützen und dem Antrag der BRK zu folgen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Als nächster Sprecher Pascal Messerli für die SVP.

*Pascal Messerli (SVP):* Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, diesem Kompromiss nun zuzustimmen, damit wir auf allen Seiten Rechtssicherheit schaffen können. Ja, dieses Geschäft wurde sehr heiss gekocht. Es gab Gerichtsentscheide, es gab Diskussionen im Parlament, aber am Ende des Tages ist es dann so, dass die Suppe trotz des flammenden Votums von Ivo Balmer dann doch nicht so heiss gegessen wird und wir hier wirklich einen guten Kompromiss haben, hinter dem wir alle stehen können, nicht nur die Fraktionen, sondern auch das Initiativkomitee, aber auch die Investoren.

Die SVP-Fraktion hat immer gewusst, dass wir uns eines Tages inhaltlich dieser Initiative stellen müssen und uns auch äussern sollten. Wir haben immer auch diese Ungültigkeit abgelehnt, weil es demokratiepolitisch der falsche Weg ist und weil wir rechtlich nicht gesehen haben, dass diese jetzt ungültig sein sollte. Ich erinnere aber auch insbesondere die Fraktion der SP daran, wenn es dann zukünftig andere Initiativen gibt, die Ihnen vielleicht dann inhaltlich weniger gefallen, dass Sie sich dort auch für das demokratiepolitische einsetzen und nicht rechtlich irgendwelche Initiativen für unzulässig erklären, die dann eigentlich vor Gericht zulässig wären.

Wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass in den letzten Jahren die Bevölkerung relativ strengen Wohnschutzgesetzgebungen zugestimmt hat. Wir haben aber auch zur Kenntnis genommen, dass ein Stillstand droht, wenn keine Investoren mehr in Basel bauen wollen. Uns wurde von verschiedenen Seiten klar signalisiert, dass wenn die Initiative durchkommen würde, dass dann der eine oder andere Investor sich aus Basel zurückziehen würde und wie hier auf den Transformationsarealen einen Stopp hätten und nichts mehr gehen würde in den nächsten Jahren. Dementsprechend ist es wichtig, dass wir hier einen Mix gefunden haben und auch sehr schnell Rechtssicherheit für die Investoren schaffen konnten und da hat es sich wirklich auch gelohnt, dass die BRK hier genau hingeschaut hat und ich bedanke mich an dieser Stelle ebenfalls für die Zusammenarbeit mit allen BRK-Mitgliedern, das hat wirklich sehr gut gefruchtet.

Die SVP-Fraktion nimmt erfreut auch zur Kenntnis, dass diese 50 Prozent Kostenmiete auf den Transformationsarealen jetzt vom Tisch sind und wir das auf einen Drittel reduzieren konnten. Auch war uns ganz wichtig, diese 15'000 m<sup>2</sup>-Grenze als wichtige Linie zu erhalten. Dafür haben wir auf bürgerlicher Seite die sachliche Ausweitung der Transformationsareale hingenommen, so dass die Regelungen nun auch für überwiegend gewerblich genutzte Areale gelten. Dies war im Initiativtext auch nicht ganz so genau formuliert.

Lukas Faesch hat noch die Kann-Formulierung in den Bebauungsplänen bei Arealen unter 15'000 angesprochen, da ist die SVP-Fraktion der gleichen Meinung. Es kann dann nicht sein, dass wir dann aber bei sämtlichen Arealen dann in den Bebauungsplan unbedingt ein Drittel Kostenmiete festlegen müssen. Dann kann es dann auch mal sein, dass es auch investorenfreundlicher zu- und hergehen muss und da muss wirklich auch die BRK situativ in jedem Einzelfall anschauen, was sinnvoll ist und was nicht und dort dürfen wir dann auch die Investoren nicht vergraulen. Das ist auch uns sehr wichtig, wir haben hier diese Kann-Formulierung geschaffen, es kann dann etwas entstehen, es kann aber auch mal etwas nicht entstehen. Diese Kann-Formulierung darf auf keinen Fall zu einer Muss-Formulierung verkommen.

Des Weiteren sind wir zufrieden, dass die Bauträgerschaftsneutralität verankert werden konnte, dass der Mehrwertabgabensatz reduziert wird und auch, dass die Lage des preisgünstigen Wohnraums nicht frühzeitig festgeschrieben werden muss. Das sind alles Punkte, mit denen wir sehr gut leben können. Und auch wenn sich das jetzt mehrheitlich aus unserer Sicht positiv anhört, macht die SVP bei diesem Geschäft trotzdem keinen Freudentanz, weil es sind mehr



Regulierungen, die entstehen, und wir sind grundsätzlich gegen regulieren, aber es ist so, dass wir halt jetzt hier diesem Kompromiss zustimmen. Das gehört vielleicht auch zu einem Kompromiss, dass niemand wirklich einen Freudentanz macht. Das ist ja auch ein Teil davon, dass jeder etwas geben musste und dass jeder jetzt schlussendlich dahinterstehen kann.

Dementsprechend bitten wir Sie, diesem Vorschlag zuzustimmen, damit jetzt auch Rechtssicherheit entsteht und damit diese Planungen auf den Arealen auch entstehen können und damit wir für Basel in Zukunft viele Mehrwerte schaffen können.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir unterbrechen hier und führen die Beratung des Geschäftes nach der Mittagspause weiter, bevor wir dann in die Interpellationen starten.

#### **Schluss der 12. Sitzung**

11:58 Uhr



# Protokoll

der 13. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 15. Mai 2024, um 15:00 Uhr

- Vorsitz:** *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
- Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
- Abwesende:** *Barbara Heer (SP); Raoul I. Furlano (LDP); Gianna Hablützel-Bürki (SVP);*  
*Lukas Bollack (GLP); Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP); Tonja Zürcher*  
*(GAB); Lorenz Amiet (SVP).*

## Verhandlungsgegenstände:

8. Kantonale Volksinitiative "Basel baut Zukunft", Bericht der BRK..... 2
- 16.2. Interpellation Nr. 47 Jo Vergeat betreffend was bedeutet das Urteil des EGMR zur Klage der Klima Seniorinnen für Basel-Stadt?..... 9
- 16.3. Interpellation Nr. 48 Eric Weber betreffend Peinlichkeit bei der Basler Polizei..... 11
- 16.4. Interpellation Nr. 49 Daniel Seiler betreffend Sorge um Arbeitsplätze beim Gewerbe durch das restriktive Wohnschutzgesetz ..... 11
- 16.5. Interpellation Nr. 50 Felix Wehrli betreffend Entstehung einer grossen Container-Asylbewerberunterkunft im Stettenfeld auf DEU-Seite (Lörrach-Stetten), direkt an der Landesgrenze zu Riehen..... 12
- 16.7. Interpellation Nr. 52 Beat K. Schaller betreffend Gendersprache in der Verwaltung und Schulen des Kantons Basel-Stadt..... 13
- 16.8. Interpellation Nr. 53 Brigitte Kühne betreffend Quartiers-Abendmärkte..... 13
- 16.9. Interpellation Nr. 54 Tonja Zürcher betreffend Benzidinfund im Klybeckareal ..... 13
- 16.10. Interpellation Nr. 55 Michela Seggiani betreffend musikalische Bildung für alle ..... 15
- 16.11. Interpellation Nr. 56 Lydia Isler-Christ betreffend Sperrung 14er Tram ..... 15
- 16.13. Interpellation Nr. 58 Nicole Amacher betreffend Anpassung des betriebsrechtlichen Existenzminimums ..... 16
- 16.14. Interpellation Nr. 59 Nicole Kuster betreffend Parkierungsmöglichkeit in der Nähe des Universitäts-Kinderspitals beider Basel ..... 16
- 16.15. Interpellation Nr. 60 Alex Ebi betreffend Fachwissen im Bau- und Verkehrsdepartement, um auch grössere Neubau- und Sanierungsvorhaben ohne Pannen, Zeitverzögerungen und Kostenüberschreitungen durchzuführen..... 17
- 16.17. Interpellation Nr. 62 Laurin Hoppler betreffend Zukunft und Förderung von Jugendkultur in Basel ..... 18
- 16.19. Interpellation Nr. 64 Pascal Messerli betreffend Vernehmlassung Richtplan: Bewusste Missachtung des Volkswillens durch den Regierungsrat? ..... 19
- 16.20. Interpellation Nr. 65 Nicola Goepfert betreffend Basler Polizei setzt sich mit Test von Drohnen über den Grossen Rat hinweg ..... 20
- 16.21. Interpellation Nr. 66 Thomas Widmer-Huber betreffend Verbesserung der Arbeitsintegration von ukrainischen Geflüchteten ..... 21
9. Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss nüün, Stiftung IdéeSport, Verein Trendsport Basel, Verein Basler Kindertheater und Verein Junge Kultur Basel, Bericht der BKK ..... 22
11. Investitionsbeitrag an die Sanierung der Johanneskirche, Ausgabenbericht des RR ..... 37



## Beginn der 13. Sitzung

Mittwoch, 15. Mai 2024, 15:00 Uhr

## 8. Kantonale Volksinitiative "Basel baut Zukunft", Bericht der BRK

[15.05.24 15:00:19, 20.1006.06]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir fahren fort mit der Behandlung von Traktandum 8. Als nächster Fraktionssprecher hat sich eingetragen Andreas Zappalà.

*Andreas Zappalà (FDP):* Kompromisse – und ein solcher stellt den Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Basel baut Zukunft» dar – haben es ein wenig in sich, weil niemand mit der Lösung so richtig oder ganz zufrieden ist. Man ist aber zufrieden, einen Weg gefunden zu haben, eine strittige Angelegenheit erledigen zu können. So geht es wenigstens mir bei der Nachbetrachtung der Diskussionen in der BRK und der heutigen Grossratsdebatte.

Bei der Kommissionsberatung war es wichtig, eine Lösung zu finden, mit der die Initianten, die Grundeigentümerschaften und die Wirtschaft leben können und die gleichzeitig Investitionen in den Wohnungsbau nicht abwürgen. Ich denke, dass dies der BRK mit diesem Kompromiss gelungen ist. Ob es sich um einen guten Kompromiss mit einer guten Lösung handelt, kann heute allerdings nicht abschliessend beurteilt werden. Die Zukunft wird zeigen müssen, ob das vorliegende Ergebnis mit den entsprechenden Gesetzesänderungen in der Praxis Bestand haben wird und zu einer guten und sinnvollen Bebauung der Areale führen wird.

Auch wenn es heute müssig erscheinen mag und vermutlich auch stark vom Standpunkt der beurteilenden Person abhängig sein dürfte, kommt man nicht darum herum, den Gegenvorschlag im Licht der Initiative zu beurteilen. Kernanliegen der Initiative war, und das haben wir bereits einige Male gehört: «Auf Bahn- Industrie- und Gewerbearealen, die in eine Zone mit Wohnanteil umgezont werden, werden mittels Bebauungsplänen zukunftsweisende Lösungen für das Leben und Arbeiten im Kanton festgesetzt.» Es wird dann definiert, was als zukunftsweisende Lösungen gilt und dabei insbesondere erwähnt, dass 50% des gesamt Bestandes der nutzbaren Bruttogeschossfläche pro Bebauungsplan gemeinnützig, dauerhaft in Kostenmiete vermietet werden. Ebenso wird gefordert, dass dieser Boden durch Verkauf oder im selbstständigen Baurecht den gemeinnützigen Organisationen weitergegeben wird.

Auf die Punkte der Initiative in Bezug auf die Mitwirkung der Bevölkerung der CO<sub>2</sub> -Neutralität gehe nicht, gehe ich nicht weiter ein, nicht weil ich diese Aspekte als untergeordnet anschauere, im Gegenteil, sondern weil diese meines Erachtens auch schon durch die aktuelle Gesetzgebung erfüllt oder erfüllbar sind.

Sollten die Initianten ihre Initiative zurückziehen, was aus Sicht der FDP zwingende Voraussetzung für die Zustimmung zum Gegenvorschlag darstellt, so haben Sie meines Erachtens insbesondere in zwei Punkten wesentliche Konzessionen gemacht: Reduktion ihrer Forderung von 50% gemeinnützigem Wohnungsbau auf einen Drittel sowie das Akzeptieren, dass die vermietende Partei, die nach Kostenmiete gemäss Wohnraumförderungsgesetz vermietet wird, selbst nicht eine Organisation des gemeinnützigen Wohnungsbaus sein muss.

Andererseits ist man insbesondere in einem Punkt den Initianten mit dem Gegenvorschlag sehr entgegengekommen, nämlich dort, wo es um die Definition der von der Gesetzgebung betroffenen Gebiete und der Areale geht. Meines Erachtens ist der Initiativtext eindeutig, betroffen sein sollten nur Areale, die in eine Zone mit Wohnanteil umgezont werden. Dies wird auch untermauert, wenn man die Homepage der Initianten anschaut, wo explizit nur Areale aufgeführt werden, die sich in Transformation befinden, heute also Wohnen nicht möglich ist. In diesem Punkt geht der Gegenvorschlag weiter und weitet die Forderung der Initianten von Transformationsarealen auf andere Zonen aus, die überwiegend gewerblich genutzt werden. Ich behaupte, dass die Initianten bei der Formulierung ihrer Initiative die Entwicklung des Klybeckareals im Auge hatten, worauf auch die explizite Erwähnung dieses Areals bei der Frage, weshalb überhaupt eine Initiative, hindeutet. Diese begehrte Gesetzesanpassung sollte aber auch für weitere Transformationsareale gelten. Hingegen beanspruchen die Initianten keine Gesetzgeltung für andere Zonen. Die Ausweitung erfolgte in der Kommission und ist ein klares und sehr grosses Zugeständnis an die Initianten zu werten. Ich hoffe, das wird so auch anerkannt.

Es gab auch Punkte in der Kommissionsberatung, welche ich persönlich nicht unterstützen würde, die man aber als Parlamentarier in einer Kommissionsberatung, bei der es um die Erarbeitung eines Gegenvorschlags geht, nicht einfach negieren kann. Neben einigen anderen betrifft ein solcher Punkt die Mietzinsfrage, also wie hoch die Miete auf den durch die Initiative betroffenen Teile eines Real-Areals sein darf. Für mich war auch klar, dass die Intention der Initianten darin bestand, dass diese Mieten tiefer sein sollten als Mieten, die nach Marktgesichtspunkten festgelegt werden. Ich glaube, dass man mit der aktuellen Lösung, die vom Regierungsrat vorgeschlagen wurde, dieses Anliegen erfüllt hat. Das schwierige an der Kostenmiete ist nämlich die Tatsache, dass diese per se bei der Neubebauung und Neuvermietung nicht zwingend zu



günstigen oder günstigeren Mietzinsen führt. Ihr Vorteil ist, dass sie über die Zeit betrachtet einer anderen Entwicklung unterliegen und somit mittel- und langfristig günstiger Wohnraum entsteht und erhalten bleibt.

Zum Schluss noch eine Klarstellung: Die neue lit. k in § 101 Abs. 2 des kantonalen Bau- und Planungsgesetzes, in welchem 25% preisgünstiger Wohnraum postuliert wird, ist in keiner Weise so zu verstehen, dass jeder Bebauungsplan 25 bis 30 % preisgünstiger Wohnraum enthalten muss. Vielmehr geht es um eine kantonale Ausrichtung, dass nämlich bis 2050 im Kanton 25% des Wohnungsbestandes gemeinnützig sein muss. Und bis zur Erreichung dieses Ziels können in Bebauungsplänen Massnahmen vorgesehen werden, die die Erreichung dieses Ziels unterstützen.

Ganz zum Schluss bleibt es mir, der Regierung und der Verwaltung sowie insbesondere meinen Kolleginnen und Kollegen in der Kommission für die stets faire Diskussion zu danken. Ich bitte Sie, dem Gegenvorschlag ohne Änderung zuzustimmen, dieser der Initiative als Gegenvorschlag gegenüberzustellen und die Initiative selbst zur Ablehnung zu empfehlen. Ich hoffe, dass sich letzteres erübrigt und bitte die Initianten, ihre Initiative auch tatsächlich zurückzuziehen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Als erste Einzelsprecherin hat sich gemeldet Heidi-Mück.

*Heidi Mück (GAB):* Auch wir von Basta freuen uns, dass es beim bezahlbaren Wohnen in Basel-Stadt einen Schritt vorwärtsgeht. Der Gegenvorschlag zu «Basel baut Zukunft» ist ein wichtiger Grundsatzentscheid. Ab jetzt sollen Arealentwicklungen nicht mehr primär den rendite- und der profitorientierten Investor:innen dienen, sondern wenigstens zum Teil auch der Bevölkerung. Doch halt, die Quote von einem Drittel der Wohnungen, die zur Kostenmiete vermietet werden sollen, ist ja jetzt nicht gerade umwerfend. Sie ist auch nicht revolutionär und sie ist auch nicht radikal. Mit zwei Dritteln der Wohnungen dürfen also noch immer übertriebene Rendite erzielt werden, und wir wissen es ganz genau, dass diese Renditen auf Kosten der Mieterinnen und Mieter realisiert werden. Und wir wissen auch, dass die ständig steigenden Mieten neben den Krankenkassenprämien auf Platz 2 des Sorgenbarometers der Menschen sind. Wohnen ist ein Grundbedürfnis, und in unserem Kanton ist es sogar ein Grundrecht.

Eigentlich sollten wir demzufolge doch 100% Schutz vor übersteuerten Mieten beschliessen. Wir bevorzugen daher immer noch die Initiative, welche wenigstens 50%Kostenmiete fordert. Das wäre eine Hälfte für die Bevölkerung und die andere Hälfte für die Rendite. Das ist zwar auch nicht wirklich gerecht, aber zumindest fifty fifty, während beim Gegenvorschlag zwei Drittel Rendite zu einem Drittel bezahlbarem Wohnen für die Bevölkerung stehen.

Wir werden dem Gegenvorschlag natürlich trotzdem zustimmen, da es eben ein Schritt in die richtige Richtung ist. Uns ist aber sehr wichtig, dass im Gegenvorschlag das Wort mindestens steht. Es sind mindestens ein Drittel der Wohnungen dauerhaft gemeinnützig zu vermieten. Der Grosse Rat kann bei jedem Bebauungsplan auch einen grösseren Anteil festlegen und wir werden uns natürlich dafür einsetzen, dass das auch gemacht wird. In Zürich wurde vor knapp zwei Jahren die Neugassinitiative angenommen und damit für die SBB 100% Kostenmiete festgelegt. Eine solche Initiative könnte ja auch in Basel korrigierend wirken, wenn in gewissen Arealen der Anteil bezahlbare Wohnungen zu tief ist.

Wir wollen eigentlich, dass auch bei Arealen unter 15'000 m2 Anteile für Wohnungen in Kostenmiete festgelegt werden. Dass man aus der Lex CMS nun ein allgemeines Schlupfloch für alle Areale unter 15'000 m2 gemacht hat, ist für uns nur schwer zu akzeptieren. Es gibt eigentlich keinen nachvollziehbaren Grund, weshalb der Anteil bezahlbaren Wohnens von der Grundfläche abhängig gemacht werden soll, egal wie dicht und wie hoch gebaut wird. Aber da die Initiant:innen sich nun auf diesen Kompromiss eingelassen haben, werden wir vorläufig auch diese Kröte schlucken.

Zwei wichtige Elemente der Initiative gingen aber verloren, das Klima und die Mitwirkung. Das Klima wurde schon von unserer Fraktionssprecherin erwähnt. Für mich noch schlimmer ist das Manko bei der Mitwirkung. Die Mitwirkungsverfahren laufen zwar immer aufwendiger und professioneller ab, und wir haben ja auch ein neues Partizipationsgesetz. Die Anliegen der Bevölkerung werden aber weiterhin kaum aufgenommen wie das Beispiel Klybeck plus zeigt. Da wird munter weiter an einem maximal verdichteten Quartier geplant, entgegen den klaren Äusserungen der Bevölkerung in zahlreichen Mitwirkungsveranstaltungen. Minimale Grünflächen sollen zwischen die Bauten gequetscht werden, anstatt endlich grosszügige und für alle zugängliche Grünflächen zu planen, wie es das Kleinbasel so dringend braucht.

Und dann der Einfluss der Transformationsareale auf die umliegenden Quartiere. Ich wohne im Klybeck und ich sehe, was täglich vor meiner Haustüre abgeht. Spekulative Hauskäufe, Luxussanierungen und Mieterhöhungen, da können noch so schöne Handelskammerstudien das Gegenteil behaupten. Die Verdrängung passiert real und sie passiert jetzt. Der Gegenvorschlag zu «Basel baut Zukunft» ist es also ein Schritt in die richtige Richtung, aber es braucht nicht nur einen minimalen Anteil an bezahlbarem Wohnraum. Wir bleiben dran und behalten uns deshalb vor, mit weiteren Initiativen oder Referenden dafür zu sorgen, dass bei den Transformationsarealen die Bedürfnisse der Bevölkerung wirklich ernstgenommen werden.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Als nächster Einzelsprecher hat sich eingetragen René Brigger.



*René Brigger (SP):* Ich spreche nur kurz zu Ihnen, weil ich ein Anzugssteller bin. Der Anzug soll abgeschrieben werden. Das ist richtig. Ich kam mir Jahre lang etwas vor wie ein Prediger in der Wüste, ich wollte nämlich diesen preisgünstigen Wohnungsbau richtig definieren und die entsprechende Grundlage im Bau- und Planungsgesetz schaffen. Das ist mit diesem Gegenvorschlag der Fall. Wichtig ist auch, dass wir jetzt eine klare Grösse haben, was Kostenmiete ist. Wir referenzieren uns am Bundesgesetz, nämlich am Wohnraumfördergesetz WFG des Bundes, das viele andere Städte, vor allem auch Zürich und Bern seit Jahren erfolgreich anwenden.

Das war zurückblickend eine lange Geschichte. Ich bin auch Mitinitiant. Seit Start der Initiative bis heute sind praktisch fünf Jahre vergangen. Die Zwischenschritte wurden schon erklärt. Ich finde es aber sehr produktive Arbeit. Ich verweise darauf, was vor drei Jahren passierte beim Wohnschutz. Da haben wir noch zu Coronazeiten in der Messe gut acht Stunden debattiert. Es ging damals um einen Minderheitsantrag der BRK und um einen Mehrheitsantrag. Es waren acht Stunden Debatte, der Minderheitsantrag kam durch, dann kam das Referendum, das erfolgreich war, danach kam die Initiative, die den Mehrheitsantrag aufgenommen hat. Das Gesetz ist schliesslich umgesetzt worden und nun gibt es allseits ein Gejammer. Hier haben wir doch einen anderen Lösungsschritt, was sehr befriedigend ist.

Meines Erachtens ist das sogar eine Win-Win-Win-Situation. Die Initianten und die dahinter stehenden Kreise und das sind keine kleinen Kreise, das sind einige Grossrätinnen und Grossräte der SP und des Grünen Bündnisses, auch Genossenschaftskreise, diese können gut damit leben. Das ist also ein Win. Die Eigentümerschaften haben auch ein Win, die haben zusammengearbeitet und sind auch zufrieden, sie können da mit arbeiten. Ich stelle fest, wenige Tage nach Publikation dieses Gegenvorschlages hat die CMS endlich nach Jahren den Bebauungsplan aufgelegt. Also das heisst, Sie sind zufrieden, es besteht Planungssicherheit. Wir sind der CMS sehr entgegengekommen. Da wäre meines Erachtens eher ein Dank nötig gewesen. Es ist aber vor allem ein Win für den Kanton, für unsere Bevölkerung, die jetzt in diesen Arealentwicklungen, wo doch unzählige Wohnungen entstehen werden, mindestens einen Drittel preisgünstigen, dauerhaft kostengünstigen Mietzinse hat nach dem Prinzip der Kostenmiete. Auch die Investoren sagen, dass es noch einige Hürden zu überschreiten gibt, und die erste Hürde ist heute. Es ist die politisch relevante Hürde, weil eben auch die SP mitgenommen wurde, die Genossenschaften mitgenommen wurden, und die Hürde ist genommen. Es ist ein Markstein in der kantonalen Wohnpolitik, der nicht nur ein paar Jahre hält, sondern Grundlage ist für die weiteren grossen Planungen, die wir machen müssen uns sinnvoll umsetzen müssen. Eine Planung mit 10 bis 15% preisgünstigem Wohnungsbau à la Mattmüller wäre nie mehrheitsfähig gewesen. Das wäre ein Rohrkrepierer gewesen. Daher bin ich überzeugt, dass wir jetzt eine Win-Win-Win-Situation haben. Ich danke allen, die gutwillig und intensiv daran gearbeitet haben. Und die Initiative wird, wie das Ivo Balmer schon gesagt hat, ohne Änderungen zurückgezogen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Liste der Sprechenden ist erschöpft. Somit hat Regierungspräsident Conradin Cramer das Wort.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Vielen Dank für diese Debatte. Wir haben jetzt gehört, wie die Wins sehr stark betont wurden, vielleicht von der einen Seite noch ein bisschen mehr als von der anderen, aber jedenfalls haben wir einen Kompromiss, hinter dem alle stehen können und der, wie das jetzt auch der langjährige Vorkämpfer und letzte Votant René Brigger gesagt hat, die Basis legt für weitere Wohnbauten in diesem Kanton, für die grossen Arealentwicklungen, auf die wir dringend angewiesen sind. Dieser Kanton braucht Wohnraum und zwar in allen Facetten. Und wenn wir jetzt mit diesem Kompromiss es erreichen, dass die Investorinnen und Investoren bereit sind zu investieren in die Transformationsareale, dann ist es ein guter Kompromiss, dann ist es ein Gewinn für den ganzen Kanton

Ich möchte Sie nochmals bitten, dem Gegenvorschlag der BRK so unverändert zuzustimmen. Ich möchte Sie auch bitten, die Initiative, deren Rückzug ja schon angekündigt wurde, abzulehnen mit Empfehlung auf Ablehnung zu verabschieden. Es wäre ja sonderbar, jetzt die Initiative gutzuheissen, wenn man hinter dem Kompromiss steht. Ich habe gehört, dass solche Anträge gestellt wurden. Ich glaube, das passt nicht ganz zur Kompromisslaune des Grossen Rates, sondern dann sollte man auch wirklich klar dazustehen. Wir haben jetzt einen gemeinsam, in viel Arbeit von der BRK erarbeiteten Kompromiss, der sozusagen die Initiative auch wirklich ersetzt und den es jetzt geschlossen auch zu verteidigen gilt.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit geht das Wort an den Präsidenten der BRK. Er verzichtet. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 17 des Berichts.

Titel und Ingress

1 Gegenvorschlag. Text der Initiative: Änderungen des Gesetzes über die Wohnraumförderung (Wohnraumfördergesetz WRFRG).



Titel nach § 6 (neu)

§ 6a, Abs. 1 Lit a bis c

§ 6b neu, Abs. 1 bis 4

§ 6c neu, Abs. lit1 a bis c, Abs. 2 bis 4

§ 6d neu, Abs. 1 lit. a bis c, Abs. 2

§ 6 neu, Abs. 1 bis 5

2 Änderung Bau- und Raumplanungsgesetz, Titel nach Titel 3 AIV (neu)

§ 101 Abs. 2 lit ibis

Titel nach § 101 (neu)

§ 101a (neu)

Abs. 1,

Abs. 2 lit. a bis e,

Abs. 3

Titel nach § 121 (neu)

§ 121a neu

Abs. 1 bis 2

3 Aufhebung anderer Erlasse.

4 Schlussbestimmungen

Die Kommission beantragt, der Initiative den Gegenvorschlag gegenüberzustellen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag. Wenn Sie dem Gegenvorschlag in der Schlussabstimmung zustimmen, wird dieser der Initiative so gegenübergestellt. Wenn Sie den Gegenvorschlag ablehnen, kommt die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung.

Wir kommen zur Schlussabstimmung zum Gegenvorschlag.

## Abstimmung

JA heisst Gegenvorschlag, NEIN heisst Verzicht auf Gegenvorschlag

### Ergebnis der Abstimmung

**91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003412, 15.05.24 15:22:53]

## Der Grosse Rat beschliesst

### I. Gegenvorschlag

Im Sinne eines Gegenvorschlags zu der von 3'973 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten eingereichten, vom Grossen Rat in einer Sitzung vom 11. November 2020 an den Regierungsrat überwiesenen Volksinitiative «Basel baut Zukunft» mit folgendem Wortlaut:

*«Gestützt auf § 47 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 und auf das Gesetz betreffend Initiative und Referendum vom 16. Januar 1991 (IRG) reichen die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten folgende formulierte Initiative ein:*

*Die Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23.3.2005 wird wie folgt ergänzt:*

### **§ 34a Transformationsareale**

*Auf Bahn-, Industrie- und Gewerbearealen, die in eine Zone mit Wohnanteil umgezont werden, werden mittels Bebauungsplänen zukunftsweisende Lösungen für das Leben und Arbeiten im Kanton festgesetzt. Als zukunftsweisend gelten Lösungen, die sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig sind sowie partizipativ erarbeitet worden sind.*



*Inbesondere erfüllen sie folgende Anforderungen:*

a) *Mindestens 50 Prozent des Gesamtbestandes der nutzbaren Bruttogeschossfläche pro Bebauungsplan müssen gemeinnützig im Sinne des Wohnraumförderungsgesetzes (SR 842) dauerhaft in Kostenmiete vermietet werden beziehungsweise muss der Boden durch Verkauf oder im selbständigen und dauernden Baurecht an eine gemeinnützige Organisation gemäss Art. 4 Abs. 2 Wohnraumförderungsgesetz abgegeben werden.*

b) *Die Zonen- und Bebauungspläne sind gemäss § 55 der Kantonsverfassung des Kantons Basel-Stadt unter Mitwirkung der Bevölkerung erarbeitet worden; die Ergebnisse der Mitwirkung sind in der Planung angemessen berücksichtigt.*

c) *Die Areale erreichen das Ziel der CO<sub>2</sub>-Neutralität. Übergangsbestimmungen zu § 34a: Mit Annahme der Initiative sind deren Vorgaben auf Bebauungspläne anzuwenden, die gemäss § 105 Bau- und Planungsgesetz noch nicht beschlossen sind.».* wird beschlossen:

Das Gesetz über die Wohnraumförderung (Wohnraumfördergesetz, WRFG) vom 5. Juni 2013 [1]) (Stand 28. Mai 2022) wird wie folgt geändert:

### **Titel nach § 6 (neu)**

*Ibis. Dauerhaft gemeinnützig vermieteter Wohnraum auf Transformationsarealen*

### **§ 6a (neu)**

#### **Vorgaben zum Wohnraum**

1 Der Wohnraum im Sinne von § 101a Abs. 2 lit. a des Bau- und Planungsgesetzes (BPG) vom 17. November 1999 gilt als dauerhaft gemeinnützig vermietet, wenn folgende Anforderungen erfüllt sind:

- a) die Vermietung des Wohnraumes erfolgt gemeinnützig gemäss Art. 4 Abs. 3 des Bundesgesetzes über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (Wohnraumförderungsgesetz, WFG) vom 21. März 2003, wobei die Vermieterin selber keine Organisation des gemeinnützigen Wohnungsbaus sein muss;
- b) der Nettomietzins des Wohnraumes wird nach dem Kostenmietprinzip berechnet;
- c) die Vermietungskriterien werden eingehalten.

### **§ 6b (neu)**

#### **Kostenmietprinzip**

1 Der Nettomietzins wird nach dem Kostenmietprinzip berechnet.

2 Die Kostenmiete berechnet sich anhand der Liegenschaftskosten und der Beschränkungen gemäss dem Wohnraumförderungsgesetz sowie den damit zusammenhängenden Verordnungen des Bundes, sofern der Regierungsrat keine abweichenden Regelungen vorsieht. Wird die Liegenschaft in Form eines vom Regierungsrat genehmigten Musterbaurechtsvertrags abgegeben, wird auf den tatsächlichen Baurechtszins abgestellt.

3 Nicht anrechenbar sind diejenigen Kostenteile, die über den im Zeitpunkt des Baubehrens geltenden Anlagekostenlimiten inklusive allfälliger Erhöhungen und Zuschläge gemäss der Verordnung des BWO über die Kostenlimiten und Darlehensbeträge für Miet- und Eigentumsobjekte vom 27. Januar 2004 liegen. Diese Kostenteile werden bei der Nettomietzinsberechnung nicht berücksichtigt und können nicht auf die Mieterschaft überwältzt werden.

4 Der Regierungsrat kann die Einzelheiten regeln.

### **§ 6c (neu)**

#### **Nettomietzinsanpassung**

1 Der Nettomietzins gemäss § 6b kann angepasst werden:

- a) auf Grund von Veränderungen des Referenzzinssatzes für Hypotheken oder des Baurechtszinssatzes;
- b) infolge wertvermehrender Investitionen;
- c) bei Erhöhungen der Unterhaltskosten, der Verwaltungskosten oder der mit der Sache verbundenen Lasten und öffentlichen Abgaben.

2 Mietzinsherabsetzungen sind zwingend vorzunehmen. Sie müssen spätestens auf den nächstmöglichen Kündigungstermin erfolgen.

3 Die Mitteilung von Mietzinserhöhungen richtet sich nach dem Schweizerischen Obligationenrecht (OR) vom 30. März 1911.



4 Nettomietzinsanpassungen sind dem zuständigen Departement vorhergehend mit den massgebenden Unterlagen zur Bewilligung vorzulegen.

#### **§ 6d (neu)**

##### **Vermietungskriterien**

1 Die Eigentümerschaft von dauerhaft gemeinnützig vermietetem Wohnraum hat sicherzustellen, dass folgende Vermietungskriterien eingehalten werden:

- a) Mieterinnen und Mieter mit geringen Einkommen und Vermögen sind angemessen zu berücksichtigen.
- b) Mieterinnen und Mieter müssen während der Mietdauer ihren zivilrechtlichen Wohnsitz an der Adresse des Mietobjekts haben.
- c) Der Wohnraum darf bei Mietantritt höchstens ein Zimmer mehr als Bewohnerinnen und Bewohner aufweisen. Es darf nur in begründeten Ausnahmefällen davon abgewichen werden.

2 Der Regierungsrat bestimmt die massgebenden Einkommens- und Vermögensgrenzen der Mieterinnen und Mieter und konkretisiert die Belegungsvorschriften.

#### **§ 6e (neu)**

##### **Bewilligung und Kontrolle**

1 Die Prüfung der Einhaltung der im jeweiligen Bebauungsplan sowie diesem Gesetz enthaltenen Vorschriften zum Wohnraum erfolgen durch die zuständigen Departemente.

2 Mit der Bewilligung werden die einzuhaltenden Auflagen festgehalten.

3 Die zuständigen Departemente verfügen die erstmalige Höhe des Nettomietzinses der gesamten Liegenschaft. Die Eigentümerschaft gibt per Selbstdeklaration nach Fertigstellung und Vermietung über die Höhe der Nettomietzinsen der einzelnen Wohnungen Auskunft. Bei Abweichungen greifen die zuständigen Departemente mittels Verfügung korrigierend ein.

4 Die Eigentümerschaft ist zur Mitwirkung bei der Kontrolle verpflichtet und hat sämtliche Informationen zum Nachweis der Einhaltung der Vorschriften des Bebauungsplans, der Auflagen der Bewilligung, der Nettomietzinsen und der Vermietungskriterien zur Verfügung zu stellen.

5 Bei einem Verstoß gegen die durch die zuständigen Departemente festgelegten Nettomietzinsvorgaben verfügt das zuständige Departement die einzuhaltenden Nettomietzinsen für jede Wohnung einzeln und kann die Rückzahlung der unrechtmässig zu viel bezahlten Nettomietzinsen an die Mieterschaft inklusive eines Verzugszinses in der Höhe von 5 % anordnen.

#### **II. Änderung anderer Erlasse**

Bau- und Planungsgesetz (BPG) vom 17. November 1999 [2]) (Stand 1. August 2022) wird wie folgt geändert:

##### **Titel nach Titel 3.A.IV. (neu)**

###### *3.A.IV.1. Allgemeines*

#### **§ 101 Abs. 2**

2 Bebauungspläne können namentlich festlegen:

j)bis **(neu)** Massnahmen zur Erreichung des Zielwerts von mindestens 25 % preisgünstigem Wohnraum bis 2050;

##### **Titel nach § 101 (neu)**

###### *3.A.IV.2. Transformationsareale*

#### **§ 101a (neu)**

1 Für Bahnareale, Industrie- und Gewerbebezonen sowie überwiegend gewerblich genutzte Areale in anderen Zonen, die einen Planungssperimeter von mehr als 15'000 m<sup>2</sup> umfassen und für die ein Anteil Wohnen festgelegt wird, sind Bebauungspläne zu erlassen.

2 Bebauungspläne gemäss Abs. 1 haben mindestens Folgendes zu enthalten:

- a) die Verpflichtung der Eigentümerschaft, mindestens einen Drittel der neu für Wohnen geplanten Bruttogeschossfläche dauerhaft gemeinnützig gemäss den Vorgaben der §§ 6a - 6e des Gesetzes über die Wohnraumförderung (Wohnraumförderungsgesetz, WRFG) vom 5. Juni 2013 zu vermieten;



- b) die Realisierungsabfolge des dauerhaft gemeinnützig zu vermietenden Wohnraumes;
  - c) die Verpflichtung der Eigentümerschaft, für den dauerhaft gemeinnützig zu vermietenden Wohnraum die Vorgaben zur Nutzfläche des enthaltenen Wohnraums gemäss § 10 Abs. 2 lit. b der Verordnung über die Wohnraumförderung (Wohnraumförderungsverordnung, WRFV) vom 17. Juni 2014 einzuhalten;
  - d) die Verpflichtung der Eigentümerschaft, das gesamte Areal in städtebaulich und architektonisch guter Qualität zu realisieren;
  - e) die Verpflichtung der Eigentümerschaft, dass das gesamte Areal im Rahmen der wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten klimafreundlich erstellt wird und im Betrieb das Ziel der Klimaneutralität erreicht.
- 3 Quartierdienliche Nutzungen sind angemessen zu berücksichtigen.

#### **Titel nach § 121 (neu)**

##### *3.5.1.bbis Mehrwertabgabe bei dauerhaft gemeinnütziger Vermietung*

#### **§ 121a (neu)**

1 Wird Wohnraum gemäss den Vorgaben der §§ 6a - 6e WRFG dauerhaft gemeinnützig vermietet und ist dies mit einer Vereinbarung zwischen der Grundeigentümerschaft und dem Kanton verbindlich gesichert, wird der Mehrwertabgabesatz auf dem entsprechenden Anteil auf 20 % reduziert.

2 Entfällt die dauerhaft gemeinnützige Vermietung, wird die Mehrwertabgabe neu festgesetzt und die Differenz zur bereits entrichteten Mehrwertabgabe zur Zahlung fällig.

#### III. Aufhebung anderer Erlasse

*Keine Aufhebung anderer Erlasse.*

#### V. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

#### **II. Weitere Behandlung**

Die Volksinitiative «Basel baut Zukunft» ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten gleichzeitig mit dem unter Ziff I. aufgeführten Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Der Grosse Rat empfiehlt den Stimmberechtigten, die Volksinitiative «Basel baut Zukunft» zu verwerfen und den Gegenvorschlag anzunehmen.

Für den Fall, dass sowohl das Initiativbegehren als auch der Gegenvorschlag angenommen werden, haben die Stimmberechtigten zu entscheiden, welche der beiden Vorlagen sie vorziehen. Der Grosse Rat empfiehlt, bei der Stichfrage den Gegenvorschlag vorzuziehen.

Bei Annahme der Volksinitiative tritt die entsprechende Verfassungsänderung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft, sofern im Erlass selbst nicht etwas anderes bestimmt ist. Bei Annahme des Gegenvorschlags bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Gesetzesänderungen.

Wenn das Initiativbegehren zurückgezogen wird, sind die Änderungen des Gesetzes über die Wohnraumförderung sowie des Bau- und Planungsgesetzes (Gegenvorschlag) nochmals zu publizieren. Sie unterliegen dem fakultativen Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

#### **III. Publikation**

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

[2]) SG 730.100

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben den Gegenvorschlag mit 91 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme angenommen.

Wir fahren fort in der Detailberatung.

2 weitere Behandlung



Die Kommission beantragt, die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Ivo Balmer beantragt, die Initiative den Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen. Ich eröffne hierfür die Debatte. Der Präsident der BRK hat das Wort.

*Michael Hug (LDP):* Vielleicht einfach kurz will ich in dasselbe Horn blasen wie Regierungspräsident Conradin Cramer. Wir hatten diese Diskussion auch in der Kommission geführt und ich finde, jetzt, wo der Gegenvorschlag einstimmig oder fast einstimmig angenommen wurde, ist es ein starkes Zeichen, wenn sich jetzt auch alle bekennen und sich hier nicht für die Initiative aussprechen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir kommen damit zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

NEIN heisst Empfehlung auf Verwerfung, JA heisst Empfehlung auf Annahme

### **Ergebnis der Abstimmung**

**44 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003414, 15.05.24 15:24:37]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Empfehlung auf Verwerfung.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie empfehlen die Initiative zur Verwerfung mit 46 Ja-Stimmen gegen 44 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

Damit ist der Grossratsbeschluss bereinigt und das Geschäft erledigt.

Die BRK beantragt, den Anzug René Brigger und Konsorten betreffend Definition preisgünstiger Wohnungsbau und Schaffung gesetzlicher Grundlagen für Bebauungspläne als erledigt abzuschreiben. Die BRK verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt, Sie haben den Anzug als erledigt abgeschrieben.

Wir kommen damit zu den neuen Interpellationen.

Interpellation Nr. 46 Olivier Battaglia betreffend PFAS im Trinkwasser. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

Interpellation Nr. 47 Joe Vergeat betreffend Was bedeutet das Urteil des EGMR zur Klage der Klima Seniorinnen für Basel-Stadt. Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungspräsident Conradin Cramer.

## **16.2. Interpellation Nr. 47 Jo Vergeat betreffend was bedeutet das Urteil des EGMR zur Klage der Klima Seniorinnen für Basel-Stadt?**

[15.05.24 15:26:07, 24.5148.01]

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt.

Zu Frage 1: Das Urteil bezieht sich unter anderem auf das Übereinkommen von Paris. Die wirksamen waren der durch Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der EMRK, geschützten Rechte setze gemäss Urteil voraus, dass die Staaten ihre Treibhausgasemissionen reduzieren, um grundsätzlich innerhalb der nächsten drei Jahrzehnte Netto-Neutralität zu erreichen. Dieses Ziel hat sich die Schweiz mit Netto Null bis 2050 gesetzt, ihr Zwischenziel von 2020 hat sie knapp nicht erreicht. Die Wirkung des Urteils auf die Schweiz ist zum jetzigen Zeitpunkt schwer abzuschätzen. Gemäss Artikel 46 EMRK



ist die Schweiz dazu verpflichtet, für die Umsetzung des Urteils zu sorgen. Es besteht aber ein grosser Ermessensspielraum. Die Schweiz muss deshalb dem Ministerkomitee des Europarates berichten, wie sie vorgehen will.

Zu den Fragen 2 und 5: Wir können aus heutiger Sicht nicht sagen, wie der Bund das Urteil umsetzen wird und ob die Kantone in diese Umsetzung einbezogen werden. Basel-Stadt hat mit dem Netto Null-Ziel bis 2037 aber eine sehr gute Ausgangslage. Der Kanton hat seine direkten Emissionen zwischen 1995 und 2020 bereits um 44 % gesenkt. Bis 2030 will der Regierungsrat die direkten Emissionen gegenüber 1995 auf ein Viertel senken. Das ist deutlich mehr als vom Übereinkommen von Paris gefordert. Auch das Netto Null-Ziel will der Kanton 13 Jahre früher erreichen als die Schweiz. Den Weg zu diesem Ziel legt die Klimaschutzstrategie Netto Null 2037 fest. Die dafür notwendigen Massnahmen werden aktuell in einem Aktionsplan definiert. Diese soll im Laufe des Jahres vom Regierungsrat erlassen werden. Darüber hinaus sehen wir aufgrund des Urteils für Basel keinen weiteren Handlungsbedarf.

Was die Infrastrukturprojekte anbelangt, wird ein Absenkpfad für die Treibhausgasemissionen der kantonalen Infrastrukturbauten festgelegt. Ziel ist, künftig eine klimaschonende Bauweise bei allen Infrastrukturprojekten des Kantons umzusetzen. Grosse Infrastrukturprojekte des Kantons werden bereits jetzt einer ganzheitlichen Nachhaltigkeitsbeurteilung unterzogen. Darin wird auch die Klimawirksamkeit beurteilt. Ab 2025 werden gemäss Beschluss des Grossen Rates klimarelevante Vorlagen mit einem Volumen von über 1,5 Millionen Franken zudem einer Klimawirkungsabschätzung unterzogen.

Zu den Fragen 3 und 4: Der Kanton arbeitet bereits seit Jahren an der Anpassung an die Klimaerhitzung. Erstmals veröffentlichte der Regierungsrat 2011 einen Bericht über die Folgen des Klimawandels. Dieser Bericht wurde 2017 und 2021 jeweils aktualisiert und fortgeschrieben. Die Umsetzung der darin beschriebenen Massnahmen prüft der Regierungsrat in regelmässigen Abständen. Ebenfalls 2021 wurde das Stadtklimakonzept beschlossen, das jetzt umgesetzt wird. Der Grosse Rat hat dafür gerade erst 9,4 Millionen Franken gesprochen. Bei jedem Bauprojekt im Unterhalt und auch in der Grünplanung hat das Thema Klimaanpassung eine hohe Priorität.

Um Wirkung zu entfalten, benötigt es natürlich einen gewissen zeitlichen Vorlauf, Stichwort Wuchsgeschwindigkeit von Stadtbäumen. Auch bei einer optimalen Anpassung des öffentlichen Raums wird sich die Erwärmung nicht vollumfänglich durch Klimaanpassungsmassnahmen auffangen lassen. Deshalb fördert der Kanton auch Massnahmen durch private Grundeigentümerinnen und -eigentümer. Die Bereiche, in denen der Klimaschutz im Kanton gestärkt werden soll, werden in der Klimaschutzstrategie aufgezeigt. Die dafür zusätzlichen Massnahmen sollen, wie bereits erwähnt, im Aktionsplan aufgezeigt werden.

Zu Frage 6: Der Kanton Basel-Stadt nimmt nach seinen Möglichkeiten auf allen politischen Ebenen Einfluss, um die Energie- und Klimapolitik in der Schweiz voranzutreiben. Der Regierungsrat hat in zahlreichen Stellungnahmen gegenüber dem Bund immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass der Bund im Klimaschutz wirksamer handeln müsse. Der Regierungsrat wird seinen Einfluss weiterhin in den zuständigen Gremien geltend machen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit hat die Interpellantin in das Wort.

*Jo Vergeat (GAB):* Ich bin mit der Antwort teilweise zufrieden. Ich hätte mir eine kritischere Auseinandersetzung, oder eine vertiefte Auseinandersetzung gewünscht, da auch ein bisschen Zeit bestand, um dies umzusetzen. Ich hätte mir nämlich gewünscht, dass die Regierung sagt, was wir uns alle immer wieder vor Augen führen müssen, auch wenn wir als fortschrittlichster Kanton betreffend Klimaschutz unterwegs sind. In der Schweiz reichen unsere Bemühungen nicht, um den Klimawandel effektiv abzuschwächen, insbesondere auch weil unser 2037 Ziel diese viel kritisierten Systemgrenzen aufweist.

Dieses Urteil zeigt auf, dass der Kanton, dass wir eine Verantwortung haben, um unsere Bevölkerung zu schützen und das eben über diese Systemgrenzen hinweg. Und anstatt sich einfach nur darauf auszuruhen, hätte ich mir gewünscht, dass man noch einmal ein bisschen mit Nachdruck daran arbeitet, dass die Ziele, die man sich setzt, erreicht werden, aber eben auch vielleicht erweitert werden auf diese Bereiche, die jetzt nicht erwähnt wurden, aber doch problematisch sind.

Gerade im Bereich der Klimaanpassung bin ich nicht einer Meinung damit, dass eine Beschleunigung nicht möglich sein soll. Das haben wir aber auch diskutiert, da bin ich nicht alleine mit dieser Meinung hier im Grossen Rat, und das hängt nicht unbedingt mit der Wuchsgeschwindigkeit der Bäume, sondern vielleicht eher mit der Begrünungsgeschwindigkeit und mit Willen der Umsetzung in der Stadt zusammen. Betreffend die Infrastrukturprojekte wurde zwar aufgezeigt, wie diese in ihrem Bau analysiert werden, was für Effekte aber ihre Wirkung ausübt, wie zum Beispiel der Rheintunnel auf den Verkehr, auf die Zunahme des Verkehrs, das wurde nicht erwähnt. Insbesondere brauchen wir endlich diesen klaren Massnahmenplan, diesen Aktionsplan. Darauf warten wir immer noch und wir hoffen, dass sich das mit oder ohne Urteil beschleunigt. Ausserdem freue ich mich aber, dass so klar Stellung bezogen wird dazu, dass man sich schweizweit weiterhin stark machen möchte für einen starken Klimaschutz in der Schweiz und ich bestärke die Regierung gerne darin, das auch in Zukunft so fortzuführen.



*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Interpellation 48 Eric Weber über die Peinlichkeit bei der Basler Polizei. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant will begründen.

### **16.3. Interpellation Nr. 48 Eric Weber betreffend Peinlichkeit bei der Basler Polizei**

[15.05.24 15:35:49, 24.5152.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Eric Weber, reden Sie zum Thema. Dies ist der erste Ordnungsruf.

*Eric Weber (fraktionslos):* Ich möchte vergleichen die Polizei in Basel und in anderen Ländern. Ich war zwei Wochen in Belarus. Dort gäbe es einen solchen Skandal wie in Basel nicht. So einen Fake-Ausweis kann man nicht ausstellen. Nun wird mit diesem Ausweis in Basel Missbrauch gemacht. Die Polizei soll nennen, wie viele Ausweise gedruckt worden sind, wie viele Einzeltrickbetrüger mit diesem Ausweis von Tür zu Tür gingen. Der Kinderausweis der Polizei sieht dem echten Polizeiausweis sehr ähnlich. Darum meine Interpellation.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Interpellation 49 Daniel Seiler betreffen Sorge um Arbeitsplätze beim Gewerbe durch das restriktive Wohnschutzgesetz.

Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrat Conradin Cramer das Wort.

### **16.4. Interpellation Nr. 49 Daniel Seiler betreffend Sorge um Arbeitsplätze beim Gewerbe durch das restriktive Wohnschutzgesetz**

[15.05.24 15:38:06, 24.5153.01]

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Gerne beantworte ich namens des Regierungsrats diese Interpellation wie folgt.

Einleitend sei erwähnt, dass der Regierungsrat bereits in seinem Bericht zur Initiative Ja zum echten Wohnschutz an den Grossen Rat vom Juni 2021 sowie in den Erläuterungen zur Abstimmung vom 28. November 2021 über mögliche Auswirkungen der Annahme der Initiative informiert hat. Die Initiative wurde von der Stimmbevölkerung dann am 28. November 2021 mit 53% Ja-Stimmen angenommen. Den Willen der Stimmbevölkerung gilt es zu beachten. Wie bereits in der Antwort des Regierungsrats zur schriftlichen Anfrage Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Wohnschutzkommission, realistische Voraussetzungen zu Verhinderungen eines Sanierungsstillstandes vom 10. Januar 2024 festgehalten, sind die Auswirkungen der neuen Wohnraumschutzgesetzgebung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht über den Einzelfall hinaus abschätzbar. Gleichwohl hat der Regierungsrat das Präsidialdepartement zeitgleich mit dem Beschluss der Inkraftsetzung damit beauftragt, die Wohnschutzbestimmungen sowie deren Umsetzung zu evaluieren und darüber zu berichten. Im Januar dieses Jahres hat der Regierungsrat eine Auslegerordnung zur Wohnschutzgesetzgebung in Auftrag gegeben, auf deren Grundlage Erkenntnisse über Zusammenhänge und Wirkungsweise der neuen Bestimmungen festgestellt sowie Anpassungen geprüft werden sollen. Die Auslegerordnung soll sich dabei insbesondere mit der Ziel- beziehungsweise Zweckerreichung des Wohnraumschutzes befassen.

Auch muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass die Wohnschutzkommission beim Abbruch und Ersatzneubau von Liegenschaften lediglich für den Entscheid über die maximalen Nettomietzinsen bei Ersatz Neuwert zuständig ist. Sie hat sich entsprechend nie gegen den Abbruch einer Liegenschaft gestellt. Ob ein Abbruch und der Ersatzneubau bewilligt werden können, wird von der WRFG-Prüfstellen, die zum Bau- und Gastgewerbeinspektorat gehört, überprüft. Wurden die gesetzlichen Voraussetzungen für die Bewilligungsabteilung im Einzelfall nicht erfüllt, so wurde in gesetzeskonformer Weise die Bewilligung verweigert.

Zu Frage 1: Der Regierungsrat nimmt diese Sorgen insbesondere aus dem Baugewerbe sehr ernst. Die Bautätigkeit und damit auch der Personalbedarf der Bauunternehmen ist allerdings nicht nur durch die neuen



Wohnraumschutzbestimmungen, sondern auch durch weitere Faktoren beeinflusst, zum Beispiel durch steigende Hypothekenzinssätze, steigende Baukosten sowie die generell zunehmende Komplexität der Baubewilligungsverfahren.

Zu Frage 2: Der Regierungsrat hat wie erwähnt eine Auslegeordnung zur Wohnschutzgesetzgebung in Auftrag gegeben. Auf dieser Grundlage möchte der Regierungsrat Erkenntnisse über Zusammenhänge und Wirkungsweisen der neuen Bestimmungen feststellen und dann auch die nötigen Anpassungen vornehmen. Gleichzeitig gilt es, den Auftrag der Stimmbewölkerung zu respektieren. Kurzfristige Massnahmen im Bereich der rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen zum Wohnraumschutz sind nicht einfach umsetzbar. Die neuen Wohnraumschutzbestimmungen gelten erst seit knapp zwei Jahren. Aufgrund der neuen Gesetzeslage und des damit verbundenen Systemwechsels konnte sich bislang noch keine Praxis der Gesetzes- und Verordnungsanwendung vollständig etablieren. Allgemeingültige Erfahrungswerte zu der Anwendung und den Auswirkungen liegen somit noch nicht vor.

Zu Frage 3: Die mittel- und längerfristigen Auswirkungen der Wohnraumschutzbestimmungen auf den Wohnungsmarkt und die Bautätigkeit lassen sich wie erwähnt zurzeit nicht abschliessend beurteilen. Erst wenn sich eine Praxis der Gesetzes- und Verordnungsanwendung gebildet hat und es für alle Betroffenen klar ist, wie die Wohnschutzbestimmungen funktionieren, wird sich die Frage nach den Auswirkungen der Gesetzgebung genau beantworten lassen. Einen positiven Beitrag zugunsten des Wohnungsbaus wird der aktuell zur Diskussion stehende oder jetzt beschlossene Kompromiss bei der Verfassungsinitiative Basel baut die Zukunft auf den Transformationsarealen leisten. Die neuen Wohnraumschutzbestimmungen dürfen aus Sicht des Regierungsrats nicht zur Verhinderung von Umbauten, Neubauten oder insbesondere von Sanierungen führen. Der Kanton hat sich das Ziel gegeben, bis 2037 klimaneutral zu sein. Gebäudesanierungen spielen dabei eine wichtige Rolle. Diesen Volksentscheid gilt es ebenso zu respektieren wie jenen zu den neuen Wohnraumschutzbestimmungen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich bin teilweise zufrieden. Es ist gut, dass der Regierungsrat die Sorgen vom Gewerbe anerkennt und auch teilt. Man kann durchaus nochmal daraufhin weisen, dass die Signale vom Gewerbe wirklich beunruhigend sind, also Arbeitsplätze sind effektiv unter Druck und gewisse Firmen sprechen schon darüber, dass sie Arbeitsplätze abbauen müssen. Das sind wirklich alarmierende Zeichen, bei denen wir etwas machen müssen.

Ich hoffe auch, dass dann in der Diskussion um die Wohnschutzmotionen die Leute, die sich eigentlich auch dagegen stellen, vielleicht auch noch mal überlegen, welche Signale wir aussenden, wenn wir diese kleinen Korrekturen zurückweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt

Interpellation Nr. 50 Felix Wehrli betreffende Entstehung einer grossen Container-Asylbewerberunterkunft im Stettenfeld auf deutscher Seite Lörrach Stetten direkt an der Landesgrenze zu Riehen. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten und der Interpellant möchte begründen.

## **16.5. Interpellation Nr. 50 Felix Wehrli betreffend Entstehung einer grossen Container-Asylbewerberunterkunft im Stettenfeld auf DEU-Seite (Lörrach-Stetten), direkt an der Landesgrenze zu Riehen**

[15.05.24 15:44:04, 24.5158.01]

*Felix Wehrli (SVP):* Hier geht es um eine Containersiedlung direkt an der Schweizer Grenze beim Stettenfeld. Es ist ein sehr aktuelles Thema, das auch grenzüberschreitend diskutiert wird, in Riehen und vor allem in Lörrach. Dieselbe Interpellation wurde auch in Riehen eingereicht vor drei Wochen und vom Gemeinderat beantwortet. Weshalb der Regierungsrat schriftlich beantworten will, erklärt sich mir nicht. Es ist fast ein bisschen eine Verzögerungstaktik, die ich hier herausspüre.



### **16.7. Interpellation Nr. 52 Beat K. Schaller betreffend Gendersprache in der Verwaltung und Schulen des Kantons Basel-Stadt**

[15.05.24 15:44:42, 01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Interpellation Nr. 51 Anuk Feuer betreffend Kleinkinder und Bildschirme. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

Interpellation Nr. 52 Beat K. Schaller betreffend Gendersprache in Verwaltung und Schulen des Kantons Basel-Stadt. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

Interpellation Nr. 53 Brigitte Kühne betreffend Quartierabendmärkte. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Ja, sie möchte.

### **16.8. Interpellation Nr. 53 Brigitte Kühne betreffend Quartiers-Abendmärkte**

[15.05.24 15:46:30, 24.5169.01]

*Brigitte Kühne:* Seit einem Jahr gibt es den Abendmarkt auf dem Rüttimeyerplatz, eine wahre Bereicherung für das Quartierleben. Der Clou daran: Das Initiativekomitee besteht aus freiwilligen Quartierbewohnerinnen und -bewohnern, die sich mit viel Freude und Engagement um die nötigen Bewilligungen, den Kontakt zu den Anbietenden und die Organisation kümmern. Ja, es ist nicht ganz einfach, den Spagat zwischen Markt und gemütlichem Zusammensein zu schaffen. Aber ich hoffe doch sehr, dass die Bürokratie dem so wichtigen sozialen Kontakt in den Quartieren keine Streiche spielen wird. Und somit sind wir vom Abendmarkt Rüttimeyerplatz sowie die Verantwortlichen anderer Abendmärkte in dieser Stadt gespannt auf die Antworten des Regierungsrats auf meine Interpellation.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Interpellation Nr. 54 Tonja Zürcher betreffend Benzidinfund im Klybeckareal. Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin ist abwesend, somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

### **16.9. Interpellation Nr. 54 Tonja Zürcher betreffend Benzidinfund im Klybeckareal**

[15.05.24 15:46:36, 24.5172.01]

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Die eidgenössische Altlastenverordnung sorgt dafür, dass Mensch und Umwelt in der Schweiz vor gefährlichen Substanzen geschützt werden. Der Bund hat den Vollzug den Kantonen übertragen. Im Kanton Basel-Stadt ist das Amt für Umwelt und Energie (AUE) die zuständige Behörde. Das AUE hat als Vollzugsbehörde die belasteten Standorte in einem Kataster eingetragen. In diesem öffentlich zugänglichen Kataster ist ersichtlich, dass die früheren Industriestandorte, wie das Rosentalareal oder das Klybeckareal, als belastete Standorte ausgewiesen sind.

Es ist bekannt, dass Benzidin - einer von vielen problematischen Stoffen - auf einem über 100-jährigen Chemieareal nachgewiesen werden kann. Es stellt dann eine gesundheitliche Gefährdung dar, wenn es über Luft oder Wasser aufgenommen wird oder Menschen direkten Kontakt mit Benzidin haben. Solange es aber im Boden stabil eingebunden ist, kann eine Gefährdung von Mensch und Umwelt ausgeschlossen werden. Aus altlastenrechtlicher Sicht stellt ein einzelner Befund in einer Feststoffprobe unterhalb eines versiegelten Werkareals zunächst kein Problem dar. Sobald aber ein Schutzgut, wie z.B. die Luft oder ein Oberflächengewässer oder das Grundwasser betroffen sind und gesetzliche Grenzwerte überschritten werden, muss das AUE als zuständige Behörde handeln und entsprechende Massnahmen zum Schutz von Mensch und Umwelt verfügen. Das Altlastenrecht sieht dann zwingend Massnahmen vor, wenn festgelegte Grenzwerte im unmittelbaren Abstrombereich des Standortes überschritten werden. Im Fall vom Werkareal Klybeck gilt aktuell die Werkarealgrenze als Standortgrenze, weshalb die Grundwasseruntersuchungen vom AUE an der Arealgrenze erfolgen. Dieses Vorgehen ist mit der Aufsichtsbehörde, der Sektion Altlasten des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) abgestimmt.



Das frühere Industrieareal Klybeck ist mehrheitlich mit Asphalt versiegelt. Da kein natürlich gewachsener Boden, den es im Sinne der eidgenössischen Bodenschutzverordnung zu schützen gilt, vorliegt, kommt dem Schutzgut Boden hier keine Relevanz zu. Der Fokus lag daher von Anfang an auf dem Schutzgut Grundwasser. Das AUE kontrolliert deshalb seit über 20 Jahren im Abstrombereich ausserhalb des Werkareals regelmässig das Grundwasser. Seit 2019 wird das Grundwasser auch spezifisch auf Benzidin untersucht. Diese Grundwasseruntersuchungen zeigten alle, dass im bestehenden Zustand keine Gefährdung besteht.

Auch die Eigentümer müssen zusätzlich laufend umfangreiche Grundwasseruntersuchungen auf den Arealen durchführen, um der Überwachungsbedürftigkeit des Standorts nachzukommen und um Planungs- und Bauvorhaben sicher und altlastenrechtlich konform durchführen zu können. Im Rahmen einer eigenverantwortlichen Untersuchung wurde der erwähnte technische Bericht aus dem Jahr 2015 im Auftrag der Eigentümer durch das Geotechnische Institut erstellt. Solche Untersuchungen werden oft im Rahmen eines Verkaufs oder einer Umnutzung des Areals durchgeführt, um die Kosten für allfällige Entsorgungen von belastetem Material abzuschätzen.

Zu Frage 1: Ja, Benzidin wurde im Jahr 2015 in einer Feststoffprobe nachgewiesen. Dass in zwei weiteren Proben Dichlorbenzidin nachgewiesen wurde, ist dem AUE hingegen nicht bekannt.

Zu Frage 2: Ja, das ist richtig. Im 882-seitigen Bericht wird Benzidin zwar im Anhang an vier Stellen erwähnt, nicht aber im Bericht selber. Das bedeutet, dass der Stoff von den Altlastenexperten zwar nachgewiesen wurde, sie ihn für die altlastenrechtliche Beurteilung im Kontext des Werkareals Klybeck jedoch als nicht relevant einstufen.

Zu Frage 3: Das AUE ist seit August 2023 im Besitz des Berichts. Der Befund war dem AUE bis dahin nicht bekannt.

Zu Frage 4: Das AUE publiziert alle seine eigenen Benzidinuntersuchungen jeweils zeitnah auf seiner Website. Eine aktive Kommunikation findet dann statt, wenn eine Gefährdung von Mensch und Umwelt besteht oder sich eine frühere Einschätzung entscheidend ändert. Beim hier erwähnten Einzelbefund von Benzidin hingegen besteht weder eine Gefährdung noch ändert sich etwas an der Einschätzung, dass es sich beim Klybeckareal um einen belasteten Standort handelt.

Zu Frage 5: Die Grundeigentümer haben aufgrund des Überwachungskonzepts auf dem Werkareal Klybeck weitergehende Untersuchungen durchgeführt und in drei von 15 untersuchten Grundwasserproben Benzidin nachgewiesen. Die gefundenen Benzidin-Konzentrationen wurden gemäss Vorgaben der Altlasten-Verordnung verifiziert. Zurzeit laufen dazu weiterführende ergänzende Abklärungen in enger Zusammenarbeit zwischen dem AUE und den Grundeigentümern des Areals. Es geht dabei um die Ursachenabklärung, das Ausmass der Belastung, die Eingrenzung des Schadensherds und die Klärung der Leitungssituation. Sobald die Untersuchungen abgeschlossen sind, werden die Resultate veröffentlicht und allenfalls notwendige Massnahmen ergriffen.

Zu Frage 6: Das AUE hat 2019 veranlasst, dass Benzidin untersucht wird. Da es sich beim Werkareal Klybeck um einen belasteten Standort mit Überwachungsbedarf handelt, ist der Eigentümer als Realleistungspflichtiger in der Pflicht, das Grundwasser im Abstrombereich des ehemaligen Industrieareals zu überwachen. Das AUE überprüft dies zusätzlich mit eigenen Messungen bereits seit Jahren. Die AUE-Resultate werden transparent auf der Website publiziert. Innerhalb des als «belastet und überwachungsbedürftig» eingestuften Werkareals sind die Eigentümer aufgrund des Überwachungskonzepts verpflichtet, Untersuchungen im Grundwasser vorzunehmen.

Zu Frage 7: Im Abstrombereich untersucht das AUE das Grundwasser seit 2019 systematisch, das heisst jährlich nach Benzidin. Auf dem Werkareal selber untersuchen die Eigentümer aufgrund der behördlich geprüften und bewilligten Überwachungskonzepte. Die Resultate dieser Überwachungen werden dem AUE vorgelegt, und wenn es daraus neue Erkenntnisse gibt, dann werden die Überwachungskonzepte angepasst oder erweitert und die entsprechenden Massnahmen verfügt.

Verschärft wird die Aufsicht auch dann, wenn Bauarbeiten anstehen. Denn bei Bauarbeiten im Untergrund müssen die Belastungen zwingend in die Planungsarbeiten mit aufgenommen werden. Deshalb werden auf überwachungsbedürftigen Arealen, wie dem Werkareal Klybeck bereits vor den Bauarbeiten weitere Untersuchungen und Gefährdungsabschätzungen durch das AUE veranlasst. Dazu gehören auch Untersuchungen nach Benzidin und seinen Abbauprodukten. Zudem verlangen die Bewilligungsbehörden von den Bauunternehmen Arbeitsschutz- und Sicherheitskonzepte für die Bauphasen, sowie ein fachgerechter Ausbau, eine Triage und eine korrekte Entsorgung der belasteten Materialien im Untergrund. Alle Bauarbeiten auf belasteten Standorten werden vom AUE als zuständige Behörde eng begleitet. Bei höher belasteten Standorten wird zudem gefordert, dass zusätzlich eine ausgewiesene Altlastenfachperson bei den Arbeiten vor Ort im Einsatz ist. Ein gutes Beispiel, wie dies im Kanton Basel-Stadt umgesetzt wird, kann aktuell im Fall des Rosentals beobachtet werden. Die Sicherheit von Mensch und Umwelt hat dabei jederzeit volle Priorität.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Interpellantin ist wie gesagt abwesend, damit ist die Interpellation erledigt.



Interpellation Nr 55 Michela Seggiani betreffend musikalische Bildung für alle. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

*Michela Seggiani (SP):* Eine Motion betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes von Johannes Sieber und Consorten wurde zwar jüngst eingereicht, der soziale Aspekt fehlt aber darin. Ich habe diese Interpellation in Zusammenarbeit mit der JUSO deshalb eingereicht, um genau hier anzusetzen. Es braucht einen chancengerechten Zugang der Kinder und Jugendlichen zum Musikunterricht. Entsprechend müssen Massnahmen ergriffen werden. Ebenfalls braucht es für die Wartelisten zeitnahe Alternativen. Die Wartezeit dauert heute bis 2027. Ich hätte wirklich gerne in einer mündlichen Beantwortung des Vorstosses gehört, dass die Regierung jetzt daran ist, sofort Lösungen zu finden.

Auf jeden Fall sollten kurzfristige Massnahmen ergriffen werden, um den langen Wartelisten entgegenzuwirken. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel auch, den Einbezug privater Anbietenden mit professionellen pädagogischen Abschlüssen im Bereich der kulturellen Bildung in Betracht zu ziehen, um ein breiteres Angebot zu haben. Ebenfalls finde ich das Modell von Luxemburg, das einen kostenlosen Musikunterricht anbietet innerhalb dieser Debatte unbedingt prüfungswert und bitte die Regierung deshalb, dies doch auch in Betracht zu ziehen. Und per Gesetz soll nicht nur, sondern müsste eigentlich bereits jetzt schon immer auch der inklusive Ansatz mitgedacht und umgesetzt werden. Musikunterricht muss für alle Kinder und Jugendliche sichergestellt werden, egal in welchem Quartier, egal ob mit oder ohne Behinderung. Entsprechend bin ich auf eine Antwort der Regierung gespannt.

#### **16.10. Interpellation Nr. 55 Michela Seggiani betreffend musikalische Bildung für alle**

[15.05.24 15:55:40, 24.5178.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit kommen wir zur Interpellation Nr. 56 Lydia Isler-Christ betreffend Sperrung 14-er-Tram. Der Regierungsrat wird diese Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

*Lydia Isler-Christ:* Was im Moment bei der Baustelle des 14er-Tram abgeht, empfinde ich als Schildbürgerstreich. Ich bin ehrlicherweise enttäuscht, dass ich keine mündliche Antwort erhalte. Es ist jetzt aktuell, ansonsten hätte ich eine schriftliche Anfrage einreichen können. Im Moment werden am Karl Barth-Platz Schienen herausgerissen, aber gleichzeitig die Tramhaltestelle behindertengerecht anpassen, ginge nicht. Das ist für alle Anwohnenden und die ÖV-Benutzer absolut unverständlich. Ich höre diesen Unmut täglich in meiner Apotheke, wenn sich die Anwohnenden beschweren. Man muss allen Menschen, die auf das Tram angewiesen sind, erklären, man muss es dem Gewerbe erklären. Nun soll es im nächsten Jahr noch einmal fünf Jahre gesperrt werden, nur wegen der Anpassung der Tramhaltestelle. Was man als Grund hört, klingt für mich wie Ausreden. Bezüglich Mehrkosten bin ich ebenfalls sehr gespannt auf die Antwort des Regierungsrats.

#### **16.11. Interpellation Nr. 56 Lydia Isler-Christ betreffend Sperrung 14er Tram**

[15.05.24 15:57:14, 24.5181.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir kommen somit zur Interpellation Nr. 57 Gabriel Nigon betreffend Lobbying für höhere Bundesbeiträge an die Universität Basel, die Fachhochschule Nordwestschweiz sowie für die Berufsbildung. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

Interpellation Nr. 58 Nicolas Amacher betreffend Anpassungen des betriebsrechtlichen Existenzminimums. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Ja, sie möchte.



### **16.13. Interpellation Nr. 58 Nicole Amacher betreffend Anpassung des betriebsrechtlichen Existenzminimums**

[15.05.24 15:57:55, 24.5186.01]

*Nicole Amacher (SP):* Immer mehr Menschen haben Mühe oder schaffen es gar nicht mehr, alle ihre Rechnungen zu bezahlen. Dies ist laut Aussage von Fachpersonen der Teuerung und den damit verbundenen erhöhten Fixkosten bei den Krankenkassenprämien, den Mieten und den höheren Energiekosten, aber auch den steigenden Lebensmittelkosten geschuldet. In Basel-Stadt haben die Betreibungen 2023 allein im Vergleich zu 2022 um 7% zugenommen. Falls es aufgrund der Schuldenlage zu einer Lohnpfändung kommt, bleibt noch das betriebsrechtliche Existenzminimum, um den Lebensunterhalt zu finanzieren.

In Basel-Stadt basiert das betriebsrechtliche Existenzminimum auf den von der Konferenz der Betriebs- und Konkursbeamtinnen der Schweiz herausgegebenen Richtlinien vom 1. Juli 2009 und wurde am 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt. Seitdem wurde dieses nicht mehr der Teuerung angepasst. Wegen der aktuell anhaltenden Teuerung verstärkt dies die ohnehin finanziell sehr prekäre Situation der von Lohnpfändung betroffenen Menschen zusätzlich enorm.

Leider ist die Anpassung des betriebsrechtlichen Existenzminimums laut den Richtlinien in Basel-Stadt erst bei einer Teuerung von über 10% vorgesehen. Das bringt die Betroffenen aufgrund der anhaltenden Teuerung in erhebliche finanzielle Engpässe, da sie ohnehin schon am finanziellen Limit leben, jetzt aber nicht mehr über die Runden kommen. Deshalb ist es aus meiner Sicht enorm wichtig, jetzt so rasch als möglich das betriebsrechtliche Existenzminimum mindestens der aktuellen Teuerung anzupassen. Ich hoffe, dass mit dieser Interpellation das wichtige Anliegen bei der Regierung Gehör findet und sie dementsprechend handeln wird. In diesem Sinne bin ich auf die Antwort sehr gespannt.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Vielen Dank, besten Dank. Wir kommen somit zur Interpellation Nr. 59 Nicole Kuster betreffend Parkierungsmöglichkeit in der Nähe des Universitätskinderspitals beider Basel.

Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

### **16.14. Interpellation Nr. 59 Nicole Kuster betreffend Parkierungsmöglichkeit in der Nähe des Universitäts-Kinderspitals beider Basel**

[15.05.24 16:00:16, 24.5187.01]

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

dem Regierungsrat ist die Situation für Besuchende sowie für Eltern mit Kindern bekannt. Er setzt sich deshalb für eine Verbesserung der Parkplatzsituation ein.

Zu Frage 2: Dem Regierungsrat ist bewusst, dass das UKBB als überregionales Kinderspital gut erreichbar sein muss. Dafür braucht es Parkplätze in unmittelbarer Nähe des UKBB.

Zu Fragen 3 und 4: Die Tatsache, dass über 300 Einsprachen gegen das Parking-Projekt unter dem Tschudipark eingereicht wurden, zeigt den grossen Widerstand gegen dieses Bauvorhaben. Der Regierungsrat ist seither bestrebt, eine geeignete alternative Lösung für die Parkplatzsituation zu finden. Dies geschieht in engem Austausch mit dem UKBB und der unmittelbar angrenzenden Universität Basel, dem Universitätsspital sowie Immobilien Basel-Stadt als Vertreterin der Grundeigentümerschaft. Ziel ist eine Lösung, die sowohl für das UKBB als auch für die Quartierbevölkerung stimmig ist.

Zu Frage 5: Bezüglich den Plänen, wie die Situation kurzfristig zu verbessern ist, habe ich in eine Grafik mitgebracht, weil die Situation, glaube ich, doch nicht ganz selbsterklärend ist. Für die geforderten Elternparkplätze zeichnet sich eine Lösung ab, indem das UKBB in der Einstellhalle des Biozentrums rund 30 Parkplätze von der Universität Basel mieten kann. Diese befinden sich zwischen dem UKBB und dem neuen Biozentrum. Diese Lösung ist jedoch erst ab 2028 verfügbar. Vorab sollen deshalb die bestehenden rund 20 öffentlichen Parkplätze entlang der Pestalozzistrasse, also gegenüber dem Neubau Biozentrum als Notfall-Parkplätze zusammen mit dem UKBB geprüft werden. Das sind die Parkplätze, die heute öffentlich sind. Diese 20 Parkplätze prüfen wir aktuell umzuwidmen.

Zu Frage 6: Langfristig ist vorgesehen, auf dem Baufeld 4 des Campus Schellemätteli ein unterirdisches Parking für das UKBB zu erstellen. Ab wann dieses Parking realisiert werden kann, hängt ab von der aktuellen Planung der Universität Basel



für die Departemente Physik und Chemie sowie den weiteren Fachgebieten, welche künftig auf dem Baufeld 4 etabliert werden sollen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Interpellantin hat die Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Nicole Kuster-Simon:* Die gute Nachricht vorab: Das bikantonale UKBB garantiert bestmögliche, hoch spezialisierte medizinische Versorgung unserer Kinder und liegt im Zentrum des wachsenden Medizinclusters. Der Standort ist aus medizinischer Sicht optimal. Jedoch muss dieser medizinisch optimale Standort für alle auch gut erreichbar sein. Seit der Eröffnung ist die Parkraumsituation rund um das UKBB schwierig und ist ein ungelöstes Problem. Lange wurde das Projekt Tschudipark diskutiert, welches die Regierung nicht weiterverfolgt. Beim bestehenden Parkhaus City wurden verschiedene Mängel im Bereich Parkleitsystem und Barrierefreiheit festgestellt. Ob diese behoben werden können, ist unklar. Das Parkhaus City mag für gesunde Menschen von der Distanz her vielleicht nicht allzu weit entfernt sein. Es ist sogar gut zumutbar, dass man bei einem einmaligen Besuch einen etwas beschwerlicheren Weg auf sich nimmt. Jedoch ist die Realität von Eltern und Begleitpersonen mit schwer erkrankten oder stark mobilitätseingeschränkten Kindern eine andere. Diese müssen zum Teil mehrmals pro Woche ambulant auf der Kinderonkologie oder neuropädiatrisch behandelt werden. Einige dieser Kinder sind schwach, es geht ihnen krankheitsbedingt nicht gut. Es wird ihnen deshalb von der Benutzung des öffentlichen Verkehrs abgeraten. Kleinere Kinder kann man vom Parkhaus City ins UKBB tragen. Aber schwerere Krankheiten und Mobilitätseinschränkungen betreffen Kinder jeden Alters.

Stand heute kann man auf neun Parkplätzen für 15 Minuten vor dem UKBB parkieren. Nach 15 Minuten muss das Auto jedoch im stark frequentierten Parkhaus City abgestellt werden. Das ist genau dann, wenn man die Kinder zur Behandlung, zur Therapie oder zur Notfallstation begleiten muss. Schwer kranke, mobilitätseingeschränkte oder verletzte Kinder können nicht einfach im Eingangsbereich des Spitals warten, damit das Auto ordnungsgemäss abgestellt werden kann. Kinder, welche das UKBB aufsuchen müssen, brauchen die lückenlose Anwesenheit eines Elternteils oder einer Begleitperson. Somit erfordert die aktuelle Situation für viele eine Betreuungsperson für das Kind und eine weitere Person für das Fahrzeug.

Ich habe die Antwort des Regierungsrats gehört. Mit den geplanten Parkplätzen im Biozentrum ist erst ab 2028 eine geringe Entlastung erreicht. Es braucht aber langfristig gute und tragbare Lösungen. Dies kann ein Parkhaus auf dem Campus Schellemätteli sein. Die Erreichbarkeit des UKBB muss aber für alle gut erreichbar sein. Dazu gehören auch die Mitarbeitenden im Schichtdienst. Ich werde an dieser Stelle die Problematik des Fachkräftemangels und die Chancen durch attraktive Arbeitsbedingungen nicht aufrollen, denn sie ist uns allen bestens bekannt. Ich hoffe, dass die Situation schnellstmöglich weiter verbessert wird. Ich bin, wenn ich es sehr optimistisch ausdrücken würde, teilweise zufrieden mit der Antwort.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Interpellation Nr. 60 Alex Ebi betreffend Fachwissen im Bau- und Verkehrsdepartement, um auch grössere Neubau- und Sanierungsvorhaben ohne Pannen, Zeitverzögerungen und Kostenüberschreitungen durchzuführen. Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

## **16.15. Interpellation Nr. 60 Alex Ebi betreffend Fachwissen im Bau- und Verkehrsdepartement, um auch grössere Neubau- und Sanierungsvorhaben ohne Pannen, Zeitverzögerungen und Kostenüberschreitungen durchzuführen**

[15.05.24 16:07:37, 24.5188.01]

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Wir beantworten die Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Zur Zeit laufen beim Kanton über 170 Hochbauprojekte. Die Mehrheit der Projekte wird innerhalb des geplanten Budgets und Zeitrahmens realisiert. Unabhängig davon nimmt der Regierungsrat aber jedes Projekt, das länger dauert oder teurer wird, zum Anlass, Lehren zu ziehen und in künftige Projekte einfließen zu lassen. Zu den jüngst ergriffenen Massnahmen und Learnings verweist der Regierungsrat auf ihren Bericht und die heutige Debatte zum Spezialbericht der Finanzkommission sowie der Geschäftsprüfungskommission zur St. Jakobshalle



Zu Frage 2: Eine kürzlich anlässlich der Kostenüberschreitungen beim Biozentrum erfolgte Überprüfung durch externe Experten attestiert den Fachleuten des Bau- und Verkehrsdepartements die nötigen Kompetenzen. Gleichzeitig hält die externe Analyse fest, dass die bereits umgesetzten und noch geplanten Verbesserungsmassnahmen richtig und wichtig sind.

Zu Frage 3: Bereits heute werden bei komplexen Bau- oder Renovationsvorhaben im 3-Rollen-Modell bei Bedarf externe Fachkräfte beigezogen.

Zu Frage 4: Der Kanton tauscht sich regelmässig und auf allen Ebenen mit dem Bund und anderen Kantonen aus. Vorhaben der öffentlichen Hand unterscheiden sich wesentlich von Projekten von Privaten, unter anderem aufgrund der Vorschriften bezüglich Beschaffung und der demokratischen Prozesse. Aus diesem Grund sind Vergleiche nur bedingt aussagekräftig. Die Vernetzung und ein Austausch finden über verschiedene Ebenen, aber auch mit Privaten statt.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Alex Ebi:* Die Antwort ist etwas kurz ausgefallen, insbesondere wenn man bedenkt, wie das in der Bevölkerung wahrgenommen wird. Ich habe auch nicht wirklich etwas gehört, das darauf hinweist, dass man dies ernst nimmt und zur Kenntnis nimmt. Es ist ein bisschen enttäuschend.

Ich verstehe, dass alle, die arbeiten und am Morgen aufstehen, einen guten Job machen wollen. Aber manchmal geht es halt auch schief, und dann soll man das eingestehen, dass das Budget überschritten wurde. Daraus kann man lernen und man kann andere Leute und Firmen fragen, die tagtäglich damit zu tun haben und das offenbar besser können. Man kann natürlich sagen, dass die Privatwirtschaft es einfacher habe, mit einem CEO, der alles bestimmen kann. Was aber auch in der Privatwirtschaft nicht geht, dass sie einfach alles machen können, was sie wollen. Auch sie haben ein Problem, wenn das Material entsorgt werden muss oder eine Baustelle länger dauert. Auch Corona ist nicht einfach an ihnen vorbei gegangen. Sie haben mit den gleichen Problemen zu kämpfen, aber offenbar funktioniert es dort besser.

Es leuchtet mir ein, dass die demokratischen Prozesse das Ganze verlängern. Aber das ist ja die Idee einer Demokratie, dass es etwas länger geht und dass alle mitreden dürfen. Dies als Problemursache zu nennen, scheint mir falsch. Trotzdem kann man die Budget einhalten.

Zu den Geschichten, die in der St. Jakobshalle oder im Biozentrum gelaufen sind: Es wurde gesagt, was alles gemacht wurde und wer alles gefragt wurde, als es darum ging zu bestimmen, was in der St. Jakobshalle alles gemacht werden muss. Man hat die Behinderten vergessen, man hat die Dachlast vergessen, auch feuerpolizeiliche Grundlagen. Aber die Hauptsache war, dass keine Grossmieter gefragt wurden. Warum fragt man denn nicht die Mieter, die das nachher mieten wollen? Das leuchtet mir auch heute noch nicht ein.

Ich danke für die Antwort. Ich habe aber nicht herausgehört, dass man die Fehler eingesteht. Deshalb bin ich mit der Antwort nicht zufrieden.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist somit erledigt.

Interpellation Nr. 61 Harald Friedl betreffend die Sportanlage Schorenmatte. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

Somit kommen wir zur Interpellation Nr. 62 Laurin Hoppler betreffend Zukunft und Förderung von Jugendkultur in Basel. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

## **16.17. Interpellation Nr. 62 Laurin Hoppler betreffend Zukunft und Förderung von Jugendkultur in Basel**

[15.05.24 16:13:48, 24.5194.01]

Laurin Hoppler (GAB): Der Verein Junge Kultur Basel musste leider entscheiden, dass er das Sommercasino nicht mehr weiter betreiben kann. Anhaltende Defizite und die bevorstehende Sanierung sind die Gründe. Das Sommercasino ist generationenübergreifend seit 60 Jahren ein wichtiger Ort. Es ist nicht nur ein historisches Gebäude, sondern auch das älteste Jugendkulturzentrum der Schweiz. Es ist der Treffpunkt für die jungen Menschen, und es hat eine Lücke geschlossen, bzw. das Wegfallen des Sommercasinos würde eine Lücke schaffen. Diese Lücke muss so schnell wie möglich



geschlossen werden. Das ist nicht die Aufgabe der Trägerschaft und des Vereins, sondern auch des Regierungsrats und der Verwaltung.

Ich finde es ziemlich enttäuschend, dass der Regierungsrat die Interpellation nicht mündlich beantwortet. Es ist ein wichtiges Thema, viele junge Menschen erwarten eine Antwort. Das Instrument der Interpellation ist dafür da, dass brisante Themen direkt und schnell angesprochen werden können und Antworten gegeben werden. Von einem Trägerverein kann man keinen rentablen Betrieb eines Jugendkulturzentrums erwarten. Das zeigt auch die jetzige Situation. An der jetzigen Situation ist nicht der Trägerverein Schuld, es gibt vielmehr zu wenig Staatsbeiträge und zu wenig Verständnis und entgegenkommen von Seiten der Verwaltung. Die Situation zeigt, dass Regierung und Verwaltung den Verein unterstützen müssen und nicht hängen lassen können.

Es muss eine Zusammenarbeit geben. Die Situation zeigt das Problem, gleichzeitig gibt es neue Chancen. Die müssen jetzt genutzt werden. Ein Jugendkulturzentrum ist für Basel unumgänglich. Als familienfreundliche Kulturstadt braucht es einen Ort für junge Menschen, wo sie sich frei einbringen und kulturell entfalten können. Jugendkultur muss unserer Stadt etwas wert sein. Und jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, dass sich der Regierungsrat dazu bekennt. Es geht um Wertschätzung gegenüber den jungen Menschen und den Menschen, die mit ihnen arbeiten. Es geht nicht nur um den Erhalt einer solchen Institutionen, sondern um das Weiterentwickeln und Stärken der Jugendkultur. Es reicht nicht, die Bedeutung einer solchen Einrichtung anzuerkennen, sondern man muss aktiv in die Zukunft setzen.

Der Ball liegt nun bei der Regierung. Das heisst, dass es eine interdepartementale Zusammenarbeit braucht. Es sind bei einer Neugründung verschiedene Bereiche betroffen, die in Zusammenarbeit bearbeitet werden müssen. Ich erwarte vom Kanton, dass er eine Kulturpolitik betreibt, die junge Menschen nicht nur als Zielgruppe sieht, sondern sie aktiv mit einbezieht. In diesem Prozess ist es sehr wichtig, dass die richtigen Leute integriert sind. Die verschiedenen Fragen müssen mit den Jugendlichen erörtert werden. Selbst wenn das Angebot steht, braucht es weiterhin partizipative Möglichkeiten. Die Jugendkultur ist wandelbar.

So ein partizipativer Prozess ist nicht unaufwändig, aber er lohnt sich aus soziokultureller Perspektive massiv. Ich bin gespannt auf die Antwort, aber noch gespannter auf die Handlungen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir kommen zur Interpellation Nr. 63 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend die IWB-Gas abschalten 2037 koordinieren und möglich machen. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

Interpellation Nr. 64 Pascal Messerli betreffend Vernehmlassungsrichtplan – bewusste Missachtung des Volkswillens durch den Regierungsrat. Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat die Regierung das Wort.

## **16.19. Interpellation Nr. 64 Pascal Messerli betreffend Vernehmlassung Richtplan: Bewusste Missachtung des Volkswillens durch den Regierungsrat?**

[15.05.24 16:19:28, 24.5196.01]

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Fragen 1 und 2: Eine grundsätzliche Öffnung der Freizeitgärten, so wie es der Interpellant befürchtet, ist nicht geplant, auch nicht mit der Anpassung des Richtplans. Für die Vernehmlassung der Richtplananpassungen Klima und Umwelt wurde das Objektblatt Freizeitgärten basierend auf dem seit 2013 geltenden Gesetz über Freizeitgärten überarbeitet. Dort steht im § 4: «Bestehende Freizeitgartenareale sollen mit geeigneten Massnahmen qualitativ aufgewertet werden, insbesondere dadurch, dass sie mit öffentlichen Grünflächen und Freizeitangeboten verbunden werden.» Konkrete Massnahmen sind beispielsweise attraktive Spielplätze auf öffentlichen Flächen und einzelne Velo- und Fussgängerwege durch grosse Areale, damit diese nicht umfahren werden müssen, sowie die öffentliche Verbindung beim Areal Milchsuppe, die vom Parlament explizit gewünscht und entsprechend umgesetzt wurde.

Damit hat sich Frage 3 erledigt.

Zu Frage 4: Volksentscheide sind richtungsweisend für städtebauliche Überlegungen und Planungsverfahren. Der Regierungsrat stellt als Gesamtgremium aber auch als Vorstehende der verschiedenen Departemente sicher, dass die Fachbereiche die bisher gefällten politischen Entscheide sowohl der Bevölkerung wie auch des Parlaments beachten.



*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Pascal Messerli (SVP):* Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden. Es ist ein Fakt, dass der Regierungsrat seit dem Nein vom September 2022 mangelhaft kommuniziert, wie es mit den Freizeitgartenarealen weitergehen soll. Ich aber bereits im Oktober 2022 eine Interpellation eingereicht und gefragt, wie es weitergehen soll mit dem neuen Freizeitgartengesetz, ob eine Teilrevision kommt oder nicht, auch mit der Freizeitgartenstrategie. Es hiess, es gebe eine Auslegeordnung, die man kommuniziere, wenn man mehr wisse. Dann hat man die abgelehnte Teilrevision auf der Homepage der Stadtgärtnerei gelassen, als wäre überhaupt nichts passiert, als ob das Volk nicht Nein gesagt hätte. Nun kommt man mit einem Richtplan, der in Vernehmlassung geht, und spricht von öffentlichen Zugänglichkeiten und Durchgänglichkeiten. Dafür gibt es einfach keine gesetzliche Grundlage. Sie wollten eine gesetzliche Grundlage schaffen, aber das wurde von der Bevölkerung explizit abgelehnt. Also hören Sie doch auf, von Durchwegung und Durchgänglichkeiten zu sprechen, wenn es keine Grundlage gibt. Und auch die bestehende Grundlage in § 4 Abs. 1 heisst nicht, dass Sie nun Velo- und Fussgängerwege durch grosse Areale planen können. Das wurde von der Bevölkerung explizit abgelehnt.

Ich nehme zur Kenntnis, dass man die Areale nicht öffnen will, aber offensichtlich wollen Sie doch hier und dort einen Weg für Fussgänger und Velo schaffen. Das war nicht das Ziel der Volksabstimmung. Wir werden die Durchwegung jedes Mal konsequent bekämpfen, wenn die Vereine damit nicht einverstanden sind.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Interpellation Nr. 65 Nicolas Goepfert betreffend Basler Polizei setzt sich mit Test von Drohnen über den Grossen Rat hinweg. Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit haben der Regierungsrat das Wort.

## **16.20. Interpellation Nr. 65 Nicola Goepfert betreffend Basler Polizei setzt sich mit Test von Drohnen über den Grossen Rat hinweg**

[15.05.24 16:23:42, 24.5197.01]

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Allgemeine Bemerkungen: Auf Empfehlung der Arbeitsgruppe der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz, KKPKS, setzen mittlerweile die meisten Polizeikorps in der Schweiz Drohnen zur Aufgabenerfüllung ein. Nun wird auch die Kantonspolizei Basel-Stadt den erweiterten Einsatz von Drohnen ausserhalb der Schweizerischen Strafprozessordnung im Rahmen eines zweijährigen Pilotversuchs prüfen. Der Pilotversuch soll aufzeigen, ob und inwiefern die Erstellung, Bearbeitung und Verwendung von Bild- und Tondaten durch unbemannte Luftfahrzeuge in die polizeiliche Aufgabenerfüllung integriert werden können. So sollen Einsatzmöglichkeiten von unbemannten Luftfahrzeugen bei Vermessungen, Aufzeichnungen von Bildern, Transporten, Schadstoffmessungen sowie der Suche nach Brandnestern, Personen oder Tieren evaluiert werden. Ebenso sollen die für die unterschiedlichen Einsatzszenarien geeigneten Luftfahrzeuge evaluiert und Erkenntnisse in Bezug auf die Ausbildung der Pilotinnen und Piloten gewonnen werden. Zudem soll der Versuch mit einer Pilotbetriebsorganisation in einem reduzierten Umfang aufzeigen, ob die angedachte Betriebsorganisation mit rund doppelt so vielen Pilotinnen und Piloten und einer 24 Stundenabdeckung den erwarteten Mehrwert bringt und eine Überführung in den ordentlichen Betrieb zweckmässig ist.

Zu Fragen 1, 2 und 3: Die Kantonspolizei testet seit dem Jahr 2023 unbemannte Luftfahrzeuge bei Einsätzen zur Beweiserhebung, vor allem bei Verkehrsunfallaufnahmen, die gestützt auf Artikel 306 der Strafprozessordnung erfolgen. Nur für Drohnenaufnahmen ausserhalb der Strafprozessordnung bestanden im Kanton Basel-Stadt bis heute noch keine spezialrechtlichen Grundlagen. Diese wurden nun mit der Verordnung über den Einsatz von unbemannten Luftfahrzeugen bei der Kantonspolizei als Pilotversuch geschaffen. Angesichts der mittlerweile weit verbreiteten Nutzung von unbemannten Luftfahrzeugen in verschiedenen Polizeikorps kann zwar bereits auf eine Vielzahl an Erfahrungen zurückgegriffen werden, es müssen aber für den Kanton Basel-Stadt während des zweijährigen Pilots noch mehr Erfahrungswerte gewonnen werden, auch zur Ausgestaltung unbefristeter Rechtsgrundlagen betreffend Anwendbarkeit und Regelungsdichte. Über die formell gesetzliche Grundlage für Drohneneinsätze ausserhalb des Geltungsbereichs der Strafprozessordnung würde letztlich der Grosse Rat entscheiden.

Zu Frage 4: Nein.



Zu Frage 5: Die Drohnen werden auf Sicht geflogen. Der Pilot muss die Fluglage der Drohne also jederzeit sehen und beurteilen können, damit er sie sicher steuern kann. Durch die Nähe der oder des Steuernden sollte die farbliche Kennzeichnung in der Regel erkennbar sein. Um die Sicherheit zu gewährleisten, werden die Drohnenpilotinnen und -piloten der Kantonspolizei umfassend in Theorie und Praxis ausgebildet.

Zu Frage 6: Zwar sind die unbemannten Luftfahrzeuge mit einem Gewicht von unter 30 Kilogramm nicht gross, Sie werden wie bereits ausgeführt aber auf Sicht geflogen. Die Pilotin oder der Pilot befindet sich also in unmittelbarer Umgebung der Drohne und ist ebenfalls durch entsprechende Kleidung oder Kennzeichnung erkennbar. Zudem wird die Start- beziehungsweise Landezone der Luftfahrzeuge mittels einer Bodenmarkierung wie etwa einer Plane oder eines Fallsignals erkennbar gemacht. Bei Übertragung oder Aufzeichnung von Bild- und Tondaten werden an der Unterseite der Drohnen auch noch weisse LED-Leuchten aktiviert.

Zu Frage 7: Die Verordnung über den Einsatz von unbemannten Luftfahrzeugen bei der Kantonspolizei als Pilotversuch stützt sich auf § 9a des Informations- und Datenschutzgesetzes, welcher es dem Regierungsrat erlaubt, für zeitlich befristete Pilotversuche für das Bearbeiten von besonderen Personendaten eine Rechtsgrundlage auf Verordnungsebene zu erlassen. Vor dem Inkrafttreten muss aber im Rahmen einer sogenannten Vorabkonsultation nach § 13 des Informations- und Datenschutzgesetzes die Beurteilung der oder des Datenschutzbeauftragten eingeholt werden. Die Kantonspolizei hat den Datenschutzbeauftragten des Kantons Basel-Stadt deshalb frühzeitig in ihre Planung und Überlegungen einbezogen. Den einzelnen Empfehlungen aus dem nicht veröffentlichten Vorabkontrollbericht, mit dem der Konsultationsprozess abgeschlossen worden war, wurde gefolgt. Über den Verlauf des Pilotversuchs hat die Kantonspolizei dem Datenschutzbeauftragten regelmässig zu berichten. Er wiederum hat dem Grossen Rat gegenüber jährlich über alle Pilotversuche Bericht zu erstatten.

Zu Frage 8: Für die Evaluation der Pilotversuchsverordnung wird eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertreter der technischen, operativen und wissenschaftlichen Fachbereiche der Kantonspolizei konstituiert. Die Evaluation dient primär der Begleitung und der Auswertung des Pilotversuchs. Es wurde noch nicht entschieden, ob die Auswertung veröffentlicht wird.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Nicola Goepfert (GAB):* Ich hätte die Interpellation eigentlich fast gleich benennen können wie Pascal Messerli: Bewusste Missachtung des Willens des Parlaments durch den Regierungsrat. Ich hatte eine zentrale Frage gestellt: Warum stimmt der Gesamtregierungsrat dem Ausbau von Drohneneinsätzen zu, obwohl das der Grosse Rat erst am 24. Januar dieses Jahres abgelehnt hat. Diese Frage wurde nicht beantwortet und das lässt mir selber nur eine Antwort zu: Der Gesamtregierungsrat lässt der JSD-Vorstehenden freie Hand. Und das ist bedenklich.

Zur Erkennbarkeit der Drohen: Das ist eine Farce. Sie ist farblich erkenntlich. Entweder fliegt die Drohne am Himmel, und dann wird man kaum erkennen können, ob die Drohne mit einem farbigen Strich markiert ist. Oder sie fliegt so nahe, dass es gefährlich wird, da es doch bis zu 30 kg schwere Drohnen sein können. Und auch die Kennzeichnung der Pilotinnen und Piloten oder der Region durch ein Fallsignal ist doch ein schlechter Witz. Damit wird nicht die Person informiert, die von einer Drohnenaufzeichnung betroffen ist.

Zum Datenschutzgesetz: Es ist in anbeacht dessen, dass der Grosse Rat dem Ausbau von Drohneneinsätzen eine Absage erteilt hat äusserst bedenklich, dass der Regierungsrat die Bearbeitung von besonderen Personendaten über Drohnen über den Verordnungsweg wieder ermöglicht. Das ist ein Umgehen des Willens des Grossen Rates, der sich bewusst gegen den Einsatz von Drohnen ausgesprochen hat.

Ich bitte sehr fest darum, dass die Evaluation veröffentlicht wird, damit wir alle wissen, was dabei herausgekommen ist. Die Grundlagen bestehen dann, über diese Drohneinsätze zu urteilen. Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Interpellation Nr. 66 Thomas Widmer-Huber betreffend Verbesserung der Arbeitsintegration von ukrainischen Geflüchteten. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

## **16.21. Interpellation Nr. 66 Thomas Widmer-Huber betreffend Verbesserung der Arbeitsintegration von ukrainischen Geflüchteten**

[15.05.24 16:32:14, 24.5198.01]



Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): In meiner Interpellation geht es um die Verbesserung der Arbeitsintegration von ukrainischen Geflüchteten. Ausgangspunkt ist das Interview mit Bundesrat Beat Jans in der Basler Zeitung. Er fordert, dass bis Ende Jahr 40% arbeiten sollen, 45% bis Ende 2025. Damit nimmt er die Kantone in die Pflicht.

In der Interpellation erkundige ich mich, ob die bisherigen Massnahmen zur Arbeitsintegration sich bewährt haben und ob der Regierungsrat spezifische Beratungs- und Vermittlungstätigkeit temporär ausbauen wird. Viele Geflüchtete sind Mütter mit Kindern, Mütter kümmern sich um ihre Kinder, können sich keine Kinderbetreuung leisten und sind deshalb nicht im Arbeitsmarkt tätig. Bundesrat Jans fordert die Kantone auf, die politischen Rahmenbedingungen anzupassen, damit Frauen mit Kindern arbeiten können. Ich erkundige mich bei der Regierung, welche politischen Rahmenbedingungen angepasst werden müssen.

Dabei ist meines Erachtens auf kleine Kinder Rücksicht zu nehmen. Bei kleinen Kindern in einem fremden Land und deren natürlicher Bindung an die Mutter ist die Betreuung der eigenen Kinder höher zu gewichten als die Arbeitsintegration um jeden Preis. Deshalb stelle ich die Frage, welche Angebote in Beratung sozialer Integration ukrainische Geflüchtete nutzen können, wenn sie ihre Kinder selbst betreuen und dabei Unterstützung brauchen. Aber unabhängig von dieser besonderen Situation geht es um die Frage, welche politischen Rahmenbedingungen in der Kinderbetreuung angepasst werden müssen, damit auch Mütter besser in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Ich bin gespannt auf die Antwort der Regierung.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir kommen zur Interpellation Nr. 67 Ivo Balmer betreffend Eigentumsverhältnisse in Basel-Stadt. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant ist nicht im Raum.

Wir gehen damit zum nächsten Traktandum. Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, den Beschlussvorlagen zuzustimmen. Das Wort hat die Präsidentin der BKK Franziska Roth.

## **9. Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss nüün, Stiftung IdéeSport, Verein Trendsport Basel, Verein Basler Kindertheater und Verein Junge Kultur Basel, Bericht der BKK**

[15.05.24 16:35:15, 23.0823.02]

*Franziska Roth (SP):* Mit diesem Ratschlag beantragt der Regierungsrat Finanzhilfen für 12 Trägerschaften der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Zwei eingegangene Anträge wurden vom Regierungsrat nicht berücksichtigt. Zudem wurden drei Anträge von Trägerschaften auf Finanzhilfe bereits durch das Erziehungsdepartement und drei Anträge durch den Regierungsrat bewilligt.

Die Verträge mit den Anbieterinnen und Anbietern, über die wir jetzt diskutieren, sind per 31. Dezember 2023 ausgelaufen und sollen rückwirkend per 1. Januar 2024 für vier Jahre neu abgeschlossen werden. Um die Liquidität der Trägerschaften zu sichern, hat der Regierungsrat entschieden, die Beiträge an die bestehenden Beitragsempfänger auf Basis der Beiträge der Vorperiode weiter auszurichten, bis der Grosse Rat die Finanzhilfen beschliesst. Zudem ist uns allen präsent, dass der Grosse Rat ein Budgetpostulat von 1,5 Millionen Franken zugunsten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zur Erfüllung überwiesen hat.

Die BKK anerkennt die Wichtigkeit der verschiedenen Okja-Trägerschaften ausdrücklich. So leistet die Offene Kinder und Jugendarbeit einen grossen Beitrag im Rahmen der Freizeitbetreuung und bietet eine niederschwellige aber sehr wichtige Beratung für Kinder und Jugendliche ausserhalb der Schule und ausserhalb der Familie. Die OKJA grenzt sich dabei von schulischen und anderen staatlichen Angeboten grundsätzlich ab.

Dieser Unterschied zeigt sich auch bei den Löhnen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Angebote. Diese sind bedeutend tiefer, und für die Trägerschaften ist es äusserst anspruchsvoll, eine Lohnentwicklung aufzuzeigen und damit das Halten von guten Fachkräften zu bewerkstelligen. Da die OKJA-Trägerschaften nicht profitorientiert, organisiert sind und es fast unmöglich ist, Drittmittel für Betriebsausgaben zu akquirieren, sind die Trägerschaften stark von der Finanzierung durch die öffentliche Hand abhängig. Wir haben da also eine grosse Verantwortung, weil die Arbeit der OKJA eine wichtige Begleitung



unserer Kinder und Jugendlichen auf dem Weg ins Erwachsenenleben ist und uns als Gesellschaft zugute kommt. Die Arbeit der OKJA ist entsprechend mehr als ein Nice to have.

Die BKK hat die Verwaltung und die IG Kind und Jugend einzeln angehört. In der IG Kind und Jugend, welche als Basler Dachverband fungiert, sind die meisten Trägerschaften von Angeboten der Offenen Kinder und Jugendarbeit organisiert. Das sind 19 Mitgliedsorganisationen. Die IG ihrerseits ist zudem Mitglied im Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz. Nach diesen Anhörungen musste die BKK feststellen, dass sich die beiden Akteure grundsätzlich zu wenig austauschen und so der Weiterentwicklung einer vor allem bedürfnisgerechten Kinder- und Jugendarbeit etwas im Wege stehen. Die BKK hat darum eine weitere und zwar gemeinsame Anhörung durchgeführt und dort die offenen Fragen gemeinsam diskutiert. Sowohl die Verwaltung wie auch die IGKJ haben sich darauf geeinigt, in Zukunft mehr auszutauschen. Die fachliche Kompetenz und die gute Vernetzung der IG sollen der Verwaltung besser zum Tragen kommen. Die BKK begrüsst das ausdrücklich.

Nun noch zu den Anträgen der BKK: Die IG Kind und Jugend hat beim ED einen Antrag für die Schaffung einer Plattform digitale Kinder- und Jugendarbeit eingereicht. Mit dieser Plattform sollen regelmässige Schulungen und Weiterbildungen für Fachpersonen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit angeboten werden. Zudem soll die Plattform als zentrale Anlaufstelle für Fachpersonen der OKJA Basel dienen und die bestehende Jugendapp soll damit weiterentwickelt und ausgebaut werden. Diesem Antrag hat das ED nicht stattgegeben mit der Begründung, dass es bereits viele Weiterbildungen gäbe, die digitale Welt vor allem bei den Jugendlichen das normale Medium der Zeit sei und sozialpädagogisch ausgebildete Personen ausreichend mit dem Thema vertraut seien. Zudem würden Kinder und Jugendliche auch an den Schulen auf die digitale Welt vorbereitet. Darum brauche es keine spezifischen Gelder.

Die BKK kann diese Haltung nicht nachvollziehen. Kinder und Jugendliche kommen mit den digitalen Medien in allen Lebensbereichen in Kontakt und die Konsequenzen dieses Medienkonsums sind überall spürbar. Auch wenn der Umgang mit den digitalen Medien an den Schulen Thema ist und dort wichtig ist, ist die BKK der Ansicht, dass digitale Medien und vor allem deren Inhalte bei der OKJA zwingend mitbedacht und auch speziell begleitet werden müssen. Die Kommission erachtet es zudem als zwingend, dass mehr zu diese zu digitaler Gewalt, Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus unternommen wird. Gerade bei diesen Themen sind die Übergänge bei der Kompetenzverteilung zwischen den Schulen und der Offenen Kinder- und Jugendarbeit fließend. Im Zusammenhang mit den aktuellen internationalen Konflikten, aber auch bei anderen wichtigen und schwierigen Themen werden die Jugendlichen auf den digitalen Medien mit fragwürdigen Inhalten zum Teil überschwemmt, was absolut überfordernd sein kann. Hier soll und muss die OKJA eine Verantwortung mit übernehmen. Die Jugendlichen müssen im Umgang mit den digitalen Medien begleitet werden, indem beispielsweise digitale Beiträge und Posts erklärt und gemeinsam eingeordnet werden können.

Die IG-Kind und Jugend möchte diese Plattform digitale Kinder- und Jugendarbeit für alle OKJA-Trägerschaften anbieten und hat dazu einen Antrag für 113'000 Franken pro Jahr gestellt. Die BKK erachtet den Aufbau und den Betrieb dieser Plattform als nötig und letztlich auch als kostengünstig, wenn die vielen Leistungen in Betracht gezogen werden, die damit erbracht werden können. Die BKK regt an, dass mit dieser Plattform die IGKJ und das ED eng zusammenarbeiten und beispielsweise eine regelmässige Zusammenarbeit oder ein regelmässiger Austausch mit der Schulsozialarbeit angestrebt wird. Sollte nach Ablauf dieser Staatsbeitragsperiode festgestellt werden, dass die Plattform nicht zielführend ist, kann sie auch wieder eingestellt werden. Die BKK beantragt daher, der IG Kind und Jugend Basel zur Schaffung der Plattform, die digitale Kinder und Jugendarbeit 113'000 Franken pro Jahr zur Verfügung zu stellen.

Zum zweiten Antrag, der die BKK stellt. Der Spielboden Klybeck als Frei-, Spiel- und Bewegungsraum für Kinder und Familien wurde auf Initiative der Singenberg Stiftung gegründet. Er ist in der Aktienmühle beheimatet und sehr beliebt bei Kindern und Eltern des Quartiers. Zudem wird das Angebot von Kitas und Tagesstrukturen genutzt und ausserhalb der Öffnungszeiten auch von anderen Institutionen. Die Singenberg Stiftung ist nicht mehr aktiv und befindet sich in Liquidation. Die Finanzierung des Spielbodens wird zwar zwischenzeitlich von verschiedenen anderen Stiftungen übernommen, allerdings ist die vollständige Finanzierung ab 2025 nicht mehr gegeben und dem Spielboden Klybeck fehlen ab dann 58'000 Franken für den Betrieb jährlich.

Das Klybeckquartier wird in den nächsten Jahren durch die geplante Quartierentwicklung eine grosse Belastung durch Bauarbeiten und eine Vervielfachung der Bevölkerung erfahren. Darum erscheint es der BKK wichtig, dass für die Kinder und deren Familien eine vertraute und bewährte Anlaufstelle aufrechterhalten werden kann. Die BKK beantragt darum, den Spielboden Klybeck ab 2025 mit 85'000 Franken pro Jahr zu unterstützen.

Der dritte Antrag, der die BKK in Abweichung zum Antrag des Regierungsrats stellt, betrifft das Jugendzentrum Eglisee, welches von der JUAR geführt wird. Das Jugendzentrum Eglisee konnte einen zweiten Pavillon in Betrieb nehmen und die Fläche für die Jugendlichen verdoppeln. Dies wurde durch die Finanzierung einer Stiftung ermöglicht. Um das Angebot des Jugendzentrums nun weiterentwickeln zu können, beantragte die JUAR für das Jugendzentrum Eglisee eine Erhöhung von 40'000 Franken jährlich für eine zusätzliche 40-Prozentstelle. Darauf ist der Regierungsrat nicht eingetreten. Das Jugendzentrum Eglisee ist ausserordentlich gut frequentiert und die BKK kann den Bedarf des Stellenausbaus nachvollziehen. Zwar erhält der Verein JUAR mit nahezu 3,4 Millionen Franken jährlich eine sehr umfangreiche Finanzhilfe. Trotzdem ist eine Verschiebung von 40'000 Franken innerhalb des Budgets mit einem Abbau bei einem anderen Angebot



bedeutend. Dies auch, zumal der Verein Jura bei weiteren Angeboten einen Entwicklungsbedarf ausgewiesen hat und in seinem Finanzhilfesuch zusätzliche Erhöhungsanträge gestellt hat, auf die der Regierungsrat und auch die BKK nicht eingetreten sind. Entsprechend diesen Ausführungen beantragt die BKK für den Verein Jugendarbeit Basel zu Gunsten des Jugendzentrums Eglisee eine Erhöhung der Finanzhilfe von 40'000 Franken jährlich zu genehmigen.

Und nun noch ein paar Worte zum Verein Junge Kultur Basel. Im schriftlichen Bericht der BKK können Sie lesen, dass der Verein Junge Kultur Basel einen Erhöhungsantrag gestellt, die BKK über den Antrag diskutiert, ihn aber abgelehnt hat. Vor wenigen Tagen konnten Sie dann den Medien entnehmen, dass der Verein Junge Kultur das Sommercasino aus verschiedenen Gründen auf Herbst 2024 schliessen muss. Etwas irritiert zeigt sich die BKK darüber, dass während den beiden Anhörungen zum Ratschlag die schwierige Situation in Bezug auf den Betrieb des Sommercasinos nicht erwähnt worden ist. Die Kommission wurde nämlich erst im Anschluss an diese Medienberichterstattung vom ED über den Entscheid der Schliessung informiert.

Ebenfalls wurde die BKK darüber informiert, dass der Verein Junge Kultur Basel das Jugendkulturhaus R105, das Probe-, Atelier- und Produktionsräume für junge Erwachsene zur Verfügung stellt, weiter betreiben wird. Das Erziehungsdepartement schlägt darum vor, dass der Grosse Rat die im Ratschlag beantragte Finanzhilfen in der Höhe von 847'000 Franken pro Jahr bewilligt. Das Departement würde dann mit dem Verein Junge Kultur Basel einen neuen Vertrag für das Kulturhaus R105 für die Jahre 2024 bis 2027 abschliessen, die Finanzhilfe dafür abgrenzen und im Vertrag auch regeln, dass für das Sommercasino mit einer kürzeren Laufzeit eine geregelte Schliessung stattfinden kann. Die nicht für das R105 benötigten Finanzhilfen sollen für Jugendkultur reserviert bleiben, bis eine passende Perspektive entwickelt wurde.

Die BKK kann diesen Vorschlag unterstützen. Allerdings regt die Kommission an zu überlegen, ob der Verein Junge Kultur beim ED und in diesem OKJA-Paket am richtigen Ort ist. Als inhaltliches Gegenüber würde sich das Präsidialdepartement mit der Abteilung Kultur möglicherweise besser eignen.

Die BKK beantragt, allen Trägerschaften gemäss Ratschlag die Finanzhilfen zu genehmigen, der JUAR eine Erhöhung um 40'000 Franken zu bewilligen und für die IGKJ und den Spielboden Klybeck gemäss den Ausführungen neue Finanzhilfen zu sprechen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit hat Regierungsrat Mustafa Atici das Wort.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Ich freue mich sehr, Ihnen die Staatsbeiträge für die Offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 und 2027 zum Beschluss vorzulegen. Der Regierungsrat möchte die Finanzhilfen an die Offene Kinder- und Jugendarbeit signifikant erhöht. Die Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind sehr wichtig für unsere Staat. Ein zentrales Element der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ist die Partizipation. Kinder und Jugendliche lernen sich einzubringen und können die Angebote mitgestalten. Auch werden demokratische Werte und die Entwicklung von Verantwortungsbewusstsein gefördert. Und gerade für Kinder und Jugendliche, die in ihrem familiären Umfeld wenig Unterstützung erfahren, können die Mitarbeitenden der offenen Angebote wichtige Bezugspersonen sein.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit wirkt somit integrativ, aber auch präventiv. Das alles ist gerade in der heutigen Zeit enorm wichtig. Da dieser Ratschlag mit Verspätung zum Beschluss vorgelegt wird – er betrifft die Jahre 2024 bis 2027 – hat der Regierungsrat zur Sicherung der Liquidität der Trägerschaften die bestehenden Verträge im Sinne einer Überbrückungsfinanzierung bis Ende August 2024 verlängert.

Der Regierungsrat möchte für die Leistungsperiode 2024-27 folgende Schwerpunkte setzen: Wir möchten die Spielanimation im öffentlichen Raum ausbauen. Die Vereine Robi Spielaktionen und Mobile-Jugendarbeit sollen zu diesem Zweck mehr Finanzen erhalten. Damit können sie flexibel auf Veränderungen in den Quartieren reagieren und sie können auch in Quartieren präsent sein, die keinen offenen Treffpunkt wie einen Robi-Spielplatz oder ein Jugendzentrum haben. Die Jugendzentren sollen vermehrt am Abend und am Wochenende offen sein. Die Jugendlichen haben diesen Wunsch in verschiedenen Befragungen geäussert. Die Trägerschaften von Jugendzentren sollen mehr Finanzhilfen erhalten, damit sie diesem Wunsch entsprechen können. Es gibt Quartiere, in denen es heute keine oder nur eingeschränkte Angebote gib. Wir möchten deshalb zwei Angebote für Kinder ermöglichen. Neu soll es im Kinderangebot im Quartier am Ring, also zwischen Steinenring, Spalenring und Sankt Johansring und ein Kinderangebot im St. Alban oder Gellert geben. Für die Vereine Robi Spielaktion und Eulerstrasse 9 werden Finanzhilfen reserviert für diese Angebote. Diese sind nun in der Planungsphase.

Die Teuerung hat uns alle in vergangenen Jahren beschäftigt, auch die Trägerschaften der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Wir haben deswegen die Finanzhilfen für alle Trägerschaften erhöht. Damit können sie die Mehrkosten wegen gestiegenen Betriebskosten auffangen. Gemäss Staatsbeitragsgesetz erhalten nicht immer alle Trägerschaften den jährliche Teuerungsausgleich auf den Personalkosten. Die Finanzhilfen für Trägerschaften, die in der letzten Finanzierungsperiode keinen Teuerungsausgleich erhielten, wurden aus diesem Grund stärker erhöht.



Wir alle sind uns einig, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit heute ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil des Kinder- und Jugendangebots der Stadt ist. Das Angebot hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark entwickelt. Wir haben heute in Basel ein breites Angebot, von professionellen Trägerschaften mit jährlichen Staatsbeiträgen in Millionenhöhe bis zu kleinen Trägerschaften mit nur einem Angebot und entsprechenden tiefen Beiträgen. Das ist auch gut so und sorgt für ein vielfältiges und buntes Feld.

Bisher hatten wir die Staatsbeiträge für die Offene Kinder- und Jugendarbeit als Sammelratschlag beantragt. Das bedeutete, dass auch tiefe Finanzhilfen von kleinen Trägerschaften durch den Grossen Rat bewilligt werden mussten. Infolge des Anzug Kerstin Wenk betreffend vereinfachte Verhandlungen von Leistungsaufträgen richtet das Erziehungsdepartement sich deshalb neu nach den Ausgabenkompetenzen gemäss Finanzhaushaltgesetz. Somit werden nur Finanzhilfen über einer Gesamtsumme von 300'000 Franken durch den Grossen Rat bewilligt. Das sind die allermeisten. Trotz der zeitlichen Verzögerung des Geschäftes konnten die neuen Verträge mit den Trägerschaften, deren Finanzhilfen durch das Erziehungsdepartement beziehungsweise durch den Regierungsrat bewilligt werden, noch im Januar 2024 unterzeichnet werden. Die angestrebte Erleichterung für Trägerschaften mit tieferen Finanzhilfen war also wirkungsvoll.

Der Regierungsrat hat mit seinem Ratschlag für die Offene Kinder- und Jugendarbeit eine Erhöhung um 1,1 Millionen Franken pro Jahr vorgelegt. Der Grosse Rat hat das Budget 2024 für die Offene Kinder- und Jugendarbeit über ein Budgetpostulat um 1,5 Millionen Franken pro Jahr erhöht. Die BKK möchte mit ihren drei Anträgen über die Anträge des Regierungsrat hinausgehen. Neben der Erweiterung des Jugendzentrums Eglisee und Finanzhilfen für den bisher durch Stiftungen getragenen Spielboden, Klybeck soll neu auch die digitale Jugendarbeit gefördert werden. Das ist eine klare Anerkennung der Wichtigkeit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die ich teile. Anders als organisierte Freizeitangebote in Vereinen für Sport oder Musik sind die offenen Angebote niederschwellig. Sie bieten freie Räume, um mit Gleichaltrigen die Zeit frei gestalten zu können. Kinder und Jugendliche können ohne Leistungsdruck ihre Talente und Kreativität entdecken und ausleben. Der Regierungsrat stellt sich dem Erhöhungsantrag der BKK nicht entgegen und wird aus diesem Grund keinen Gegenantrag stellen. Der Regierungsrat begrüsst, dass die BKK den Spielraum des Budgetpostulats nicht ausgeschöpft hat.

Bevor ich zum Schluss gehe, möchte ich auf die Leistungsvereinbarung mit dem Verein Junge Kultur Basel für den Betrieb des Sommercasinos und des Kulturhauses R105 eingehen. Wir beantragen Ihnen, den Vertrag wie vorliegend zu genehmigen. Erstens: Es geht um den Vertrag rückwirkend ab 1. Januar 2024. Die Überbrückungsfinanzierung läuft im August 2024 August aus. Zweitens beinhaltet der Vertrag auch Leistungen für das Kulturhaus R105. Das Kulturhaus R105 soll weiterbetrieben und ein entsprechender Vertrag abgeschlossen werden. Drittens wird das Erziehungsdepartement den Verein Junge Kultur Basel bei der Auflösung des Sommercasinos begleiten. Für das Sommercasino soll entsprechend eine kürzere Vertragsdauer festgelegt werden. Das Erziehungsdepartement wird sich zusammen mit den beteiligten Akteurinnen und Akteuren weiterhin für eine Unterstützung der Jugendkultur einsetzen. Die nicht für das Kulturhaus R105 benötigten Finanzhilfen sollen für die Jugendkultur reserviert bleiben, bis eine passende Alternative entwickelt wurde. Den Verein Junge Kultur und das Anliegen werden wir weiterhin unterstützen.

Zum Schluss möchte ich einen grossen Dank aussprechen an die Trägerschaften, Leitungen und Mitarbeitenden der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Sie setzen sich in der täglichen Arbeit mit grossen Engagement und Fachkenntnissen für Kinder und Jugendliche ein. Ich danke auch der BKK für die sorgfältige Beratung.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erster Sprecher ist Joël Thüring von der SVP.

*Joël Thüring (SVP):* Ich kann Ihnen im Namen der SVP-Fraktion berichten, dass wir den Anträgen der Bildungs- und Kulturkommission zustimmen werden. Wir unterstützen diese Anträge. Es wurde von der Kommissionsprecherin schon sehr viel ausgeführt, was wir ebenfalls unterstreichen können. Regierungsrat Mustafa Atici hat es ausgeführt, die offene Kinder- und Jugendarbeit ist eine wichtige Arbeit, die im öffentlichen Raum in unserem Kanton stattfindet. Sie soll auch entsprechend finanziert werden durch die öffentliche Hand. Das ist in den vergangenen Jahren bereits passiert und diese sehr niederschwelligen Angebote sind auch zu begrüßen. Es ist gerade auch zu begrüßen, dass wir als Kanton auch dort Schwerpunkte setzen, wo allenfalls ein grösseres Bedürfnis besteht für solche Angebote. Das wurde auch erwähnt, und deshalb haben wir uns als SVP-Fraktion nicht dagegen gestellt, dass einzelne Erhöhungen gesprochen werden, weil wir sehen, dass an der einen oder anderen Stelle tatsächlich ein Bedarf besteht und die Situation angesichts der allgemeinen Teuerung für diese Institutionen nicht ganz einfach ist. Deshalb ist es sehr sinnvoll, dass hier eine sehr gute Lösung, ein sehr gutes Verhandlungsergebnis mit den einzelnen Institutionen seitens des Erziehungsdepartements getroffen werden konnte.

Deshalb kann ich mich hier in dieser Frage auch sehr kurz fassen. Ausgeführt wurde schon von der Kommissionsprecherin dieser zusätzliche Antrag um eine Erhöhung um 113'000 Franken für die digitale Kinder- und Jugendarbeit. Das war ein Antrag, der in der Bildungs- und Kulturkommission entstanden ist, respektive der in der Bildungs- und Kulturkommission dann auch eine Mehrheit fand. Diesen Antrag unterstützen wir sehr. Nun haben wir gehört, dass es bereits eine Plattform dafür gibt. Es ist mir einfach an dieser Stelle auch noch einmal wichtig festzuhalten – und das geht jetzt vielleicht auch vor



allem an diejenigen, die heute zuhören aus dem Erziehungsdepartement –, dass es uns nicht darum geht, die digitale Jugendarbeit «nur» so zu verstehen, dass es eine App gibt. Die App ist eine gute Sache und wir unterstützen auch, dass es diese Jugend-App gibt, aber wir denken hier tatsächlich auch etwas weiter.

Wir konnten uns insbesondere vom Verantwortlichen dieses Projekts der digitalen Jugendarbeit überzeugen lassen, was weitergehend gedacht ist, nämlich dass man wirklich das Know-How schaffen möchte, dass wir mit Kindern und Jugendlichen auch im öffentlichen Raum darüber diskutieren, wie sie mit diesen digitalen Kanälen umgehen. Wir haben nach den Ereignissen des 7. Oktobers, dem Terroranschlag der Hamas auf Israel und den darauffolgenden Informationen auf diesen digitalen Kanälen gemerkt, dass wir ein Problem haben, dass Kinder und Jugendliche *influenced* sind von Fake-News, gerade auch im Bereich des Antisemitismus. Das sind letztlich Dinge, die an den Schulen aufploppen.

Das Erziehungsdepartement hat noch Regierungsrat Conradin Cramer mitgeteilt, dass es zu antisemitischen Vorfällen an den Schulen gekommen ist. Wir sind der Meinung, dass die digitale Aufklärungsarbeit nicht nur an den Schulen gemacht werden muss, sondern dass auch die Mitarbeiter dieser Institutionen, die mit den Jugendlichen auch im öffentlichen Raum im Gespräch sind und vielleicht einen niederschwelligeren Zugang zu diesen Kindern und Jugendlichen haben. Aufklärungsarbeit leisten können darüber, wie man mit Informationen, die auf diesen digitalen Kanälen entgegenploppen, umgehen kann und umgehen soll.

Wir können Tiktok und Co. toll oder nicht toll finden, das ist eine ganz andere Diskussion. Fakt ist aber, unsere Kinder und Jugendlichen sind auf diesen Plattformen und dementsprechend ist es auch wichtig, dass man diesen Plattformen Beachtung schenkt. Das Projekt der IG Kinder und Jugend sehr überzeugt, und deshalb glauben wir, dass es richtig ist, in einem ersten Schritt diese Gelder zu sprechen. Wenn man in vier Jahren dass das nicht mehr weiterverfolgt werden soll, weil es sich nicht so entwickelt hat, wie wir uns das vorgestellt haben, dann sind wir offen dafür, dass dieses Projekt, diese Idee nicht weiterverfolgt werden soll. Aber für den Moment, angesichts dieser neuen Ereignisse, aber auch der Entwicklungen ganz generell, dass sich Kinder und Jugendliche vermehrt auch im digitalen Raum aufhalten, scheint uns das sehr wichtig zu sein. Deshalb ist der Antrag der BKK aus unserer Sicht sehr sinnvoll.

Hier schwingt eine leise Kritik mit am Erziehungsdepartement. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich bin noch nicht 100 Prozent überzeugt, dass das Erziehungsdepartement wirklich verstanden hat, wofür es uns damit geht. Wir setzen oder verbinden diesen Antrag auch mit der Hoffnung, dass die Frage der digitalen Jugendarbeit auch im Erziehungsdepartement ankommt, was der Geist dieser digitalen Kinder und Jugendarbeit ist. Wir haben in den Institutionen wirklich auch Personen, die mit Herzblut dahinterstehen und die eine oder andere Idee dem Erziehungsdepartement mit auf den Weg geben kann. Mir kam es, und ich möchte das nicht abschätzig sagen, teilweise so vor, als ob man beim ED immer noch teilweise das Gefühl hat, dass sich das Internet vielleicht gar nicht so durchsetzt. Deshalb glaube ich, ist es sinnvoll, wenn wir hier nun diese Möglichkeit geben, mit diesem Antrag auch diese digitale Plattform weiterzuentwickeln über diese App hinaus und deshalb sind wir sehr gerne bereit, es zu versuchen. Wir stellen fest, dass man auf diese neuen Gegebenheiten Rücksicht nehmen muss, und das kann nicht über das bereits in den vergangenen vier Jahren vorhandene Budget erfolgen.

Richtig ist aber auch, dass wir es an einem zentralen Ort sammeln. Es ist nicht sinnvoll, wenn wir jeder oder jeder zweiten Institution ein wenig Geld dafür, geben sondern es ist durchaus sinnvoll, wenn wir ein Kompetenzzentrum quasi haben, das an einer Stelle dann aber in die Institutionen auch hinaus wirken kann. Damit haben wir vermutlich auch betriebswirtschaftlich mehr erreicht, und ich bitte deshalb das Erziehungsdepartement, diese Voten heute zur Kenntnis zu nehmen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass Regierungsrat Mustafa Atici das machen wird und auch versteht, weshalb wir diesen Antrag gestellt haben. Es ist kein Misstrauen gegenüber dem ED aber wir glauben schon, dass hier noch ein bisschen mehr auch Know-How vorhanden sein sollte, um zu verstehen, was wir mit diesem Antrag gemeint haben. Wir sind aber zuversichtlich, dass das dem Erziehungsdepartement gelingen wird und deshalb bitten wir Sie heute, den Anträgen der Bildungs- und Kulturkommission zuzustimmen. Und ich freue mich, dass auch der Regierungsrat sich unseren Anträgen heute angeschlossen hat.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Sprecherin für die Fraktion SP ist Sasha Mazzotti.

*Sasha Mazzotti (SP):* Auch die ältesten von uns hier im Saal und vielleicht sogar deren Grosseltern haben davon profitieren können, von der offenen Kinder- und Jugendarbeit, kurz OKJA, gibt es in der Schweiz seit rund 150 Jahren. Vielleicht erinnern Sie sich an eine Beratung, ein spannendes Freizeitangebot, einen Ort zum Abtanzen. Was es nicht gab, war eine App. Digitalisierung war schlichtweg kein Thema. Ich rede hier aber nicht von den Vorzügen und der praktischen Seite einer userfreundlichen ab. Es geht um mehr. Ich rede vom Umgang mit Social-Media, Fake News, aber auch vom Wissen im Umgang mit Handy und Co. Und da handelt die offene Kinder- und Jugendarbeit. Sie sind am Puls der Zeit. Mehr dazu etwas später.

Erfreulich ist, und das können Sie im Bericht lesen, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit sich in der Schweiz in einem dynamischen Prozess befindet, was natürlich auch mit dem Bevölkerungswachstum zu tun hat. So auch in Basel. Und auch



erfreulich, in Franken ausgedrückt, 4,4 Millionen mehr als in der letzten Staatsbeitragsperiode. Auch die Liste der Empfangenden ist erfreulich. Ich möchte hier aber noch etwas zum Prozess sagen.

Mein Vorredner hat es angesprochen, die Präsidentin hat es auch erwähnt. Sie Verwaltung verwaltet Geld. Das ist ihre Aufgabe seit eh und je. Ich verstehe, dass das Budget eingehalten werden muss und dass die Verwaltung nicht einfach für alle Dinge, die sie toll und spannend findet, plötzlich Geld sprechen kann. Bei den Hearings fiel uns allerdings auch, dass die Mitarbeitenden der verschiedenen Organisationen, die sich ja seit Jahren mit dem Thema der Kinder- und Jugendarbeit beschäftigen und den Puls der Zeit früher erkennen als die Verwaltung und neue Impulse reingeben könnte, nicht so wirklich wahrgenommen wurde. Es ist zwingend notwendig, dass sich die Geldgebenden und die, die sich täglich mit der Kinder- und Jugendarbeit beschäftigen, vor den Anträgen und der Budgetierung an einen Tisch setzen und sich austauschen, damit innovative Ideen und Konzepte auch umgesetzt werden können. Das soll sich jetzt ändern, wie wir gehört haben, was wir sehr begrüssen.

Ich möchte trotzdem ein Beispiel hervorheben, und zwar das Beispiel der Digitalisierung. Die Zeit bewegt sich schnell und wir müssen justieren und handeln. Die BKK hat beschlossen, die digitale Kinder- und Jugendarbeit mit 113'000 Franken zu unterstützen. Im Bericht der BKK wird dies recht ausführlich dargelegt und ich habe es eingangs erwähnt, das Thema anzugehen ist aus mehreren Hinsichten wichtig: Digitale Gewalt, Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus, welche über diverse Plattformen verbreitet werden – darüber muss aufgeklärt werden und es muss eingeordnet werden. Denn dies ist nicht ausschliesslich die Aufgabe der Schulen, im Gegenteil, die OKJA deckt ein anderes Segment ab und hat andere Chancen an die Kinder und Jugendlichen ranzukommen. Ein anderes Wissen haben sie und eine anderen Aufgaben, aber auch sie benötigen Weiterbildung. Warum dafür also mehr Geld sprechen? Man könnte ja die analogen Angebote einfach streichen. Genau eben nicht. Die Bewegung, sozialen und künstlerischen Angebote, um nur einige zu nennen, müssen parallel weitergeführt werden.

Vieles ist erfreulich, aber mein Votum kann ich nicht schliessen, ohne weniger Erfreuliches zu erwähnen. Der Verein Junger Kultur hat mitgeteilt, dass sie den Betrieb des Sommercasinos einstellen muss. Seit unserem Bericht hat sich einiges verändert. Dass der Verein Junge Kultur beim ED angesiedelt war, war nicht hilfreich. Das Sommercasino ist ein Ort für Kultur, für junge Kultur. So haben einige von uns hier drin aus verschiedenen politischen Fraktionen, wie ich mit Sicherheit weiss, und aus verschiedenen Jahrzehnten, auch dies weiss ich, dort als Jugendliche getanzt, Konzerte gemacht, Konzerte gehört. Allerdings aus nostalgischen Gründen finde ich es nicht zwingend, dass das Sommercasino weiterbetrieben werden muss. Mir geht es um den kulturpolitischen Aspekt. Das Sommercasino hat sich weiterentwickelt, verändert, professionalisiert und daher sind die Anträge auf Erhöhung, die Sie gestellt haben, nachvollziehbar und auch gerechtfertigt. Diese Erhöhung wurde von der Regierung nicht eingesehen und leider auch von der BKK nicht korrigiert. Ich bin gespannt auf die Antworten der Regierung zur Interpellation Zukunft und Förderung der Jugendkultur, die vorliegt. Ich hoffe auf positive Folgen und ein proaktives Handeln. Die SP folgt für die Übergangslösung dem Antrag des ED und schliesst sich der BKK an, darüber nachzudenken, ob der Verein aus dem aus diesem OKJA-Paket nicht sinnvollerweise herausgenommen wird.

An dieser Stelle möchte ich den unterschiedlichen Playern der OKJA für ihre wertvolle Arbeit danken. Ihr tragt einen systemrelevanten Beitrag zur positiven Entwicklung unserer Gesellschaft bei. Und Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für die Unterstützung mit einem Ja.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Für die Fraktion GAB hat Heidi-Mück das Wort.

*Heidi Mück (GAB):* Was lange währt, wird endlich gut. Heute können wir die Staatsbeiträge für die Offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027 beschliessen. Da dies doch eine ziemlich grosse Kiste ist, möchte ich kurz aus meiner Sicht als Präsidentin der IG Kind und Jugend Basel rekapitulieren. Im September 2022 trafen sich die Mitgliedsorganisationen der IGKJ zu einem runden Tisch mit dem Ziel, Transparenz zu schaffen, bevor die neuen Gesuche für Staatsbeiträge eingereicht werden. Die verschiedenen Player der OKJA informierten sich gegenseitig über ihre Pläne und über ihren Bedarf an zusätzlichen Geldern. Mit diesem Vorgehen, mit dieser Offenheit erreichten wir maximale Einigkeit und Solidarität aller Gesuchstellenden. Das war eine tolle Basis für das weitere gemeinsame Vorgehen.

Auf dieser Basis habe ich dann ein vorgezogenes Budgetpostulat in der Höhe von 1,5 Millionen Franken erarbeitet. Damit wollte ich Spielraum für die Verhandlungen mit dem Erziehungsdepartement schaffen und neue Projekte, wie zum Beispiel die Plattform für digitale Kinder- und Jugendarbeit, schon frühzeitig und auch fachlich fundiert in die politische Diskussion einbringen. Das vorgezogene Budgetpostulat wurde im Februar 2023 mit deutlichem Mehr überwiesen. Der Regierungsrat erklärte sich dann auch bereit, das vorgezogene Budgetpostulat teilweise zu erfüllen und 1,1 Millionen Franken zusätzlich für die OKJA zu sprechen.

Das war zuerst einmal eine freudige Überraschung und zeigte für uns auch die Wertschätzung für die pädagogischen Arbeit der OKJA. Ein grosses Problem war jedoch, dass der Ratschlag zu den Staatsbeiträgen für die OKJA bei der Budgetdebatte noch nicht erschienen war und wir deshalb auch nicht wussten, wie genau diese zusätzlichen Gelder verteilt werden



respektive wohin sie fliessen sollten. Zudem waren mehrere neue Anträge abgelehnt worden, unter anderem mit dem Argument des knappen Budgetrahmens. Diese Ausgangslage bewog zum Glück eine Mehrheit des Grossen Rates dazu, in der Budgetdebatte im vergangenen Dezember die vollumfängliche Erfüllung des vorgezogenen Budgetpostulats zu verlangen. Dann folgte Ende Dezember endlich der Ratschlag des Regierungsrats und die BKK konnte sich damit befassen im Wissen, dass im Budget noch Spielraum besteht.

Bei den Hearings in der BKK zeigte sich, dass aus Sicht der OKJA-Anbieter bei aller Freude über die zusätzlich gewährten Mittel nach Verbesserungsbedarf besteht insbesondere im Bereich der digitalen Kinder- und Jugendarbeit, das haben wir schon gehört, konnten die OKJA-Anbieter deutlich aufzeigen, dass grosse Herausforderungen bestehen und die müssen wir unbedingt gemeinsam angehen. Die Vertreterinnen des ED stellten sich hingegen auf den Standpunkt, dass digitale Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen der üblichen Arbeit stattfinden könne und keine zusätzlichen Mittel benötige und dass sowieso hauptsächlich die Schulen dafür zuständig seien, die Kinder und Jugendlichen im Umgang mit den digitalen, leider nicht so sozialen Medien zu unterstützen.

Glücklicherweise folgte die Kommission den Argumenten aus der Praxis und beantragt nun 113'000 Franken für die Schaffung einer Plattform digitale Kinder- und Jugendarbeit. Damit können die bestehenden Angebote gemeinsam und koordiniert weiterentwickelt werden und es kann zum Beispiel auch die Weiterbildung in diesem Bereich bedarfsgerecht aufgegleist werden, und zwar für alle Anbieter der OKJA, auch für die kleinen, die weniger Spielraum für solch grundlegende Konzeptarbeit haben.

Weitere Zusatzmittel werden für den Spielboden Klybeck ab 2025 beantragt. Dies war wie die Plattform digitale Kinder- und Jugendarbeit ein neuer Antrag, auf den das eben schon von Beginn weg nicht eintreten wollte. Wenn wir heute diese 78'000 Franken pro Jahr beschliessen, ist der Betrieb dieses wertvollen und für die Familien im Klybeckquartier so wichtigen Angebots ab 2025 gesichert.

Mit den zusätzlichen 40'000 Franken für das Jugendzentrum Eglisee beantragt die BKK nun 211'000 Franken mehr, als der Ratschlag vorgesehen hatte. Das vorgezogene Budgetpostulat wurde damit nicht voll ausgeschöpft, wie ich das bei den vorangegangenen Debatten ja immer betont habe. Der zusätzliche Spielraum war aber sicher sinnvoll und nötig und hat nun auch zu einem gut austarierten Vorschlag der BKK geführt.

Und dann gibt es noch einen Anbieter, der eigentlich gar nicht in die OKJA passt, weil er, wie es der Name schon sagt, in der Jugendkultur zu verorten ist. Die Schliessung des Sommercasinos ist bedauerlich, aber es gibt ja nicht nur das Sommercasino, sondern auch, dass R105 mit den Proberäumen, mit den Ateliers, mit den Studios, das nun vom Sommercasino losgelöst aber nicht vergessen werden soll. Hier appelliere ich an das ED Hand zu bieten für einen Wechsel zur Kultur ins Präsidialdepartement, um dieses wichtige Angebote der Jugendkultur in ein passendes Umfeld zu zügeln.

Ich bitte Sie nun, den Anträgen der BKK zuzustimmen und ich möchte mich bei der BKK für die differenzierte und konstruktive Diskussion bedanken und auch bei allen anderen, die der OKJA schon in den letzten Jahren Vertrauen und Wertschätzung entgegengebracht haben. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass sich ein intensiverer Austausch zwischen dem ED und den Anbietern der OKJA institutionalisieren lässt, damit schon vor den Verhandlungen für die nächste Periode der Staatsbeiträge gemeinsam an der Weiterentwicklung der OKJA gearbeitet werden kann. Dieser Austausch soll nicht nur die inhaltliche Ausrichtung und die Reaktion auf aktuelle Trends in der Kinder- und Jugendarbeit enthalten, sondern auch wichtige organisatorische Fragen, wie zum Beispiel die Lohnentwicklung der Mitarbeitenden oder aber die finanzielle Situation der kleinen Anbieter, die jetzt nicht mehr in den Ratschlag kommen. Diese Fragen sollen auch angegangen werden. Wenn wir das erreichen, dann wird es wirklich gut. Ich bitte Sie, den Vorschlägen der BKK zuzustimmen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Sprecherin ist Catherine Alioth für die LDP.

*Catherine Alioth (LDP):* Die Erhöhung der Fördermittel ist ein positives Signal für die Bedeutung und den Stellenwert der Kinder- und Jugendarbeit in unserer Gesellschaft und in unserem Kanton. Mit gezielten Investitionen in Bildung, Kultur und Freizeitgestaltung wird nicht nur die individuelle Entwicklung für Menschen gefördert, sondern auch das soziale Miteinander gestärkt. Mit diesem Ratschlag unterstützen wir die wertvolle Kinder-, Jugend- und Präventionsarbeit im ausserschulischen Bereich. Die Mittel sollen für die Finanzierungsperiode 2024 bis 2027 substanziell erhöht werden, um das bestehende Angebot weiter auszubauen und zu verbessern sowie um den sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Herausforderungen gerecht zu werden.

Ein Schwerpunkt muss auf der Schaffung neuer zukunftsweisender Angebote liegen. Dies tun wir mit der Einrichtung der Plattform digitale Kinder- und Jugendarbeit. Sie dient dazu, das Jugendangebot auch digital verfügbar zu machen und die jungen Menschen anzusprechen. Dazu gehört auch die Begleitung der Jugendlichen beim Online-Konsum und auch im Umgang mit digitalen Inhalten. Dies ist gerade jetzt im Zusammenhang mit den Themen um die internationalen Konflikte sehr geboten. Oder beim Onlineshopping auf dubiosen Apps wie Temu, wo Produkte zu verdächtig niedrigen Preisen und oft in sehr schlechter Qualität gekauft werden können.



In der modernen digitalen Kinder- und Jugendarbeit liegt der Fokus darauf, jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, eigene Themen zu setzen und aktiv mitzugestalten. Regelmässige Schulungen für die Fachpersonen der Jugendarbeit zu Themen der digitalen Kommunikation und des Umgangs mit neuen Medien halten wir für sehr notwendig.

Um den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen auch in Zukunft vollumfänglich gerecht zu werden und auf neue gesellschaftliche Rahmenbedingungen angemessen reagieren zu können, ist es daher unerlässlich, ein zeitgemässes Konzept für die Offene Kinder- und Jugendarbeit zu entwickeln. Das bisherige Konzept stammt aus dem Jahr 2006 und ist daher dringend erneuerungsbedürftig. Die Welt um uns herum hat sich rasant verändert und dieser Wandel muss auch in der Kinder- und Jugendarbeit aktiv mitgestaltet werden.

Dann möchte ich noch ein paar weitere Punkte erwähnen, die der LDP-Fraktion wichtig sind. Den Trägerschaft den Trägerschaften der OKJA möchten wir mitgeben zu prüfen, ob ihr Angebot nicht effizienter wäre, personell und finanziell, wenn sie sich als Träger zusammenschliessen würden. Wir glauben, dass dies ein Gewinn für das Know-How und das jeweilige Angebot ist. Für viele Angebote und Projekte müssen die Trägerschaften Drittmittel akquirieren. In Basel gibt es zahlreiche Stiftungen, die sich stark für Kinder und Jugendliche einsetzen und diese unterstützen. Die LDP den Stiftungen für dieses Engagement sehr dankbar. Wie hinterfragen aber kritisch und sind der Meinung, dass es nicht Aufgabe des Kantons ist und sein kann einzuspringen, wenn für ein Angebot keine Drittmittel beschafft werden können, wie dies beispielsweise beim Spielboden Klybeck der Fall ist. Wir erachten es aber hier aufgrund der Herausforderungen im Klybeckquartier als zielführend, diesen zu unterstützen. Gerade in diesem Fall könnte aber ein Zusammenschluss mit einer anderen Trägerschaft sinnvoll sein.

Bezüglich des Vereins Junge Kultur Basel folgen wir der BKK und befürworten die Finanzierung des Vereins aus den Mitteln der Trinkgeldinitiative, da der Schwerpunkt des Vereins dem Ziel der Trinkgeldinitiative entspricht.

Die Unterstützung und Förderung der Offenen Kinder und Jugendarbeit ist somit ein wichtiger Baustein für eine lebendige und vielfältige Stadtgesellschaft, und hierfür ist den Mitarbeitenden in der in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sehr zu danken. In diesem Sinne unterstützt die LDP-Fraktion die Anträge der BKK.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Fraktionssprecher ist David Jenny für die FDP.

*David Jenny (FDP):* Ich versuche, die Wiederholungen auf ein Minimum zu begrenzen. Die FDP wird diesem Paket auch zustimmen. Ich schliesse an meine Vorrednerin an. Sie hat da ja mehrfach angeregt, dass sich Anbieter zusammenschliessen. Ich habe eine gewisse Erfahrung mit Verhandlungen in diesem Bereich. Ich war mal Co-Präsident der Basler Freizeitaktion, heute JUAR. Wir hatten damals das Vergnügen, mit einem Departement zu verhandeln, dessen Generalsekretär der gesetzte Kollege Bruno Lötscher war, und der damalige Vorsteher handelte nach der Devise «Divide et impera». Er wollte möglichst viele Anbieter in diesem Bereich haben. Die Vielzahl der Anbieter in diesem Bereich ist auch eine Folge der staatlichen Politik.

Der Wechsel der Betreiberschaft im Sommercasino wurde auch vom Staat angestrebt. Ob das rückblickend so schlau war? Ich erlaube mir kein Urteil, aber wir haben eben hier ein Feld, wo der Staat durchaus eine sehr aktive Rolle spielt, auch in der Hinsicht, wer dann diese Angebote wahrnimmt. Und vielleicht noch ein weiterer Gedanke. Ich glaube, wir sind uns hier alle einig, es geht ohne offene Kinder- und Jugendarbeit in unserem Kanton oder in unserer Stadt nicht. Wir haben einen Staatsbeitragsgesetz, da unterscheiden wir zwischen Finanzhilfen und Abgeltung. Ich glaube, in diesem Bereich sind wir doch faktisch sehr nahe an der Abgeltung. Bei der Abgeltung hätten wir das Problem des Teuerungsausgleichs so nicht. Wir hatten hier gerade bei einzelnen Anbietern in diesem Bereich mit unserer sehr künstlichen Schwelle 70 % Personalkosten, grössere Schwierigkeiten, die wir hoffen, zu beheben, wenn die Motion Eberhard umgesetzt wird. Es handelt sich ja hier wirklich nicht um Nice-to-have und Need-to-have, was nicht heisst, dass jedes Angebot dann wiederum zwingend unterstützt werden muss. Aber wir müssen ein genügendes und ein gutes Angebot haben.

Das führt uns wirklich zur Frage der Planung und des Austausches. Hier sind die staatlichen Prozesse mit Mandat einholen beim Regierungsrat und nachher besteht eigentlich kein Verhandlungsspielraum mehr, und andererseits der relativ grossen Kreativität bei den einzelnen Anbietern, das kollidiert. Es würde sich lohnen, die Prozesse zu ändern, sodass rechtzeitig miteinander gesprochen wird darüber, was die Ideen sind, was der Staat will, was neu ist und wer wirklich für dieses neue fremdartige Internet zuständig ist.

Und dann noch mein übliches Cetero censeo: Der geschätzte Herr Erziehungsdirektor hat gesagt, wie niederschwellig offene Kinder- und Jugendarbeit ist und niederschwelliger als alles andere. Ich würde als ehemaliger Pfadfinder sagen, dass die Pfadi noch viel niederschwelliger und viel günstiger ist. Aber die Wertschätzung geniessen sie von Seiten des Staates nur selten. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Paket der BKK zuzustimmen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Fraktionssprecherin ist die Sandra Bote-Wenk.



*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Die Grünliberalen werden alle von der BKK vorgelegten Grossratsbeschlüsse zur Umsetzung unterstützen. Mir ist es wichtig, nochmals die unverzichtbare Rolle der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu betonen. Die OKJA ist weit mehr als ein Freizeitangebot oder Jugendtreff. Die Angebote der Trägerinstitutionen sind essenzielle Stützen bei der Entwicklung junger Menschen zu unabhängigen und verantwortungsbewussten Erwachsenen. Es ist unsere Aufgabe sicherzustellen, dass diese Programme kontinuierlich den sich ändernden Bedürfnissen angepasst und wirksam weiterentwickelt werden, einschliesslich des Umgangs mit digitalen Lebenswelten.

Die Angebote erreichen alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrem sozialen oder kulturellen Hintergrund, und dies ohne Mitgliedschaften oder andere Bedingungen. In einer Welt, die zunehmend von digitalen Medien dominiert wird und in der Isolation eine immer grössere Rolle spielt, bietet die OKJA wichtige reale Treffpunkte, wo junge Menschen Unterstützung von professionellen Fachkräften erhalten, die auf ihre spezifischen Lebenslagen eingehen können. Dabei ist die präventive Funktion der OKJA nicht zu unterschätzen. In einem geschützten Rahmen werden Themen wie Drogenkonsum oder Medienkompetenz adressiert, was langfristig zur Gesundheit und Sicherheit unserer Gesellschaft beiträgt.

Die im BKK-Bericht vorgeschlagene verstärkte Zusammenarbeit mit Schulen, um bewusst Brücken zwischen dem schulischen und ausserschulischen Umfeld der Kinder und Jugendlichen zu schlagen, würde weitere Wege eröffnen, Lücken bei bestimmten Themen zu schliessen. Die GLP betrachtet dies als eine vielversprechende Möglichkeit, um gemeinsame Herausforderungen effektiver anzugehen. Dabei ist die Arbeit und das Engagement der Mitarbeitenden in der OKJA für das gesellschaftliche Wohl von grosser Bedeutung und bevor besonders hervorzuheben, dies in Bezug auf die professionelle Herangehensweise und in Bezug auf die bedürfnisgerechte Weiterentwicklung der Angebote.

Umso mehr ist zu betonen, wie wichtig es ist, dass die Trägerschaften ihren Mitarbeitenden eine Perspektive in ihrer Lohnentwicklung bieten können, um qualifiziertes Personal nicht nur zu gewinnen, sondern auch zu halten. Es ist bedauerlich, dass das Erziehungsdepartement keine klaren Empfehlungen zur kantonalen Einreihung der Gehälter und keine Empfehlungen bezüglich der Einstufung zur Lohnentwicklung für Mitarbeitende der OKJA bereitstellt. Wir wünschen uns eine bessere Unterstützung der Trägerschaften in diesem sensiblen Bereich. Die Löhne der Mitarbeitenden, privater Träger in der Tagesbetreuung sowie in den schulexternen Tagesstrukturen werden vom Erziehungsdepartement bereits empfohlen. Vor diesem Hintergrund ist die GLP der Meinung, dass auch für die OKJA eine praktikable Lösung gefunden werden kann.

Überrascht war ich festzustellen, dass das Konzept der offenen Kinder- und Jugendarbeit seit 2006 unverändert geblieben ist, obwohl sich die Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen seither grundlegend gewandelt haben. Es ist unerlässlich, dass eine flexible, den modernen Anforderungen entsprechende Strategie entwickelt wird und sie sich in einem Konzept niederschlägt, das regelmässig überarbeitet und angepasst wird, dies um die Arbeit der Einrichtungen und die damit verbundenen Leistungsaufträge fortlaufen zu optimieren und inhaltlich relevant zu gestalten. Die GLP wünscht sich dann auch in Zukunft eine verstärkte Zusammenarbeit und einen gewinnbringenden Austausch zwischen den Trägerinstitutionen der OKJA und dem Erziehungsdepartement.

Eine kurze Bemerkung zum Verein Junge Kultur: Obwohl die Ankündigung der Schliessung des Sommercasinos zutiefst bedauerlich ist, hat der Verein transparent dargelegt, dass dieser Schritt unter Berücksichtigung aller Umstände notwendig war. Die GLP dankt den Verantwortlichen des Vereins für Engagement und die Übernahme der Verantwortung für unpopuläre Entscheidungen auch in schwierigen Zeiten. Gleichzeitig unterstützen wir das Ansinnen der Auslegeordnung und Überarbeitung des Betriebskonzepts für ein neues Jugendhaus einschliesslich der Überprüfung und Klärung, welche Bedeutung wir als Kanton dem jugendkulturellen Schaffen beimessen und wie weit wir es fördern und weiterentwickeln wollen. Darunter fällt auch die Art und Weise der Zusammenarbeit mit der Verwaltung und der Austausch darüber, welches Departement zukünftig für den Verein zuständig sein soll.

In diesem Sinne empfehlen wir auch diesen Grossratsbeschluss zur Annahme.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Liste der Rednerinnen und Redner ist erschöpft. Somit geht das Wort an Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Ich bedanke mich für die unterstützende Voten für die Offene Kinder- und Jugendarbeit.

Ich möchte mich nur zu zwei Punkten kurz äussern. Zum Sommercasino: Das Erziehungsdepartement wird mit allen relevanten Playern den Austausch suchen, mit Institutionen, interessierten Gruppen oder Jugendlichen, jungen Erwachsene und natürlich auch mit der Abteilung Kultur des Präsidialdepartements.

Die Begleitung von Kindern und Jugendlichen durch die digitale Jugendarbeit hält auch das ED für sehr wichtig. Wir werden zu diesem Thema in den nächsten Jahren auch mit der IG Kind und Jugend im Austausch sein.



*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Kommissionspräsidentin verzichtet auf ein Votum. Somit fahren wir fort. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Es kommen diverse Abstimmungen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses

1. Für den Verein Allwäg werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 333'052 (Fr. 83'263 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Publikationsklausel..

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003441, 15.05.24 17:35:30]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Für den Verein Allwäg werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 333'052 (Fr. 83'263 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben den Grossratsbeschluss mit 91 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung zum Grossratsbeschluss 2.

### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003443, 15.05.24 17:36:26]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Für den Verein Haus für Kinder und Eltern werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 969'308 (Fr. 242'327 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben auch diesem Grossratsbeschluss mit 91 Ja-Stimmen zugestimmt.



Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 3.

#### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003445, 15.05.24 17:37:17]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Für den Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 8'926'156 (Fr. 2'231'539 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben diesem Grossratsbeschluss mit 90 Ja-Stimme zugestimmt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 4.

#### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003447, 15.05.24 17:38:07]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Für den Verein Spilruum Basel werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 534'700 (Fr. 133'675 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Auch dieser Grossratsbeschluss wurde mit 91 Ja-Stimmen bei keiner Gegendstimme angenommen.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 5.

#### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

#### **Ergebnis der Abstimmung**



**91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003449, 15.05.24 17:39:01]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Für den Verein Jugendarbeit Basel (JuAr Basel) werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 13'758'312 (Fr. 3'439'578 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.
  2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.
- Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben auch diesem Grossratsbeschluss mit 91 Ja-Stimmen zugestimmt.  
Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 7.

#### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003451, 15.05.24 17:40:01]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Für den Verein Jugendzentrum Breite werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 1'061'688 (Fr. 265'422 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.
  2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.
- Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben auch diesen Grossratsbeschluss mit 90 Ja-Stimmen überwiesen.  
Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 7.

#### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003453, 15.05.24 17:40:52]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**



1. Für den Verein Mobile Jugendarbeit Basel werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 2'617'196 (Fr. 654'299 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben auch diesem Grossratsbeschluss mit 91 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme zugestimmt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 8.

### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**89 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** [*Abstimmung # 0003455, 15.05.24 17:41:41*]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Für den Verein Eulerstrooss nüün werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 1'196'528 (Fr. 299'132 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben auch diesem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 89 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 9.

### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** [*Abstimmung # 0003457, 15.05.24 17:42:31*]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Für die Stiftung IdéeSport werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 525'848 (Fr. 131'462 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben diesem Grossratsbeschluss mit 90 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme zugestimmt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 10.

### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** [*Abstimmung # 0003459, 15.05.24 17:43:20*]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Für den Verein Trendsport Basel werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 800'000 (Fr. 200'000 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.
2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben auch diesem Grossratsbeschluss mit 91 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme zugestimmt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 11.

### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** [*Abstimmung # 0003461, 15.05.24 17:44:10*]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Für den Verein Kindertheater Basel werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 654'600 (Fr. 163'650 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.
2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben auch diesen Grossratsbeschluss mit 90 Ja-Stimmen bei keiner gegenstimmen gutgeheissen.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 12.



### Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

### Ergebnis der Abstimmung

**90 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003463, 15.05.24 17:45:01]

### Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Verein Junge Kultur Basel werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 3'388'000 (Fr. 847'000 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 90 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 13.

### Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

### Ergebnis der Abstimmung

**89 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003465, 15.05.24 17:45:52]

### Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die IG Kind und Jugend Basel werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 452'000 (Fr. 113'000 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben auch diesem Grossratsbeschluss mit 89 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimmen zugestimmt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 14.

### Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

### Ergebnis der Abstimmung



**91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003467, 15.05.24 17:46:47]

### Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Spielboden Klybeck werden für die Jahre 2025 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 174'000 (Fr. 58'000 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.
2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben auch diesem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 91 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme.

Aufgrund der langen Eintretensvoten bei Traktandum 10 würden wir Ihnen beliebt machen, direkt ins Traktandum 11 einzusteigen und morgen das Traktandum 10 zu bearbeiten. Es gibt keine Gegenstimme. Somit kommen wir zu Traktandum 11. Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat der Präsident der Bau- und Raumplanungskommission Michael Hug.

## 11. Investitionsbeitrag an die Sanierung der Johanneskirche, Ausgabenbericht des RR

[15.05.24 17:47:37, 23.1576.01]

*Michael Hug (LDP):* Die Bau- und Raumplanungskommission hat den Ratschlag der Regierung zum Antrag der evangelisch-reformierten Kirche des Kantons Basel-Stadt auf einen Investitionsbeitrag für die Sanierung der Johanneskirche geprüft. Der Antrag sieht vor, dass der Kanton Basel-Stadt einen Betrag von 940'000 Franken zur Verfügung stellt.

Am 7. Februar 2023 stellte die ERK einen Antrag auf Finanzhilfe zur Sanierung der denkmalgeschützten Johanneskirche. Das Gebäude wurde 1936 nach den Plänen von Karl Egender und Ernst Friedrich Burckardt erbaut und repräsentiert die Architektur der neuen Sachlichkeit. Die Johanneskirche ist nicht nur ein historisch bedeutendes Kulturdenkmal, sondern auch ein Zentrum für das Quartierleben und die gesamte Stadt Basel. Das Sanierungsprojekt umfasst sowohl den Innen- als auch den Aussenbereich der Johanneskirche. Geplant sind umfangreiche Renovierungs- und Anpassungsmassnahmen, darunter die Erneuerung der Haustechnik, Anpassungen an Erdbebensicherheit und Brandschutz sowie die Sanierung von Fenstern, Fassade und Kirchturm. Zusätzlich sollen Nutzungsanpassungen wie der Einbau eines Kaffeeraums und die Nutzung der ehemaligen Sigristenwohnung als Kita vorgenommen werden.

Die Gesamtkosten des Sanierungsprojekts belaufen sich auf 8,3 Millionen Franken. Der Kanton Basel-Stadt soll einen Investitionsbeitrag in Höhe von 940'000 Franken leisten, während der Bund einen Beitrag von 639'264 Franken zusagt. Die restlichen Kosten trägt die ERK BS. Zusätzlich zu den staatlichen Beiträgen werden weitere Finanzierungsgesuche bei anderen kantonalen Stellen eingereicht, um das Projekt zu unterstützen und die finanzielle Belastung zu minimieren.

Die Kommission hat einstimmig beschlossen, dem Grossen Rat zu empfehlen, das Geschäft anzunehmen und den Investitionsbeitrag des Kantons Basel-Stadt für die Sanierung der Johanneskirche zu bewilligen. Einzelne Nachfragen zur Nutzung und zu den komplizierten Finanzierungsmodalitäten konnten zur Zufriedenheit beantwortet werden. Die Sanierung des historisch bedeutenden Gebäudes dient nicht nur dem Erhalt des kulturellen Erbes, sondern stärkt auch das Quartierleben und die Stadt Basel insgesamt. Die geplanten Massnahmen sind sorgfältig durchdacht und tragen dazu bei, die Johanneskirche für zukünftige Generationen zu erhalten und zugleich zeitgemäss zu gestalten. Die Kommission erachtet das Projekt als im öffentlichen Interesse liegend und als einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des kulturellen Erbes der Stadt Basel.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit hat die Regierungsrätin Tanja Soland das Wort. Sie verzichtet. Es haben sich keine Sprecherinnen und Sprecher eingetragen, weshalb wir fortfahren.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.



Detailberatung (Seite 7 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

einzigster Absatz

Publikationsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN. Die Abstimmung startet jetzt.

Sie haben den Grossratsbeschluss mit 73 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, das wäre das letzte Geschäft für heute Abend. Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr. Ich wünsche einen schönen Abend.

**Schluss der 13. Sitzung**

17:52 Uhr



# Protokoll

der 14. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Donnerstag, den 16. Mai 2024, um 9:00 Uhr

**Vorsitz:** *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*

**Abwesende:** *Barbara Heer (SP); Raoul I. Furlano (LDP); Catherine Alioth (LDP); Gianna Hablützel-Bürki (SVP); Lukas Bollack (GLP); Brigitte Gysin (die Mitte/EVP); Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP); Harald Friedl (GAB); Lorenz Amiet (SVP); Felix Wehrli (SVP).*

## Verhandlungsgegenstände:

10. Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015, Bericht der Fkom, Mitbericht der GPK ..... 2
- 10.1. Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Anpassung der Berechnung der Abgeltung der Staatsgarantie für die Basler Kantonalbank im Zuge der Revision des BKB-Gesetzes, Bericht der Fkom, Mitbericht der GPK ..... 16
12. Bauinvestitionen Universitätsspital Basel – Gewährung eines Darlehens zur Mitfinanzierung der Neubauten Klinikum 2 (Phase 1, Turm) und Klinikum 3, Bericht der Fkom, Mitbericht der GSK..... 17
13. Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Allschwilerplatz sowie für eine klimaangepasste Platzgestaltung, Bericht der UVEK..... 30



## Beginn der 14. Sitzung

Donnerstag, 16. Mai 2024, 09:00 Uhr

### 10. Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015, Bericht der Fkom, Mitbericht der GPK

[16.05.24 09:00:39, 21.1809.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Guten morgen. Ich freue mich, dass ich wieder mit Ihnen sprechen kann. Und gleichzeitig bin ich dankbar für den Einsatz von Statthalter, den wir auch heute wieder brauchen werden.

Ich habe Ihnen vorerst eine Mitteilung zu machen. Wir haben zwei Jubilaren in unseren Reihen, die heute Geburtstag feiern und erst noch den Kaffee gemeinsam spendieren heute Morgen. Ich gratuliere ganz herzlich dem Alt-Grossratspräsident Bülent Pekerman und Georg Mattmüller zum Geburtstag dank.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Dann übernehmen ich wohl wieder. Traktandum 10 Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015 sowie Anzug David wie es Rudin und Konsorten betreffend Anpassung der Berechnung der Abgeltung der Staatsgarantie für die Basler Kantonalbank im Zuge der Revision des BKB-Gesetzes. Bericht der Fkom, Mitbericht der GPK.

Die Fkom beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Die GPK hat einen Mitbericht verfasst und stellt Änderungsanträge gegenüber der Fkom-Vorlage. Diese werden im Anschluss auf einer Synopse projiziert.

Das Wort geht als erstes an den Präsidenten der Finanzkommission Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Wir beraten heute ein Geschäft, welches dem Grossen Rat bereits im März 2022 überwiesen wurde. Nun, nach über zwei Jahren ist es endlich behandlungsreif und liegt Ihnen vor. Weil seit Vorliegen dieses Ratschlages und Überweisung an die Finanzkommission und die Geschäftsprüfungskommission schon einige Zeit vergangen ist, möchte ich gerne kurz in Erinnerung rufen, worum es bei der Teilrevision des BKB-Gesetzes geht und weshalb der Regierungsrat uns diesen Ratschlag vorgelegt hat.

Nach dem Einstieg der BKB als Mehrheitsaktionärin bei der Bank Cler, damals noch die Bank Coop, im Jahr 1999 wurde die Bank schliesslich im Jahr 2017 vollständig durch die BKB übernommen. Seit Frühling 2019 ist sie schliesslich eine einhundertprozentige Tochtergesellschaft der BKB. Nach der vollständigen Übernahme der Bank Cler hat die BKB die bereits bestehende Konzernstruktur vereinfacht. Sie hat die Konzernsteuerung verstärkt und die Bank Cler stärker in den Konzern eingebunden. Die Konzernleitung besteht heute aus der Geschäftsleitung der BKB und dem CEO der Bank Cler. Er ist Beisitzer ohne Stimmrecht. Die heutige Konzernstruktur der BKB ist mit dem Gesetz über die BKB vom 9. Dezember 2015 vereinbar, jedoch nicht explizit im Gesetz abgebildet.

Die Geschäftsprüfungskommission hat deshalb vor einiger Zeit die Finanzkontrolle mit einer Spezialprüfung zur Übernahme der Bank Cler durch die BKB beauftragt. Hintergrund dieser Spezialprüfung war die Aufhebung der organisatorischen Trennung der beiden Banken durch die Überführung der Bank Cler in die Konzernstruktur der BKB. Die Finanzkontrolle hielt in ihrem Bericht fest, dass die vollständige Übernahme der Bank Cler durch die BKB mit den Vorgaben des BKB-Gesetzes vereinbar sei und mit der engeren Einbindung der Bank Cler für die BKB eine Reduktion des Netto-Risikos resultiere. Die Finanzkontrolle hielt weiter fest, dass das BKB-Gesetz weder Regelungen zur Organisation auf Konzernebene enthalte noch den gesetzlich geregelten Organen Aufgaben zuweise, welche die Konzernführung betreffen. Die Finanzkontrolle empfahl deshalb, die Frage der Konzernbildung und -führung explizit im BKB-Gesetz zu regeln. Im Bericht der GPK zum Jahresbericht 2020 sprachen diese die Erwartung aus, dass der Empfehlung der Finanzkontrolle Folge geleistet werde. Der Regierungsrat kommt dem Ansinnen der GPK mit der vorliegenden Teilrevision nun nach.

Der Ratschlag wurde in der Folge der Finanzkommission und Mitbericht der GPK überwiesen. Die Finanzkommission befasste sich an insgesamt vier Sitzungen mit dem Geschäft und hörte hierzu neben der Vorsteherin des Finanzdepartements auch die Finanzverwaltung sowie den Bankratspräsidenten der BKB und den Vorsitzenden der Konzernleitung, den CEO der BKB an. Da für die Ausarbeitung des Ratschlages ein externes Gutachten seitens des Finanzdepartements in Auftrag gegeben wurde, wollte die Finanzkommission dieses Gutachten – es handelt sich hierbei um ein Gutachten von Professor Nobel – auch entsprechend zugestellt erhalten und gleichzeitig den Mitbericht der Geschäftsprüfungskommission abwarten. Die relativ lange Behandlungsdauer des Geschäfts, und ich meine dies



wertneutral, ist dem Umstand geschuldet, dass die Geschäftsprüfungskommission weitere Anhörungen durchführte und ein eigenes Gutachten bei der Kanzlei vom Herrn Morscher einholte. Zu diesem Gutachten wird Ihnen wahrscheinlich anschliessend der Sprecher der GPK berichten.

Mit dem Vorliegenden des Mitberichts im September des letzten Jahres stellte die Finanzkommission fest, dass der Mitbericht der GPK in den zentralen Aspekten der Teilrevision dem Vorschlag des Regierungsrates widersprach. Die Finanzkommission entschied deshalb in Kenntnisnahme des Gutachtens von Herrn Morscher, dieses wiederum dem Finanzdepartement zur Verfügung zu stellen, damit das Finanzdepartement im Anschluss zu den Anträgen der GPK gegenüber der Finanzkommission Stellung nehmen kann. Seitens des Finanzdepartements wurde der FKom zudem die Stellungnahme der FINMA zur vorliegenden Teilrevision zugestellt und ergänzend darauf hingewiesen – und das ist wichtig – dass eine Änderung der vom Regierungsrat verabschiedeten Gesetzesänderungen vor einer allfälligen Beschlussfassung sowohl in der Finanzkommission als auch im Grossen Rat nochmals der FINMA zugestellt werden müsste.

Das Finanzdepartement wiederum liess dieses Kurzgutachten von Herrn Morscher, welches für die GPK erstellt wurde, nochmals von Professor Nobel begutachten und bat diesen um eine Stellungnahme. Gleichzeitig liess die BKB, welche das Kurzgutachten Morscher ebenfalls erhielt, dieses Gutachten durch die Kanzlei Vischer bewerten. Schliesslich beriet die Finanzkommission das Geschäft im Januar 2024 weiter.

Zur Frage der gesetzlichen Verankerung der Konzernleitung und der Haftungsfrage: Sämtliche Gutachter halten fest, dass eine Konzernleitung gefordert ist. Auch die FINMA befürwortet in ihrer Stellungnahme aus aufsichtsrechtlicher Sicht die gesetzliche Verankerung der Konzernrealität. Unterschiedliche Auffassungen bestehen, auf welcher Stufe die Konzernleitung geregelt sein soll. So besteht die Möglichkeit, analog der heutigen Situation, die Konzernleitung auf Stufe des Geschäfts- und Organisationsreglements der BKB zu regeln. Mit der gesetzlichen Verankerung der Konzernleitung wird vollzogen, was sowohl aus aufsichtsrechtlicher Sicht begrüsst als auch in der Realität bereits existiert. In der heutigen Situation entspricht die Geschäftsleitung der BKB auch der Konzernleitung. Der CEO der Bank Cler wohnt den Konzernleitungssitzungen bei, er verfügt jedoch, wie bereits erwähnt, über kein Stimmrecht. Neu kann also der CEO der Bank Cler mit dieser Veränderung der gesetzlichen Regelung zum vollwertigen Mitglied der Konzernleiter ernannt werden und diese Konzernleitung auch für externe Personen geöffnet werden.

Es stellt sich hierbei die Frage, ob mit der gesetzlichen Verankerung der Konzernleitung das Haftungsrisiko verstärkt wird und damit das Risiko für den Kanton Basel-Stadt im Falle der Staatshaftung des Kantons auch für die Schieflage der Bank Cler in Anspruch genommen werden könnte. Es kann dazu festgehalten werden, dass mit der Schaffung einer Konzernleitung ein Konzernorgan über der Bank Cler gebildet wird, womit die Organstellung der BKB beziehungsweise des BKB-Konzerns nicht mehr wegdiskutiert werden kann. Die Finanzkommission teilt hier die Ansicht des Regierungsrates, gestützt auf die beiden Gutachten von Professor Nobel, dass damit das rechtliche Haftungsrisiko der BKB beziehungsweise des Kantons mit der Schaffung der Konzernleitung einerseits leicht zunimmt, es stellt sich nicht mehr die Frage, ob es sich beim BKB-Konzern um ein faktisches Organ handelt oder nicht, sondern es wurde ein tatsächliches Organ, also der BKB-Konzern, geschaffen. Dieses tatsächliche Organ erlaubt es dem BKB-Konzern andererseits jedoch, direkt auf die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Schadens mindern Einfluss zu nehmen. Die Risiken, welche eingegangen werden, werden im Wesentlichen durch Entscheidungsträger der BKB beziehungsweise vom Bankrat gewählten Personen festgelegt und bestehende oder aufkommende Probleme früher erkannt. Durch das Mehr an Einflussnahme, Kontrolle und Informationszugang verkleinert sich deshalb aus Sicht der Finanzkommission das tatsächliche Haftungsrisiko für die BKB beziehungsweise des Kantons Basel-Stadt, da die BKB die Risikobereitschaft der Bank Cler weitgehend selbst in der Hand hat.

Die Finanzkommission schliesst sich dem Regierungsrat an, welcher klar machte, dass bei Erarbeitung der Teilrevision der Fokus in erster Linie auf der präventiven Verhinderung des Risikos lag, und es sei zentral, so das Finanzdepartement, dass die beiden Banken so aufgestellt seien, dass, sollte es zu Schwierigkeiten bei der Bank Cler kommen, diese durch die BKB selber gestützt werden könne. Erst in dritter Priorität würde der Aspekt einer Staatshaftung in Betracht gezogen werden. Die Finanzkommission begrüsst so denn auch, dass in Sachen präventiver Risikominderung die BKB bereits in der heutigen Konzernstruktur für zentrale Konzernfunktionen diverse Aufgaben im BKB-Konzern konzentriert hat. So ist die gesetzliche Verankerung, die konsequente und formaljuristische Abbildung der geschaffenen Governance. Eine präventive Risikominderung erfolgte auf der strategischen Ebene durch die Einflussnahme auf das Businessmodell und auf der operativen Ebene mit der Durchsetzung der Risiko- und Personalpolitik. Ausserdem sei hier festgehalten, dass im Falle von finanziellen Schwierigkeiten die Bank Cler über ein substanzielles Haftungssubstrat verfügt.

Aber, und daraus kann man auch keinen Hehl machen, es ist klar, die Haftungsfrage kommt erst in deren Eintretensfall. Abschliessend kann erst in deren Eintretensfall abschliessend durch die Gerichte beurteilt werden. Es kann immer wieder zu Ereignissen kommen, die ausserordentlich sind, siehe beispielsweise die Coronapandemie oder der Fall der Credit Suisse. Die Finanzkommission beschloss deshalb einstimmig mit 12 zu 0 Stimmen, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen und die Konzernleitung gesetzlich zu verankern.

Zur gesetzlichen Verankerung eines Weisungsrechts: Im Vorschlag der Regierung war vorgesehen, dass gemäss § 5 Abs. 3 die Konzernleitung Weisungen an Vertreter der BKB im Verwaltungsrat der kontrollierten Unternehmen erteilen kann. Zudem



wird im § 5 Abs. 5 festgehalten, dass «mindestens ein Mitglied des Verwaltungsrates von kontrollierten Unternehmen durch eine Person der Basler Kantonalbank zu besetzen ist». Für die Finanzkommission ist fraglich, dass neben dem Entsendungs- zusätzlich ein Weisungsrecht der Konzernleitung gegenüber ihren Mitgliedern in den Verwaltungsräten der Konzerngesellschaften gesetzlich verankert wird. Damit erhielte die Konzernleitung ein Weisungsrecht gegenüber der Geschäftsleitung der BKB, also auch gegenüber der Geschäftsleitung der Bank Cler.

Die Kanzlei Vischer hat in ihrem Gutachten richtigerweise festgehalten, dass mit dem Entsendungsrecht die delegierten Mitglieder des Verwaltungsrats verpflichtet sind, die Weisungen der Körperschaft zu befolgen, in diesem Falle der Konzernleitung der BKB, und an die Stelle der persönlichen Verantwortlichkeit des Delegierten die Haftung des entsendenden Gemeinwesens tritt. Die Konsequenz eines Entsendungsrechts mit Weisungsgebundenheit der delegierten Mitglieder des Verwaltungsrats ist somit die primäre Haftung des entsendeten Gemeinwesens. Dies würde wohl eine klare Ausweitung des potenziellen Haftungsrisikos der BKB bedeuten.

Die Finanzkommission erachtet das zusätzliche Leistungsrecht der BKB gegenüber der durch sie entsandten Mitglieder des Verwaltungsrats in dem Tochterunternehmen als haftungssteigernd, ohne dass gleichzeitig eine Haftungsminderung durch eine stärkere Kontrolle eintritt. Die entsandten Mitglieder des Verwaltungsrats sind bereits durch die Möglichkeit des BKB-Konzerns, diese zu entsenden und auch wieder abzurufen, implizit an die Weisungen des BKB-Konzerns gebunden. Die gesetzliche Verankerung des Weisungsrechts würde damit einzig dazu führen, dass die Haftung von der persönlichen Verantwortung zum delegierenden Gemeinwesen verschoben wurde. Die Finanzkommission hat deshalb einstimmig beschlossen, dass das in § 5 Abs. 3, dritter Satz vorgeschlagene Weisungsrecht zu streichen sei. Hierzu wurde, da so der Vorschlag des Regierungsrates abgeändert wird, auch die Einschätzung der FINMA eingeholt, welche keine Bedenken zur Streichung des Weisungsrechts hat.

Weiter diskutierte die Finanzkommission eine weitere formale Schwäche: Einbindung der Konzernleitung bei § 5 Abs. 5, so dass diese Personen in den Verwaltungsrat der kontrollierten Unternehmen entsenden könne und nicht müsse. Ein solcher Vorschlag kam aus der Reihen der Kommission, wurde allerdings mit 11 zu einer Stimme abgelehnt.

Zum Mitbericht der GPK: Selbstverständlich hat die Finanzkommission die anderslautenden Anträge der Geschäftsprüfungskommission gemäss ihrem Mitbericht geprüft und besprochen. Die Anträge der GPK lehnen insbesondere das zentrale Element der Teilrevision des BKB-Gesetzes, die rechtliche Verankerung einer Konzernleitung, was aber ursprünglich eigentlich der Wunsch der GPK und somit auch der Ursprung dieses Ratschlages war, ab. Die Finanzkommission hält dazu fest, dass mit der Übernahme der Bank Cler die Tatsache geschaffen wurde, dass der BKB-Konzern mittels einer Tochtergesellschaft ausserhalb der im BKB-Gesetz definierten Region tätig sein kann. Da diese Beteiligung nicht zur Diskussion steht, erachtet die Finanzkommission die gesetzliche Abbildung der Konzernrealität als folgerichtig. So hat die Finanzkommission den nun vorliegenden abgeänderten Gesetzesvorschlag einstimmig mit 12 zu 0 Stimmen angenommen und wir empfehlen Ihnen, diesem Antrag zu folgen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit geht das Wort an den Sprecher der GPK Erich Bucher.

*Erich Bucher (FDP):* Im Vorfeld der letzten Gesetzesrevision von 2015 lehnte der Regierungsrat die GPK-Forderung nach einer Obergrenzkompetenz über die BKB mit dem Verweis auf die FINMA-Zuständigkeit ab. Die GPK setzte sich aber mit ihrer Position durch, dass sie nicht eine Obergrenzkompetenz wie die FINMA wolle, sondern eine finanzrechtliche Aufsicht und eine zur Einhaltung der Gesetze und Vorgaben des Kantons an diese Bank. Damals hielt die BKB einen Anteil von 61 Prozent an der Bank Coop und führte diese als eine Art Tochterfirma mit separatem Auftritt, separatem Verwaltungsrat und separater Aktionärsversammlung. Die BKB begründete ihre Beteiligung an der Bank Coop mit der vergrösserten Reichweite und dem besseren gestreuten Risiko, namentlich durch Immobiliengeschäfte der Tochter in der ganzen Schweiz. 2017 baute die BKB ihren Anteil auf knapp 46 Prozent aus und 2019 erwarb sie in einem öffentlichen Kaufangebot alle restlichen Aktien und deklarierte die Tochter an der Börse.

Seit der Mehrheitsbeteiligung sah die GPK in dieser Konstruktion eine Konzernstruktur, die im BKB-Gesetz nicht wirklich abgebildet war, was sie aufgrund der Staatsgarantie für unzulässig hielt. Die BKB argumentierte, die Staatsgarantie gelte nicht für die Bank Coop, was mittels klar getrennter Verwaltungsräte und Aktionariate sichergestellt werde. Bei einer Vermischung könnte nach aussen der Eindruck entstehen, dass ein Kunde der Bank Coop, der Kunde des Konzerns BKB sei und somit auch unter dem Schirm von dessen Staatsgarantie stehe.

Letztlich geht es hier um einen Wettbewerbsvorteil, da der Kanton Basel-Stadt für die Einlagen auf Privat- und Sparkonten, Festgelderanlagen und für Guthaben für Freizügigkeits- und Vorsorgekonten bei der Basler Kantonalbank sowie für die Verbindlichkeiten der Basler Kantonalbank, ob Kassenobligationen und Anleihe-Obligationen, unbegrenzt haftet. Bei Banken, die nicht unter der Staatsgarantie stehen, sind im Konkursfall hingegen lediglich Guthaben von Kundinnen und Kunden bis 100'000 Franken durch das System der Einlagensicherung geschützt.



Die GPK bestand darauf, dass man mit der gesetzlichen Neuregelung ausschliessen müsse, dass die BKB geradezustehen hätte, wenn die Bank Coop zusammenbräche. Die BKB verwies auf ihr Organisationsreglemente, in dem die Unabhängigkeit der Bank Coop festgeschrieben sei. Bei der Revision im Jahr 2015 wurde diese Vorgabe umgesetzt und im BKB-Gesetz festgehalten, dass die Staatsgarantie nicht für die Bank Coop gelte.

2017 kaufte der Grossverteiler die restlichen Anteile der BKB, was in eine Umbenennung der Bank Coop in Bank Cler resultierte. 2019 übernahm sie schliesslich die restlichen Aktien und hat somit einen Anteil von 100 Prozent. Darauf löste die BKB auch den Verwaltungsrat der Bank Cler auf, respektive konzernierte die Tochter noch enger als vorher und integrierte sie in den BKB-Konzern.

Heute ist der BKB CEO gleichzeitig auch der Verwaltungsratspräsident der Bank Cler. Stichdatum für die Konzernintegration war das überarbeitete Geschäfts- und Organisationsreglement GOR, welches am 1. September 2019 in Kraft trat. Damit wurde allerdings just jenes Konstrukt freigegeben, dass die BKB früher als Schutz vor einer Staatsgarantie für die Tochter bezeichnet hatte, nämlich die organisatorische Trennung der beiden Banken. Diese Kehrtwende wurde damit begründet, künftig könne man so besser sicherstellen, dass die Bank Cler keine zu grossen Risiken eingehen. Das Argument des vermiedenen Konzernvertrauens wurde folglich zugunsten des neuen Arguments aufgegeben, dass der Konzern seine Tochter auf diese Weise besser kontrollieren könne und damit weniger Risiken habe.

Die GPK konnte diesen Erklärungen nur bedingt folgen. Im Herbst 2019 beantragte sie die Finanzkontrolle, die FiKo, erstens abzuklären, ob die vollständige Übernahme der Bank Coop respektive Cler mit dem BKB-Gesetz vereinbar ist und zweitens die Abgeltung der Staatsgarantie zu beurteilen. Die Finanzkontrolle kam im März 2020 vorgelegten Bericht zum Schluss, dass die Vollübernahme gesetzeskonform sei und auch die Risikosituation vertretbar sei. Laut dem Bericht der Finanzkontrolle entspricht zudem die neu engere Führung auch den Vorgaben des Finanzmarktaufsichtsrechts sowie des BKB-Gesetzes und der darauf basierenden Eignerstrategie. Ferner sei die bisherige Art der Abgeltung für die formelle Staatsgarantie mit dem sogenannten Kostenvorteilsmodell nachvollziehbar und sachgerecht.

Damit gab die Finanzkontrolle zwar grünes Licht für die Konzernbildung und die Staatsgarantie Abgeltungsmethode. Sie hielt in ihrem Bericht aber auch explizit als Mangel fest, dass eine explizite Regelung der Frage der Konzernbildung, Konzernführung im BKB-Gesetz fehle und empfahl, eine solche nachzutragen. Die GPK sprach in ihrem Rechenschaftsbericht vom 9. Juni 2020 an den Regierungsrat die Erwartung aus, dass der Empfehlung der Finanzkontrolle Folge geleistet werden soll. Mit der vorliegenden Teilrevision des BKB-Gesetzes will die Exekutive dieses Anliegen erfüllen. Der Grosse Rat überwies die Vorlage im März 2022 stillschweigend an die Finanzkommission und zur Hauptberichterstattung, sowie gleichzeitig an die GPK zum Mitbericht.

Zum Vorgehen: Die GPK hat dieses Geschäft an insgesamt neun Sitzungen intern behandelt sowie zusätzlich an drei Hearings Expertenmeinungen eingeholt. Zunächst würde der Ratschlag durch die Vorstehende des Finanzdepartements sowie den Verwaltungsratspräsidenten und den CEO der BKB erläutert. Des weiteren lud die GPK einen Fachexperten zur Klärung von Fragen der Konzernierung, zur Doppel-Organ-Hafterschaft und zu dem daraus hervorgehende Haftungsrisiko sowie den Mai zu dem geografischen Geschäftskreis ein. Die GPK hat anschliessend Anpassungen zum Gesetzesentwurf erarbeitet, die der Vorstellung des Finanzdepartements zur schriftlichen Stellungnahme vorgelegt wurden. Die Regierung hat darauf in einem Schreiben Stellung zu den Änderungsvorschlägen der GPK genommen und um Kurzbeurteilung eines Experten, der bei der Erarbeitung des Gesetzesentwurfes mitgewirkt hat, beantragt.

In der Folge hat die GPK die regierungsrätliche Stellungnahme und das erwähnte Kurzgutachten den bereits im Vorfeld beigezogenen Fachexperten vorgelegt. Zusätzlich hat die Kommission Kontakt mit dem Präsidium der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen AWU des Zürcher Kantonsrates aufgenommen, um sich über die Gesetzgebung und die Aufsicht über die Zürcher Kantonalbank ZKB, dem grössten schweizerischen Bank-Konzern neben der UBS, der von einer Kantonalbank als Stammhausobergesellschaft geführt wird, zu informieren.

Zu einigen Fragen, die in der Teilrevision nicht geklärt wurden, und ich möchte betonen, nicht geklärt sind: Aus Sicht der GPK sollte im Rahmen der Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank die reale Situation der BKB und ihrer Tochtergesellschaften möglichst genau und transparent abgebildet werden. Die Klärung von politischen Fragen, wie die Sinnhaftigkeit eines staatseigenen Bank-Konzerns, schweizweite Tätigkeit des Konzern usw. gehören nicht dazu und es herrschte Konsens, dass diese Frage nicht im Rahmen dieser Teilrevision des aktuellen Gesetzes geklärt werden können.

Im Rahmen und im Zusammenhang mit dem Ende der Credit Suisse und deren Übernahme durch die UBS hat die GPK jedoch zudem Überlegungen zur Frage der Staatsgarantie gemacht, insbesondere in Bezug auf die Tochtergesellschaft der BKB, die Bank Cler. Das vorliegende Gesetz basiert darauf, dass die Staatsgarantie für die Bank Cler nicht gilt. Der Fall der Credit Suisse hat aber deutlich gemacht, dass die Staatsgarantie, die eigentlich ausschliesslich für die Kantonalbanken gilt, de facto zumindest implizit auch für andere grosse Bankinstitute zum Tragen kommen kann. Als Gesellschaft kann man es sich nicht leisten, eine Bank, die über eine gewisse Grösse verfügt, untergehen zu lassen. Da die Bank Cler zu 100 Prozent der GBKB gehört und die BKB zufolge die Konzernierung der Bank Cler direkt kontrolliert, kann die Situation entstehen, dass sie diese retten muss. Gelingt es der BKB nicht, wird der Kanton als Eigner einspringen müssen. Diese Entwicklung muss



zukünftig auch auf der Gesetzesebene berücksichtigt werden, sobald die entsprechend bundesrechtlichen Vorgaben vorliegen.

Letztlich stellt sich noch die Frage, inwieweit die Staatsgarantie als solche überhaupt noch zeitgemäss ist und ob indirekt auf diese Weise auch die für die Bank Cler geltende Staatsgarantie nicht von dieser beziehungsweise vom Konzern abgegolten werden muss. Die GPK möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass seitens des Grossen Rates zwingend reagiert werden muss, sollte die Bank Cler grösser werden als das Stammhaus.

Und nun zum eigentlichen Gesetz Verankerung der Konzernleitung als formelles Organ der BKB: Da hat die GPK einen Sinneswandel gemacht. Joël Thüring hat das bereits in seinem Referat erklärt. Im schweizerischen Aktienrecht wird nicht definiert, was ein Konzern ist. Ein eigentliches Konzernrecht gibt es in der Schweiz nicht. Im Kurzgutachten, das die GPK in Auftrag gegeben hat, wird festgehalten, dass im Interesse der Gesetzessystematik sowie der organisatorischen und führungsmässigen Flexibilität des obersten Organs Bankrat, die Konzernleitung als Organ und ihre Aufgaben und ihre Kompetenzen nicht im BKB-Gesetz, sondern weiterhin nur im Geschäfts- und Organisationsreglement GOR geregelt werden sollten. Für die angestrebte ausdrückliche Regelung der Konzernbildung und Führung im BKB-Gesetz braucht es darum nach Auffassung der GPK keine gesetzliche Konstituierung eines Organs Konzernleitung. Die neue Bestimmung zur Konzernführung § 5 und § 12 samt Hinweis auf die Regelung der Einzelheiten der Geschäftstätigkeit im Geschäfts- und Organisationsreglement gemäss § 6 sind ausreichend, auch, wenn die Konzernleitung kein viertes formelles Organ der rechtlichen Einheit PKB sein sollte. So aber gemäss Ratschlag der neue § 10, zumal sich § 10 nur auf die rechtliche Einheit BKB und nicht auf den Konzern als solchen bezieht, ansonsten ja auch die Verwaltungsräte der Tochtergesellschaften dort erwähnt werden müssten. Zudem widerspräche eine Konzernleitung mit Weisungsrecht gegenüber der Geschäftsleitung der BKB, so der Ratschlag Seite 4, der Kompetenzordnung im § 12, wo nach dem Bankrat alleine die unübertragbaren und unentziehbaren Oberleitungsaufsichts- und Kontrollaufgaben obliegen, einschliesslich Ernennung und Abberufung der Geschäftsleitung sowie deren Beaufsichtigung und Teilen entsprechender Weisungen. Zum Vergleich: Im Gesetz über die Zürcher Kantonalbank finden die Begriffe Konzern oder Konzernleitung keine Erwähnung. Dies wird stattdessen im Reglement über die Organisation des Konzerns der Zürcher Kantonalbank, Organisationsreglement Konzern und Stammhaus, geregelt.

Zur Doppelorganstellung und der Frage der Haftung: Im von der GPK in Auftrag gegeben Kurzgutachten wird ausgeführt, das § 5 Tochtergesellschaften kontrollierte Unternehmen und Beteiligungen, sowie die Frage der Konzernführung zwei eher haftungsreduzierende und eher haftungssteigernde Vorgaben enthält. So sind die Bestimmungen Abs. 4 zur Vermeidung einer jeweiligen Vertrauenshaftung, eigenständige Führung und eigenständiger Marktauftritt der kontrollierten Unternehmen, und jene unter Absatz 6 zur Vermeidung der Vermögensverschiebung, dass bei Kooperation im Konzern Marktkonditionen anzuwenden sind, tendenziell haftungsreduzierend. Demzufolge sind die Vorgaben eher in Absatz 3, Erteilung von Weisungen an die Vertreter der BKB in kontrollierten Unternehmen, und Absatz 5, Entsendung von Vertretern der BKB in den Verwaltungsrat der kontrollierten Unternehmen, tendenziell haftungserhöhend. Denn die unter Absatz 5 genannte Entsendung von Vertretern der BKB in den Verwaltungsrat der kontrollierten Unternehmen verpflichtet zur Errichtung einer Doppelorganstellung. Im Kurzgutachten wird darauf hingewiesen, dass das BKB-Gesetz damit von der BKB von zwei Vorgaben verlange, sich im Rahmen der Konzernführung tendenziell haftungssteigernd für sich selbst und damit für den Kanton Basel zu verhalten.

Hier offenbart sich nach Ansicht der GPK einen Widerspruch. Der Kanton macht der BKB einerseits mit der zwingenden Entsendung von BKB-Vertretern, Absatz 5, und der Teilung von Konzernweisungen, Absatz 2, tendenziell haftungssteigernde Vorgaben und hält die Bank damit an, sich als Obergesellschaft in der Tochtergesellschaft Bank Cler tendenziell haftungserhöhend für sich selbst zu verhalten. Andererseits lehnt der Kanton dann aber im eigenen Interesse eine Staatshaftung im Zusammenhang mit der Bank Cler ab, wenn für die BKB eine Haftung durchschlagen sollte. Für die GPK ist im Sinne eines möglichst geringen Staatshaftungsrisiko eine zwingende Entsendung von Vertretern der BKB in den Verwaltungsrat der kontrollierenden Unternehmen, einschliesslich der Bank Cler, abzulehnen. Die GPK hält maximal eine Kann-Vorschrift für angemessen, auf die Muss-Vorschrift sollte hingegen verzichtet werden.

Die GPK hat ihren Bericht einstimmig angenommen. Aus all den erwähnten Gründen und dabei speziell aufgrund der Differenz zum Aktienrecht und der Doppelorganstellung, empfehlen wir Ihnen, dem Vorschlag der GPK zu folgen.

Und hiermit möchte ich der Kommission und all den Beteiligten in dem ganzen Prozess, insbesondere der Regierung und der BKB, herzlich danken.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* So mit geht das Wort an die zuständige Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Sie haben jetzt ausführlich die Vorlage vorgestellt bekommen. Daher werde ich werde ich mich eher kurz halten, denn der Regierungsrat kann sich vollumfänglich den Äusserungen des



Finanzkommissionspräsidenten und dem Bericht der Finanzkommission anschliessen. Wir haben auf unseren einen Antrag verzichtet und folgen der Finanzkommission.

Mit der Vorlage erfüllen wir ja ein Begehren der Finanzkontrolle und der GPK. Das wurde ausgeführt. Der Status Quo ist eigentlich heute schon so und wir haben uns das aber überlegt und sind zur Ansicht gekommen, dass es wirklich Sinn macht, im Gesetz zu verankern, dass die Konzernleitung offiziell ein Organ wird, dass das zwar gewisse Risiken beinhaltet, aber auch präventiv sicherer wirkt. Das hat uns überzeugt und daher haben wir den Vorschlag gemacht und die Finanzkommission folgt dem. Daher möchten wir auch an dem festhalten und Ihnen heute beantragen, der Finanzkommission zu folgen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Als erster Fraktionssprecher hat sich gemeldet Daniel Albietz für die Fraktion Mitte-EVP.

*Daniel Albietz (Mitte-EVP):* Sie sehen am Gedränge auf der Rednerliste, dass angesichts der potenziellen Milliarden, über die wir hier reden, grosses Interesse besteht. Ich wollte mich eigentlich nicht zuerst melden, weil ich dachte, ich müsste die Bankenrechtsspezialistinnen und -spezialisten zu Wort kommen lassen. Nun gelte ich offenbar selber als ein solcher.

Sie haben die Komplexität des Geschäfts eventuell in der Fraktionssitzung vertieft diskutiert. Meine Gespräche in den letzten Tagen haben aber eher darauf schliessen lassen, dass man denen, die das geprüft haben, ziemlich vertraut. Ich bin mir nach den Gesprächen, ob das Plus auf der Kreuztabelle bei vielen Fraktionen so eindeutig ist, denn Tatsache ist, dass zwei Oberaufsichtskommissionen dieses Rates unterschiedliche Anträge stellen, und zwar elementar unterschiedliche Anträge. Ich würde empfehlen, und das ist auch eines meiner Learnings, dass wir uns in den Fraktionen jeweils dann klar darüber äussern bei unterschiedlichen Kommissionsanträgen von mitberichtenden Kommissionen, welcher Kommission man eher zuneigt. Denn das Plus heisst einfach, dass wir zustimmen, und ich habe den Eindruck, dass das vor allem danach aussieht, als ob alle damit einverstanden wären, dass die Konzernrealität der BKB, die bisher im Gesetz ganz gefehlt hat, überhaupt einmal ins Gesetz Einzug finden. Da sind Sie, glaube ich, alle einig, da sind sich auch die Finanzkommission und die Geschäftsprüfungskommission einig. Das muss geregelt werden, weil sonst zu viele Fragen offen sind.

Bei uns ist es natürlich so, dass wir als Fraktion zwei GPK-Mitglieder haben. Wir haben eine gewisse Überzeugung für die Vorarbeit, die wir geleistet haben. Auch haben wir die Glaubwürdigkeit des von uns eingeholten Gutachtens als sehr hoch eingestuft und als sehr plausibel, dass hier vom Vorschlag der Regierung im vorgeschlagenen Sinne abgewichen werden müsste. Ich kann Ihnen also sagen, dass die Mitte und die EVP in der Frage, was hier entschieden werden soll, deutlich differenzierter ist als das Plus auf der Kreuztabelle vermuten liesse.

Wer sich die Mühe gemacht hat, die beiden Berichte mit den insgesamt fast 40 Seiten zu lesen, hat gemerkt, es geht um ein spannendes Geschäft. Es geht vor allem auch um eine hypothetische Haftung. Ob diese eintritt, wissen wir nicht. Es kann sein, dass das Jahre lang, Jahrzehnte lang gut geht, aber wir haben im vergangenen Jahr doch mitbekommen, wie schnell eine Bank plötzlich vom Markt verschwinden kann oder integriert werden kann in eine noch grössere Bank, die dann ein noch grösseres Risiko hat, falls sie scheitert. Wir wissen, dass man auch nicht einfach sagen kann, dass die Bank Cler ein vernachlässigbares Risiko sei, das wir einfach so mitnehmen. Es geht natürlich um die spannende Frage, ob eine Kantonalbank durch den Zukauf weiterer Banken weiteren Kunden die Wohltat einer Staatshaftung für die Bank quasi mitgewähren können soll oder ob eine Bank wie die BKB mit einer weiteren Bank fusionieren können soll. Da weiten wir ein potenzielles Staatshaftungsrisiko des Kantons massiv aus und das ist ein Risiko, das nicht versichert werden kann. Ich weiss nicht, ob es einen Rückversicherungskonzern gibt, der dieses Risiko übernehmen möchte. Falls die Bank Cler in Schieflage geraten würde, falls eben diese Durchgriffmöglichkeiten und die Kontrolle nicht genügend hält, kann die BKB dann das selber auffangen, weil sie noch ein bisschen grösser ist? Und was passiert, falls sie das nicht kann und selber in Liquiditätsschwierigkeiten oder in ernsthafte betriebliche Schwierigkeiten gelangen würde? Dann ist die Frage, ob ein Kanton von doch der imposanten Grösse des Kantons Basel-Stadt ein Risiko auffangen kann, das schnell eben eine Höhe annehmen kann, die auch ein Kanton nicht mehr auffangen kann. Über diese Fragen reden wir heute.

Es ist natürlich klar, es gibt die altbekannte Grundregel von den zwei Juristen und Juristinnen und den drei Meinungen. Hier waren es sogar drei, die sich geäussert haben. Am Ende bleibt die Frage, wem man nun glaubt und welche Lösung die beste ist. Und leider ist es tatsächlich so, dass sich erst im Haftungsfall und am Ende eines sehr langen Gerichtsverfahrens erweisen würde, ob jetzt die BKB im Fall der Fälle eine Haftung hat oder nicht. Wir reden also über Dinge, bei denen dann die Leute in 20, 40 oder 50 Jahren sagen können: Ich habe es immer gesagt, wir hätten diese Lösung wählen sollen, dann hätten wir keine Haftung gehabt. Also ob und was da eintritt, ist höchst ungewiss.

Wir haben die beiden Vorschläge der Geschäftsprüfungskommission und der Finanzkommission vorliegen und Sie werden sich heute entscheiden müssen, welcher Kommission Sie folgen. Die GPK findet, man sollte die Konzernleitung nicht im Gesetz verankern und ihr keine Organstellung im Gesetz einräumen, sondern nur klären, dass die BKB die Konzernführung wahrnimmt, damit eben diese Konzernrealität abgebildet ist im Gesetz. Die GPK begründet dies wie ihr Experte im Interesse der Gesetzessystematik sowie der organisatorischen und führungsmässigen Flexibilität des obersten Organs, das ist der



Bankrat, sollten die Konzernleitung als Organ und ihre Aufgaben und Kompetenzen nicht im BKB-Gesetz, sondern nur im Geschäfts- und Organisationsreglement geregelt werden. Das ist der grosse Unterschied. Die Finanzkommission und die Regierung wollen die Nennung der Konzernleitung im Gesetz und die Einführung als Organ, das sehen Sie dann in den weiteren Bestimmungen, in denen diese Konzernleitung mit ihren Aufgaben genannt wird. Die GPK hält das für keine gute Idee und zwar vor allem weil sie findet, das es haftungserhöhend sei, wenn man schon im Gesetz schreibt, es gibt diese Konzernleitung und sie hat diese und jene Aufgaben. Die Haftung könnte aber vermindert werden, wenn man das nur im Geschäfts- und Organisationsreglement weiter regelt.

Eine weitere die Differenz ist das Weisungsrecht. Der Regierungsrat ist hier näher bei der GPK und schlägt vor, ein Weisungsrecht einzuführen mit einer Kann-Bestimmung. Die GPK hat das nur ein bisschen präzisiert, dass nämlich die Bank Delegierte ernennen kann, die dann ein Weisungsrecht haben in den betreffenden Verwaltungsräten. Also insofern sind wir dort mehr bei der Regierung, die Finanzkommission empfiehlt, und da bin damit bin ich bei den Anträgen der Finanzkommission, dieses Weisungsrecht zu streichen. Sie sagt, das Weisungsrecht der BKB gegenüber den durch sie entsandten Mitglieder des Verwaltungsrats in den Tochterunternehmen sei haftungssteigernd, ohne dass gleichzeitig eine Haftungsinderung durch eine stärkere Kontrolle eintrete. Wenn wir das, was ja die Regierung ergänzend vorgeschlagen hat, nun aus dem Gesetz streichen, fragt sich, ob es dann verboten ist, dass diese Weisungen erteilt werden. Dann müsste das nämlich im Gesetz als Verbot verankert werden. Oder darf die Bank das trotzdem, einfach auf der Ebene des Organisationsreglement? Dazu hätte ich gerne noch eine Äusserung der Finanzkommission, ob die Streichung bedeutet, dass sie das nicht darf oder dass sie das durchaus kann, aber auf Reglementebene. Grundsätzlich gibt es diese Differenzen also und als GPK-Mitglied empfehle ich, den Anträgen der GPK zu folgen, aber die Fraktion darf durchaus selber entscheiden, wem sie am Ende glaubt.

Nun komme ich noch einmal zur Einführung der Konzernleitung auf Gesetzesesebene. Die Finanzkommission räumt in ihrem Bericht ein, dass diese Verankerung das Haftungsrisiko des Kantons im Falle eines Bankenkollaps leicht erhöht, und das ist das, was wir nicht wollen, dass dieses Risiko erhöht wird. Die Finanzkommission sagt dann zwar im Sinne einer Hypothese, durch das Mehr an Einflussnahme, Kontrolle und Informationszugang verkleinere sich das tatsächliche Haftungsrisiko für die BKB trotz gesetzgesetzlicher Verankerung der Konzernstruktur, da sie die Risikobereitschaft der Bank Cler weitgehend selbst in der Hand hätten. Aber halten Sie mal die Risikobereitschaft eine Bank in der Hand. Man kann da schon Einfluss nehmen, aber welche Dynamik sich am Ende entwickelt, kann man wahrscheinlich nicht durch die Einführung einer Konzernleitung im Gesetz regeln. Darum sind wir hier sehr skeptisch.

Wir als Fraktion lassen die Frage offen, aber ich empfehle Ihnen, den Anträgen der GPK zu folgen. Zum Anzug Wüest-Rudin äussere ich mich

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Fraktionssprecher ist Georg Mattmüller von der SP.

*Georg Mattmüller (SP):* Ich verspreche Ihnen, dass ich keine langen Ausführungen machen werde. Ich bin etwas irritiert über meinen Vorredner und die ganzen Ausführungen. Ich möchte Sie nur in einem Punkt nochmals darauf hinweisen, dass eben genau deshalb das Weisungsrecht von Seiten der FKom gestrichen wurde, weil es eben als haftungssteigernd eingeschätzt wurde und daher nicht nötig und nicht zwingend ist. Es ist im Rahmen der Gesamtbankorganisation auch möglich, gewisse Dinge über Reglemente zu regeln.

Deshalb möchte ich Sie im Gegensatz zu meinem Vorredner bitten, der FKom und nicht den Anträgen der GPK zu folgen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es haben sich keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Ich warte noch auf meinem Telefonjoker, um die Frage zu beantworten. Ich möchte Joël Thüring da etwas helfen und nicht einfach etwas behaupten. Ich wäre jetzt davon ausgegangen, dass man nachher keine Weisungen erlassen kann, wenn das nicht im Gesetz steht. Ah, der Telefonjoker kommt! Mein Telefonjoker sagt, dass man immer noch darf, wenn man es auf Organisationsebenen macht. Die Anwälte hier im Raum nicken, der ehemalige Zivilgerichtspräsident auch, besten Dank.

Ich möchte Ihnen nur noch zum Schluss ganz kurz folgendes sagen: Aus meiner Sicht geht es nicht um eine Glaubensfrage. Sie haben eigentlich drei Möglichkeiten. Sie haben die Möglichkeit, der Finanzkommission und Regierung zu folgen, wobei Konzerne im Gesetz geregelt werden Dann haben Sie die Regelung heute, das heisst, wir regeln sie nicht im Gesetz, die Bank macht das intern Und dann haben Sie die Zwischenregelung der GPK. O nun am Ende die Haftung erhöht oder nicht erhöht wird oder was passiert nach einem Gerichtsprozess, ist nicht eine Glaubensfrage, sondern wird dann eine Rechtsfrage sein und es gibt nicht schwarz und weiss. Viele Wege führen nach Rom. Daher ist es einfach eine



unterschiedliche Gewichtung und die Finanzkommission und der Regierungsrat gehen davon aus, dass wir mit unserem Vorschlag präventiv gut dastehen und das Haftungsrisiko minimieren.

Ich möchte jetzt auch noch ganz herzlich Danken für die gute Zusammenarbeit mit allen Kommissionen. Damit wir jetzt das Geschäft zu einem Abschluss bringen können, hoffe ich sehr, dass es nun nach zwei Jahren keine Rückweisung gibt.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es liegt eine Zwischenfrage von Andrea Strahm vor. Sie wird angenommen.

*Andrea Strahm (Mitte-EVP):* Sind Sie mit mir einig, dass Mitsprache zu Haftung führt?

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Je nachdem.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* In einer nächsten Runde hat der Erich Bucher das Wort. Er verzichtet. Dann hat Joël Thüring das Wort.

*Joël Thüring (SVP):* Vielen Dank für die Diskussion. Daniel Albietz, ich kam mir zeitweise auch ein bisschen so vor, als wären wir nun in einer weiteren Vorlesung. Sie haben es ja selber erwähnt, es waren drei Gutachter involviert, und wie es so ist im Leben, auch nach Gutachten gibt es nicht immer einhellig eine einheitliche Meinung. Sie haben das heute auch mit ihrem Votum wieder bestätigt, dass dem so ist. Das ist auch nicht schlimm. Das zeigt die Komplexität des Geschäfts im Sinne der Regelung dieser Konzernfrage, bei der bei der BKB. Die Diskussion über die Frage, welche Banken die BKB noch zusätzlich besitzen will, möchte, kann, sollte oder woran sie beteiligt ist, ist keine, die mit diesem Thema direkt einen Zusammenhang hat. Deshalb ist es auch etwas müssig, diese Diskussion zu führen, sondern es geht jetzt tatsächlich darum, die Realität abzubilden. Dabei gibt es drei Varianten. Wir lassen es, wie es jetzt ist, oder wir machen es wie die Finanzkommission gemeinsam mit dem Regierungsrat vorschlägt, nämlich die Realität im Gesetz abzubilden. Oder wir machen es, wie es die GPK möchte, wobei ich mir auch nach dem Votum von Erich Bucher nicht ganz mir schlüssig bin, weshalb Sie von Ihrer Ursprungsidee abweichen wollen.

Ich war zu Beginn dieser Debatte noch in der Geschäftsprüfungskommission. Ich ging damals in die Debatte mit der Meinung, dass uns der Regierungsrat das uns deshalb vorlegt, weil es ein Wunsch des Parlamentes war, nicht nur der GPK, sondern eben auch des Grossen Rates, der ja die Empfehlungen des GPK-Berichts 2020 entsprechend hier im Grossen Rat beschlossen hat. Insofern, glaube ich, ist der Vorschlag des Regierungsrates tatsächlich der richtige Weg gewesen.

Und glauben sollte man ganz grundsätzlich nur in der Kirche und nirgends sonst. Es ist tatsächlich so, am Schluss des Tages werden wir die Realität in der Frage einer Haftung nicht so treffsicher abbilden können, dass es keinerlei Unsicherheiten mehr gibt in 30 oder in 40 Jahren, vielleicht nicht einmal in zwei Jahren. Die vergangenen Jahre und die Bankensituation in der Schweiz haben uns in den vergangenen Jahren gezeigt, dass zwischen Theorie und Praxis immer noch Unterschiede bestehen. Das zeigt ja der Fall der Credit Suisse sehr exemplarisch.

Deshalb würde ich schon behaupten, dass wir jetzt hier eine Regelung gefunden haben, die die Realität abbildet und die Erwägungen der Haftungssteigerung und der Haftungsminderung aber trotzdem ausreichend berücksichtigt. Die Streichung des Weisungsrechtes ist aus meiner Sicht deshalb auch so korrekt, weil diese, wenn sie im Gesetz bestehen geblieben wäre, mutmasslich haftungssteigernd gewesen wäre und wir so sicherstellen, dass diese haftungssteigernde Formulierung eben wieder wegfällt.

Und deshalb wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie heute uns und der Regierung folgen würden, uns Glauben schenken würden und mit uns gemeinsam dieses Geschäft zu Ende beraten und dann entsprechend auch dem zustimmen, was die Finanzkommission Ihnen beantragt hat.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird angenommen.

*David Jenny (FDP):* Wenn wir schon bei der Theologie sind: War der vollständige Kauf der Bank Cler der Sündenfall?

*Joël Thüring (SVP):* Dazu hat sich die Finanzkommission nicht geäussert. Das ist auch nicht unser Themenfeld, das müssten Sie andere fragen.



*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es gibt noch eine Zwischenfrage von Bruno Lötscher. Sie wird entgegengenommen.

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Sind Sie mit mir einig, dass die Staatshaftung eigentlich nur wegbedungen werden könnte für Tochtergesellschaften, wenn wir im Gesetz der Bank verbieten würden, Tochtergesellschaften zu haben.

*Joël Thüring (SVP):* Ich vermute, dass das tatsächlich der Fall wäre. Das ist aber eben nicht so im BKB-Gesetz. Deshalb ist es auch legitim, was die BKB in diesem Bereich macht oder gemacht hat. Das wäre eine andere politische Diskussion, die in meiner Erinnerung auch schon einmal geführt wurde, auch im Grossen Rat.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Damit kommen wir zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses Seite 9 des Berichts der Finanzkommission.

Bitten blenden Sie die Synopse ein.

T

Dürften wir die Synopse einem blenden.

Titel und Ingress

1 Gesetz über die Basler Kantonalbank

§ 5 Überschrift geändert, Absatz 3 neu

Hier liegt ein Änderungsantrag der GPK vor. Sie beantragt eine andere Formulierung, diese liegt Ihnen im Mitbericht der GPK vor und Sie sehen diese auf der Leinwand. Ich eröffne hierzu die Debatte und gebe das Wort dem Antragsteller der GPK Erich Bucher.

*Erich Bucher (FDP):* Die Frage von Joël Thüring möchte ich kurz noch versuchen zu beantworten. Wir wurden vom externen Experten davon überzeugt, dass die von der Regierung vorgeschlagene Version nicht optimal ist und das möchte ich jetzt mit anderen Worten nochmals zu erklären versuchen. Wir werden jetzt darüber entscheiden, welche von den beiden Varianten wir weiterführen werden.

Im Moment ist vorgeschlagen, dass ein neues Organ Konzernleitung eingeführt wird, was in der schweizerischen Gesetzgebungswelt bis heute nicht existiert. Offensichtlich tickt hier Basel wieder einmal anders. Also noch einmal, in der schweizerischen Gesetzgebung kennen wir das Organ Konzernleitung nicht.

Wo liegt das Problem dabei? Wenn wir das ins Gesetz schreiben, dann nehmen wir der Bank die Flexibilität, dass sie ihre Organisation an sich verändernde Gegebenheiten anpassen könnte. Ich mache Versuch, ein Beispiel zu kreieren. Sollte die FINMA oder die Bank für internationalen Zahlungsausgleich, die BIZ, im Rahmen der Too Big to Fail-Diskussion dazu kommen, uns Auflagen zu machen, dass man die Organisationsstrukturen ändern müsste, würde das, wenn wir das ins Gesetz geschrieben haben, bedeuten, dass die BKB das nicht wie von der GPK vorgeschlagen über das Organisationsreglement ändern könnte, sondern die BKB müsste dann die Regierung bitten, ein neues Gesetz zu erarbeiten. Wir als Grosser Rat müssten dann dem zustimmen und wie wir sehen, würde das zwei Jahre dauern, bis wir dann im Prinzip den Forderungen der FINMA der der BIZ Folge leisten könnten. Ich weiss, es ist ein konstruiertes Beispiel, aber es soll das versinnbildlichen. Ich bin mir nicht sicher, ob die BKB wirklich Freude hat, wenn wir ihnen in Organisation schreiben, wie sie sich aufstellen müssen. Ich bin immer noch der felsenfesten Überzeugung, dass das Organisationsreglement das bestens bearbeiten kann.

Und dann noch zum Argument, dass der Gesetzesvorschlag der Regierung von der FINMA als in Ordnung genehmigt wurde. Die Version der GPK liegt nun etwa ein halbes Jahr vor. Ich bin über überzeugt, dass der Regierungsrat auch diese Version bei der FINMA prüfen liess. Wäre das nicht so, würde ich da sogar eine Grobfahrlässigkeit sehen.

Also, es ist an Ihnen jetzt zu wählen: Wollen Sie ein neues Organ Konzernleitung kreieren mit einer starren Organisationsstruktur, Gesetz festgehalten, oder wollen Sie der BKB die Flexibilität geben, das Organisationsreglement selbstständig den Gegebenheiten anzupassen. Ich und die GPK sind der zweiten Meinung.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Als nächster hat das Wort der Präsident der Finanzkommission Joël Thüring.



*Joël Thüring (SVP):* Ich möchte nicht noch einmal ausführen, was alles bereits gesagt wurde. Ich bitte Sie, unserem Antrag zu folgen. Es ist so, diese Konzernleitung existiert. Sie wird mit dem Vorschlag von Regierung und Finanzkommission im Gesetz entsprechend abgebildet. Wie Sie auf der Synopse sehen, hält die GPK in ihrem Antrag an diesem Weisungsrecht weiter fest und damit macht die GPK aus unserer Sicht etwas Haftungssteigerndes. Das ist aus meiner Sicht auch nicht im Interesse der Geschäftsprüfungskommission. Also ist unser Antrag nachvollziehbarer, logischer und realitätsnäher in dem Sinne, wie es bereits gelebt wird.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der Finanzkommission zu folgen, dem sich auch der Regierungsrat angeschlossen hat.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es liegt eine Zwischenfrage von André Auderset vor. Sie wird angenommen.

*André Auderset (LDP):* Ich hätte die Frage auch Erich Bucher stellen können, aber ich erwarte eine vielleicht originellere Antwort von Joël Thüring.

Egal, wie wir uns jetzt entscheiden, meinen Sie, dass die Amerikaner das im Krisenfall interessieren würde?

*Joël Thüring (SVP):* Das kann ich Ihnen nicht beantworten, aber Sie haben eine kreative Antwort von mir erwartet. Ich glaube, die Amerikaner haben derzeit gerade andere Dinge zu tun, als diese Gesetzesberatung hier im Grossen Rat zu verfolgen. Sie werden danach sicher ihre Schlüsse daraus ziehen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Ich möchte nur noch anfügen, dass die BKB hinter dem Vorschlag der Finanzkommission und der Regierung steht. Und nein, der Vorschlag der GPK war nicht bei der FINMA, das würde man selbstverständlich nachholen, wenn der Grosse Rat heute der GPK folgt.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es haben sich keine Sprechenden eingetragen. Somit wäre Regierungsrätin Tanja Soland wieder an der Reihe. Sie verzichtet. Erich Bucher verzichtet auch, ebenfalls Joël Thüring.

Somit kommen wir zur ersten Abstimmung über den Änderungsantrag der GPK.

### **Abstimmung**

§5 Abs. 3 (Neu)

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der GPK, NEIN heisst Ablehnung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**14 Ja, 66 Nein, 5 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003487, 16.05.24 10:02:57]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Ablehnung des Antrags

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben den Antrag der GPK mit 66 Nein-Stimmen, 14 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt. Wir führen die Detailberatung weiter.

Absatz 4 neu

Absatz 5 neu



Hier liegt ein Änderungsantrag der GPK vor. Sie beantragt, Absatz 5 zu streichen. Ich eröffne hierzu die Debatte. Das Wort geht an den Antragsteller Erich Bucher.

*Erich Bucher (FDP):* Wir empfehlen, diesen Absatz zu streichen. Das kann über das Organisationsreglement geregelt werden. Lassen wir Absätze weg, die nicht wirklich einen Mehrwert bringen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Das Wort geht an den Sprecher der Finanzkommission Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich bitte Sie, am Antrag der Finanzkommission festzuhalten, der auch der Antrag letztlich des Regierungsrates war, dass dieses, diese Gremien, die kontrollierten Unternehmen, mindestens ein Mitglied des Verwaltungsrates haben, die eine Person der BKB ist.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet. Es haben sich keine weiteren Sprechenden eingetragen und somit kommen wir zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

§5 Abs. 5 (Neu)

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der GPK, NEIN heisst Ablehnung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**14 Ja, 65 Nein, 7 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003489, 16.05.24 10:04:54]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Ablehnung des Antrags

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben auch diesen Änderungsantrag abgelehnt mit 65 Nein-Stimmen bei 14 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Absatz 6 neu.

Hieer liegt ein Änderungsantrag der GPK vor. Sie beantragt eine andere Formulierung. Diese liegt Ihnen im Mitbericht der GPK vor und Sie sehen diese auch auf der Leinwand. Ich eröffne hierzu die Debatte und gebe GPK-Sprecher Erich Bucher das Wort.

*Erich Bucher (FDP):* Die Germanisten in unserer Kommission, ich gehöre nicht dazu, schlagen Ihnen vor, «seinem» statt «ihrem» als besseres Deutsch vorzuschlagen. Mehr kann ich dazu eigentlich nicht sagen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Ich gebe das Wort Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich bitte Sie weiterhin, dem Antrag von Finanzkommission und Regierungsrat zu folgen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet. Damit kommen wir zur Abstimmung.



### Abstimmung

§5 Abs. 6 (Neu)

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der GPK, NEIN heisst Ablehnung

### Ergebnis der Abstimmung

**25 Ja, 45 Nein, 15 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003491, 16.05.24 10:06:28]

### Der Grosse Rat beschliesst

Ablehnung des Antrags

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben auch diesen Änderungsantrag abgelehnt mit 45 Nein-Stimmen bei 25 Ja-Stimmen und 15 Enthaltungen. Wir führen die Detailberatung weiter.

§ 10 Abs. 1 lit.a bis, neu

Hier liegt ein Änderungsantrag der GPK vor. Sie beantragt Lit.a bis zu streichen. Ich eröffne hierzu die Debatte. Das Wort geht an den Antragsteller Erich Bucher.

*Erich Bucher (FDP):* Nachdem der Grosse Rat nun der Finanzkommission bei der ersten Abstimmung gefolgt ist, möchte ich hiermit die Änderungsanträge zu 10a, 12c, 14a 1 bis 3 und 18 i zurückziehen. Es macht keinen Sinn, dass wir bei diesen Paragraphen weiter darüber diskutieren, da sie jetzt der Finanzkommission gefolgt sind.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Anträge auf den folgenden Seiten wurden zurückgezogen. Somit führen wir die Detailberatung weiter.

k) (neu)

Hier liegt ein Änderungsantrag der GPK vor. Sie beantragt eine andere Formulierung. Diese liegt ebenfalls vor und Sie sehen diese auf der Leinwand. Hierzu erteile ich das Wort Erich Bucher.

*Erich Bucher (FDP):* Die GPK empfiehlt Ihnen hier eine Ergänzung zu machen und gleichzeitig die Sicherstellung des konzernweiten Risikomanagements mit aufzunehmen in den Aufgabenkatalog.

Ich denke, es ist sinnvoll, das hier noch explizit zu sagen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir führen somit die Detailberatung weiter.

Rückkommensantrag. David Jenny möchte begründen.

*David Jenny (FDP):* Wir waren vorher beim Sündenfall, und Ihr Entscheid vorher war wirklich ein germanistische Sündenfall. Der Ablass ist relativ einfach. Wenn Sie mit Zweidrittel darauf zurückkommen können und wir das korrigieren, können Sie mit gutem Gewissen weiterberaten.

Ich finde es wirklich ein bisschen stur von Finanzkommission und Regierung, am schlechten Deutsch festzuhalten. Ich bitte Sie, Rückkommen zu beschliessen und dann in diesem Punkt der GPK zu folgen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir stimmen darüber ab, ob wir auf den Rückkommensantrag von David Jenny eintreten. Es braucht ein Zweidrittelmehr. Die Abstimmung startet jetzt.



### **2/3-Abstimmung**

Rückkommensantrag zu §5 Abs. 6 (Neu)

JA heisst Zustimmung, NEIN heisst Ablehnung

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**25 Ja, 45 Nein, 15 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003491, 16.05.24 10:06:28]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Zustimmung zum Rückkommensantrag.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie sind darauf eingetreten. Wir stimmen noch einmal über den § 6 ab.

Gibt es Wortmeldungen? Es scheint nicht der Fall zu sein, deshalb starte ich jetzt noch einmal die Abstimmung. Hierzu braucht es ein einfaches Mehr.

### **Abstimmung**

§5 Abs. 6 (Neu)

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der GPK, NEIN heisst Ablehnung

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**79 Ja, 3 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003495, 16.05.24 10:11:45]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

dem Änderungsantrag zuzustimmen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der germanistische Fauxpas ist mit 79 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung korrigiert.

Wir fahren mit der Detailberatung weiter.

II Änderung anderer Erlasse

III Aufhebung anderer Erlasse

IV Schlussbestimmung

Publikation

Referendums Klausel: Diese wird gegenüber dem Bericht geändert. Die geänderte Version sehen Sie auf der Folie.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**80 Ja, 2 Nein, 5 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003497, 16.05.24 10:12:57]



## Der Grosse Rat beschliesst

Das Gesetz über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015 [1]) (Stand 6. Juni 2016) wird wie folgt geändert:

§ 5 Abs. 3 (neu), Abs. 4 (neu), Abs. 5 (neu), Abs. 6 (neu)

Tochtergesellschaften, kontrollierte Unternehmen, Beteiligungen und Konzernführung (Überschrift geändert)

3 Die Basler Kantonalbank nimmt die Konzernleitung wahr und führt diese im Rahmen des Geschäfts- und Organisationsreglements aus. Sie erfüllt die Aufgaben gemäss den regulatorischen Vorgaben und stellt sicher, dass die Konzernziele erreicht und die generellen Verhaltensleitlinien eingehalten werden.

4 Kontrollierte Unternehmen werden in der Regel als eigenständige Einheit geführt und treten eigenständig am Markt auf.

5 Mindestens ein Mitglied des Verwaltungsrates von kontrollierten Unternehmen ist durch eine Person der Basler Kantonalbank zu besetzen.

6 Transaktionen mit kontrollierten Unternehmen sind zu Bedingungen abzuwickeln, die einem Drittvergleich standhalten, sofern ein kontrolliertes Unternehmen in seinen Zweck nicht einzig auf Dienstleistungen im Konzern ausgerichtet ist.

§ 10 Abs. 1

1 Die Organe der Basler Kantonalbank sind:

abis) (neu) die Konzernleitung,

§ 12 Abs. 2

2 Dem Bankrat obliegen folgende unübertragbare und unentziehbare Oberleitungs-, Aufsichts- und Kontrollaufgaben:

c) (geändert) Ernennung und Abberufung der Mitglieder der Konzernleitung, der Geschäftsleitung und der zweiten Führungsebene, Aufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen, namentlich im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, Reglemente und Weisungen sowie Entgegennahme der periodischen Berichterstattung der Geschäftsleitung über die Lage der Basler Kantonalbank und den laufenden Geschäftsgang;

k) (neu) Oberleitung des Konzerns gemäss § 5 Abs. 3.

§ 14a (neu)

Konzernleitung

1 Der Konzernleitung obliegt die Geschäftsführung des Konzerns im Rahmen von § 5 Abs. 3.

2 Die Konzernleitung stellt ein konzernweites Risikomanagement sicher.

3 Die Zusammensetzung und Organisation der Konzernleitung sowie deren Aufgaben und Kompetenzen legt der Bankrat im Geschäfts- und Organisationsreglement fest.

§ 18 Abs. 1

1 Der Regierungsrat übt die Aufsicht über die Basler Kantonalbank aus, soweit sie nicht der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) untersteht. Er hat insbesondere folgende Rechte und Pflichten:

i) (geändert) Entlastung des Bankrates, der Konzernleitung und der Geschäftsleitung;

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren. Sie unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle der Volksabstimmung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Haben dem bereinigten Grossratsbeschluss zugestimmt mit 80 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen.



Die Finanzkommission beantragt, den Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Anpassung der Berechnung der Abgeltung der Staatsgarantie für die Basler Kantonalbank im Zuge der Revision des BKB-Gesetzes abzuschreiben. Joël Thüring hat das Wort.

### **10.1. Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Anpassung der Berechnung der Abgeltung der Staatsgarantie für die Basler Kantonalbank im Zuge der Revision des BKB-Gesetzes, Bericht der Fkom, Mitbericht der GPK**

[16.05.24 10:13:23, 20.5442.02]

*Joël Thüring (SVP):* Vielen Dank für die Zustimmung zum Bericht. Sie sehen, ich bin in Basel-Stadt in die Schulen gegangen. Deshalb ist mein Duden vielleicht nicht mehr ganz so gut, aber ich bin ja froh, haben Sie das noch korrigieren können. Das war nur ein Witz. Ich wollte die Stimmung bei diesem sehr technischen Geschäft noch etwas aufheitern.

Beim Anzug Wüest-Rudin wird es nicht weniger technisch, das muss ich Ihnen also verraten. Gemäss den Ausführungen im vorliegenden Ratschlag bestehen für die Abgeltung der Staatsgarantie grundsätzlich zwei Modelle, das sogenannte Kostenvorteilungs- und das Versicherungsmodell. Im Gesetz wird das Modell bewusst offen gelassen, damit dieses auch periodisch überprüft und gegebenenfalls angepasst werden kann.

Der Regierungsrat hat ja diesen Anzug, den Sie hier im Grossen Rat beschlossen und überwiesen haben, geprüft und er hält das heute gewählte Kostenvorteilsmodell für vorteilhafter, da es auf konkreten Marktdaten beispielsweise zu Zinssätzen basiert. Das Versicherungsmodell dagegen bezieht sich auf Annahmen zu Ausfallwahrscheinlichkeit und Schadensausmass. Einzig der Kanton Zürich wendet das Versicherungsmodell an, in einem solchen würde die heutige Abgeltung von rund 10 Millionen auf rund 5,9 Millionen Franken sinken, sagte uns das Finanzdepartement.

Der Anzug Wüest-Rudin forderte die Prüfung eines dritten Modells, auf welches im Ratschlag des Regierungsrates nicht eingegangen wurde. Wir haben das dann aber trotzdem auch in der Finanzkommission im Austausch mit dem Departement diskutieren können. Das so genannte Eigenkapitalsicherungsmodell basiert auf dem Eigenkapital, also dem durch den Kanton zur Verfügung gestellten Kapital. Gemäss dem Eigenkapitalsicherungsmodell soll sich die Abgeltung der Staatsgarantie auf dieses zur Verfügung gestellte Eigenkapital beziehen. Damit würde nicht der Nutzen aus der Staatsgarantie abgegolten, sondern das Eigenkapital. Zur Rechnung sollten als Hilfsmittel die sogenannten ATI-Anleihen beigezogen werden. Dabei handelt es sich um Anleihen mit Eigenkapitalcharakter und es wird ein Zins als Abgeltung für das Kapital und das Risiko berechnet. Die Abgeltung der Staatsgarantie würde so als Zins auf das durch den Kanton zur Verfügung gestellte Kapital vor der Gewinnablieferung erfolgen und damit gemäss dem Wunsch des Anzugsstellers ein transparenteres Bild schaffen. Die Bank liefere damit die Abgeltung auf das erhaltene Eigenkapital ab und nicht auf den erhaltenden Nutzen gegenüber den anderen Banken.

In der Diskussion wurde seitens des Departements festgehalten, dass sich die Staatsgarantie nicht auf das Eigenkapital beziehe. Die Staatsgarantie komme erst zum Tragen, wenn das Eigenkapital aufgebraucht sei. Die Staatsgarantie betreffe vielmehr die Sparer, so dass deren Einlagen durch den Kanton abgesichert werden, auch wenn die Bank diese nicht mehr auszahlen könne.

Der Regierungsrat hat in seiner Beantwortung des Anzugs das Kostenvorteils- dem Versicherungsmodell gegenübergestellt. Dazu hält der Regierungsrat fest, dass das Kostenvorteilsmodell gegenüber anderen Modellen auf Marktdaten beruht und eben nicht auf Annahmen gestützt werden muss. Dies erlaube eine faire Abgeltung für die Risiken aus der Staatsgarantie, was auch seitens der Finanzkontrolle als sachgerecht beurteilt wurde. Zudem erachtet er es als sinnvoll, die Methode zur Berechnung der Abgeltung nicht im Gesetz festzuschreiben, so könne diese periodisch überprüft und bei Bedarf angepasst werden.

Die Finanzkommission betrachtet diese Teilrevision des BKB-Gesetzes als massgebliches Instrument zur Klärung der Haftungsfrage und sieht daher keinen Bedarf für einen Wechsel des Modells. Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass der Regierungsrat in seiner Beantwortung des Anzugs nicht auf das darin vorgeschlagene Eigenkapitalsicherungsmodell eingegangen ist. Dennoch sieht sie keinen weiteren Abklärungsbedarf und stützt das heute gewählte Kostenvorteilsmodell. Einen Antrag auf Rückweisung des Ratschlages zur Prüfung und erneuten Berichterstattung zum Eigenkapitalsicherungsmodell im Sinne des ursprünglich eingereichten Anzuges lehnte die Finanzkommission mit 10 zu einer Stimme bei einer Enthaltung ab.

Die Finanzkommission beantragt deshalb mit 7 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen, den Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten abzuschreiben.



*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es haben sich keine Sprechenden eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie haben den Anzug als erledigt abgeschrieben.

## **12. Bauinvestitionen Universitätsspital Basel – Gewährung eines Darlehens zur Mitfinanzierung der Neubauten Klinikum 2 (Phase 1, Turm) und Klinikum 3, Bericht der FKom, Mitbericht der GSK**

[16.05.24 10:18:37, 23.1367.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die FKom beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Die GSK hat einen Mitbericht verfasst und stellt einen Änderungsantrag gegenüber der FKom-Vorlage. Wir kommen zu den Kommissionssprechern. Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Mit diesem Ratschlag beantragt der Regierungsrat, dem Universitätsspital ein verzinsliches und rückzahlbares Darlehen über 300 Millionen Franken zur Mitfinanzierung des Neubaus Klinikum 2 Phase 1 und Klinikum 3 zu gewähren. Zudem beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihn, den Regierungsrat, zu ermächtigen, bei ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten des Unispitals das Darlehen teilweise oder ganz in Eigenkapital, Dotationskapital, wandeln zu können.

Die Finanzkommission hat diesen Ratschlag zur Beratung überwiesen erhalten, wobei die Gesundheits- und Sozialkommission zum Geschäft mitberichtet. Der Präsident der GSK wird danach gerne zu seinen Punkten berichten. Zunächst möchte ich der GSK auch für die sehr gute Zusammenarbeit und die Koordination in diesem Geschäft danken. Dank diesem speditiven Zusammenarbeiten konnte das Geschäft innert kürzester Zeit beraten werden und wir können bereits heute hier befinden. Mein Dank geht aber auch an die Vertreterinnen und Vertreter des Gesundheitsdepartements und des Unispitals, welche uns ebenfalls sehr ausführlich für Fragen und Anhörungen zur Verfügung standen.

Es ist wohl parteiübergreifend unbestritten, dass das USB für die Gesundheitsregion Basel von grösster Bedeutung ist. Die unverzichtbare Versorgungsleistung für den Kanton und die gesamte Region bedeutet aber auch, vorausschauend, zeitgemäss und nachhaltig in die Infrastrukturen zu investieren. Mit der Arealbebauung des Gebiets auf dem sogenannten Campus Gesundheit erneuert das Unispital über die nächsten 15 bis 20 Jahre seine Infrastruktur und stellt so den Raumbedarf für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung sicher.

Das Bauprogramm des USB ist an dem dringend notwendigen Erneuerungsbedarf der Infrastruktur, an der Entwicklung der Patientenzahlen sowie an den zunehmenden ambulanten Behandlungsmöglichkeiten ausgerichtet. Abgestützt auf den Masterplan Campus Gesundheit aus dem Jahre 2011 wurden für den Neubau des Klinikums 2 im Perimeter A im Januar 2015 mit dem Bebauungsplan die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Seit Juli 2022 liegt die Baubewilligung für den Neubau Klinikum 2 Phase 1 vor und der Spatenstich erfolgte im Januar dieses Jahres. Sie sehen derzeit dort auch eine grosse Baustelle und entsprechend nehmen Sie sicher zur Kenntnis, dass die Bautätigkeiten dort begonnen haben. Für den Perimeter B lag 2015 noch kein konkretes Projekt vor, weshalb der Bebauungsplan lediglich allgemeine Bestimmungen für die Entwicklungsfelder Klingelberg und Schanzenstrasse und Hebelstrasse vorsah. Im Mai 2019 wurde der Öffentlichkeit das Siegerprojekt des Studienauftrags für das Klinikum 3 auf dem Perimeter B vorgestellt. Die entsprechend erforderliche Änderung des Bebauungsplanes wurde dem Grossen Rat im Juni im Juli 2022 vorgelegt. Der Grosse Rat hat im Oktober 2023 mit 60 Ja-Stimmen beschlossen, dass das Geschäft von der Traktandenliste genommen werden soll. Damit verbunden war der Wunsch, dass der Bebauungsplan gemeinsam mit dem Darlehensratschlag beraten werden soll.

Die Finanzkommission hat sich an verschiedenen Sitzungen mit der Vorlage befasst. Wir haben hierzu auch teilweise gemeinsam mit der GSK getagt. An den Sitzungen standen uns jeweils die Vertreterinnen und Vertreter des Gesundheitsdepartements unter Leitung von Regierungsvizepräsident Lukas Engelberger sowie eine Delegation des USB zur Verfügung. Wir haben zudem an einem gemeinsamen Hearing mit der GSK auch die Basler Privatspitälerversammlung angehört.

Die Finanzkommission beschränkte ihre Diskussion auf die mit den Beschlussanträgen 1 und 2 vorgelegten Fragen bezüglich der Gewährung des Darlehens und der Frage, ob dem Regierungsrat mit dem Beschluss die Ermächtigung zur Wandlung des Darlehen in Eigenkapital, wenn sich das USB in ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten befinden würde, gewährt werden sollte. Sie hat also keine allgemeine Debatte über die Gesundheitsregion Basel geführt und auch nicht auf andere aktuelle laufende Prozesse und Diskussionen Rücksicht genommen, weil diese nicht Gegenstand dieser



Darlehensvorlage sind. Entsprechend bitte ich Sie auch um Nachsicht, dass ich Ihnen im Namen der Finanzkommission hier nur nüchterne Zahlen und Erwägungen zum Darlehen präsentieren werde.

Nun zu Beschlusspunkt 1 im Antrag des Regierungsrats, zum Darlehen: Die Finanzkommission konnte sich davon überzeugen lassen, dass es sich beim Ersatzneubau Klinikum 2 (K2) um die ordentliche Spitalplanung handelt und das Gebäude entsprechend auch ersetzt werden muss. Das Darlehen in Höhe von 150 Millionen Franken für das K2, sollten Sie diesem heute zustimmen, stellt deshalb ein wichtiges Signal dar, dass der Kanton, also der Regierungsrat aber auch das Kantonsparlament, hinter der Spitalplanung hinsichtlich des Baus des K2 betrifft, steht. Der Neubau K2 wurde einem Optimierungsprozess unterzogen und die Flächeneffizienz konnte substantiell verbessert werden. Im Sockelbau des K2 ist zudem eine optionale Reduktion möglich, was einen gewissen Handlungsspielraum zu Anpassungen an einen veränderten Bedarf ermöglicht. Das K2 ist flexibel und funktional gebaut, so dass auf Veränderungen in den Anforderungen reagiert werden kann, vielleicht aber auch reagiert werden muss.

Dieses Darlehen wird aus dem Verwaltungsvermögen des Kantons gewährt. Der Kanton beschafft sich die Mittel dafür auf dem Finanzmarkt. Das USB bezahlt dafür einen jährlich variablen durchschnittlichen Zinssatz der Staatsschulden, für 2024 liegt dieser mutmasslich bei 0,8 Prozent. Über diesen Zinssatz fand in der Finanzkommission einer Diskussion statt. Sie kann ihn nachvollziehen, da bei einem höheren Zinssatz der Kanton am Darlehen an das USB verdienen würde, was nicht sinnvoll erscheint und kaum zweckmässig wäre. Wir können aber sicher festhalten, dass mit der Gewährung des Darlehens für das USB zweifelzone günstige Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dies betrifft einerseits die relativ tiefen Zinsen für das Darlehen des Kantons, und andererseits wird damit ein Signal an die Finanzmärkte gesendet, dass der Kanton hinter dem Unispital und dessen Investitionen steht. Damit wird auch seitens der Finanzmärkte eine tiefere Verzinsung der weiteren Kredite erwartet. Die Investitionen zumindest für das K2 sind demnach unbestritten und werden erfolgen.

Mit dem Darlehen werden diese Investitionen sowohl für die USB als auch für den Kanton als Eigner insgesamt günstiger. Die Finanzkommission geht zwar davon aus, dass das Unispital, die Investitionen zwar auch ohne das Darlehen auf dem Finanzmarkt hätte finanzieren können, da als Spital im Eigentum des Kantons genügend Sicherheiten vorhanden und die Kapitalkosten wohl auch tiefer als bei einem Privatspital wären. Die Finanzkommission begrüsst aber, dass sich der Kanton mit der Gewährung dieses Darlehens explizit hinter die Investition des USB und eine verlässliche Aufrechterhaltung der öffentlichen Gesundheitsversorgung stellt.

Gleiches gilt auch für das Darlehen für das Klinikum 3, welches im selben Beschlussantrag als Punkt 1 aufgeführt wird und ebenfalls über 150 Millionen Franken gewährt werden soll. Die Finanzkommission begrüsst gleichzeitig, dass das Darlehen in 2 Tranchen zu je 150 Millionen Franken unterteilt ist. Die beiden Tranchen, das ist wichtig zu erwähnen, sind dabei strikte an die Bauten K2 beziehungsweise K3 gebunden und können nicht gegenseitig kompensiert werden. Die Finanzkommission betrachtet es daher als unkritisch, die Tranchen für beide Bauten zum jetzigen Zeitpunkt zu sprechen, trotz den Unsicherheiten hinsichtlich des Baus des K3.

Diese Unsicherheiten zum K3 haben, ich habe es eingangs erwähnt, dazu geführt, dass Sie im vergangenen Herbst hier im Grossen Rat den Bebauungsplan der Traktandenliste genommen haben. In den Diskussionen des Gesundheitsdepartements und des USB mit der Finanzkommission und der GSK wurde deshalb vorgeschlagen, dass der Entscheid des Bebauungsplans noch einmal ausgestellt wird. So schlug das Gesundheitsdepartement in beiden Kommissionen vor, dass das weitere Vorgehen gestaffelt werden sollte. So soll jetzt heute über das Darlehen befunden werden, der Bebauungsplan hingegen nach den Sommerferien aber noch während dieser Legislatur im Grossen Rat traktandiert werden. Die vorgeschlagene Etappierung wurde seitens des GD gegenüber den Kommissionen mit den noch laufenden Analysen des USB zum Klinikum 3 begründet. Auch insbesondere in Absprache mit der GSK, die auch beim Bebauungsplan mitberichtet, hat die Finanzkommission deshalb beschlossen, der Bau- und Raumplanungskommission zu beantragen, das Darlehen vom Bebauungsplan wieder zu entkoppeln und diesen Bebauungsplan weiterhin nicht auf die Traktandenliste zu setzen. Das ist erfolgt. Wir beraten deshalb heute «nur» über den Ratschlag für das Darlehen. So können offene Fragen und aber auch die Skepsis bezüglich des K3 noch vertieft in den Kommissionen ausdiskutiert werden und das vorliegende Darlehen jedoch jetzt zeitnah beschlossen werden, da die Kredittranchen von jeweils 150 Millionen Franken an das Neubauprojekt Klinikum 2 beziehungsweise dann Klinikum 3 gebunden sind und vor allem für das Klinikum 2 eigentlich dringend ausgelöst werden sollten.

Wir können deshalb festhalten und auch versichern, dass ohne den durch den Grossen Rat beschlossenen Bebauungsplan zum K3 auch das Darlehen für das selbige obsolet werden würde. Deshalb erachten wir die erneute Abkoppelung der beiden Geschäfte als unproblematisch. Der Grosse Rat kann auf Basis sämtlich dann vorliegender Analysen zum K3 zu einem späteren Zeitpunkt über den Bebauungsplan beraten und beschliessen. Erst danach würde dann das heute hoffentlich beschlossene Darlehen für das Klinikum 3 ausgelöst werden. Entsprechend hat die Finanzkommission mit 13 zu 0 Stimmen einstimmig beschlossen, dem Grossen Rat zu beantragen, Beschlussantrag 1 anzunehmen.

Zum Beschlussantrag 2, der Wandlungsoption: Kritischer gegenüber stand die Finanzkommission dem Punkt 2 des Grossratsbeschlusses. In diesem geht es um die Frage der Ermächtigung des Regierungsrats zur Wandlung des Darlehens in Eigenkapital im Falle, dass das USB in finanzielle Schwierigkeiten geraten würde. Hierzu setzte sich die Finanzkommission kritisch mit dem Finanzplan 2024 bis 2040 des USB auseinander. Gemäss diesem Plan sollte eine



EBITDA-Marge von über 10 Prozent ab dem Jahr 2031 erreicht werden, jedoch erreichte das USB in den zurückliegenden Jahren eine deutlich tiefere EBITDA-Marge. Das USB verweist in der Diskussion dazu auf die EBITDA-Marge von 8,2 Prozent im Jahr 2019, also vor der Coronapandemie, und man sei entsprechend auf dem Weg gewesen, die gemäss Eignerstrategie des Kantons geforderte EBITDA-Marge von 10 Prozent zu erreichen. Ausserordentliche Ereignisse wie die Pandemie, die Teuerung und verzögerte Tarifierungen können in einem Finanzplan jedoch nicht abgebildet werden. Zudem hätte das USB bereits in der Vergangenheit mit einer marktüblichen Pensionskasse die geforderte EBITDA-Marge erreichen können. Das USB gehe deshalb grundsätzlich davon aus, dass die betriebliche Leistungsfähigkeit zu einer nachhaltigen Finanzierung bestehe.

Die Finanzkommission schätzt die prognostizierte Kostenentwicklung jedoch als sehr optimistisch ein. Bereits kleinere Verschiebungen könnten die Prognose der EBITDA-Marge über den ausserordentlich langen Zeitraum, wir sprechen hier über einen Zeitraum bis ins Jahr 2040, aus dem Gleichgewicht bringen. Die Berechnungen sind aus Sicht der Finanzkommission deshalb nicht abschliessend realistisch plausibilisiert und stellen eine grosse Herausforderung für das USB dar. Die Kommission anerkennt aber, dass mit den Kosten optimierenden Massnahmen im K2 dem Wandlungsrisiko etwas begegnet wurde. Die weitere Entwicklung mit dem K3 ist aber auch aufgrund der aktuellen Diskussion mit dem Kanton Basel-Landschaft um die gemeinsame Gesundheitsregion und der laufenden Überprüfung durch das USB selbst mehr als offen. Die Finanzkommission begrüsst eine abgestimmte Planung der beiden Kantone, auch was die Spitalinfrastruktur betrifft. Würden wir jedoch heute der vom Regierungsrat im Beschlussantrag 2 geforderten eigenständigen, vom Parlament nicht mehr zu beeinflussenden Ermächtigung zur Wandlung des Darlehens in Eigenkapital zustimmen, würde dem USB so das Signal gesendet, dass die Rückzahlung nicht per se als Ultima Ratio gefordert sei. Zudem würde damit, wie beim zurückliegenden Impairment der Universitären Altersmedizin Felix Platter eine Entwicklung vorweggenommen. Sie erinnern sich, dort musste das Dotationskapital in der Rechnung 2022 des Kantons Basel-Stadt abgeschrieben werden, was das Resultat des Kantons um 92 Millionen Franken verschlechterte.

Ausschlaggebend für die Streichung des Beschlussantrags 2 war schliesslich, dass der Grosse Rat mit dieser Ermächtigung ein falsches Signal aussenden würde. So hätte ein anderes zusammengesetztes Parlament in der Zukunft keine Möglichkeit mehr, sich im Eintretensfall zur Wandlung zu äussern. Der Regierungsrat hätte hierzu bereits die Ermächtigung, Auch wenn die Kommission davon ausgeht, dass im Falle des Eintretens einer finanziellen Notlage die Wandlung des Darlehens in eigenem Kapital alternativlos wäre, besteht aber auch keine Notwendigkeit, dem Regierungsrat bereits zum jetzigen Zeitpunkt die Kompetenz zur Wandlung zu erteilen. In einer Krisensituation hätte der Regierungsrat ohnehin die Kompetenz, die Liquidität des Spitals adäquat zu sichern. Zudem würde sich eine finanzielle Notlage in den Jahresrechnungen des USB abzeichnen und wäre deshalb vorhersehbar. Deshalb hat die Finanzkommission mit Stichentscheid des Kommissionspräsidenten beschlossen, den Beschlussantrag 2 zu streichen.

Gerne möchte ich am Schluss noch einige Worte zu den Privatspitälern verlieren. Sie haben sicherlich mitbekommen, dass diese grundsätzliche Einwände gegen das Darlehen eingebracht haben und sich auch in der Öffentlichkeit dagegen gestellt haben. Der Finanzkommission war es deshalb ein Anliegen, sie anzuhören. Mit diesem Austausch wollten wir auch die Wichtigkeit der Privatspitäler unterstreichen und ihnen die Gelegenheit geben, ihre Einwände gegenüber den beiden Kommissionen eingehender zu erläutern. Aus Sicht der Finanzkommission sind die Rahmenbedingungen für öffentliche Universitätsspitäler und Privatspitäler aber grundsätzlich nicht identisch und entsprechend auch nicht vollumfänglich vergleichbar. So müssen beispielsweise Privatspitäler nicht alle Leistungen erbringen und auch nicht in Lehre und Forschung tätig sein. Sie können bei Kapazitätsauslastungen oder Überlastungen Patientinnen und Patienten an das USB verweisen, welches hingegen alle Patientinnen und Patienten aufnehmen muss. Die Kommission teilt zudem die Haltung des Gesundheitsdepartements, dass das Darlehen auch rechtlich abgesichert ist und die Basis dafür im Paragraph 16 des ÖSpG, das ist das Gesetz über die öffentlichen Spitäler, und Paragraph 27 der Kantonsverfassung liegt. Das ÖSpG ermöglicht es den darin genannten Spitälern Fremdkapital aufzunehmen. Zudem hat der Kanton gemäss Kantonsverfassung einen expliziten Auftrag zum Betrieb öffentlicher Spitäler. Dieser Auftrag ermöglicht es dem Kanton, seine öffentlichen Spitäler finanziell zu unterstützen, wenn und so weit es um die zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung notwendige Investitionen geht. Der Kanton hat somit einen gesetzlich verankerten Auftrag, die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Zudem muss jeder Spital-eigner über die Eigen- und Fremdkapital Dotation des Unternehmens nach eigenen strategischen Vorgaben entscheiden dürfen, unter Berücksichtigung beziehungsweise Anwendung seiner Marktkonditionen. Da es sich im Grundsatz um ein normales rückzahlbares und verzinsliches Darlehen handelt, wäre ein ähnliches Darlehen zwischen einem privaten Spital und seinem Eigner ebenfalls zulässig.

*Joël Thüring (SVP):* Letztlich obliegt eine abschliessende rechtliche Beurteilung aber in der Kompetenz der Gerichte, weshalb die Finanzkommission mit einer abschliessenden Bewertung zurückhaltend bleiben will. Sie nimmt aber die Aussage des Vorstehers des Gesundheitsdepartements wohlwollend zur Kenntnis, dass, sollte ein Versorgungsrelevantes Privatspital in eine finanziell schwierige Situation geraten, ein Darlehen seitens des Kantons für das selbige geprüft werden würde.



Ich bitte Sie deshalb im Namen der Finanzkommission, im Beschlusspunkt 1 dem Regierungsrat zu folgen, sich der Finanzkommission anzuschliessen und im Beschlusspunkt 2 der Finanzkommission zu folgen und diesen Beschlusspunkt aus dem Grossratsbeschluss zu streichen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die mitberichtende GSK hat das Wort deren Präsident Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (GAB):* Ergänzend zu den Ausführungen des Präsidenten der Finanzkommission werde ich Ihnen die wesentlichen Punkte der Beratung und des Mitberichts der GSK zum vorliegenden Ratschlag darlegen und mich auch darauf beschränken. Es liegt in der Natur der Sache, dass es zu gewissen Überschneidungen kommen wird. Ich werde versuchen, die Wiederholungen auch hier auf ein Minimum zu beschränken.

Die GSK fokussierte in ihrer Beratung zur Gewährung eines Darlehens zur Mitfinanzierung der Neubauten Klinikum 2 und Klinikum 3 vor allem auf die Frage der Finanzierung der Spitalinvestitionen und auf die Frage nach dem Bedarf in der gemeinsamen Gesundheitsregion und der Spitalplan, aber auch Fragen rund um den Bau und Alternativszenarios sowie mögliche Auswirkungen auf das Personal haben die GSK interessiert. Die GSK hat den Ratschlag intensiv an insgesamt fünf Sitzungen beraten. Wie schon vom Präsidenten der Finanzkommission erwähnt wurde, haben die Treffen mit den verantwortlichen des USB und den Basler Privatspitälern gemeinsam stattgefunden. Die GSK hat ihre Beratung bewusst zügig und zeitnah absolviert, damit der Mitbericht anfangs März der hauptverantwortlichen Kommission zugestellt werden konnte. An den übrigen drei Sitzungen der GSK haben jeweils der Departementsvorsteher sowie die Vertretungen des Gesundheitsdepartements teilgenommen. Ich bedanke mich im Namen der GSK beim Gesundheitsdepartement für die ausführliche Beantwortung des umfragreichen Fragekatalogs und auf die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Und auch ich bedanke mich im Namen der GSK bei der Finanzkommission für die gute Zusammenarbeit im vorliegenden Geschäft. Ebenfalls möchte ich mich bei den Mitgliedern der GSK für die zielstrebige und engagierte Beratung des Geschäfts sowie für die Sensibilisierung zu den generellen Fragenstellungen, welche über die Frage des Darlehens hinausreichen, bedanken.

Wie bereits erwähnt, lag der Schwerpunkt der Kommissionsberatung auf der Frage, wie die Investitionen der geplanten Spitalbauten in den kommenden 15 Jahren finanziert werden sollen und welche Auswirkungen diese auf das Universitätsspital haben könnten. Dieser Sachverhalt stand bereits beim Mitbericht zum Bebauungsplan an die BRK im Zentrum. Es bringt klar zum Ausdruck, dass die GSK hinsichtlich der Finanzierung der Spitalbauten für die Zukunft eine grosse Sorge umtreibt.

Der erste Beschlussantrag des Ratschlags betrifft die Gewährung eines rückzahlbaren und verzinslichen Darlehens von 300 Millionen Franken an das USB. Die Beratung in der Kommission drehte sich dabei um die Höhe des Zinssatzes für das Darlehen und um die Frage Darlehen oder Erhöhung Eigenkapital und darüber, was eine realistische EBITDA-Marge sein könnte.

Für die GSK ist es völlig unbestritten, dass das Universitätsspital Basel für die Gesundheitsversorgung in der Region zentral und essentiell ist und somit über eine entsprechende Grösse und Leistungsfähigkeit verfügen muss. Die finanzielle Tragbarkeit steht jedoch ebenfalls im Zentrum und kann deshalb nicht einfach ausgeblendet werden. Der Kommission stellt sich deshalb auch die Frage, wie gross die Spitalneubauten werden sollen. Der Vergleich mit dem Unispital Zürich und dem Berner Inselspital hat ergeben, dass die Gesamtausgaben pro Geschossfläche für das Klinikum 2 in ähnlichen Dimensionen zu liegen kommen wird. Die leicht höheren Ausgaben erklären sich mit den vorliegenden erschwerten Baubedingungen am jetzigen Spitalcampus. Die GSK begrüsst es sehr, dass betreffend der Arealplanung zum Klinikum 3 das USB mögliche Alternativen und auch Off-Campus-Varianten nochmals bis zum Sommer prüfen.

Der GSK bereitet es Sorge, dass der betriebliche und finanzielle Druck auf das USB aufgrund der geplanten Spitalinvestitionen weiter ansteigt und sich dies der Druck möglicherweise auch auf Behandlung und auf das Personal auswirken könnte. Es besteht eine Skepsis gegenüber noch mehr Effizienzsteigerungen, ohne dass dabei Patienten und Patientinnen vergessen gehen. Eine stabile Finanzierung ist deshalb für die Zukunft des USB von allergrösster Wichtigkeit.

Eine Minderheit der Kommission äusserte grundsätzliche Vorbehalte gegenüber dem Darlehen und dem ist Investitionsumfang. Das Risiko eines Scheiterns der Finanzierung sei gross und das Bauvorhaben müsste dann mit oder ohne Darlehen redimensioniert werden. Die grosse Mehrheit der GSK befürwortet aber das Darlehen, der Beschlussantrag für die Gewährung des Darlehens wurde mit 11 Stimmen bei einer Enthaltung dann schlussendlich deutlich gutgeheissen.

Die Investitionen in das Klinikum 2 sind unbestritten. Das Darlehen ermöglicht dem USB vorteilhaftere Konditionen auf dem Kapitalmarkt und bringt die Verantwortung des Kantons als Eigner dieses Spitals klar zum Ausdruck. Wie Sie Ende April erfahren haben, ist es den beiden Basler Gesundheitskommissionen wichtig, dass die Finanzinvestitionen in die geplanten Spitalbauten in der gemeinsamen Gesundheitsregion zwischen den beiden Basler Kantonen noch stärker mit- und aufeinander abgestimmt werden. Auch wenn uns bewusst ist, dass dies kein expliziter Gegenstand des Staatsvertrages zur gemeinsamen Gesundheitsversorgung darstellt, erachten wir dies für die Zukunft als unerlässlich. Die Gewährung eines Darlehens von 300 Millionen Franken an das USB steht diesem an Sinn aus Sicht der GSK aber klar nicht im Weg.



Bezüglich des zweiten Beschlussantrags hat sich die GSK im Gegensatz zur Finanzkommission mit 9 befürwortenden Stimmen bei 3 Enthaltungen für die Möglichkeit entschlossen, dass der Regierungsrat dazu in der Lage versetzt wird, unter gewissen Bedingungen und bei Zeitdruck das Darlehen in Eigenkapital umzuwandeln. Insbesondere der Aspekt der Reaktionsschnelligkeit hat eine Mehrheit der GSK dazu ermutigt, dieses Vertrauen gegenüber der Regierung auszusprechen. Eine Minderheit sieht diesen Aspekt weniger und ist der Meinung, dass auf dieses zusätzliche Mittel verzichtet werden kann. Der Sprecher der Finanzkommission hat dies auch schon aus ihrer Sicht erläutert.

Zum von Seiten der Basler Privatspitäler erstellten Gutachten gegenüber dem Darlehen hat sich die GSK gemeinsam mit der Finanzkommission von beiden Seiten informieren lassen. Die Kommission geht davon aus, dass das Darlehen rechtlich abgesichert ist und deshalb keinen Anlass bietet, dieses in Frage zu stellen. Die GSK anerkennt aber auch die Wichtigkeit der Basler Privatspitäler im Gesundheitssystem und hat auch Verständnis für das Anliegen nach fairen Rahmenbedingungen. Nach Abwägung der Argumente sieht die Mehrheit der GSK die Ausgewogenheit der Finanzierung jedoch als gegeben an. Ein tieferer Zinssatz für das Darlehen stellt dementsprechend für die Mehrheit der GSK kein Problem dar.

Die Sistierung des Bebauungsplans im Klinikum 3 hat ermöglicht, die finanziellen Aspekte sowie Fragen rund um den Bedarf und Versorgung vorgängig nochmals intensiver zu behandeln. Dies wurde von der Mehrheit der GSK ausdrücklich erwünscht und auch die GSK begrüsst die gewählte Variante des nun vorliegenden Vorgehens zwischen Darlehen und Bebauungsplan. Über den Bebauungsplan kann nun wahrscheinlich nach den Sommerferien beraten werden, wenn die Resultate der effektiven Analyse des USB und das Gesundheitsdepartement über mögliche Anpassen zum Klinikum 3 vorliegen. Der Kommission ist es wichtig, diesbezüglich auch auf dem Laufenden gehalten zu werden.

Die GSK bittet Sie deshalb, der Vorlage für ein Darlehen von insgesamt 300 Millionen Franken für das USB zuzustimmen und den Regierungsrat zu ermächtigen, bei Bedarf das Darlehen in Eigenkapital umzuwandeln.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für den Regierungsrat spricht Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Vielleicht haben Sie die Ausstellung *The End of Aging* von Michael Schindhelm besucht. Sie ist derzeit in der Kulturstiftung Basel H. Geiger an der Spitalstrasse, also gleich gegenüber Unispital zu sehen. Es ist dort die Begegnung mit der ultimativen Wissenschaftsfiktion zu erleben. In dieser haben wir das Sterben und die Gebrechlichkeit abgeschafft und die Longevity-Wissenschaft hat ein neues Zeitalter herbeigeführt, in dem die Spitäler überflüssig geworden sind und als Ruinen besichtigt werden können.

Manchmal habe ich den Eindruck, dass unsere Gesundheitspolitik die Science-Fiction schon für die Realität nimmt, wenn ich mir die Forderungen nach Spitalschliessungen vor Augen halte.

Dabei dürfte uns allen klar sein, so schnell wird sich die Condition humaine nicht umkodieren lassen. So schnell wird das Zeitalter der Sterblichkeit und Gebrechlichkeit nicht vorüber sein, wenn überhaupt je. Man mag das bedauerlich oder erleichternd finden, auf jeden Fall sollte man zur Kenntnis nehmen, dass unsere höhere Lebenserwartung in der Realität mit einem erhöhten Bedarf an Spitalbehandlungen verbunden ist und dass uns die moderne Medizin hierfür auch laufend neue Angebote macht, die wird dankbar annehmen. Vermehrt kann dies ambulant ohne Spitalübernachtung stattfinden, aber auch die stationären Behandlungen sind nicht rückläufig.

Das gilt in besonderem Masse für das Universitätsspital. Es steht im Zentrum unserer Stadt, im Mittelpunkt der Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung unserer Region und es bildet zusammen mit der Universität auch den akademischen Kern des Lifescience Clusters. Wenige Institutionen waren und sind so lange so prägend für unsere Stadt. Das Universitätsspital und seine Vorgängerinstitutionen blicken auf eine Geschichte von mehreren Jahrhunderten, die erstmals im Jahr 1265 Erwähnung fand. 1265, damals gab es die Schweizerische Eidgenossenschaft noch nicht, die Universität noch nicht und auch die Reformation war noch ein Vierteljahrtausend entfernt.

Heute im Nachgang zur Covid-19-Pandemie reden wir über das Unispital der kommenden Generationen. Das Spital wird auch in Zukunft eine zentrale Rolle für die Gesundheitsversorgung der Region übernehmen. Diese Rolle ist ihm heute durch die gemeinsame Versorgungsplanung und die gleichlautenden Leistungsaufträge der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zugewiesen, teilweise auch durch die Gremien des Konkordats der hochspezialisierten Medizin. Und diese Rolle kommt ihm auch in sämtlichen Szenarien zu, die für unsere zukünftige Spitalplanung realistisch sind. Ich kann mir nicht vorstellen, dass unsere Bevölkerung auf ein Universitätsspital und damit auf eine vollwertige medizinische Fakultät in Zukunft verzichten möchte, und es ist nicht absehbar, dass andere Spitäler der Region das Unispital ersetzen könnten. Das wäre auch gar nicht sinnvoll, denn das Unispital an heutiger Lage gewährleistet eine qualitativ hochstehende und breit zugängliche Versorgung sowie entscheidende Synergien mit dem UKBB, mit der Universität und mit weiteren Institutionen des Lifescience Clusters, wie neu namentlich auch der ETH, die gleich gegenüber ihren Betrieb aufnimmt.



Die Erneuerung einer derart zentralen Infrastruktur ist eine Daueraufgabe für das Spital und die Planungsbehörden. Entsprechend läuft die Planung seit Jahrzehnten und entsprechend greift sie auch weit in die Zukunft aus. Zwei grosse Klinikkomplexe stehen derzeit im Zentrum der Investitionsplanung, das Klinikum 2 aus den Siebzigerjahren am Petersgraben und das neu geplante Klinikum 3 an der Schanzenstrasse. Wie von den Präsidenten der Finanzkommission sowie der Gesundheits- und Sozialkommission ausgeführt, beantragen beide Kommissionen, dem Unispital für die Vorhaben Klinikum 2 und Klinikum 3 ein verzinsliches und rückzahlbares Darlehen in Höhe von 300 Millionen Franken zu gewähren. Mit diesem Darlehen wird die bauliche Erneuerung des Unispitals abgesichert. Der Darlehensbeschluss ermöglicht auch ein Bekenntnis der politischen Behörden des Kantons zum Unispital und ein positives Signal an den Kapitalmarkt. Relevant ist dies zunächst für die erste Darlehenstranche von 150 Millionen Franken, die für die Erneuerung des Klinikum 2 vorgesehen ist. Zur Erinnerung: Es wird damit die Spitalinfrastruktur am Petersgraben inklusive Notfallstation erneuert. Es liegt für dieses Projekt ein rechtsgültiger Bebauungsplan vor, den Sie vor fast zehn Jahren verabschiedet hatten. Seither wurde die Planung immer wieder optimiert und das Bauwerk steht inzwischen in der Realisierungsphase. Die Bauarbeiten haben begonnen.

Nicht so weit fortgeschritten ist das Klinikum 3. Wie bereits mitgeteilt und im Bericht der Finanzkommission auch ausgeführt, befindet sich dieses Vorhaben derzeit in einer nochmaligen Überprüfung durch das Spital. Es soll noch einmal geprüft werden, ob das Klinikum 3 gemäss Bebauungsplanvorlage auch nach heutigem Stand noch die beste Lösung darstellt. Diese erneute Evaluation wurde in Auftrag gegeben, nachdem der Grosse Rat den Bebauungsplan abtraktandiert hatte, weil Vorbehalte dagegen geäussert wurden und man zunächst mehr Klarheit über das Darlehensgeschäft haben wollte. Die geforderte Klarheit betreffend Darlehen kann heute geschaffen werden und ich bin den beiden vorberatenden Kommissionen sehr dankbar für ihre sehr sorgfältige und speditive Beratung sowie für ihre unterstützenden Anträge.

Ich habe über die erste Tranche schon gesprochen. Die zweite Tranche, die für das Klinikum 3 vorgesehen ist, bleibt also bei dem gewählten Vorgehen abhängig vom zukünftigen Entscheid, ob das Klinikum 3 realisiert wird oder nicht. Wir werden dem Büro des Grossen Rates-Antrag stellen, das Bebauungsplangeschäft im Grossen Rat erneut zu traktandieren, sobald der Entscheid zum Darlehen gefallen und die laufende Evaluation des Klinikum 3 abgeschlossen ist. Ich bin Ihnen sehr dankbar für die Flexibilität in diesem anspruchsvollen Verfahren.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch kurz etwas sagen zu unserem Antrag, das Darlehen bei ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten des Unispitals durch Regierungsbeschluss teilweise oder ganz in Eigenkapital wandeln zu können. Die Finanzkommission beantragt ja, den entsprechenden Beschluss 2 zu streichen, während sich die Gesundheits- und Sozialkommission in ihrem Bericht zustimmend zur Delegation der Wandlungskompetenz an den Regierungsrat ausgesprochen hat.

Die Finanzkommission begründet die Streichung des Beschlussantrags 2 damit, dass der Grosse Rat mit dieser Ermächtigung ein falsches Signal aussenden würde. So hätte ein zukünftiges vielleicht anders zusammengesetztes Parlament keine Möglichkeit mehr, sich im Eintretensfall zur Wandlung zu äussern. Sodann schreibt sie, dass es keine Notwendigkeit gäbe, dem Regierungsrat bereits zum jetzigen Zeitpunkt die Kompetenz zur Wandlung zu erteilen, in einer Krisensituation hätte der Regierungsrat ohnehin die Kompetenz, die Liquidität des Spitals adäquat zu sichern.

Wie bereits im Ratschlag ausgeführt, entspricht die Ermächtigung des Regierungsrats zur Wandlung des Darlehens einer Option. Es besteht kein Wandlungszwang aufgrund von bestimmten Kriterien, es wird also kein Automatismus in Gang gesetzt. Bei entsprechenden finanziellen Schwierigkeiten würde das USB eine Wandlung beantragen müssen, zum Beispiel bei wiederholten Verlusten einer tiefen Eigenkapitalquote und/oder einer verminderten Fähigkeit zur Kapitalaufnahme auf dem Markt, aus welchen Gründen auch immer. Eine Wandlung ist jedoch nach unserem Vorschlag insbesondere dann zu prüfen, wenn das Dotationskapital 200 Millionen Franken unterschreiten würde. So könnte dann durch die Wandlung die ursprüngliche Höhe von jetzt rund 490 Millionen Franken Dotationskapital wiederhergestellt werden. Im Rahmen eines Wandlungsantrags müsste das USB dem Regierungsrat natürlich eine aktualisierte Finanz- und Massnahmenplanung vorlegen.

Der Regierungsrat hat mit einem Schreiben an den Präsidenten des Grossen Rats den Antrag gestellt, diese Beschlussziffer 2 aufrechtzuerhalten. Wir sind der Auffassung, dass das sinnvoll wäre. Es würde uns im Fall der Fälle ein rascheres Vorgehen ermöglichen und das wäre eben in einem Krisenfall wichtig, um Vertrauen herzustellen. Dem Unispital würden die Beschlüsse gemäss diesem Antrag eine stärkere Rückendeckung geben und sie wären auch politisch gesehen das kräftigere Signal. Ich würde deshalb Sie bitten, auch an dieser zweiten Beschlussziffer festzuhalten. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die Debatte.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen damit zu dieser Debatte und den Fraktionsvoten. Für die SP spricht Jessica Brandenburger.

*Jessica Brandenburger (SP):* Ich denke, es herrscht grosse Einigkeit darüber, dass das Basler Universitätsspital eine zentrale Rolle in der Gesundheitsversorgung unserer Region einnimmt. Neben der medizinischen Versorgung sind auch die



Lehr- und Forschungstätigkeiten wichtig für die gesamte Region. Ein leistungsstarkes Universitätsspital liegt also in unser aller Interesse.

Nun sind Teile des Spitals in die Jahre gekommen und es ist an der Zeit, in die Zukunft zu denken. Wir entscheiden heute aber nicht darüber, ob renoviert und gebaut wird, sondern in welchem Rahmen sich der Kanton als Eigner finanziell beteiligen wird. Wie auch die vorbereitenden Kommissionen sind wir als SP-Fraktion zum Schluss gekommen, dass das Darlehen grundsätzlich gewährt werden soll. Dass die Dimensionen des Klinikum 3 nochmals überdenkt werden, finden wir sinnvoll. Es stärkt einen Prozess, wenn Entscheidungen mehr als einmal kritisch überdacht werden.

Die Kritik der Privatspitäler haben wir gehört, wir teilen sie jedoch nur in den wenigsten Punkten. Ein Universitätsspital, dessen Eigner der Kanton ist, hat nun mal eine andere Rolle und auch andere Verpflichtungen als die Privatspitäler. Dass nun mit juristischen Mitteln gedroht wird, finden wir schade und eher kontraproduktiv. Auch die Kritik aus Basel-Landschaft haben wir gehört. An einem Wetttrüsten sind wir auch nicht interessiert. Mit der Motion Eberhard, die ja auch heute noch auf der Traktandenliste steht, setzen wir uns für mehr Kooperation ein. Ja, auch wir als Stadtkanton müssen Zugeständnisse machen und mit unseren Nachbarnlösungen finden, Lösungen, die alle zu Gute kommen.

Dass es ein universitäres Zentrumsspital aber braucht, ist für uns unbestritten. Auch wir sehen die finanziellen Risiken, die mit dem Neubau verbunden sind. Der vorgelegte Finanzplan ist ambitioniert und unserer Ansicht nach mit einigen Risiken behaftet. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir uns als Eigner auch finanziell dazu bekennen und damit die Risiken minimieren. Wir vertrauen darauf, dass das Unispital nach bestem Wissen und Gewissen wirtschaftet und mit dem Geld des Kantons umsichtig umgehen wird.

In der Frage, wer bei einer allfälligen Umwandlung ins Dotationskapital das letzte Wort haben soll, folgen wir der Finanzkommission. Wir finden es wichtig, dass ein zukünftiges Parlament eine Mitsprache hat. Wir reden über eine riesige Summe Geld, da ist es nur richtig, wenn auch das Parlament und nicht nur die Regierung sich äussern kann.

Wir verstehen unsere Zustimmung zur Gewährung des Darlehens als Zustimmung zu einem leistungsstarken Universitätsspital. Wir wollen ein Spital, das den Bedürfnissen der Menschen, die darin arbeiten oder es als Patient:innen besuchen, entspricht. In diesem Sinne stimmen wir dem Darlehen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur GLP und Tobias Christ.

*Tobias Christ (GLP):* Wir haben nun schon verschiedentlich gehört, wie wichtig das Unispital für Basel ist, für die Gesundheitsversorgung. erstens, aber auch für den Standort. Insbesondere hat das Regierungsrat Lukas Engelberger deutlich ausgeführt. Ich will das deshalb nicht wiederholen, sondern nur noch einen weiteren Aspekt hier noch betonen. Nicht nur das Unispital hat eine gewisse Grösse, die es auch haben muss, die man auch schlecht reduzieren kann. Also wir haben nicht nur eine Too Big to Fail-Problematik mit dem Unispital, man kann es auch nicht kleiner machen, einfach weil es dann nicht mehr das erfüllt, was wir mit diesem Unispital wollen. Wir wollen nämlich ein Spital, das wirklich das ganze oder fast das ganze medizinische Spektrum abdeckt. Das ist unser Anspruch hier in Basel, auch in Verbindung mit diesem zweiten Anspruch, dass wir ein Lifescience-Standort sind oder das Zentrum einer Lifescience-Region.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, dass das Unispital sich entwickeln muss. Es muss nicht nur die Infrastruktureneuern im Sinne eines Erhalts, sondern es muss sich auch weiterentwickeln können. Das ist auch unbestritten klar. Dazu will ich aber auch noch einmal einen Aspekt betonen, insbesondere auch an die Adresse unserer Kollegen im Landrat. Es ist kein Kapazitätsausbau geplant. Insbesondere sind es Verbesserungen, die geplant sind, aber nicht ein Ausbau, insbesondere nicht ein Ausbau im stationären Bereich. Oder anders gesagt, die Planung des Unispitals, wie uns das dargelegt wurde, basiert auf eher bescheidenen Wachstumsprognosen.

Damit haben wir auch das geklärt. Aus Sicht der GLP sind diese Investitionen nötig. Jetzt ist die Frage, inwiefern es hierzu ein Darlehen und Hilfe des Kantons bei der Finanzierung braucht. Ist das fair anderen gegenüber? Diese Frage ist besondere von den Privatspitälern aufgeworfen worden. Unserer Meinung nach ist die Fairness gegenüber den Spitalprivatspitälern nicht die adäquate Frage. Es herrscht hier schlicht und einfach keine Fairness, es ist nicht vergleichbar. Wenn schon vergleichbar wäre die Situation vom Unispital Basel mit anderen Unispitälern in der Schweiz. Aber dazu habe ich nicht das nötige Fachwissen und bin ich nicht gut informiert, um das erstens vergleichen zu können. Und zweitens ist es auch nicht die relevante Frage. Es ist richtig so, dass wir und hier als Kantonsparlament überlegen, was im Interesse des Kantons ist bezüglich dieser Frage, das heisst, ob es im Interesse des Kantons ist, dass wir dieses Darlehen gewähren zu diesen Kondi günstigen Konditionen.

Was bedeutet das ganz konkret in der Praxis? Das wird insbesondere dann interessant, wenn das Spital in Schieflage gerät. Wenn wir das Darlehen gewährt haben, macht dies für den Eigner den Umgang mit diesen Situationen ein bisschen einfacher, weil er einen Teil der Schulden schon in seinen eigenen Büchern hat. Man kann dann eine Wandlung in Eigenkapital machen. Ein anderer Unterschied ist ein feinerer, aber da geht es auch um einige Millionen Franken. Dieses



Darlehen ermöglicht es dem Spital, die Investitionen, die es sowieso tätigen muss und auch tätigen wird, unabhängig davon, ob wir dieses Darlehen sprechen oder nicht, zu günstigen Konzinskonditionen zu machen, einerseits wegen dem Darlehen direkt, aber auch, weil es sehr plausibel ist, dass es auch bessere Konditionen auf den Finanzmärkten erhält mit diesem Signal. Das sind dann einige Millionen, die dazu kämen im Falle einer Schieflage. Und dessen muss man sich auch bewusst sein. Da haben wir ganz konkret das Interesse des Kantons. Wollen wir das, nur quasi um eine liberale Idee zu verteidigen, dass diese Spitäler eigentlich unabhängig sein sollten, hinter der wir als GLP natürlich stehen. Aber wir sind jetzt mit der Realität konfrontiert. Um da die Fairness zu beurteilen, müssten wir einen Blick in die Schweiz werfen. Das ginge zu weit.

Wir stehen diesem Darlehen durchaus kritisch gegenüber, wie dargelegt, aber wir stehen dahinter und empfehlen, das zu sprechen. Was den zweiten Punkt betrifft, nämlich dem Regierungsrat schon jetzt die Kompetenz zu geben für eine Umwandlung, folgen wir dem Vorschlag der Finanzkommission. Das entspricht genau der Haltung der GLP. Wir haben das auch abgewogen und sind zum Schluss gekommen, dass das nicht das richtige Signal wäre, dass aber die Nachteile, die es gibt, wenn das nochmal durch den Grossen Rat müsste nicht so gross sind. Wir sind der Meinung, dass das eine Wandlung im Eintretensfall dann der richtige Weg wäre und wohl auch von der GLP genehmigt würde. Aber es wäre jetzt trotzdem nicht das richtige Signal. Deshalb folgen wir dem Vorschlag der Finanzkommission.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Pascal Messerli für die SVP.

*Pascal Messerli (SVP):* Ich kann es kurz machen. Die SVP-Fraktion schliesst sich den Ausführungen des Finanzkommissionspräsidenten vollumfänglich an. Wir sind auch der Meinung, dass wir jetzt dieses Darlehen sprechen sollten, auch diese Abkoppelung vom Bebauungsplan erachten wir in diesem Fall als richtig. Wir sind dagegen, dass wir diese Ermächtigung dem Regierungsrat geben, dass er eigenständig dieses Darlehen in Eigenkapital umwandeln kann. Wir finden dies, wie auch Tobias Christ vorher gesagt hat, das falsche Zeichen. Wir sind der Meinung, dass demokratiepolitisch es der richtige Weg wäre, wenn dies dann in einem Parlament noch einmal beschlossen wird. Das heisst ja nicht, dass das Parlament dieses Darlehen dann nicht sprechen würde, aber es hat einfach eine viel grössere demokratiepolitische Legitimation, wenn wir jetzt dem Antrag der Finanzkommission folgen und das Parlament dann schlussendlich das letzte Wort hat.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die FDP spricht Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Es wurde schon viel gesagt über die Wichtigkeit des Universitätsspitals. Dem möchte sich die FDP natürlich anschliessen. Aber wir sprechen hier von Investitionen in den nächsten Jahren, in der Höhe von 3 Milliarden auf diesem Campus Gesundheit, dies in einem Umfeld, wo Spitäler eher Verluste machen, nach mehr Geld rufen und die Krankenkassenprämien laufen steigen. Betriebswirtschaftlich müsste man eigentlich sparen in diesem Umfeld. In den meisten Ländern auf dieser Welt würde man wohl den Bau 2, den wir jetzt zurückbauen, noch mindestens 20 bis 30 Jahre behalten. Das vielleicht einfach als Input zum Bedenken.

Aber jetzt zurück zum Geschäft: Ich erlebte den Austausch mit der Leitung des Universitätsspitals als sehr konstruktiv und zielführend. Ich meine auch verstanden zu haben, dass man vorsichtiger mit diesen Investitionsplänen umgehen will und sich auch Gedanken über Redimensionierungen macht. Auch der Austausch mit den Privatspitälern war wichtig in dem Zusammenhang. Ich kann den Unmut von Privatspitälern zum Teil absolut teilen. Wir haben uns die Zinssituation angesprochen. Für die FDP ist es wichtig, dass in der Wettbewerbssituation gleich lange Spiesse herrschen. Ich habe aber auch irgendwo durchblicken lassen, dass Regierungsrat Lukas Engelberger mindestens erwägen würde, dass Privatspitäler in einer ähnlichen Situation auch mit einem Darlehen rechnen könnten.

Die FDP unterstützt also den Bericht der Finanzkommission und die Forderung nach der Gewährung des Darlehens in diesen zwei Chargen 150'000'000 für den Bau 1 und 150'000'000 für den Bau 3. Die FDP unterstützt auch, dass man keinen Blankoscheck für die Wandlung des Darlehens gibt. Es ist nicht notwendig. Wir gehen davon aus, dass eine Notwendigkeit für eine Wandlung durchaus hier auch diskutiert werden kann. Wir haben vom Felix Platter etwas dazu gelernt.

Deshalb bitte Sie im Namen der FDP, dem Antrag der Finanzkommission zu folgen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für das GAB spricht Fleur Weibel.

*Fleur Weibel (GAB):* Um es gleich vorwegzunehmen: Die Fraktion Grünalternatives Bündnis begrüsst den Ratschlag der Regierung und stimmt dem Darlehen zur Mitfinanzierung der Neubauten K2 und K3 gerne zu.



Die Kommissionspräsidien und der Regierungsrat wie auch meine Vorsprecher:innen haben schon viel zu den technischen Details gesagt. Ich nutze deshalb die Gelegenheit, um noch einmal ein paar grundsätzliche Bemerkungen zur Entwicklung der gemeinsamen Gesundheitsregion, zur Rolle des Universitätsspitals und auch zur Bedeutung des Gesundheitspersonals für eine gute Gesundheitsversorgung zu machen.

Für die Fraktion Grünalternatives Bündnis ist eine sehr gute Gesundheitsversorgung, wie wir sie derzeit in der Region haben, ein grosses Anliegen auch für die Zukunft. Das Universitätsspital spielt in der Gesundheitsregion dabei eine herausragende Rolle als enorm leistungsfähiges Zentrumsspital, das nicht wegzudenken ist. Es gewährleistet die medizinische Grundversorgung sowie universitäre Spitzenmedizin, Lehre und Forschung und hat ein Einzugsgebiet, das weit über die Kantonsgrenzen hinausreicht. Damit das USB seinen wichtigen Auftrag auch in den nächsten Jahrzehnten erfüllen kann, bedarf es jetzt umfangreicher Investitionen in die Infrastruktur des Spitals, das offensichtlich in die Jahre gekommen ist. Das Grünalternative Bündnis unterstützt diese notwendigen Investitionen in ein leistungsfähiges Universitätsspital für die kommenden Generationen.

Die Planung der Neubauten Klinikum 2 und 3 auf dem Campus Gesundheit läuft schon seit vielen Jahren. Regierungsrat Lukas Engelberger hat auch daraufhingewiesen. Mit der Coronapandemie und den darauffolgenden Krisen haben sich allerdings die Rahmenbedingungen in den letzten Jahren für ein solch grosses Bauprojekt stark verändert. Die Coronapandemie hat die Kräfte des Gesundheitspersonals nachhaltig belastet. Hinzu kommt nun die massive Teuerung, die die Kosten der Spitäler in allen Bereichen in die Höhe treibt, während gleichzeitig die Tarife nicht angepasst sind. Dies führt aktuell zu teils grossen Verlusten bei den Spitälern. Auch bei der Jahresrechnung 2023 vom USB ist dies zu erwarten. Angesichts dieser stark belasteten finanziellen Situation der Schweizer Spitäler bereiten die geplanten Bauinvestitionen von aktuell geschätzt 1,7 Milliarden Franken gehörige Bauchschmerzen. Auch die Finanzplanung des USB mit einer EBITDA-Marge von 10 Prozent erscheint uns weiterhin mehr als Wunschenken denn als realistisches Szenario.

Nichtsdestotrotz sind wir aber überzeugt, dass es jetzt die Investitionen in eine zukunftsfähige Infrastruktur des USB braucht, und gerade weil die Rahmenbedingungen schwieriger geworden sind, braucht es nun ein klares Zeichen von Seiten des Kantons an das Universitätsspital in Form des diskutierten Darlehens. Dabei begrüssen wir es, dass nach der Sistierung des Entscheids über den Bebauungsplan für das Klinikum 3 durch den Grosse Rat, dass die USB die Dimension des K3 nochmals überprüft und wenn nötig Anpassungen vornehmen wird.

In diesem Zusammenhang sprechen wir uns auch nachdrücklich dafür aus, dass die Gesundheitsdirektoren Basel-Stadt und Basel-Landschaft baldmöglichst Gespräche für eine zukünftige gemeinsame Planung von Infrastrukturprojekten in der gemeinsamen Gesundheitsregion aufnehmen. Wir werden deshalb an der Überweisung der Motion Eberhard als Motion festhalten. Denn die Frage der Gesundheitsversorgung kann nur theoretisch von der Frage der Gesundheitsinfrastruktur getrennt werden. In der Praxis hängen Versorgung und Infrastruktur natürlich zusammen. Es ist deshalb höchste Zeit, dass die Eigner von USB und KSBL zusammen mit den weiteren Leistungserbringern eine Vision einer gemeinsamen Gesundheitsregion entwickeln, in der es nicht aufgrund von Überkapazitäten zu einer Überversorgung kommt. Denn eine Überversorgung können sich weder die Prämienzahler:innen leisten, noch haben wir genügend Pflegepersonal und Gesundheitspersonal dafür.

Und mit dem Gesundheitspersonal sind wir an einem weiteren zentralen Punkt, der aus unserer Sicht für das Darlehen spricht. Denn eine gute Gesundheitsversorgung hängt aufs Engste mit guten Arbeitsbedingungen fürs Gesundheitspersonal zusammen. Es ist für die Fraktion Grünalternatives Bündnis zentral, dass sich diese Arbeitsbedingungen des Personals während den finanziell risikoreichen Bauinvestitionen des USB in den nächsten Jahren nicht verschlechtern. Und deshalb ist es für uns auch unbestritten, dass der Kanton dem USB ein Darlehen für sein Bauprojekt und damit eine gewisse Stabilität für dessen Finanzierung bietet. Denn wir erwarten, dass dadurch der Effizienzdruck, der jetzt schon spürbar auf dem Personal lastet, etwas abgemildert werden kann. Die Fraktion Grünalternatives Bündnis spricht sich also für das Darlehen von je 150 Millionen Franken für die Neubauten K2 und K3 aus.

Wir sprechen uns auch ebenso wie die GSK dafür aus, dem Regierungsrat nun die Ermächtigung zu erteilen, das Darlehen in Eigenkapital umzuwandeln, sollte das USB im Verlauf des Projekts in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Wir finden es transparenter angesichts der hohen Risiken der Neuinvestitionen und der letztlichen Haftung des Eigners für das USB, bereits jetzt die Möglichkeit einzuräumen, dass die 300'000'000 einst in Eigenkapital des Spitals umgewandelt werden könnten, wenn es angezeigt ist. Und ich schliesse mich da Regierungsrat Lukas Engelberger an und plädiere dafür, dass wir jetzt etwas Vertrauen schaffen für den Krisenfall und dem USB eine stärkere Rückendeckung aussprechen.

Im Namen der Fraktion Grünalternatives Bündnis bitte ich Sie also, dem Darlehen Beschluss Punkt 1 wie auch den Beschluss Punkt 2 Wandlungsoption des Darlehens zu Eigenkapital im Sinne des Regierungsrats und der GSK zuzustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Pasqualine Gallacchi spricht für die Fraktion Mitte-EVP.*



*Pasqualine Gallacchi (Mitte-EVP):* Ich möchte mich im Namen der Fraktion Mitte-EVP nur kurz dazu äussern. Wir stimmen dem Ratschlag vollumfänglich zu und möchten beliebt machen, den Antrag der Finanzkommission abzulehnen und der GSK zu folgen, das heisst also dem Regierungsrat den Handlungsspielraum zu geben in einer dringlichen Situation das Darlehen von 300 Millionen in Eigenkapital umzuwandeln. Es ist unserer Meinung nach das richtige politische Signal.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Als Einzelsprecher hat sich David Jenny gemeldet.

*David Jenny (FDP):* Wir behandeln nun zwei Traktanden hintereinander, wo wir vorbehaltlich des Volks als oberstes Organ im Konzern des Kantons Basel-Stadt tätig sind. Vorher ging es um eine Bank, jetzt um Spitäler. Wir philosophieren über den Worst Case und was dann zu tun ist. Es gibt schon gewisse Unterschiede zwischen Banken und Spitälern. Beide sind auf Vertrauen angewiesen, aber ich glaube, der Vertrauenszerfall einer Bank kann viel schneller vor sich gehen, also einer in ein Spital. Ich habe noch nie davon gehört, dass Angehörige ein Spital stürmen und ihre Angehörigen, die dort als Patienten sind, vom Spital entfernen und in Sicherheit bringen. Das Entsprechende gibt es eben bei Banken. Wir sprechen hier ja über die Kapitalstruktur, nicht über einen Liquiditätszuschuss, was ja dann wirklich, wenn es hart auf hart kommt, entscheidend ist, um ein Aufschnaufen zu ermöglichen. Wir haben auch nicht eine FINMA, die dann sehr schnell eingreifen muss. Also das Argument dass der Regierungsrat in einer Sitzung am Sonntagvormittag die Umwandlung beschliessen muss, ist ein bisschen weit hergeholt.

Dann wurde gesagt, auch wenn es dann vom Grossen Rat käme, sei die Umwandlung in Eigenkapital alternativlos. Das glaube ich nicht ganz. Es gibt ja zwischen einem normalen Darlehen und Eigenkapital noch eine weitere Möglichkeit. Das ist nämlich, einen Rangrücktritt zu gewähren auf das Darlehen. Das scheint nicht in Erwägung gezogen worden sein. Ich würde gerne noch die Frage an die Berichtenden stellen, ob diese Möglichkeit im Regierungsrat sowieso zustehen würde, die Gewährung eines Rangrücktrittes, oder ob man wirklich alle Möglichkeiten dem Regierungsrat gewähren sollte, ob man dann nicht ausdrücklich den Rangrücktritt, den ganzen oder den teilweisen, erwähnen sollte.

Ich bitte Sie, dies zu bedenken. Ich glaube, die Situationen sind nicht ganz vergleichbar und ich glaube, die Spitäler werden ja sehr eng begleitet von der Regierung, vom Gesundheitsdepartement. Wenn sich eine Verschlechterung der Eigenkapitalsituation, die wirklich sehr eingreifend ist, abzeichnet, dann sollte sich das einige Monate vorher abzeichnen. Also dass plötzlich irgendwo ein paar 100 Millionen verlorengehen, wäre jetzt wirklich ganz schwierig zu vermuten. Aber vielleicht haben wir hier geübtere Katastrophenpropheten als ich es bin. Deshalb meine ich, dass wir gut mit der Lösung der Finanzkommission leben können.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben schon übergeleitet zur zweiten Runde. Das Wort geht zuerst an den Regierungsrat Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Ich möchte mich zuerst bedanken für die wohlwollende Aufnahme unserer Anträge in dieser Debatte, in der ich sehr viel Wertschätzung für die Arbeit der Mitarbeitenden am Unispital und sehr viel Bekenntnis auch zum Unispital gehört habe. Dafür möchte ich Ihnen danken. Es ist eine wichtige Gelegenheit, anlässlich von derartigen Debatten auch politische Signale auszusenden und ich danke Ihnen für die Bekenntnisse zum Universitätsspital.

Ich nehme auch die kritischeren Hinweise selbstverständlich mit, einerseits betreffend die Finanzplanung des Spitals selber. Das ist so, das Umfeld ist anspruchsvoll für Spitäler. Ich bin aber auch froh, von Ihrer Seite auch Vertrauen gehört zu haben, dass die Spitalleitung und der Verwaltungsrat das gut machen und und eben hier sehr sehr wohl auch mit kritischen Szenarien arbeiten und insbesondere für die Planung des Klinikums 3 auch noch einmal in eine Überprüfungsrunde gehen.

Kritische oder skeptische Hinweise habe ich dann natürlich auch wahrgenommen seitens der Privatspitäler, das ist auch hier erwähnt worden. Ich möchte an dieser Stelle sagen, auch sie erbringen eine sehr wichtige Versorgungsleistung und wir zählen auch weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit mit den Privatspitälern und unter den Spitälern, öffentlich und privat in unserer Region. Ich glaube, die Kritik, die von Seiten des Privatspitalverbandes geäussert wurde am Darlehen, ist nicht stichhaltig. Sie ist juristisch nicht stichhaltig und ich habe das auch in der Debatte hier wahrgenommen, sie trifft auch den Punkt nicht, weil eine vollständige Gleichheit der Rahmenbedingungen gar nicht gewährt werden kann, so lange ein Spital öffentlichrechtlich ist und ein anderes privatrechtlich und die Eigner nicht dieselben sind. Das ist einfach ein Unterschied. Wir stellen aber sicher in unserer Planungsfunktion, dass beispielsweise bei der Vergabe von Leistungsaufträgen eine Gleichbehandlung in diesen Vergabeverfahren besteht. Aber was die Kapitalstruktur betrifft, was die innere Organisation betrifft, auch was das anwendbare Recht ist im einzelnen für die Dienstverhältnisse, für die Pensionskasse usw., gibt es Unterschiede und die liegen einfach darin begründet, dass ein öffentlichrechtliches Spital unserem ÖSpG untersteht und ein privatrechtliches eben nicht. Das ist auch gut so, dass es sozusagen diese beiden Systeme in unserer Region geben kann.



Es wurde verschiedentlich die Erwartung geäussert, dass auch ein Privatspital im Fall der Fälle einen Antrag stellen darf beim Kanton für ein Darlehen. Das kann ich zusagen, ja, einen Antrag würden wir auch von einem Privatspital prüfen. Das Hauptprüfungskriterium wäre dann, ob das Spitalversorgungsrelevant ist. Man hat einen anschaulichen Beispielfall leider jetzt aus Zürich zu Hand, das Kinderspital Zürich. Dieses ist ein privatrechtliches Spital, es gehört nicht dem Kanton. Es hat den Kanton Zürich um finanzielle Unterstützung gebeten und der Kanton Zürich hat nach Prüfung eben der Versorgungsrelevanz dies zugesagt. Und er hat das dann natürlich auch mit Auflagen verbunden, die man dann auch selbstverständlich gewärtigen muss. Und in diesem Sinne kann ich eine Prüfung von Gesuchen von Seiten anderer Spitäler, also von Privatspitälern, durchaus zu sagen.

Selbstverständlich ist dem Regierungsrat auch bewusst, dass es die übergeordnete Diskussion über den gemeinsamen Gesundheitsraum gibt und dass die mit grossem politischen Druck geführt wird. Wir sind auch gerne bereit, uns dieser Diskussion zu stellen, werden vermutlich am Nachmittag dann über die Motion Eberhard und Konsorten sprechen. Ich möchte jetzt dazu nicht viel mehr sagen, ausser dass wir selbstverständlich in einem engen Dialog sind mit den Partnerbehörden im Kanton Basel-Landschaft und wir gerne in Richtung einer engeren Abstimmung auch betreffend Investitionsvorlagen mit ihnen in Verhandlung gehen. Ich habe aber schon einleitend gesagt, in den jetzt aktuell plausiblen Szenarien braucht es ein starkes Unispital und dieses starke Unispital braucht eine belastbare, eine patienten- und arbeitnehmerfreundliche Infrastruktur, und die wollen wir hier absichern. Die ist durch Entwicklungen im gemeinsamen Gesundheitsraum nicht in Frage gestellt.

Über die Wandlung werden wir dann vielleicht nachher noch detaillierter sprechen, wenn Sie diese Anträge dann konkret entscheiden müssen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die GSK spricht nochmals Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (GAB):* Auch ich bedanke mich im Namen der GSK für die sorgfältige Debatte und für die Unterstützung, die wir hier heute leisten für das USB. Zum von David Jenny angesprochenen Punkt betreffend einer alternativen Finanzierungsmöglichkeit: Die GSK in ihrer Debatte dem Regierungsrat das Vertrauen ausgesprochen, die Möglichkeit einer Umwandlung des Darlehens in Eigenkapital in Anspruch zu nehmen. Wir haben in der GSK sogar die Frage besprochen, ob wir nicht anstatt eines Darlehens einfach das Eigenkapital erhöhen könnten. Das hätten wir ja auch machen können, aber wir sind dann in der gemeinsamen Debatte darauf gekommen, das nichts zu tun und dem Darlehensantrag der Regierung zu folgen.

Die Wahl anderer Varianten schliesst sich meines Erachtens nicht aus, das haben wir aber in der Kommission so im Detail nicht besprochen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit geht das Wort an Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich danke Ihnen ebenfalls für die Aufnahme und Debatte dieses Berichts zum Darlehen.

Ich glaube, es wurde alles Wesentliche bereits dazu gesagt. Es ist tatsächlich so, dass wir heute mit diesem Darlehen sowohl für das Klinikum 2 als auch für das Klinikum 3, sofern sie dann nach der Sommerpause dem Bebauungsplan zustimmen, wichtige Signale aussenden. Und diese Signale sind für die Gesundheitsversorgung unserer Region von grosser Bedeutung.

Etwas kritischer aufgenommen, aber von der Mehrheit der Fraktionssprechenden trotzdem zustimmend entgegengenommen wurde unser Antrag, den Beschlussantrag 2 zu streichen. Die Frage von David Jenny, ob Alternativen berücksichtigt und diskutiert worden sind, muss ich verneinen. Das war nicht der Fall. Ich würde aber im Gegensatz zu Oliver Bolliger schon sagen, dass wir, sollten Sie dann diesem Antrag des Regierungsrates folgen, den Beschlusspunkt 2 im Grossratsbeschluss beizubehalten, ihm «nur» diese Bewilligung erteilen, nämlich diejenige, wie sie im Beschlussantrag steht. Aber wir wünschen uns ja eben genau das nicht, wir wollen nicht, dass ein solcher Beschlusspunkt 2 eingeführt wird und hier überzeugt für mich auch die Argumentation des Regierungsrates nicht abschliessend. Regierungsrat Lukas Engelberger hat gesagt, es bestehe dann kein Wandlungszwang, das Unispital müsste die Wandlung zuerst beantragen. Er sagt selber, dass es gar noch nicht ganz klar wäre, ob dann tatsächlich auch dem Antrag des Unispitals stattgegeben werden würde und er argumentiert dann zusätzlich, dass, wenn es rasch gehen müsste, es schneller gehen würde, wenn nur der Regierungsrat - nur wertneutral ausgedrückt - über diese Wandlung entscheiden würde.

Hier möchte ich einfach in Erinnerung rufen, dass wir in den vergangenen Jahren - Corona lässt grüssen - oft auch als Parlament sehr rasch über sehr grosse Beträge in diesem hohen Hause beschliessen mussten, nicht für das Unispital, aber ganz generell, die auch unsere Rechnung, die Staatsrechnung des Kantons belastet haben und ich würde deshalb diesem



zukünftigen Parlament, in dem wir dann vielleicht alle nicht mehr sitzen werden oder wieder sitzen werden, zutrauen und auch zumuten, dass es, wenn es tatsächlich so dringend ist, hier auch weise entscheiden kann und auch allenfalls einem solchen Antrag des Regierungsrats zur Umwandlung zeitnah folgt.

Aber ich glaube, es wäre ein falsches Signal, wenn wir heute diesen Beschlusspunkt 2 belassen würden. Ich glaube, es ist direktdemokratisch sinnvoller, es ist auch ein stärkeres Signal an die Öffentlichkeit, wenn wir sagen, dass das Parlament, die Legislative, die Volksvertreterinnen und Volksvertreter dann zumal die Gelegenheit haben, diese Diskussion noch einmal aufzunehmen, sie noch einmal mit dem Regierungsrat zu führen, weil diese Entscheidung dann auch Einfluss hat auf die Staatsrechnung unseres Kantons und nicht nur auf das Unispital. Und deshalb glauben wir als Finanzkommission, dass die Streichung dieses Beschlusspunktes 2 korrekt ist und wir bitten Sie, diesem Antrag ebenfalls so zu folgen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ich nehme an, Sie nehmen die Zwischenfrage von David Jenny an. Das ist der Fall. Damit hat David Jenny das Wort.

*David Jenny (FDP):* Wenn der zweite Teil des Beschlusses bleibt gemäss Regierung und GSK, dann wäre im Vergleich dazu ein Rangrücktritt eine Sicht des Steuerzahlers das mildere Mittel. Es ist aber gesagt, das dürfte der Regierungsrat dann nicht ergreifen. Bleiben Sie bei dieser Auffassung?

*Joël Thüring (SVP):* Ich denke, wir könnten noch einmal darüber diskutieren. Sie sind ja ein Jurist, der dann das vielleicht in Erwägung ziehen könnte auszuführen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 10 des Berichts.

Titel und Ingress

Einzigster Absatz

Hier liegt der Änderungsantrag der GSK und des Regierungsrates vor. Sie möchten die Formulierung gemäss Ratschlag beantragen und einen zweiten Abschnitt einfügen. Der Antrag liegt Ihnen schriftlich vor. Wir eröffnen dazu die Debatte.

Antragsteller ist Lukas-Engelberger für den Regierungsrat.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Wir haben darüber ja bereits in der Eintretensdebatte gesprochen. Ich kann vielleicht hier anknüpfen an die Ausführungen von David Jenny. Dieser Hospital Run ist ja auch ein bisschen Science-Fiction, wenn uns Michael Schindelhjelm zuhört oder liest, nimmt er das vielleicht als Inspiration für eine zukünftige Oper einmal. Jedenfalls ist das tatsächlich nicht das Szenario, das wir vor Augen haben, dass das Vertrauen der Patientinnen und Patienten oder deren Angehörigen ins Erodieren kommt. Naheliegender ist, dass das Vertrauen der Revisionshäuser erodiert und die dann auf einer Wertberichtigung bestehen könnten einmal, falls sich zeigt, dass das Spital mit den betrieblichen Erträgen die hohen Bilanzsummen der Gebäude in seiner Rechnung nicht mehr erwirtschaften können würde. Und das geht dann ziemlich schnell, wie wir eben beim Felix Platter-Spital haben sehen müssen, es gibt auch einige andere Fälle im schweizerischen Spitalumfeld, wo das eingetreten ist. Dann glaube ich, ist es schon auch richtig, dass man schnell das Vertrauen herstellen kann, dass das Spital eine gesunde Finanzbasis hat.

Natürlich ist das auch möglich in einem parlamentarischen Verfahren. Ich möchte hier nicht Unterstellungen in die Welt setzen. Dieses ist allerdings, das muss man schon sagen, auch ein politischeres Verfahren und entsprechend könnte das dann auch eine schwierigere Zeit für das Spital in der Übergangsphase bedeuten. Ich glaube, das ist der Punkt, den wir abfedern möchten. Aber selbstverständlich sind auch Überlegungen zur Gewaltenteilung und zu den Rechten des Parlaments legitim und wir nehmen das selbstverständlich so entgegen, wie Sie das entscheiden.

Falls sie uns ermächtigen mit diesem Beschluss 2, eine Wandlung vorzunehmen, würden wir uns jetzt in meiner Interpretation spontan schon auf den Standpunkt stellen, dass auch die mildere Form des Rangrücktritts durch den Regierungsrat beschlossen werden könnte. Ich glaube, das wäre das plausiblere, aber das wäre dann eine Frage, die im aktuellen Kontext natürlich zu beantworten wäre. Wir wollen diesen Kontext vermeiden. Wir zählen darauf, dass das Darlehen dazu hilft, dass die Spitalgremien das Richtige tun und wir diesen Kontext vermeiden können. Beschluss 2 ist sozusagen ein Sicherheitsnetz. Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie uns ermöglichen, das aufzuspannen und möchten deshalb den Antrag hier doch zur Abstimmung bringen.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ebenfalls Antragsteller ist Oliver Bolliger für die GSK.

*Oliver Bolliger (GAB):* Nur kurz, aus Sicht der GSK ist die Verantwortungsübernahme des Eigners bei unserem eigenen Universitätsspital der grösste ausschlaggebende Punkt, weshalb wir an diesem Antrag festhalten. Ich denke, da ist der Eigner in der Verantwortung, ob jetzt das schnell gehen muss oder auch eine gewisse Zeit haben kann. Er bleibt trotzdem in der Verantwortung. Die Möglichkeit, das Darlehen in Eigenkapital umzuwandeln, erschliesst sich der GSK als normaler Vorgang und deswegen halten wir an diesem Vorgehen fest.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Gegen den Antrag spricht Joël Thüring für die Finanzkommission.

*Joël Thüring (SVP):* Regierungsrat Lukas Engelberger hat schon bemerkt, dass eigentlich vorher in der Debatte auch schon alles gesagt worden ist. Der Eigner des Spitals ist natürlich nicht der Regierungsrat, sondern das ist letztlich der Kanton, und die Vertretung im Kanton Basel-Stadt ist einerseits die Regierung, andererseits das Parlament. Wir haben mit dem Entscheid, den Beschlusspunkt 2 zu streichen ja nicht gesagt, dass wir dem Regierungsrat nicht vertrauen würden, dass er die richtige Entscheidung fällen würde, wenn das Spital in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten gerät. Diese Definition ist ja auch etwas juristisch vage, völlig verständlich, dass die auch juristisch vage sein muss. Wir sagen damit nur, dass wir als Parlament in einer gewissen Art und Weise ein Mitbestimmungsrecht haben möchten, und das würde dann auch bei einem Rangrücktritt letztlich so gewährleistet bleiben müssen aus meiner Sicht, denn ein Verzicht auf so etwas hat ja dann wiederum auch Einfluss eben auf die Staatsrechnung, also ist eben der dannzumalige Gläubiger der Kanton Basel-Stadt und damit eben auch wieder die Volksvertretung, der Grosse Rat. Und deshalb ist es eigentlich auch beim Rangrücktritt dasselbe Muster, das sich da aufzeigen würde. Deshalb glauben wir, ist es gut, wenn der Grosse Rat herein gebunden ist und ich gehe auch davon aus – Regierungsrat Lukas Engelberger muss mir das jetzt nicht noch bestätigen, weil ich weiss, dass das so wäre –, dass natürlich bei ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten auch rechtzeitig einerseits zwischen Regierung und Spital, aber andererseits dann auch zwischen Regierung und Parlament das Gespräch gesucht werden würde im Rahmen der Präsentationen der Jahresrechnung eines Spitals in der zuständigen Sachkommission.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nehmen Sie die Zwischenfrage an? Sie wird angenommen.

*Andrea Strahm (Mitte-EVP):* Glauben Sie nicht, dass die Kreditwürdigkeit des Spitals schon allein dadurch, dass wir jetzt dem Antrag der GSK folgen, essenziell ist und erhöht werden könnte durch diesen Entscheid?

*Joël Thüring (SVP):* Nein, das glaube ich nicht, denn letztlich ist ja die Berechnung der Wirtschaftlichkeit über die EBITDA-Marge im Bericht der Finanzkommission dargelegt, und die zeigt eine gewisse Unsicherheit in dieser Finanzplanung von jetzt bis 2040. Deshalb ist es aus unserer Sicht auch nicht notwendig, jetzt aufgrund der Frage von Ihnen den Beschlusspunkt 2 im Antrag beizubehalten.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung. JA heisst Zustimmung zum Antrag von Regierungsrat und GSK und damit Erweiterung des Beschlusses, NEIN heisst Ablehnung und Verbleiben bei der Version der Finanzkommission.

### **Abstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**23 Ja, 64 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003501, 16.05.24 11:40:01]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Änderungsantrag abzulehnen.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben den Antrag abgelehnt mit 64 Nein-Stimmen gegen 23 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

### Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN\$

### Ergebnis der Abstimmung

**87 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003503, 16.05.24 11:40:43]

### Der Grosse Rat beschliesst

Dem Universitätsspital Basel (USB) wird für die Bauvorhaben Neubau Klinikum 2 Phase 1 (Turm) und Klinikum 3 ein verzinsliches und rückzahlbares Darlehen in Höhe von Fr. 300'000'000 gewährt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben ein Mal Nein, zwei Mal mit Enthaltung und 87 Mal ja gestimmt. Damit ist der Grossratsbeschluss angenommen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir fahren weiter mit Traktandum 13.

## 13. Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Allschwilerplatz sowie für eine klimaangepasste Platzgestaltung, Bericht der UVEK

[16.05.24 11:40:59, 22.1551.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Umwelt-, Verkehrs und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Raphael Fuhrer.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Beim Allschwilerplatz besteht Erhaltungsbedarf. Der Regierungsrat hat aus diesem Grund ein Projekt ausgearbeitet, das diverse Verbesserungen vorsieht. In anderen Worten sind heute auf dem Allschwilerplatz einigen Defizite vorhanden, insbesondere die schlechte Aufenthaltsqualität. Auch unter diesen Umständen kann aber Quartierleben stattfinden. Es gibt eine Haltestellenkiosk, es gibt einen Stadtgarten und es gibt hin und wieder auch einen Foodtruck, der dort Halt macht.

Die UVEK hat die jetzige Situation genau angeschaut, ist auch vor Ort gewesen, hat die jetzige Nutzung zur Kenntnis genommen und vor allem auch ist sie sich bewusst, dass im Umfeld des Platzes mit dem Ökolampadhaus und mit der Ökolampadanlage inklusive dem Markt, der dort regelmässig stattfindet, und weiteren Institutionen im Umfeld wie zum Beispiel die Stadtbibliothek, dieser Platz eine sehr wichtige Rolle für das Quartier hat. Er liegt auf der Achse der Allschwilerstrasse, er liegt aber auch so, dass verschiedene Verkehrswege dort durchführen.

Wir haben uns in der UVEK Zeit genommen, dieses Geschäft intensiv zu beraten. Wir haben gestartet im Sommer 2023 und haben das Geschäft im April 2024 abgeschlossen und dafür insgesamt sieben Sitzungen verwendet. Wie gesagt, sind wir auch vor Ort gewesen zu Beginn der Beratung. Wir hatten dort einen ersten Teil, wo wir als Kommission mit dem Bau- und



Verkehrsdepartement uns zuerst einen Überblick der Lage gemacht haben, einige Dinge unter uns angeschaut haben, und im zweiten Teil dann aber auch mit diversen Akteuren aus dem Quartier im und um den Platz herum sowie mit weiteren Organisationen, deren spezifische Anliegen wir angeschaut und diskutiert haben.

An dieser Stelle möchte ich mich bedanken beim Bau- und Verkehrsdepartement für die Bereitschaft, die Anliegen, die die UVEK daraus entwickelt hat, aufzunehmen und uns als Kommission diverse Optionen aufzuzeigen, wie man mit diesen Anliegen umgehen könnte. Denn das möchte ich schon vorwegnehmen, die UVEK hat gegenüber dem Ratschlagsprojekt doch einige Änderungen vorgenommen.

Zurück zum Ratschlagsprojekt: Dieses ist ja auch im Bericht des Regierungsrats ausführlich diskutiert. Es beinhaltet eine Reorganisation der Fahrbeziehungen, in diesem Zusammenhang geht es auch darum, wie viele Parkplätze verbleiben können und welche weichen müssen. Es geht um neue und bessere Querungen für den Fuss und Veloverkehr. Es gibt eine ganz neue Veloverbindung, die heute nicht besteht, und das Projekt beinhaltet auch eine neue Lage der Haltestelle des Trams, denn sie soll künftig hindernisfreies Einsteigen erlauben. Vorgesehen ist auch eine Tramsicherungsanlage in Richtung Morgartenring. Insgesamt kann man also festhalten, es wird eine neue Gestaltung geben, eine neue Durchwegung. Diese orientiert sich am Prinzip des kurzen Aufenthalts, vor allem des Ein- und Aussteigens beim öffentlichen Verkehr.

Die UVEK setzt ihre Kritikpunkte an diesem Punkt an. Wir finden, dass die Gestaltung ein zu geringes Gewicht auf Begrünung und Entsiegelung legt. Wir finden auch, dass keine eigentliche Platzsituation besteht. Es sind vielmehr diverse Flächen, die durchwegt werden. Für uns ist die Verzahnung des Platzes mit der Umgebung, insbesondere mit dem Ökolampadhaus ungenügend. Auch ein Identität stiftendes Element würde in Zukunft fehlen. Es ist unklar, ob die Zwischennutzungen weitergeführt werden können. Und schliesslich empfinden wir auch die Geschwindigkeit von 50 km/h aus zu hoch im und um den Platz herum.

Für uns war nach diesen Feststellungen klar, entweder werden wir das Geschäft zurückweisen oder wir versuchen substantielle Anpassungen zu erwirken. Sie sehen, ich sitze hier nun und werde das Projekt vertreten, wir haben uns entschieden, diese substantiellen Anpassungen vornehmen zu lassen und haben am Schluss mit 12 zu 0 Stimmen das abgeänderte Projekt auch verabschiedet. Der Plan, wie das Projekt dann aussieht, sehen Sie in unserem Bericht in Abbildung 6. Es gibt auch eine Folie dazu. Ich werde jetzt nämlich auf die Änderung gegenüber dem Regierungsrat eingehen.

Mit unserem Projekt der UVEK möchten einen Flächengewinn erreichen für Begrünung und Entsiegelung und damit auch für mehr Nutzungen auf dem Platz, und das durch eine Reduktion an Parkplätzen, an Wegen und an Randflächen. Den Flächengewinn möchten wir nutzen, damit eine zusammenhängende Fläche entsteht, wo auch Quartiernutzung stattfinden kann. Uns ist wichtig, diese Verzahnung der Platzmitte mit den Platzrändern und den angrenzenden Nutzungen herzustellen, denn wir möchten nicht, dass der Allschwilerplatz eine Insel, umgeben von Verkehr ist. Wir sehen darum in unserem Projekt vor, dass die Randsteine abgesenkt werden und dass in dem U, das im Osten Süden und Westen des Platzes ist, eine Begegnungszone signalisiert wird.

Wir möchten mit diesen Änderungen erreichen, dass der Aufenthalt auf diesem Platz ermöglicht wird, und zwar einen längeren Aufenthalt, als nur auf das nächste Tram zu warten. Aber auch das Verweilen soll möglich sein. Die Quartiernutzungen und die Bezüge zu den umgebenden Nutzungen, wie zum Beispiel der Ökolampadmatte oder des Ökolampadhauses sollen stattfinden und der Platz soll diese Nutzungen auch ein Stück aufnehmen.

Wir haben weitere Ideen geprüft und verworfen. Das sind namentlich eine komplette Aufhebung der Fahrbahnen im Osten, Süden und Westen. Das haben wir verworfen, sind dann aber auf die Begegnungszone eingeschwenkt. Wir haben auch verworfen, ein fixes multifunktionales Gebäude auf dem Platz zu erstellen. In diesem Zusammenhang auch haben wir geprüft, ob man das bestehende IWB-Gebäude anders nutzen könnte. Wir haben diese zwei Dinge verworfen aus finanziellen Gründen. Die Umnutzung des IWB-Gebäudes würde zwischen fünf und sechs Millionen Franken kosten. Ein neues multifunktionales Gebäude würde so viel kosten, dass eine Jahresmiete rund 30'000 Franken kosten würde. Denn erstellt man ein neues Gebäude, muss es natürlich den geltenden Normen entsprechen, was Toilette, Zugang und so weiter anbelangt.

Aber wir sehen ein kleines bauliches Element vor. Wir sprechen in unserem Bericht zum Beispiel von einem Pergola ähnlichen Element. In einem Mitwirkungsverfahren soll durchdacht werden, wie es aussehen soll und auf welche Nutzungen es abgestimmt werden soll. Wir haben uns auch Gedanken gemacht, ob man das heutige Tramhaus in irgendeiner Form erhalten könnte. Das ist nicht möglich, weil die Gleislage verändert werden muss, damit die Trams in einer Geraden halten können, damit dieser hindernisfreie Einstieg gewährleistet ist. Ein anderes Projekt würde vom Bundesamt für Verkehr auch nicht bewilligt. Und das wiederum heisst, dass das Tramhaus sich verschieben muss. Es muss also demontiert werden. Und wenn man das schon macht, dann greift der Grossratsbeschluss, der vorsieht, welche Tramhaltestelleninfrastruktur anzuwenden ist. Dazu gibt es einen GRB. Das erlaubt auch in Zukunft für die Fahrgäste des öffentlichen Verkehrs in beide Richtungen einen Witterungsschutz anzubieten, heute ist das ja nur in einer Richtung der Fall. Was wir auch verworfen haben, ist die Veloverbindung von der Eichenstrasse in Richtung Allschwilerstrasse. Das ist aus Sicherheitsgründen nicht machbar.



Nun noch dazu, wie sich die UVEK das weitere Vorgehen vorstellt. Wir sind mit unserem Projekt in eine andere Richtung gegangen und haben gesagt, dass dieser Platz eine sehr wichtige Funktion für das Quartier hat. Wir möchten darum eine Gestaltung, die eine Quartiernutzung möglich macht. Welche Nutzung das sein soll, ist aber nicht an uns als Kommission oder als Grosser Rat im im Jahr 2024 festzulegen. Es sind ja noch einige Jahre ausstehend, bis dann das Projekt wirklich gebaut wird. Da soll wiederum die Quartierbevölkerung sich einbringen können. Wir sehen in unserem Beschlussantrag darum vor, 30'000 Franken für ein Mitwirkungsverfahren für die Durchführung vorzusehen und wiederum 150'000 Franken für die Umsetzung, was bei diesem Mitwirkungsverfahren herauskommen wird. Sie sehen auf dem Plan zwei schraffierte Flächen. Das sind Flächen im grünen Bereich, wo zum Beispiel so etwas wie der heutige Stadtgarten weitergeführt werden könnte, wenn das Quartier das möchte. Wir haben aber auch gesagt, dass es vielleicht nötig sein wird, das gewisse Wünsche aus dem Mitwirkungsverfahren zum Beispiel auf der Mergelfläche stattfinden. Diese befindet sich in unmittelbarer Nähe zum vorgesehenen Platz des Foodtrucks, wo es auch einen Medienpunkt gibt.

Insgesamt heisst das also folgendes: Wir haben die Gestaltung aus unserer Sicht optimiert. Sie lässt in Zukunft so auch mehr Quartiernutzungen zu, welche Nutzungen das sein sollen, dafür sehen wir ein Mitwirkungsverfahren vor und dort können dann die Akteure aus dem Quartier, die sich heute schon engagieren oder die auch noch hinzukommen, einbringen. Und somit entsteht aus unserer Sicht ein rundes Gesamtpaket mit einer stadtklimatisch guten Gestaltung, mit einer attraktiven Aufenthaltsqualität, welche die Flexibilität offenlässt, dass im Mitwirkungsverfahren dann auch Nutzungen, die im Interesse des Quartiers sind, starten oder weitergeführt werden können.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Für die Regierung halt das Wort Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Sie kennen den Platz heute. Er ist stark verkehrsorientiert, er ist auch fragmentiert. Es ist eigentlich gar kein wirklicher Platz, weil er eben sehr verkehrsorientiert ist. Und das möchten wir ändern. Es gibt auch ganz konkreten Handlungsdruck. Wir möchten und müssen diese Haltestelle so gestalten, dass man künftig ohne Stufe einsteigen kann. Es ist auch ein Punkt, der sensibel ist in der Nähe von Altersheimen, in der Nähe von Spitälern, Institutionen im medizinischen Bereich. Also da gibt es auch einen hohen Druck, diese Haltestelle umzugestalten.

Und wenn wir das tun, möchten wir eben auch das Potenzial eines Ortes nutzen, auch die Infrastruktur natürlich im Boden erneuern, aber eben auch diesen Ort noch zu etwas machen, was er eben sein kann, ein eigentlicher Platz. Wir haben dann gestartet mit einem Mitwirkungsprozess im Jahr 2020, der war ausnahmsweise digital, weil es während Corona war. Es haben doch 70 Leute mitgemacht. Das war eine spannende Erfahrung. Wir haben dann 2021 die Überarbeitung präsentiert und daraus dann diesen Ratschlag erarbeitet.

Nun hat sich die UVEK darüber gebeugt und ich möchte an dieser Stelle der Kommission und dem Präsidenten wirklich ganz herzlich danken für die sehr intensive Auseinandersetzung. Wir haben uns über die Pläne gebeugt. Wir haben diskutiert, was kann, was können wir noch anders machen, was können wir besser machen? Die Kommission war vor Ort. Man hat es sich wirklich nicht leicht gemacht, und wie Sie sich vorstellen können, sind gerade bei solchen Plätzen die Ansprüche auch sehr vielfältig und sehr gross.

Vielleicht darf ich auch vorwegschicken, wenn wir so einen Platz gestalten, dann muss das nachher für Jahrzehnte so gut sein und möglichst flexibel sein. Wir bauen Plätze nicht für ein, zwei oder vier Jahre, sondern eben in einer Art und Weise, wie wir denken, dass es über Jahrzehnte auch eine flexible Nutzung für das Quartier ermöglicht. Die Anpassungen der UVEK werden vom Regierungsrat begrüsst. Es wurde mehr Entsigelung geschaffen. Es ist auch eine Mitwirkung angedacht, um eben auch der Bevölkerung noch Gelegenheit zu geben, auf zwei ganz spezifischen Stellen auf diesem Platz noch Einfluss zu nehmen und zu überlegen, welche Nutzung sinnvoll ist. Logischerweise können wir nicht die ganze Planung dann nochmals aufgreifen, aber hier denke ich, ist das eine gute Art und Weise, wie man auch nach Gestaltung des Platzes eben noch Einfluss nehmen kann.

Dies aber, und das ist ganz ganz wichtig, mit einer mobilen Lösung. Wenn wir jetzt wieder ein Haus dahin stellen, dann versiegeln wir mehr und das wiederum würde auch bedeuten, dass es keine Zwischennutzung mehr wäre. Ein Haus würde bedeuten, dass nachher auch eine reguläre Miete verlangt werden müsste, und deshalb eben ist eine mobile Lösung oder eine Art Pergola an dieser Stelle sehr sinnvoll. So kann sich die Nutzung auch über die nächsten Jahrzehnte noch verändern.

Ich bin sehr gespannt auf die Debatte und ich danke noch einmal der Kommission für die sorgfältige Bearbeitung des Geschäftes und ich werde mich gegebenenfalls noch für ein zweites Votum melden.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Und besten Dank. Ich freue mich auch auf die Debatte. Aber diese wird erst heute Nachmittag stattfinden.



*Balz Herter (Mitte-EVP):* Aber diese wird heute Nachmittag stattfinden. Ich wünsche Ihnen einen guten.

**Schluss der 14. Sitzung**

11:56 Uhr



## Protokoll

der 15. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Donnerstag, den 16. Mai 2024, um 15:00 Uhr

**Vorsitz:** *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*

**Abwesende:** *Barbara Heer (SP); Raoul I. Furlano (LDP); Nicole Amacher (SP); Gianna Hablützel-Bürki (SVP); Daniela Stumpf-Rutschmann (SVP); Lukas Bollack (GLP); Brigitte Gysin (die Mitte/EVP); Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP); Tonja Zürcher (GAB); Felix Wehrli (SVP).*

### Verhandlungsgegenstände:

13. Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Allschwilerplatz sowie für eine klimaangepasste Platzgestaltung, Bericht der UVEK..... 2
14. Gestaltungskonzept Innenstadt: Vierter Bericht zur Verwendung der Mittel aus der ersten Rahmenausgabenbewilligung (2015) sowie erster Bericht zur Verwendung der Mittel aus der zweiten Rahmenausgabenbewilligung (2021) Gestaltungskonzept Innenstadt (stabile Räume), Bericht des RR .. 18
15. Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung in den Jahren 2021 und 2022, Bericht der UVEK..... 21
17. Motion 1 Joël Thüring und Konsorten betreffend ungültige Stimmen vermeiden – Wahlunterlagen anpassen ..... 28
18. Motion 2 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Chancengerechtigkeit für migrierte Schülerinnen und Schüler durch langfristige Sicherstellung eines Förderprogramms für leistungsstarke Jugendliche ..... 30



## Beginn der 15. Sitzung

Donnerstag, 16. Mai 2024, 15:00 Uhr

### 13. Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Allschwilerplatz sowie für eine klimaangepasste Platzgestaltung, Bericht der UVEK

[16.05.24 15:00:12, 22.1551.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir starten mit dem ersten Fraktionssprecher André Auderset für die LDP.

*André Auderset (LDP):* Ich darf mich gleich doppelt outen. Zum einen, ich liebe Erdbeeren, insofern hat mich das gestern sehr gefreut, was wir da bekommen haben im Zusammenhang mit diesem Traktandum, zum zweiten oute ich mich als Wissender und Betroffener, ich wohne nämlich an der Pfefferstrasse und das ist gerade hinter dem Allschwilerplatz. Für einmal also mal nicht über das Kleinbasel.

Diese Vorlage, die hat nahezu eine Attacke vor, kann man sagen, auf ein Zentrum, das sich gebildet hat dort in der Gegend, auf einen Platz, der früher unansehnlich war, heute eigentlich immer noch ziemlich unansehnlich ist, der aber trotzdem von der Bevölkerung dank einigen initiativen Leuten doch sehr gut angenommen wurde, der sich wirklich in ein Begegnungsort entwickelt hat, sogar im Winter mit diesem Pflanzgarten, ringsum Flammenschalen, wo auch die Leute rumsitzen, auch die umliegenden Alterswohnungen, die Bewohnerinnen und Bewohner dort haben das durchaus sehr geschätzt. Und jetzt also soll dieser Ort einfach einmal kaputt renoviert werden. Ich sage das mal so deutlich.

Es wäre eigentlich schon aus Sicht der meisten oder vieler Anwohnerinnen und Anwohner eine Katastrophe, was der Regierungsrat in seinem Bericht hat. Nur wurde das durch die UVEK dann auch noch ideologisch aufgeladen und verschärft nach dem Motto: Es kann ja nicht sein, ein Bauprojekt durchzuwinken, ohne dass man eine zweistellige Zahl von Parkplätzen aufgibt oder aufhebt. Nur ist das in diesem Zusammenhang jetzt gar nicht mein wichtigster Kritikpunkt. Nennen wir einige dieser Kritikpunkte:

Zum einen, man will also hier entsiegeln und begrünen. Bitte gehen Sie heute vielleicht, wenn Sie an die Eröffnungsfeier des Oekolampad gehen, gehen Sie mal etwas um diesen Platz herum. Dann sehen Sie auch die Schönenbuchstrasse, die am Oekolampad vorbeiführt, also begrünter geht es ja gar nicht mehr. Auf der linken Seite eine ganze Baumreihe, auf der rechten Seite üppige Vorgärten, meist auch noch mit einem Baum, also wenn Sie irgendwo nicht entsiegeln müssen oder es keine wirkliche Priorität hat, dann ist es eben am Allschwilerplatz. Wenn Sie entsiegeln wollen, haben Sie gleich nebensan eine gute Möglichkeit. Da hat man nämlich zwischen dem Brausebad und dem Allschwilerplatz an der Allschwilerstrasse jede Menge Parkplätze unter fadenscheinigen Gründen aufgehoben, dort haben wir jetzt wirklich eine Betonwüste. Da passiert gar nichts mehr, vorher standen Autos darauf, jetzt steht da gar nichts drauf. Da könnte man durchaus entsiegeln, da hätte es auch noch Platz für die eine oder andere Bepflanzung, vielleicht für die Kellerschen Blumenkübel oder die mobilen Grüninseln, die ja auch noch ihre Plätze suchen. Da könnte man also durchaus etwas machen, aber am Allschwilerplatz selber entsiegeln brauchen Sie wirklich nicht.

Dann würden mit dieser Neufassung auch die ganzen Gitter verschwinden, diese Häge aus Metall, die Sie vielleicht heute noch sehen werden. Und die sind auch sehr nützlich, die hindern nämlich die Kinder, die dort auf dem Platz durchaus spielen, daran, auf die befahrene Strasse zu fahren und die Strasse, die auch bleiben soll, nämlich die Verbindung von der Ahornstrasse in die Allschwilerstrasse rauf zum Morgartenring, die ist relativ stark befahren, es hat zwar Fussgängerstreifen dort, aber trotzdem, diese Gitter sind dort eigentlich sehr nützlich.

Dann soll das Tramhäuschen verschwinden. Wir haben gehört, das muss deshalb passieren anscheinend, weil man ja die Schienenführung anders machen muss, damit man diese unsäglichen hohen Rampen machen kann, um ebenerdig in das Tram einzusteigen. Erstaunlicherweise muss man dann die Haltestelle auch noch gleich verlängern, damit nämlich die Gehbehinderten um diese Haltestelle rumlaufen können, weil sie durch die Haltestelle nicht wie heute durchlaufen können, weil eben der Niveauunterschied zwischen der Traminsel und dem Schienenbett viel zu hoch ist. Das an sich schon nahezu pervers, aber das ist ein anderes Thema, nämlich dass diese behindertengerechte Gestaltung durch Ihre Gestaltung eher noch Behinderungen schafft. Das Tramhäuschen also soll verschwinden, das sich damals wirklich bewährt hat, das fast schon einen gewissen Kultstatus da im Quartier erreicht hat, auch dank diesem sehr initiativen Erdbeerenverteiler von gestern, aber nicht nur dank ihm, sondern auch durch andere Sachen, die dort passieren ringsum, das jetzt einfach zu schleifen, ist völlig unsinnig und auch dies geschieht eigentlich gegen den Willen wohl der meisten im Quartier.



Dann kommt dazu, dass die Taxistandplätze verschwinden sollen. Sie haben hintendran das Merian Iselin Spital, Sie haben von Wibrandis eine grosse Siedlung von altersgerechten Wohnungen, wo die Leute dann nicht ins Heim müssen, sondern in ihrer eigenen Wohnung leben können, all diese Leute sind natürlich sehr stark angewiesen auch auf das Taxi. Auch diejenigen, die am Allschwilerplatz aussteigen und sich dann etwas weiter hinten im Quartier zu ihrem Wohnort bewegen, sind zum Teil auch sehr froh, dass sie für diese zwar kurze Strecken, aber trotzdem für sie halt mit Rollator oder mit Stöcken mühsamen Strecken dann die Taxis benutzen können. Und auch das sehen Sie vielleicht heute, wenn Sie zur Eröffnung gehen, dort stehen eigentlich praktisch auch immer ein bis zwei Taxis, das ist also durchaus sehr praktisch und sehr gut.

Fazit: Man hat hier ohne Not und ohne dass man wirklich die Interessen der Anwohnerschaft auch wirklich geprüft hätte, ein Projekt aufgestellt, das man eigentlich so nicht wollen kann und auch nicht will im Quartier. Natürlich lässt sich da durchaus sanft einiges verändern, ein wirklich schöner Platz ist es nicht, aber von dieser schlechten Aufenthaltsqualität, wie der Kommissionspräsident geredet hat, haben sich bis jetzt eigentlich die Anwohner nicht beeindrucken lassen. Die haben den Platz angenommen und sie würden ihn sicher noch besser annehmen, wenn man ihn etwas leicht sanieren würde, aber nicht gleich kaputt renoviert.

Nun, das ist auch gefallen, man hat sich ja bei den Anwohnern erkundigt, man hat ja da auch Umfragen gemacht, steht auch im Bericht, zwei Stück sogar digital. Ich habe es vorher schon erwähnt, es hat sehr viele Alterswohnen, sehr viele Alteingesessene dort, ich überlasse es Ihrer Einschätzung, wie viele Leute dort an einer digitalen Umfrage teilnehmen. Und die Baudirektion hat es erwähnt, man will nachher auch noch eine Begehung mit den Anwohnenden machen und noch weitere Bedürfnisse abklären. Das finde ich natürlich, um das so zu sagen, das Pferd vom Schwanz aufgezäumt. Zuerst bitte fragt man mal genau, und zwar in Echtzeit und an Ort die Bedürfnisse der Anwohnerschaft ab und dann macht man ein Projekt. Sonst ist das übliche, was leider sehr oft bei diesen Mitwirkungsprojekten passiert, man lädt die Leute ein, macht sogar tolle Workshops und alles Mögliche und am Schluss sagt man, es ist toll, was ihr alles erarbeitet hat, das geht leider nicht, wir machen jetzt das, was wir schon am Anfang gesagt haben. Das schafft nur frustrierte Leute, aber sicher keine echte Mitwirkung.

Kurz und gut, es ist etwas, was so in dieser Form nicht nötig ist, was so in dieser Form nicht sinnvoll ist, und darum beantragt Ihnen die Liberaldemokratische Fraktion, dieses Projekt zurückzuweisen an den Regierungsrat nach dem Motto, das lässt sich viel gescheiter machen. Bitte tun Sie es.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* André Auderset, es liegen zwei Zwischenfragen von Lisa Mathys und Jean-Luc Perret vor. Nehmen Sie sie an? Sie werden angenommen.

*Lisa Mathys (SP):* Sie haben die behindertengerechte Haltestelle erwähnt und haben gesagt, es ginge um die Erhöhung unsäglicher Rampen, wenn ich Sie richtig verstanden habe, und dass das Haus deswegen abgebaut werden müsse. Erinnern Sie sich aus Ihrer UVEK-Zeit, dass es für eine behindertengerechte Haltestelle wichtig ist, dass die Geleiselage gerade ist wegen dem Spaltmass? Und bestreiten Sie das Bedürfnis der Alterswohnungen und somit die Behinderten haben?

*André Auderset (LDP):* Es ist wohl hier nicht der Ort, jetzt über die Sinnhaftigkeit genau dieser Art von Behinderten-Haltestellen zu diskutieren, aber ich bin überzeugt, wenn man will, findet man Möglichkeiten, dieses Tram auch so zu legen, Platz genug ist ja vorhanden, auch asphaltiert fest genug vor allem, die Schienen etwas so umzulegen, dass man das Trambahuschen erhalten kann. Sie würden auch nicht das Spalantor abreißen, nur weil dort das Tram um eine Kurve geht.

*Jean-Luc Perret (SP):* André Auderset, Sie haben von der Mitwirkung gesprochen, die besser gemacht werden soll. Was wäre denn für Sie ein guter Zeitraum zwischen der Mitwirkung und der Umsetzung dieser Projekte, ein vernünftiger?

*André Auderset (LDP):* Ein vernünftiger wäre, dass man einmal das aufschreibt seitens der Verwaltung, was man machen will. Das hätte dann auch das sein können, was wir jetzt als Bericht vom Regierungsrat erhalten haben, und dann erst mal Versammlungen macht dort vor Ort oder auch in einem benachbarten Lokal, das Oekolampad hätte sich angeboten, um dann die Bedürfnisse der Anwohner abzuholen und dann nochmal in das Büro zurückzugehen, um sich ernsthaft damit zu beschäftigen, wie man diese Anliegen erfüllt und nicht, wie man sie am besten abwehrt und trotzdem das macht, was man ohnehin schon immer wollte.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Sprecher gemäss der Reihenfolge von heute Morgen ist Beat K. Schaller.



*Beat K. Schaller (SVP):* Die SVP bittet Sie, die Ausgabenbewilligung für diese Erhöhung der Verkehrssicherheit, etc. zur Nachbesserung an den Regierungsrat zurückzuweisen. Natürlich, das Argument, wie Sie es so erwarten können von der SVP, die Parkplätze. Ich weiss, einige in diesem Saal schütteln den Kopf, wieso die Aufhebung dieser Abstellmöglichkeiten für den Teufel MIV überhaupt ein Thema ist, es sei doch unnötig, nein, diese Diskussion erspare ich Ihnen nicht. Es ist ein Thema, auch wenn nach der Ideologie einiger in diesem Saal alles getan werden muss, um den Teufel MIV aus der Stadt zu verjagen.

Das Quartier um den Allschwilerplatz ist ein ruhiges Quartier, welches aber leider mit Parkplätzen alles andere als gesegnet ist. Es enthält ein Spital und in Gottes Namen, in ein Spital können nicht alle und auch nicht alle Besucher mit dem Velo oder mit dem ÖV anreisen und trotzdem wird hier der Krieg gegen die Autofahrer munter weitergeführt. Die UVEK schreibt ja selbst, im 2021 seien auf der Achse Morgartenring/Allschwilerplatz/Spalenring 104 Parkplätze aufgehoben worden und die Bevölkerung muss sich damit auseinandersetzen, wie geht sie damit um. Und ich kann Ihnen ein Beispiel sagen aus meinem Bekanntenkreis, da hat jemand mit den Füessen abgestimmt, ist ein paar 100 Meter weitergezogen nach Allschwil und dort ist er jetzt glücklich und muss sich nicht mit diesen Schwierigkeiten von Basel auseinandersetzen. Ich kann immer nur wiederholen, Sie kämpfen nicht gegen das Auto, Sie kämpfen gegen die Menschen, welche ein Auto einsetzen, welche auf das Auto teilweise angewiesen sind. Gerade die unter Ihnen, welche zu Recht von Menschlichkeit, Respekt vor dem Menschen reden, Sie führen Krieg gegen diejenigen, welche nicht in Ihr Mobilitätsweltbild passen und Sie verjagen diese Menschen. Hier von Respekt dem anderen gegenüber zu reden, finde ich als schwierig.

Dann kommt hinzu, da ist noch der Anzug von Herrn Kollege Jean-Luc Perret mit der beidseitigen Keulung der Parkplätze an der Ahornstrasse. Man muss kein grosser Wahrsager sein, um vorherzusehen, dass dieser Anzug überwiesen werden wird. Der Anzug enthält den Passus: die Markierung von beidseitigen Velostreifen anstelle der Parkplätze in der Ahornstrasse könnten diese Mängel beheben. Dass Sie damit die Leute aus dem Kanton verjagen, den Suchverkehr noch verstärken, die Sicherheit mit diesem Suchverkehr gerade für Fussgänger noch vermindern, das scheint offenbar egal zu sein, Hauptsache Sie kämpfen für die gute Sache und machen dem Teufel Autofahrer das Leben schwer. Solange Parkplätze aufgehoben werden ohne Alternative, sind solche Ratschläge zurückzuweisen.

Zweiter Punkt: Der Platz als Quartierzentrum, der Platz als Begegnungszentrum, der Platz als Ergänzung zur Matte und zum neuen Café im Oekolampad-Gebäude. Ja, dieser Platz lebt, dieser Platz ist in der jetzigen Form beliebt im Quartier. Sie haben es gestern gesehen mit diesem Bioladen, die Erdbeeren, da konnten wir endlich mal Erdbeeren essen, die nach Erdbeeren geschmeckt haben, nicht einfach nur nach rotem Wasser. Sie wurden nicht über hunderte, tausende Kilometer hierher geflogen. Warum Sie das einfach so über Bord werfen wollen, ist mir nicht erklärlich.

Natürlich kommt das Argument, stimmt, es ist eine Zwischennutzung und eine Zwischennutzung ist von ihrer Natur her zeitlich beschränkt. Aber gerade in unserem Kanton hat ja eine zeitliche Beschränkung nur eine relative Bedeutung. Ich erinnere Sie, vor ein paar Jahren wurde in einer Interpellation gefragt, ob man nicht die Zwischennutzung des Ex-Esso-Areals verlängern könnte und da hat der Regierungsrat gesagt, ja, ja, das wolle er dann noch schauen, das sei durchaus möglich, er werde dann noch darüber entscheiden. Also solche Verlängerungen von Zwischennutzungen sind nicht ausgeschlossen.

Auch die Mitwirkung, die da jetzt so hoch gelobt wird, ist doch mit sehr engen Rahmenbedingungen versehen. Auf diesen Mitwirkungsflächen sind keine Strom- oder Wasseranschlüsse vorgesehen, die würden mit grosser Sicherheit nachher nicht nachgerüstet. Das Dach des Tramhäuschens, gut, ich persönlich will das jetzt nicht extrem hoch bewerten, aber es ist gelebte Geschichte. Es ist eine gelebte Geschichte, deren Erhaltung unserer Stadt gut ansteht. Dieses Tramhäuschen mit dem Dach verbreitet einen schönen nostalgischen Charme und das jetzt einfach aus ideologisch prinzipiellen Gründen über Bord zu werfen, dünkt uns falsch.

Und im Weiteren, wie war das noch einmal mit lieber sanieren statt neu bauen, wie war das da mit der grauen Energie, die verloren geht? Wenn man etwas kaputt macht und neu baut, leider in diesem Fall nicht der Diskussion wert, ist es noch interessant, wann graue Energie wichtig ist und wann nicht. Andere Diskussion, ich bin sicher, wir werden auch wieder auf dieses Thema zurückkommen.

Ich fasse zusammen, namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, die Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Allschwilerplatz abzulehnen und den Ratschlag an den Regierungsrat zurückzuweisen. Er möge den Ratschlag nachbessern und einen vorlegen, der keinen Parkplatzabbau ohne Alternativen vorsieht und welcher konkret den Erhalt des Allschwilerplatzes als beliebtes Quartier- und Begegnungszentrum beinhaltet. Ich danke Ihnen dafür.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Raffaella Hanauer.



*Raffaella Hanauer (GAB):* Meine Fraktion wird dem Grossratsbeschluss zustimmen. Einiges finden wir sehr gut, was die UVEK angepasst hat. Kritik und Anmerkungen haben wir vor allem bei der Mitwirkung und beim Umgang mit den tollen Quartiersinitiativen, die dort gerade geschehen, die im Vorfeld der Beratung der UVEK thematisiert wurden von der Verwaltung, von der Regierung und da werde ich in einem zweiten Punkt darauf eingehen.

Zuerst zum Guten und das ist sehr vieles. Die Platzgestaltung, die heute beantragt wird, die bringt einen grossen Mehrwert. Sie bringt eine behindertengerechte Haltestelle, sie bringt mehr Grün, mehr Bäume, sie bringt eine Aufenthaltsqualität, nachdem eigentlich das ursprüngliche Projekt vor allem einen Fokus auf die Haltestelle gelegt hat und auf die unterschiedlichen Wege, wie man zu der Haltestelle kommt, und eben nicht die Aufenthaltsqualität in den Fokus gestellt hat. Wir finden, es wäre schade gewesen, dieses Projekt so zu überweisen. Jetzt mit den Anpassungen der UVEK ist die Aufenthaltsqualität im Zentrum und das finden wir nur korrekt, wenn man ja gerade auch heute sieht, dass im Quartier auch ein Bedürfnis ist, den Allschwilerplatz zu beleben und zu bespielen.

Das jetzt vorgeschlagene Projekt ermöglicht eine Verzahnung mit dem Oekolampad, aber auch bis zu den Hauswänden im U-Bereich des Platzes. Die Karte ist nicht mehr eingeblendet, aber ich hoffe, Sie wissen, was ich meine. Es ermöglicht Begegnung, weil eine grössere Fläche geschaffen wurde, und es ermöglicht auch mehr Verkehrssicherheit. Etwas, das uns noch fehlt, ist Tempo 30 in der oberen Strasse, die entlang des Oekolampads führt. Wir haben es vorhin auch gehört, diese Schranken, die kommen weg. Es sind sehr viele Kinder dort im Umfeld des Allschwilerplatzes, deshalb wäre Tempo 30 angebracht. Tempo 30 wäre auch angebracht, weil diese obere Verbindung eine Veloroute ist und heute keinen Velostreifen hat, und da sind wir froh, dass da auch noch nachgedoppelt wird mittels einem Vorstoss.

Zu den Parkplätzen und der Kriegsmetaphorik, die Beat Schaller vorhin soeben verwendet hat, diese finden wir sehr deplatziert und möchten wir gerne zurückweisen. Ich erinnere daran, dass wir im Kanton Klimaziele haben, die gelten auch für den Verkehrsbereich. In der Klimastrategie, die von der Regierung beschlossen wurde, wurde ein Drittel weniger Autoverkehr auch als Ziel benannt, entsprechend ist dieser Fokus auf Begrünung, auf Klimaadaptation, das auch in unserer Verfassung geschrieben steht, absolut richtig.

Nun zu unseren kritischen Anmerkungen. Heute auf dem Allschwilerplatz findet eine sehr tolle Quartiersinitiative statt. Der Kiosk und der Stadtgarten, die sind sehr wertvoll. Sie sind ehrenamtlich, es ist wirklich ein Bärenienst, der dort auch gemacht wird an das Quartier, an den sozialen Zusammenhalt in dem Quartier und in unseren Augen sollte eigentlich das Ziel einer nachhaltigen Stadtplanung, die den Menschen ins Zentrum stellt, sein, solche Initiativen auch in die neuen Umgestaltungsprojekte überführen zu können. In der Mitwirkung konnten diese nicht überführt werden und das finden wir sehr schade und sind aber nun der Kommission sehr dankbar, dass sie mit ihrem Ratschlag zwei Zukunftsperspektiven auch bietet für diese Initiativen neben dem, dass eigentlich auch schon mit der neuen Platzgestaltung auch mehr Raum ist, weil da ja eben die Aufenthaltsqualität ins Zentrum gesetzt wurde.

Die Zukunftsperspektive 1 sind die partizipativen Flächen. Das ist für mich ein Novum, das habe ich noch nie so gesehen, dass man diesen Weg geht, eine Mitwirkung im Nachhinein und sehr nahe am Bauprojekt zu machen. Ich denke, das ist ein sehr guter Weg, um solche Quartiersinitiativen dann auch in die neue Platzgestaltung nach der Umgestaltung überführen zu können. Dafür wird auch Geld gesprochen und das begrüssen wir sehr. Auch als Zukunftsperspektive 2 der Standplatz für mobile Gastronomieangebote, auch diese begrüssen wir. Das ist durchaus auch eine Möglichkeit, gerade auch für einen solchen Gemüsekiiosk, wo man tatsächlich sich auch um diese Stelle bewerben kann, vielleicht auch mit einem Crowdfunding. Die Unterstützung ist gross im Quartier, mit einem Crowdfunding auch ein entsprechendes Fahrzeug sich erwerben könnte, um dann dort auch diese obere Begegnungsfläche, die im Ratschlag vorgesehen ist, auch bespielen zu können.

Zu den vorherigen Voten zur Tramhaltestelle. Ich möchte gerne darauf hinweisen, dass auch schon im Bericht stand, dass diese Tramhaltestelle nicht an Ort und Stelle bleiben kann, wenn man eine behindertengerechte Haltestelle bauen möchte. Und ich denke, uns ist allen bewusst, dass wir das Bundesgesetz dort umsetzen müssen, dass wir BehiG umsetzen wollen, dass auch diese Haltestelle insbesondere eine spezielle ist, die auch prioritär umgesetzt werden soll. Die Gleislage heute erlaubt es nicht, eine behindertengerechte Haltestelle zu bauen, ohne das Tram-Haus zu verschieben. Wenn man das Tram-Haus verschieben würde und dort tatsächlich einen echten Kiosk hinein bauen würde, dann gelten Vergaberichtlinien und dann würde diese tolle Initiative vom Quartier tatsächlich wegkommerzialisieren werden und das denke ich, ist nicht im Sinne des Quartiers und auch nicht im Sinne einer nachhaltigen Stadtplanung, die die Menschen ins Zentrum stellt.

Diese nachträgliche Mitwirkung und diese Mitwirkung als Novum auch kurz vor dem Bau, die finden wir wirklich äusserst sinnvoll und finden wir einen guten Ansatz, den man auch in weiteren Projekten vielleicht wiederverwenden kann. Einzelne Personen in unserer Fraktion werden sich enthalten, nicht weil sie das Projekt nicht gut finden, sondern weil ein gewisser Frust vorhanden ist, dass diese Mitwirkung nicht zu dem Effekt geführt hat, dass solche wertvollen Initiativen auch übergeführt werden konnten in das jetzige Projekt. Daher eher aufgrund des Prozesses werden sich Einzelne enthalten.

An dieser Stelle möchte ich noch danken an den Regierungsrat, die zuständige Regierungsrätin und die Mitarbeitenden im Departement für das Handbieten für dieses Novum, dass wir das hier schaffen konnten, dass wir hier auch Perspektiven



gemeinsam erarbeiten konnten und auch wirklich umfassende Anpassungen am Projekt machen konnten. Meine Fraktion schätzt das sehr und daher wir würden wir Sie bitten, auch mit uns zu stimmen und den Grossratsbeschluss zu überweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Raffaella Hanauer, es liegen drei Zwischenfragen vor. Nehmen Sie diese entgegen? Adrian Iselin für die erste Zwischenfrage.

*Adrian Iselin (LDP):* Vielen Dank für die Annahme meiner Frage. Jetzt sind Sie darauf eingegangen, wie wichtig Tempo 30 in diesem Streckenabschnitt sein wird. Wenn ich das richtig verstanden habe, gibt es eine Motion in Bern, wo quasi Tempo 30 auf Hauptstrassen nicht mehr zulässig ist. Das heisst, Bundesrecht würde dann kantonales Recht brechen. Wie ist denn das jetzt, hat das einen Einfluss, wenn da kein Tempo 30 kommt auf dieses Projekt oder würden Sie dann immer noch hinter diesem Projekt stehen mit Tempo 50?

*Raffaella Hanauer (GAB):* Vielen Dank für diese Frage. Hätte, hätte, Fahrradkette, ich hoffe nicht, dass diese Motion tatsächlich dann auch mit dem Ratschlag des Bundes dazu über die Ziellinie gelangt und ich werde auch auf nationaler Ebene alles daransetzen, dass dies nicht so kommt.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Zwischenfrage von André Auderset.

*André Auderset (LDP):* Raffaella Hanauer, Sie haben vieles gesagt in ihrem Votum, was ich sofort unterschreiben kann in Hinsicht der kritischen Punkte. Jetzt frage ich mich nur, wieso nicht zurückweisen? Es eilt ja nicht, wir haben es ja gar nicht begonnen, sollen sie doch erstmal nachbessern und dann können Sie auch viel einfacher mit der ganzen Fraktion dahinterstehen.

*Raffaella Hanauer (GAB):* Wie gesagt, es sind Vereinzelte, die enthalten werden. Ich habe genau erläutert, wie viele Mehrwerte dieses Projekt nun bringen wird, wie stark entsiegelt wird, begrünt wird und daher werden wir das überweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Zwischenfrage von Beat K. Schaller.

*Beat K. Schaller (SVP):* Danke, dass Sie die Zwischenfrage annehmen. Zur Lage der BehiG-konformen Tramhaltestelle, das BVD hat ja bewiesen am Aeschenplatz und an der Lyss, das eine Kissenlösung auch machbar ist. Wieso schliessen Sie das am Allschwilerplatz aus?

*Raffaella Hanauer (GAB):* Das sind Ausnahmefälle, am Allschwilerplatz würde das wahrscheinlich der Bund so nicht genehmigen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Fraktionssprecher ist Jean-Luc Perret.

*Jean-Luc Perret (SP):* Die Emotionen gehen hoch auf dem Allschwilerplatz, merken es auch bei mir, und als erstes möchte ich sagen, dass ich schon ein bisschen frustriert bin, dass wir uns auf unsere UVEK-Kommissionsbeschlüsse nicht mehr verlassen können, auch wenn Sie einstimmig fallen, denn das unterstellt uns ja auch immer wieder, dass wir unsere Kommissionsarbeit nicht gut machen. Ich möchte da schon sagen, dass diese Kollegen, die jetzt geredet haben, die könnten sich über ihre Fraktionsvertreterinnen und -Vertreter auch in die Kommissionsberatung einbringen und nicht erst dann an der Fraktionssitzung alles wieder über den Haufen werfen und gerade in diesem Fall hätten wir ja fast ein Jahr Zeit gehabt dafür.

Die Fraktion der SP, bei der ist das nicht so. Wir empfehlen Ihnen mit einem guten Gewissen, das Umgestaltungsprojekt Allschwilerplatz zu beschliessen, sogar mit Begeisterung. Wir sind nämlich überzeugt, dass die UVEK das Projekt deutlich verbessert hat. Das ursprüngliche Ratschlagsprojekt war als Tramhaltestelle mit Rabatten konzipiert, nicht aber als Platz, auf dem man sich gerne trifft und etwas länger aufhält. Deshalb haben wir in der UVEK den Platzcharakter gestärkt und grössere Grünflächen zusammengefügt, auch auf Kosten der Parkplätze.



Ja, was soll ich dazu noch sagen, das ist einfach auch ein bisschen the State of the Art bei der heutigen Platzgestaltung, es werden keine Autos mehr darauf parkiert. Das war vielleicht in den 60er-Jahren so, aber stellen Sie sich vor, wir bekämen heute einen Ratschlag für einen neuen Quartierplatz, zum Beispiel auf dem Lysbüchel-Areal, bei dem ein Teil Blaue Zone ist. Das ist aus meiner Sicht undenkbar. Und die in der BaZ genannte Zahl Parkplätze, die wäre erst noch falsch. Sie bezog sich auf eine weitere Umgebung als nur auf den Platzperimeter und etliche der dort genannten Parkplätze wurden bereits aus anderen Gründen aufgehoben wegen dem Tramschienenabstand an der Allschwilerstrasse. Dies wurde dann aber nicht korrigiert und deshalb kam es zu diesem Missverständnis. Auf dem Platz selbst haben wir nur etwas über zehn Parkplätze durch Grünflächen ersetzt und darunter befinden sich erst noch die Taxistandplätze, die aus heutiger Sicht nicht mehr unbedingt nötig sind. Vielleicht früher, da suchte man ein Taxi noch auf, heute bestellt man es, wo man immer auch ist.

Eine Rolle spielte dabei auch die Wortmeldung der Wibrandis Stiftung. Das Mobilitätskonzept des neuen Quartierzentrums Oekolampad ist so angedacht, dass es keinen einzigen öffentlichen Parkplatz benötigt. Dafür setzt man stark auf langsame Mobilität mit dem Tram, mit dem Fahrrad, zu Fuss und ist deshalb auf eine übersichtliche und hindernisfreie Situation angewiesen. Wenn möglich natürlich mit grossflächig Tempo 30, das hat Kollegin Raffaella Hanauer schon erwähnt. Und wenn ich schon bei der Hindernisfreiheit bin, ich wollte das zuerst rausstreichen, aber jetzt ist Kollege Beat Schaller doch noch mit der Kissenlösung gekommen, die SP, das möchte ich vielleicht deutlich noch sagen, wir sind nur im äussersten Notfall für diese Kissenlösungen zu haben und ein solcher Notfall liegt hier definitiv nicht vor. Denn nebstdem, dass die Kissen furchtbar aussehen, sind sie auch noch schlecht für den Komfort. Menschen im Rollstuhl sind nicht die einzige Zielgruppe eines niveaugleichen Einstiegs, auch Kinderwagen oder gangunsichere Menschen, Leute mit Gepäck, alles übrigens häufige Ein- und Aussteiger\*innen am Allschwilerplatz, schätzen es, wenn sie keine Stufen überwinden müssen, und zwar auf der ganzen Länge des Trams. Und auf dem Allschwilerplatz muss die Haltestelle deshalb auf der ganzen Länge behindertengerecht sein. Das war ja sogar ursprünglich der Anstoss für die Umgestaltung.

Nun komme ich zum anderen Thema, den beiden Zwischennutzungen. Sie sind sehr erfolgreich, das haben wir jetzt gehört, der unterdessen in der Stadt bekannte Gemüsekiost und ein Stadtgarten, der über einen Wettbewerbsgewinn für ein Nachbarschaftsprojekt finanziert wurde und bis heute immer noch wird. Beide waren von Anfang an als Zwischennutzungen bis zum Beginn der Platzumgestaltung angekündigt und auch so terminiert. Trotzdem stiess der Kommissionsbericht auf Unverständnis, weil auf dem neuen Platz weder ein Ersatz für den Gemüsekiost zu sehen war noch ein etwas ähnliches Bauwerk. Das möchte ich vielleicht kurz noch ausführen, weshalb das so ist.

Die UVEK und auch wir als Gesamtparlament und auch die Verwaltung, wir haben explizit nicht die Aufgabe, eine Platzgestaltung auf ein einzelnes spezifisches Bedürfnis auszurichten. Der Allschwilerplatz ist öffentlicher Grund und kein Privatgrundstück und deshalb sollen auch möglichst viele Menschen vom eingesetzten Geld etwas haben. Aufgrund dessen verfolgten wir als Ziel einer Gestaltung, die eine ähnliche Nutzung zumindest nicht verunmöglicht, aber trotzdem nicht voraussetzt, dass alles so bleibt, wie heute und nicht von einzelnen und erst noch freiwilligen Personen abhängt.

Da wäre zum Beispiel die vergrösserte zusammenhängende Fläche, das kleine Plätzchen unter Bäumen, wo man Streetfood-Angebote oder ein Openair-Café zum Beispiel einrichten könnte. Dann kommen die zwei Mitwirkungsflächen, sie wurden schon erwähnt, auf denen auch in Zukunft kreative Nutzungen möglich sind. Und diese Mitwirkung ist nicht im klassischen Sinn so zu verstehen, dass man die Anspruchsgruppen nach ihrer Meinung zu einem geplanten Projekt befragt, sondern es ist anders. Wir haben bereits ein Budget eingestellt und die Verwaltung beauftragt, zu gegebener Zeit nochmals bei der Quartierbevölkerung nachzufragen, was sie denn auf diesen Flächen umsetzen möchte. Ein Stadtgarten zum Beispiel wäre ohne weiteres möglich und auch ein Media-Punkt wird es auf dem Platz geben.

Heute wäre das aber zu früh, denn wir reden von einem Zeithorizont von noch mindestens fünf Jahren. Wir haben das in letzter Zeit mehrmals gesehen, Ideen, die heute bestechend erscheinen, sind zum Zeitpunkt der Umsetzung oft nicht mehr aktuell. Die Initiantinnen und Initianten sind nicht mehr da oder der Gang der Dinge bringt neue Bedürfnisse ans Tageslicht. Als Beispiel nenne ich da die Forderung nach einer Fläche für einen Markt auf dem Wielandplatz. Heute haben wir nur noch die Flächen, aber kein Markt. Ich hoffe aber, Sie sehen, der Vorwurf, wir hätten nicht wahrgenommen, dass in diesem Quartier ein Bedürfnis nach Platzleben besteht, kann man uns so nicht machen und die Geschichte, dass wir den Kiosk unnötig finden oder gar abschaffen wollen, ist zu einseitig. Wir finden es sogar alle unglaublich toll, dass der Platz durch die Quartierinitiative in den vergangenen vier Jahren wesentlich belebt wurde und ein beliebter Treffpunkt im Quartier ist. Es ist ein Riesengewinn und es hat auch die Kommissionsberatung wirklich stark beeinflusst.

Wir haben den Ersatz für den Kiosk in der Kommission ernsthaft und lange diskutiert. Ich gehe nicht ins Detail, aber das Haltestellendach war ein Thema und ebenso eine Containerlösung. Wir kamen in unseren Abklärungen jedoch zum Schluss, dass dies weder einfach noch günstig machbar wäre und was auch immer gebaut würde, es wäre dann ein kantonales Gebäude, das alle baurechtlichen Anforderungen erfüllen muss. Es braucht Strom, Wasser, einen Kanalisationsanschluss. Es würde ausgeschrieben und zu einem marktüblichen Zins vermietet, das heisst deutlich teurer als die BVB heute für ihren längst abgeschriebenen Kiosk noch verlangt, dafür mit nur noch halb so viel Charme.

Was ich mir also wünsche, wäre ein optimistischer Blick in die Zukunft. Wenn wir die Umgestaltung heute beschliessen, was ich hoffe, ändert sich noch mindestens zweieinhalb Jahre gar nichts auf dem Allschwilerplatz. Solange kann die jetzige Situation nach fortbestehen. Danach steht es allen frei, sich für die Standplätze und Mitwirkungsflächen zu bewerben, allen



voran natürlich den Menschen, die den Platz heute schon nutzen. Ich würde mir wünschen, Sie würden Ihre Energie dort investieren, Ideen für den neuen Platz zu spinnen, anstatt dem Vergänglichen nachzutruern.

Die Folge eines Referendums oder einer Rückweisung wären schwerwiegend. Erstens, die Verzögerung der Behindertengerechtigkeit an einer sehr sensiblen Haltestelle, dann der Verzicht auf Begrünung, Entsiegelung und elf neue Bäume und die Planung müsste mit ungewissem Ausgang und komplett gegenläufigen Erwartungen nochmals von vorne anfangen. Eine Blockade wäre also vorprogrammiert und ganz nebenbei wäre dies wahrscheinlich auch ein Bärendienst für zukünftige andere Zwischennutzungen. Ich frage mich schon, wer in Zukunft dann noch eine Zwischennutzung bewilligt, wenn jedes Mal ein Riesenprotest ausbricht, wenn die Zeit zu Ende geht.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, dem Ratschlag zuzustimmen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Brigitte Kühne.

*Brigitte Kühne (GLP):* Zuerst einige Gedanken aus der Sicht als UVEK-Mitglied. Wie unser Kommissionspräsident bereits ausgeführt hat, in sieben Sitzungen verteilt über ein Jahr haben wir in der UVEK dieses Geschäft beraten, zwischendurch fast an den Regierungsrat zurückgewiesen, wie Sie im Bericht lesen können. Wir als UVEK haben den Ratschlag der Regierung in unserem demokratischen Gremium, indem notabene alle Fraktionen vertreten sind, diskutiert und ausgehandelt, sind vor Ort, haben allen Beteiligten rund um den Allschwilerplatz gut zugehört und haben den Ratschlag der Regierung schliesslich deutlich verbessert. Die Wünsche der Benutzer und Anwohnerinnen wurden demokratisch eingeflochten und eingewebt. Trotzdem gibt es nun Rückweisungsanträge. Bitte bringen Sie Ihre Anliegen doch jeweils in der Kommissionsberatung ein und nicht erst bei der Grossratsdebatte. Nun sind wir als UVEK überzeugt, Sie sehen dies am Ergebnis der Abstimmung von 12 zu 0, wir haben bestmöglich alle Ansprüche und Wünsche der Benutzer/Benutzerinnen und Anwohner und Anwohnerinnen im Projekt vereint. Esther Keller hat dies ebenfalls erwähnt.

Doch nun aus der Sicht der Grünliberalen in vier Punkten. Erstens, wir begrüssen und wünschen uns eine aktive Beteiligung der Bevölkerung, was wie entstehen und leben kann auf dem Allschwilerplatz. Sei es der so wichtige soziale Kontakt, ein spannendes Angebot zum Einkaufen und Essen sowie ein Ort, um zu verweilen auch ohne Konsumationszwang. Dafür stehen die zwei Mitwirkungsflächen und auch die vorgesehenen Stellplätze für ein mobiles Verpflegungsangebot. Sie haben es gehört, das Budget dazu ist bereits eingestellt hierfür. Ein Medienpunkt ist ebenfalls geplant. Beat Schaller, Sie haben den Bericht nicht genau gelesen, diese ist also vorhanden.

Diese Flächen können nun von den bereits bestehenden notabene wunderbaren Projekten, dem Stadtgarten und dem Bio-Gemüsekiok zusammen mit den Projektverantwortlichen der Stadt mitgestaltet und geplant werden. Schliesslich hat die UVEK ja gerade die Anliegen des Bio-Gemüsekiok und des Stadtgartens aufgenommen und die Mitwirkungsflächen extra ins Projekt des Regierungsrates hineingenommen. Ja, der Allschwilerplatz, das wurde von Jean-Luc Perret erwähnt, ist Allmend und Allmend ist für alle das. Es ist leider nicht möglich, eine klar kommunizierte Zwischenlösung bis zum Beginn der Platzumgestaltung, notabene mit einem reduzierten Mietzins, nun in ein fixes Projekt umzuwandeln für einzelne Personen. Wir planen hier für die nächsten 40, vielleicht 50 Jahre und so, dass alle im Quartier sich mit einer guten Idee einbringen können. Aber wie gesagt, das ist möglich und das ist schliesslich relevant.

Zweitens, es wird mit dem Mergelbelag, den Rasenfugensteinen sowie den grünen Flächen ein Maximum entsiegelt. Es gibt eine Staudenbepflanzung und Wiese sowie auch elf zusätzliche Bäume, schöne Aufenthaltsflächen inklusive Sitzgelegenheiten und Trinkbrunnen, ein wirklich gutes Projekt.

Drittens, der Platz wird verkehrstechnisch aufgeräumt, wird übersichtlicher, wird ein Maximum an Behindertengerechtigkeit erfahren, wir haben es gehört, an diesem Ort besonders wichtig, und erhält bedeutend mehr Veloparkplätze. Ja, das ist der Grund, warum die alte BVB-Haltestelle nicht erhalten werden kann. Es gibt an Stelle zwei behindertengerechte Haltestellen und die müssen gerade sein. Die brauchen wir jetzt und nicht in zehn oder 15 Jahren.

Viertens, die Gestaltung wurde immer mit der Oekolampad-Anlage, dem Spielplatz der Kindertankstelle Oekolampad, den Mittwochs- und Abendmarkt sowie dem wunderbaren neuen Gemeindehaus Oekolampad inklusive dem neu eröffneten Bistro im Hinterkopf entwickelt. Alle Bausteine sind nun sorgfältig aufeinander abgestimmt. Ein weiteres fixes Gebäude, wie eben zum Beispiel eine verschobene Wartehalle, kann kaum zum Marktpreis vermietet werden. Wir Grünliberalen freuen uns darum auf den neuen lebendigen, viel grüneren Allschwilerplatz.

Fazit: Verzögern wir das gute Projekt nicht, sondern heissen wir diesen Bericht der UVEK zur Umgestaltung gut und wie gesagt, liebe einzelne Mitglieder der Parteien, die diesen Bericht nun zurückweisen, bringen Sie sich in der UVEK jeweils ein. Es waren sieben Sitzungen, genügend Zeit, um Ihre Anliegen einzubringen. Liebe Engagierte des Allschwilerplatzes, bringen Sie sich ein im erneuten Mitwirkungsprozess für die Mitwirkungsflächen. Wir haben politisch die bestmöglichen Voraussetzungen dafür geschaffen in der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission.



*Balz Herter (Mitte-EVP):* Brigitte Kühne, es liegt eine Zwischenfrage von Roger Stalder vor. Nehmen Sie diese an? Sie wird angenommen.

*Roger Stalder (SVP):* Vielen Dank für die Annahme der Zwischenfrage. Brigitte Kühne, Sie sagen immer, Sie waren dort. Wie kann es dann sein, dass in wenigen Tagen schon 250 Unterschriften zusammen sind von den Quartierbewohnern. In welchem Quartier waren Sie, Brigitte Kühne?

*Brigitte Kühne (GLP):* Die 250 Unterschriften, die bereits gesammelt wurden, basieren nicht auf dem Bericht der UVEK, sondern basieren auf Aussagen derjenigen, die sich dort engagieren. Wenn Sie den Bericht gut durchlesen, dann sehen Sie, dass wir das Bestmögliche für alle wollten.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Erster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Sie wollen aus einem verkehrsorientierten Platz eine Kreuzung in alle Himmelsrichtungen, eine Begegnungszone machen, quasi ein Park. Einen Park gibt es 20 Meter daneben. Sprechen Sie mal mit der Polizei oder mit der BVB, mit den Fahrern der Trams zum Beispiel, was für Befürchtungen diese haben, wenn auf einem verkehrsorientierten Platz mit Tramschienen eine Begegnungszone daraus gemacht wird oder sogar fast schon suggeriert ein Spielplatz daraus gemacht wird.

Aber blicken wir nochmal kurz zurück in die Basler Zeitung vom letzten September letzten Jahres. Als einzigen Grund für ihre Geschäftsaufgabe nannte die Inhaberin einer Papeterie den Parkplatzabbau in der Allschwilerstrasse. Als sie im Jahr 2020 das Geschäft am Standort 50 Meter vom Allschwilerplatz entfernt übernahm, hatte es in der Allschwilerstrasse nach 68 Parkplätze. Die Inhaberin äusserte sich in der BaZ dazu, dass Handwerker, die vorbeikommen etwas abzuholen, oder ältere Personen auch, sie einfach nicht mehr erreichen kann, wenn sie keine Parkplätze mehr haben. Auch die Bäckerei im Perimeter vermisste die Parkplätze nach dem Abbau oder auch die Inhaberin eines Innendekorationsgeschäftes. Die IG Neubad sammelte gegen den Abbau seinerzeit 1'700 Unterschriften. Die Regierung wollte offensichtlich nicht auf die Petitionäre hören, alle 68 Parkplätze wurden gestrichen.

Kommen wir wieder zurück zum heute. Ich dachte bis heute Morgen, vielleicht hat die Regierung die BaZ auch gelesen im letzten September und hat daher im Vorschlag darauf verzichtet, diese 13 Parkplätze und fünf Taxi-Abstellplätze am Allschwilerplatz zu streichen. Das wäre ja löblich gewesen. Ich glaube, nach den Voten von heute Morgen bin ich nicht mehr ganz sicher. Auf jeden Fall hat man nicht die UVEK auf der Rechnung mit diesem Ratschlag, Parkplätze erhalten, wenn man diese auch abbauen kann, natürlich nicht. So haben wir jetzt einen Vorschlag der UVEK, der keine Parkplätze mehr vorsieht, keine Parkplätze für kurzes einkaufen und für ins Café gehen, für das Gewerbe. Hat man mit der IG Neubad und den 1'700 Petitionären gesprochen? Ich weiss es nicht. Ich befürchte, man hat mit ihnen nicht gesprochen.

Man plant jetzt vier Millionen für die Umgestaltung des Platzes, reist alles ab und fügt alles um und erklärt dann dem Inhaber des Gemüse kiosks, dass man für ihn keinen Platz mehr hat und eigentlich eine Miete von 3'000 Franken pro Monat bräuchte. Man argumentiert mit Vollkosten, Vollkosten in einer Stadt, wo man Millionen für mobile Bäume und Sträucher ausgibt und wir hier stundenlang über Biodiversität oder Urban Gardening sprechen, wirklich. Dafür will man Mitwirkungsverfahren nachträglich machen, will da 150'000 Franken sprechen, mit den 150'000 Franken könnten wir fast fünf Jahre dem Bio-Kiosk die Miete bezahlen zu Vollkosten. Ich rechne jetzt nicht aus, was wäre, wenn wir die 500 Franken nehmen würden, die der bis jetzt bezahlt.

Noch ein letztes Wort. Mit der Entsiegelung und Umwidmung von Strassenraum, sprich von dem geplanten weiteren radikalen Parkplatzabbau am Perimeter, werden exakt die Forderungen der Stadtklimainitiativen durch die Hintertür umgesetzt und der klare Volkswille gegen die Initiativen wird einfach ignoriert. Das Stimmvolk wollte diese Umwidmung von Strassenraum und die Entsiegelung eben nicht. Das sollten Sie einfach auch bedenken, wenn Sie nachher auf das Knöpfchen drücken.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Sprecher ist Bruno Lötscher.

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Ich habe fast ein schlechtes Gewissen, hier zu sprechen, weil ich eine andere Meinung habe als die Kommission, die sich so viel Mühe gegeben hat und mit 12 zu 0 eine hervorragende Arbeit abgeliefert hat und wir deshalb eigentlich gar nicht mehr uns Gedanken machen sollten darüber, weil es ja gut ist, was Sie gemacht haben.



Es ist gut, was Sie gemacht haben von einer Optik her, aber ich glaube, es ist eine Optik, die von oben herab auf dieses Quartier schaut und nicht von unten herauf, was dort in diesem Quartier lebt und was dort im Quartier los ist. Wenn wir die Strassenführung anschauen, wie die jetzt in Zukunft für die nächsten Jahrzehnte sein wird, dann kommen wir von Allschwil her und müssen einen rechten Winkel machen und fahren an Häusern vorbei, an einem Altersheim vorbei, machen wieder einen rechten Winkel, fahren an der Methodistenkirche am Eingang vorbei und machen einen etwa 60 Grad-Winkel und fahren an einem neuen Altersheim vorbei. Das ist doch eigentlich auf Dauer nicht zu verantworten. Es kann doch nicht sein, dass wir so tun, als ob wir keine Fahrzeuge mehr hätten. Wir steuern auf die E-Mobilität hin, wir werden in Zukunft Elektroautos haben, werden aber Autos haben und die müssen irgendwie diesen Verkehrsknotenpunkt überqueren.

Und jetzt reden wir von Aufenthaltsqualität an diesem Ort. Ich weiss nicht, wer von Ihnen nicht auf dem Bruderholz oder in Riehen oder in Bettingen oder ich weiss nicht wo wohnt, sondern ganz in der Nähe. Wenn Sie dort sind, sehen Sie, das ist ein ganz kleines Plätzchen. Jetzt kommen Autos von der Ahornstrasse Richtung Allschwil, von Allschwil her in Richtung Stadt. Es kommen Autos aus der Allschwilerstrasse, aus der Eichenstrasse, es kommt ein Tram quer durch die Gegend, es ist wenig Raum zwischen diesen wunderbaren Aufenthaltsqualitätsräumen. Kein Mensch will dort sich lange aufhalten, das stimmt doch einfach nicht. Es hat 30 Meter daneben einen wunderbaren Park, dort wird man sich aufhalten. Warum schliessen wir denn das einfach aus in unserer Überlegung und es so weit geht, dass wir sagen, weiter als die Regierung?

Ich habe das gelesen, die Regierung hat sich noch auf ein Mitwirkungsverfahren berufen und gesagt in ihrem Ratschlag, wir wollen nicht alle Parkplätze, es geht auch um Parkplätze, aber ich bin kein Parkplatzzähler, wir wollen nicht alle Parkplätze abbauen, weil wir sehen, in diesem Quartier haben wir eine Not geschaffen. Etwa 95 Prozent der Flächen sind offenbar permanent belegt. Es muss nur noch einer aus Allschwil oder aus Binningen als Handwerker kommen und vielleicht noch zwei, drei Leute aus dem Elsass und man findet gar keinen Platz mehr. Und wer mal dort gewesen ist, weiss, dass man keine Parkplätze mehr findet, wenn man dort lebt. Und die Regierung hat dann gesagt, wir erhöhen die Verkehrssicherheit und wir schützen die Velofahrenden, wir bauen vier ab. Das stimmt offenbar dann nicht mehr ganz, da ist der 12 zu 0 verabschiedete Bericht etwas unsorgfältig redigiert gewesen. Aufgrund des eindeutig positiven Effekts, der damit verbunden ist, stellt sich die Kommission oppositionslos hinter die Aufhebung der Parkplätze. Der Antrag ist gar nicht so gestellt worden, hinter welchen Antrag stellt sie sich denn? Wir wissen, dass in diesem Quartier tatsächlich 95 Prozent Parkplatzauslastung stattfindet, 104 Plätze sind weg, jetzt gehen nochmals etwa 25 Plätze weg. Wenn man das zusammenzählt, das sind ein paar hundert Meter, 104 und 25 Autos, die müssen sich irgendwo dann wieder verteilen in diesem Quartier, wo Menschen wohnen und die Menschen leben dort. Das ist auch Qualität in einer Stadt, es gibt nicht nur die Aufenthaltsqualität unter einem Baum während ein paar Stunden vielleicht, sondern man wohnt in diesem Quartier.

Ich habe noch viel zu sagen, ich komme vielleicht zu einem zweiten Votum. Was mich aber besonders genervt hat, ist der kommentarlose, begründungslose Abbau auch von Taxistandplätzen. Die Taxis sind doch Teil des öffentlichen Verkehrs. Müssen denn die Taxis jetzt mit Leerfahrten rumfahren? Es ist schon gesagt worden, kein Mensch geht mehr auf einen Taxistandplatz, aber die sind ja einerseits dort, weil wir Konzessionsgebühren verlangen, weil wir wollen, dass die nicht Leerfahrten haben, bis sie wieder irgendwo gerufen werden und wir haben dort ein grosses Spital in der Nähe, haben Altersheime in der Nähe, dieser Taxistandplatz wird rege benutzt. Und wenn Sie jetzt in der Kommission, als sie dort gewesen sind, für ein oder zwei Minuten kein Taxi gesehen haben, heisst das nicht, dass die nicht benutzt werden.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Sprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

*Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP):* Wir sitzen zusammen, wir politisieren zusammen, aber hier sind wir nicht gleicher Meinung. Ich finde auch, wir in der UVEK haben nicht eine Planung von oben herab gemacht, sondern sorgfältig. Wir haben uns viel Zeit genommen und ich finde, wir haben eine gute Lösung erarbeitet und ich freue mich dann in zehn Jahren, wenn wir diesen Platz zusammen wieder besuchen und Freude daran haben. Ich bin felsenfest überzeugt, dass das ein gutes Projekt ist und auch die Regierung hier ist sehr einverstanden mit der Weiterentwicklung des Ratschlags, die die UVEK gemacht hat. Ich möchte auch meinen UVEK-Kolleginnen und -Kollegen Danke sagen für diese Arbeit und heute Abend werden einige von uns bei der Eröffnung vom Oekolampad dabei sein.

Ich habe mir erlaubt, ganz kurzfristig Tobit Schäfer anzurufen und zu fragen, wie sind Sie mit diesem Ratschlag der UVEK zufrieden und er hat gesagt, er sei recht zufrieden, es fehlen ihm gewisse Sachen. Was fehlt dem Betreiber des Oekolampads? Es fehlen ihnen Veloabstellplätze, sie hätten gerne noch mehr Veloabstellplätze. Was fehlt Ihnen auch? Es fehlt ihnen das Tempo 30 auf der Ahornstrasse, weil ihre Nutzerinnen und Nutzer, das sind Kinderkrippen, das ist das Vorstadtheater und das ist das Tageszentrum für Demenz betroffene Personen, diese haben Unterstützung, nämlich mit einem Rollator und wenn sie mit einem Rollator über die Strasse gehen, vor allem über diese Breite, dann wäre Tempo 30 für sie sinnvoll. Also das ist ganz wichtig. Und dann habe ich ihn gefragt, ja, aber deine Tagesbesucherinnen und -Besucher, wie kommen diese? Diese kommen mit dem ÖV und nicht mit dem Taxi, weil diese jeden Tag kommen und für genau diese Personen braucht es die behindertengerechte Tramhaltestelle und das ist der Ursprung des Umbaus dieses Platzes.



Ich bin auch überzeugt, und ich wohne nicht im Quartier, Bruno Lötscher, Sie wissen das, ich wohne auf dem Bruderholz, aber ich habe mich sehr sorgfältig mit diesem Platz auseinandergesetzt und ich glaube auch, dass vor allem der Platz und die umliegenden Gebäude, wie Sie sagen, die zwei Kirchen, die Altersheime, wie Sie sie nennen, die werden mit dieser Variante sehr gut eingebunden und es wird ein identitätsstiftender Ort für dieses Quartier. Ich bitte wirklich, diese Vorlage nicht zurückzuweisen, sondern zuzustimmen, dann können wir zeitgerecht das umbauen und die Leute für das Oekolampad können altersgerecht aussteigen und über die Strasse gehen. Ich danke Ihnen sehr herzlich.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Sprecher ist Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Brigitte Kühne hat vielleicht in einem Punkt recht, es ist nicht günstig, wenn eine Kommission einstimmig einen Bericht beschliesst, aber ich kann mich ja dadurch jetzt nicht in Geiselhaft nehmen lassen und etwas zustimmen, was ich absurd finde. Ich kann Ihnen berichten, und ich weiss nicht, wie nahe Sie an diesem Quartier sind, ich meine, Sie wohnen auch nicht so weit weg, ich wohne auch in dieser Nähe, ich war letzte Woche in den Ferien und ich habe vier Anrufe bekommen von Bewohnern dieses Quartiers, die gesagt haben, seit ihr eigentlich wahnsinnig, diesem Parkplatzabbau zuzustimmen, seid ihr eigentlich wahnsinnig, diese Umgestaltung so durchzuführen.

Das ist die Aufgabe eines Parlamentarier, solche Anliegen auch ernst zu nehmen und Brigitte Kühne, Mitwirkung ist auch dann ernst zu nehmen, wenn sie einem vielleicht nicht in den Kram passt. Sie berufen sich immer gerne von der linken Seite auf Mitwirkungsverfahren und zufälligerweise kommen dann diese Mitwirkungsverfahren immer so heraus, wie es Ihnen passt. Und wenn Sie einmal die Zahlen dieser Mitwirkungen anschauen, dann ist das ja nicht repräsentativ für das Quartier, das ist einfach nicht wahr. Wenn Sie diese Mitwirkungsverfahren ernsthaft betreiben wollen, dann würden Sie grossflächig das gesamte Quartier miteinbeziehen und nicht nur einige wenige, die vielleicht aus aktivistischen Gründen dann sich mit dieser Idee befassen wollen. Die Realität in dieser Gegend sieht doch ganz anders aus. Daniel Seiler hat das bereits erwähnt, durch den von Ihnen betriebenen Parkplatzabbau haben Sie in diesem Gebiet Gewerbebetriebe vernichtet. Das ist die Realität, da können Sie, Franz-Xaver Leonhardt, nicht darum herumsprechen. Sie haben, all jene, die diesen Parkplatzabbau im Gebiet rund um die Allschwilerstrasse und den Allschwilerplatz beschlossen haben, gewünscht haben, Sie haben dazu beigetragen, dass das Quartier für Gewerbebetriebe weniger interessant ist, ein weiterer Laden, der weggestorben ist. Und das wischen Sie dann einfach so weg als Argument und sagen, ja, aber es gibt ein Mitwirkungsverfahren und dann wurde gewünscht, dass man auf diesem Platz etwas macht.

Ich frage mich auch, ganz ehrlich gesagt, ein bisschen, ich habe nichts gegen attraktive Plätze und ich bin auch kein Autofetischist, ich habe nicht einmal einen Fahrausweis, aber ich frage mich jetzt schon, wo dieser Platz so unbedingt attraktiv sein muss, um sich aufzuhalten, wenn in der Mitte über den Platz im Vier-/Fünfminutentakt, von der einen Seite und von der anderen Seite kommen sie ja nicht gleichzeitig, ein Tram darüber braust, wenn gleichzeitig auch Rettungsfahrzeuge durchfahren müssen und wir aber in unmittelbarer Nähe eine wunderschöne Grünfläche haben, nämlich neben dem Oekolampad. Dort hat es bereits einen Aufenthaltsort, also ist es doch jetzt wirklich nicht notwendig, dass wir mitten auf dem Platz noch für zusätzliche Aufenthaltsattraktivität sorgen mit elf zusätzlichen Bäumen, die ja dann aber nicht gross sein werden. Ja, irgendwann schon in 50 Jahren, aber in den nächsten 20 Jahren sind das noch keine riesigen Bäume, die dann dazu einladen, sich dort zu verweilen und im Schatten sich aufzuhalten. Also ich glaube, das Ziel der Aufenthaltsqualitätssteigerung ist an vielen Orten zu begrüssen, ja, aber doch bitte nicht an einem solchen Platz, der für den Durchgangsverkehr gedacht ist und auch dafür gedacht ist, dass Menschen mit dem Tram ein- und aussteigen.

Und der Parkplatzdruck, Bruno Lötscher hat das, meine ich, gesagt in seinem Votum, der Parkplatzdruck ist unterschiedlich, auch im 4054/4055. Ich sage und mache mich damit teilweise sogar unbeliebt, dort, wo ich wohne, im 4054, das ist das Gebiet Bachlettenstrasse/Birsigstrasse, da hat man, wenn ich abends heimlaufe, oftmals, wenn der Zoo zu ist, auch leere Parkflächen. Da bin ich sogar einverstanden, ich mache mich damit manchmal etwas unbeliebt. Aber in diesem Gebiet rund um den Allschwilerplatz, gerade auch am Abend, wenn Sie dort durchlaufen, ist das einfach nicht so und deshalb glaube ich, gehört zur Aufenthaltsqualität auch, dass man den Anwohnenden die Möglichkeit gibt, am Abend ihr Auto zu parkieren und es ihnen nicht zumuten muss, dass sie einmal quer durch die ganze Postleitzahl laufen müssen, um irgendwie noch das Auto parkieren und abstellen zu können.

Und alles andere, was man machen kann, was zur Aufenthaltsqualität beiträgt, das kann man ja diskutieren, dafür können wir den Ratschlag nun der UVEK auch zurückweisen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, mit einem schlaun Vorschlag noch einmal hierherzukommen. Es ist nicht dringend, die Behindertengerechtigkeit dieser Haltestelle ist ein vorgeschobenes Argument. Ich glaube, es lässt sich auch noch bewerkstelligen, dass man dort ein- und aussteigen kann, wenn es vielleicht ein bis zwei Jahre länger geht.

Besten Dank, wenn Sie den Ratschlag zurückweisen.



*Balz Herter (Mitte-EVP):* Joël Thüring, es liegen zwei Zwischenfragen von Franz-Xaver Leonhardt und Fleur Weibel vor. Sie werden entgegengenommen. Franz-Xaver Leonhardt.

*Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP):* Joël Thüring, Frage wegen dem Gewerbe. Sie gehen mit mir einig, dass das Restaurant und der Kulturbetrieb, der jetzt neu einzieht am Oekolampad, gewerbenahe betrieben sind?

*Joël Thüring (SVP):* Ja, selbstverständlich, aber ihnen wird ja nichts weggenommen, wenn wir es so lassen, wie es jetzt ist. Anderen Gewerbebetrieben, die schon dort waren, wurde etwas weggenommen und sie mussten deshalb zugehen. Sie haben allerdings auch nicht die Wibrandis Stiftung im Rücken, die feudal sie unterstützen kann.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Werte Kolleginnen und Kollegen, ich stelle fest, dass die Motivation, heute besonders weit in der Traktandenliste zu kommen, nicht besonders ausgeprägt ist. Ich muss der Anwalt der Traktandenliste sein. Mein Ziel wäre es, trotzdem noch den einen oder anderen persönlichen Vorstoss behandeln zu können. Ich werde spätestens nach den Anzügen die Sitzung beenden. Vielleicht motiviert das Sie, dass wir noch ein bisschen vorwärts machen können. Ich wäre Ihnen dankbar.

Nächster Einzelsprecher ist Niggi Rechsteiner.

*Niggi Daniel Rechsteiner (GLP):* Ich mache es kurz, weniger emotional. Es freut mich grundsätzlich, dass sich der Allschwilerplatz weiterentwickelt. Der Park, das neu ausgebaute Gemeindehaus, das heute alle besichtigen gehen und nun auch das Zentrum des Platzes ist. Es wurden zahlreiche sachliche Argumente genannt, auch wurden die Entwicklungen aus unterschiedlicher Sicht beleuchtet. Die UVEK hat sich ausgiebig mit dem Thema auseinandergesetzt und der vorliegende Vorschlag im Bericht ist eine, scheint mir, an die gesetzlichen Vorschriften angepasste und optimierte Variante. Ich stelle diesen Vorschlag nicht in Frage. Es ist mir aber wichtig als interessierter Quartierbewohner, dass auch erwähnt wird, dass das private Engagement, das wurde auch schon erwähnt, zur Begründung des Platzes und die Installation eines Gemüsekiosks nicht selbstverständlich ist und dass damit ein wertvoller Begegnungsort geschaffen wurde. Diesen Charakter hatte der Allschwilerplatz bislang nicht.

Mitwirkungsverfahren sind heute ein Bestandteil, das haben wir auch gehört, es soll noch eines geben. Mitwirkungsverfahren wurden auch kritisch beleuchtet heute und wichtig ist dabei, scheint mir, wie die Mitwirkung abläuft und dass sie nicht lediglich, haben wir auch schon gehört, zur Bestätigung der verwaltungsinternen Vorstellungen als Pflicht durchgeführt wird. Das könnte man manchmal denken. Es scheint auch, als sei bei der Bespielung von Plätzen ein Foodtruck das Erfolgsrezept, das könnte theoretisch auch ein Güggeli-Truck sein. Auch Foodtrucks benötigen zur Einhaltung der Vorschriften im lebensmittelrechtlichen Sinn Strom und Wasser. Deshalb ist die Platzierung des Medienpunktes essenziell.

Wir haben in der Vergangenheit wiederholt erlebt, dass die Verwaltung in der Planung und Ausschreibung von Gastro- und Verkaufsf lächen nicht wirklich eine glückliche Hand hatte. Man denke an den Schützenmatte-Pavillon, an die Kaserne und an andere Beispiele. Ich glaube, man liess sich eher von schicken Konzepten blenden und legte den Fokus zu wenig auf die wirtschaftlichen Aspekte der Unternehmer\*innen. Ich bitte mit meinem Votum lediglich, die involvierten Stellen, welche die Bespielung des neuen Allschwilerplatzes verantworten, dafür zu sorgen, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung ehrlich und tatsächlich abgeholt werden. Das kann heissen, dass es nicht um Foodtrucks, sondern um einen Gemüseverkauf geht, wer weiss. Wichtig dabei ist aber, dass Profis und Kenner in die Planung mit involviert werden. Ich denke da beispielsweise an etablierte Organisationen wie Stadtkonzept, Gewerbeverband, Wirtverband, aber auch das Stadteilesekretariat. Nur gemeinsam werden wir es schaffen, bereits erfolgt, das zivilgesellschaftliche Engagement mit einem zukunftsorientierten Konzept zu vereinen und ein der Quartierbewohner\*innen entsprechendes Angebot zu schaffen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Einzelsprecher ist André Auderset.

*André Auderset (LDP):* Ich komme hierhin, um etwas Asche auf mein Haupt zu laden. Es ist tatsächlich so, es ist unschön, wenn in einer Kommission etwas mit 12 zu 0 Stimmen angenommen wird und wir dann hier so lange noch reden müssen, wo man doch immerhin sieben Sitzungen gehabt habe. Nun, ich könnte jetzt etwas scherzhaft sagen, man sieht halt, dass Quantität nicht immer Qualität ist, aber das will ich niemandem unterstellen. Die Anzahl Sitzungen könnte ja ein Zeichen sein, dass es eben doch sehr viel zu diskutieren gibt, dass eben doch sehr viel einigermaßen umstritten ist und das mag auch ein Argument dafür sein, dass eine Rückweisung, so nochmal nachbessern, durchaus möglich wäre.



Der Kritikpunkt, hättet ihr euch doch in der Kommission geäussert, ja, den müssen wir annehmen, Brigitte Kühne, das müssen wir akzeptieren. Es ist halt so, dass da viele Geschäfte sind und dass da halt einmal ein Umbau des Allschwilerplatzes nicht ganz so im Zentrum von Basel liegt und damit vielleicht auch nicht so ins Zentrum der Diskussion rückt, dass der mal etwas untergeht und wir es eben verpasst haben, das in der Fraktion etwas genauer zu diskutieren und unserer Vertretung in der UVEK dann auch entsprechend zu mandatieren. Das haben wir nicht gemacht. Das akzeptieren wir, nur, man darf ja auch gescheiter werden, auch jetzt noch, und es sei doch erwähnt, dass laut unseren Regeln die Entscheide über solche Projekte hier in diesem hohen Hause, um wieder einmal Joël Thüning zu zitieren, gefällt werden, das nach mehr oder weniger ausführlicher Beratung, heute halt mal etwas ausführlicheren. Aber ich glaube, das hat dem Projekt sicher nicht geschadet und wenn es tatsächlich dazu kommt, dass man Verbesserungen anbringen kann, dann umso mehr.

Ein letzter Punkt noch. Ich bin eigentlich gegen Referenden. Das Referendum zu ergreifen für eine Sache, die wirklich nur einen kleinen Teil der Bevölkerung betrifft, Sie erinnern sich an die St. Alban-Vorstadt und den Belag dort, dort hat der ganze Kanton inklusive Riehen abstimmen dürfen, ob wir jetzt das Kopfsteinpflaster kriegen, das Sie nicht wollten, oder nicht. Das ist eigentlich eine unsinnige Sache, aber trotzdem ist es zumindest hier nicht zu vermeiden oder nicht auszuschliessen, würde ich mal sagen, dass eben ein solches Referendum ergriffen würde. Das würde dann auch noch ziemlich viel Zeit kosten, das Projekt deutlich verzögern und dazu noch Mehrkosten verursachen. Dann wäre es doch vielleicht gescheitert, eben zurückzuweisen, die Zeit zu brauchen, um noch gewisse Anpassungen vorzunehmen, um dann mit einem Projekt zu kommen, wo wir alle wirklich auch dahinterstehen können, als dass wir dann tatsächlich noch einen Abstimmungstermin brauchen, um zu klären, ob jetzt das Tramhäuschen wekommt oder nicht.

In diesem Sinne appelliere ich nochmal an Sie, weisen Sie zurück.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* André Auderset, es liegt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod vor. Sie wird angenommen.

*Tim Cuénod (SP):* André Auderset, finden Sie es zweckmässig, dass eine nicht stattgefundene kontroverse Kommissionsberatung hier stattfindet, dass man quasi Kommissionssitzungen im Plenum macht?

*André Auderset (LDP):* Die Kommission ist dazu da, einen Entscheid vorzubereiten. Die Entscheidung obliegt uns und auch halt die Diskussion und ich möchte daran erinnern, dass sehr viele kontroverse Kommissionsberatungen, beispielsweise über Parkplätze, dann hier auch nochmal in extenso weitergeführt wurden.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Einzelsprecher ist Jean-Luc Perret.

*Jean-Luc Perret (SP):* Bruno Lötscher, ich muss auf Sie reagieren, es tut mir leid, das hat mich schon ein bisschen persönlich getroffen. Ich möchte das schon noch klarstellen, ich wohne seit 20 Jahren im Umkreis von ein paar hundert Meter vom Allschwilerplatz und ich kaufe dort auch meine Erdbeeren ein. Das ist alles im Gotthelfquartier, wo auch der Allschwilerplatz liegt, er liegt nicht im Neubad, von dem her ist die IG Neubad vielleicht auch die falsche Ansprechgruppe. Ich war also nicht das erste Mal einfach bei der Kommissionsberatung auf dem Allschwilerplatz. Sie merken, ich habe sehr viel Herzblut dafür und ich hoffe, ich konnte das noch klarstellen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

*Alex Ebi (LDP):* Es ist fast alles schon gesagt worden und es zeigt einmal mehr, ja, es ist wirklich etwas Unschönes, wenn eine solche Kommission vorbereitet und alles vordiskutiert und dann ist es 12 zu 0 und wir stossen dann das um oder versuchen das mindestens umzustossen. Da kann man sich noch fragen, braucht man dann die Kommission so.

Es ist vieles gesagt worden, etwas fehlt mir noch in dieser Diskussion, und zwar der Herr, Niklaus Fäh, der auf diesem schönen Platz dort den Mut gehabt hat vor langer Zeit schon jetzt, nach noch längerer Zeit, als der Ort ein bisschen getötelet hat, die Chance gepackt hat und etwas gemacht hat für das Quartier. Das Quartier hat unterdessen eine riesige Freude an diesem Gemüseiosk, wie er ihn nennt, und er hat wirklich das Gefühl, er habe da jetzt etwas gemacht, das übergangen wird von den Ideen, die er da vorgebracht hat. Er durfte sprechen in dieser Kommission und hat nicht das überbringen können, was ihm wichtig gewesen ist. Er hatte das Gefühl, er sei da nicht richtig verstanden worden, man habe die Sachen ein bisschen umgedreht, aus seiner Sicht auch nicht ganz begriffen vielleicht, was er sagen will und mit ihm ein grosser Teil der Bevölkerung.



Ich denke, wir sind da Vertreter der Bevölkerung und wenn das so einen Unmut gibt oder fast schon einen kleinen Aufstand, dann müssen wir das ernst nehmen und können das nicht einfach durchwinken. Darum bitte ich auch, das nochmal zurück an den Regierungsrat zu schicken.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Einzelsprecherin ist Raffaella Hanauer.

*Raffaella Hanauer (GAB):* Ich möchte nur ganz kurz auf Bruno Lötscher und Joël Thüning eingehen. Es ist nicht so, dass der Allschwilerplatz ein Kreisel ist, so wie Sie ihn gezeichnet haben, oder ein kompletter Verkehrsdurchgangsplatz. Die einzige verkehrorientierte Strasse, die über den Allschwilerplatz, also am oberen Ende verläuft, ist die Ahornstrasse/Allschwilerstrasse. Alle anderen Strassen sind siedlungsorientierte Strassen und ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Bruno Lötscher für ein zweites Einzelvotum.

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Ich entschuldige mich natürlich bei Jean-Luc Perret, ich habe aber gewusst, dass er am St. Galler-Ring wohnt. Ich oute mich jetzt auch, ich habe 30 Jahre an der Buchenstrasse gewohnt, das ist gerade um die Ecke. Ich kenne die Situation dort wirklich sehr gut, ich bin fast täglich aufs Tram, habe ab und zu das Taxi benutzt oder bin einkaufen gegangen in der Allschwilerstrasse.

Weshalb ich nochmals komme, es ist ja das Gewerbe noch angesprochen worden und das Taxi liegt mir ein bisschen am Herzen, weil man ja nicht abgeklärt hat, ob das nicht noch gebraucht würde dort oder nicht. Ich habe mir die Mühe genommen in den letzten Tagen, ein paar Taxi-Fahrer zu fragen und alle haben mir gesagt, selbstverständlich warten wir dort, wenn wir dort jemanden zum Spital gebracht haben, auf neue Kundschaft oder bis wir gerufen werden von der Zentrale oder uns jemand über eine App holt. Also diese Plätze werden gebraucht, nicht, um zu warten, bis jemand hinläuft, diese Methode ist wahrscheinlich wirklich bald vorbei, aber damit da nicht rumgefahren wird und unnötig Benzin verbraucht wird und für das zahlen die auch etwas. Also wir müssen eigentlich unsere Taxi-Unternehmer schützen und nicht Uber-Situationen fördern.

Und was ich auch noch sagen wollte bezüglich der Allschwilerstrasse oder der Siedlungsorientiertheit, Raffaella Hanauer die Allschwilerstrasse heisst ja nicht umsonst Allschwilerstrasse, die ist selbstverständlich eine wichtige Durchgangsstrasse. Kommt man von der Austrasse her, alles, was Richtung Allschwil fährt, fährt dann durch die Allschwilerstrasse und kurvt um den Bogen dort. Nur die wenigsten fahren via Ahornstrasse. Es ist einfach so, dass man die Verkehrsbedeutung dieses Platzes nicht unterschätzen darf.

Noch bezüglich des Gewerbes, das tatsächlich unter den wenigen Parkplätzen leidet, aber vor allem die Einwohnerinnen und Einwohner und die Menschen, die dort leben, leiden darunter, dass da minuten-, viertelstundenweise nach Parkplätzen gesucht wird. In den letzten Wochen hat jetzt dort offenbar auch der Denner geschlossen in der Allschwilerstrasse. Also es ist schon so, dass Läden, wo man gewisse Gewichte tragen muss, halt zuweilen auf Autoverkehr angewiesen sind und die werden jetzt dort zum Teil zumindest weggehen oder sind bereits weggegangen. Das lässt sich nicht wegdiskutieren, das ist einfach Fakt, das so geschehen ist und so in dem Sinn nicht mehr rückgängig zu machen.

Weshalb ich meine, Rückweisung wäre auch sinnvoll. Es gibt zwei, wie ich finde, sehr gut gelungene neue Beispiele von Tramhaltestationen, nämlich beim Kunstmuseum und beim St. Alban-Tor. Ich finde, beide Varianten sind hochspannend und ich habe nicht gesehen, ob man so etwas geprüft hat an diesem Platz. Ich meine, das wäre aufgrund der Diagonallage fast zwingend, dass man so etwas ins Auge fassen müsste, damit eben nicht alles rundherum fährt und die Menschen, die dann tatsächlich vielleicht zum Teil mal dort am kleinen Brunnlein etwas Wasser trinken, nicht sofort erschrecken, wenn schon wieder ein Auto durchbrauchst oder das Tram. Ich glaube, wir können eine wesentlich bessere Situation herstellen, obwohl schon viel Gedankenarbeit gemacht wurde. Man kann ja auf dieser Gedankenarbeit aufbauen.

Ich glaube, man kann eine wesentlich bessere Situation herstellen. Es pressiert nicht, wir wissen auch nicht, wie sich das neue Oekolampad-Quartierzentrum entwickelt, auf welche Seite sich das wirklich entwickelt, ob sich das Richtung Park entwickeln wird, was durchaus auch möglich ist, und nicht nach vorne. Und dass wir jetzt quasi sagen, weil wir dort jetzt das Oekolampad haben, müssen wir pressieren, stimmt wohl so nicht. Wir haben, was ich gut finde im Ratschlag, 52 neue Parkplätze, Veloparkplätze, das finde ich ausgezeichnet, die kann man auch vorziehen. Es ist ja nicht so, dass man mit allem warten muss. Man es von 20 auf 52 erhöht, habe ich gesehen, also diese Möglichkeiten bestehen, auch wenn wir eine Rückweisung machen und dann eine hoffentlich noch bessere Vorlage bekommen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.



*Andrea Strahm (Mitte-EVP):* Ich bin mir bewusst, dass mir da sehr böse Blicke entgegengeworfen werden, ich möchte jetzt trotzdem noch zwei Sachen sagen. Erstens, die Nutzer dort, das ist nicht einfach die Wibrandis Stiftung und das Gewerbe, dort sind Anwohner, die haben einen Markt gemacht, da spielen die Anwohnenden. Die Wibrandis Stiftung ist eine der Nutzer, aber nicht einfach tonangebend dort vor Ort. Ich wohne dort, ich habe kürzlich eine Frau von der Strasse weggezogen, die total verladen war, und der Verkehr dort ist massiv. Ich konnte die gerade noch ab der Strasse ziehen und der Rettung anrufen. Also es ist dort wirklich kein Ort, um sich gemütlich niederzulassen.

Und dieser Kiosk dort, der Gemüseladen von Herr Fäh, ist auch ein Treff für Leute, die eben nicht in die Wibrandis Stiftung, nicht in das Bistro Rosa wollen, das muss man auch akzeptieren. Wenn die Anwohnenden und die User dieses Ortes derart opponieren, dann muss etwas falsch sein, dann muss man das nochmal anschauen mit diesen Leuten, nicht einfach nur mit der Wibrandis Stiftung, mit allem Respekt für die Leistung, die dort erbracht wird.

Also bitte, weisen Sie das zurück, schauen Sie das nochmals an und ziehen Sie bitte alle User in die Betrachtung ein, die des Altersheims, die der Wibrandis Stiftung, aber auch, wie das schon Niggi Rechsteiner gesagt hat, das Stadtteilesekretariat, usw., der Markt, der dort ist.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Rednerinnen-/Rednerliste ist nach anderthalb Stunden erschöpft. Somit kommen wir zu Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Zuerst einmal vielen Dank für die intensive Debatte. Ich denke auch, dass das wichtig ist, das haben wir auch in den Medienartikeln gesehen. Ich möchte ganz wenige Punkte aufnehmen.

André Auderset, Sie haben gesagt oder haben kritisiert, dass die Befragung online stattgefunden hat. Das war 2020 während der Pandemie und da waren Veranstaltungen schlicht nicht möglich. Wir wollten aber dennoch vorwärtskommen mit diesem Platz. Und was übrigens noch interessant war, ist, es haben über 70 Leute teilgenommen, was eine doch relativ gute Quote ist und ein Drittel dieser Menschen war über 55 Jahre alt. Also es ist nicht so, dass wir mit dieser Onlinebefragung nur Digital Natives erreicht hätten.

Dann zu Beat Schaller. Sie haben gefragt, weshalb wir bei einer Ex-Esso-Parzelle die Zwischennutzung dort verlängern konnten und hier nicht. Hier haben wir wirklich Handlungsdruck, und zwar einerseits, wir haben es mehrfach gehört, wegen dieser Haltestelle, die nicht ebenerdig ist, und ich darf auch hier in Erinnerung rufen, hier geht es nicht allein um Menschen in Rollstühlen, sondern es geht eben auch um Kinderwagen, es geht um stufenloses Einsteigen, auch für Menschen mit Rollatoren, und im Umfeld von Spitälern und Seniorenresidenzen ist das sehr wichtig. Dann haben wir Handlungsdruck, weil wir die Leitungen erneuern möchten. Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie uns immer wieder bitten, Baustellen zu koordinieren. Das heisst, wir möchten, wenn wir schon einen Platz anfassen müssen, diese Baustelle auch nutzen, um sie umzugestalten. Das ist sehr wichtig.

Und last, but not least darf ich daran erinnern, diese Ergebnisse sind öffentlich zugänglich, dass nur zehn Prozent der damals Befragten gesagt haben, der Platz ist gut, so wie er heute ist. Die Menschen hatten Kritik an der Verkehrssicherheit, Verkehrsführung, sie haben gebeten, dass man da was verbessert, sie wünschten sich mehr Grün und sie wünschten sich einen Platz, der eben weniger fragmentiert ist. Also nochmals, 90 Prozent der Personen, die man damals befragt hat, haben sich eine Veränderung gewünscht.

Ich kann aus der Teilnahme und der Beteiligung bei den Kommissionssitzungen sagen, dass sich die Kommission sehr wohl Gedanken gemacht hat, wie die heutigen Nutzungen weiterbestehen können. Und natürlich geht das nicht in genau derselben Weise wie heute, aber ich glaube, das ist ja auch die Natur von Zwischennutzungen. Es gibt aber Perspektive. Es ist auch wichtig, sich bewusst zu sein, dass der Baustart in zweieinhalb Jahren ist. Dann wiederum haben wir zwei Jahre Bauzeit und danach kann sich wieder eine Nutzung etablieren. Und da übrigens genau dort ist es eben spannend, eine zweite Mitwirkung zu machen, weil Sie können sich ausrechnen, wenn die Realisierung 2028 ist, also sich die neue Nutzung dann etablieren kann, aber der Anfang des Projekts 2020, dann liegt sehr viel Zeit zurück. Ich glaube, so ein zweistufiges Vorgehen wird auch für künftige Projekte sehr interessant sein.

Eine Rückweisung an die Regierung wäre, ehrlich gesagt, gar nicht so einfach. Ich fand heute die Voten nicht ganz so eindeutig, was Sie sich wünschen. Die einen wünschen sich mehr Parkplätze, ich bin überzeugt, da wären aber wiederum andere dagegen. Die einen wünschen sich ein Häuschen, die anderen wären dann dagegen, weil es mehr versiegelte Flächen gibt, also ganz ehrlich, eine Rückweisung würde widersprüchliche Signale uns mit auf den Weg geben und es würde, wie gesagt, dazu führen, dass wir die Baustelle nicht koordinieren können.

Ich darf auch nochmal sagen, einen Platz gestalten wir für die nächsten Jahrzehnte. Was wir heute wichtig finden, ist vielleicht in 15, 20 Jahren anders wichtig. Wir werden neue Schwerpunkte, neue Ideen haben, das heisst, wir müssen die Plätze heute so gestalten, dass wir wissen, dass sie nutzbar sind in 20, 30 Jahren und das bedeutet wahrscheinlich mehr



Grün, mehr Schatten angesichts der steigenden Temperaturen und eben eine flexible Nutzung. Und ich glaube, dieses Projekt, das wir jetzt hier vorliegen haben, das überarbeitet wurde, das bietet diese Dinge und ich darf Sie deshalb bitten, dem Bericht heute zuzustimmen und damit auch den Weg frei zu machen für einen grüneren und einen vielseitig nutzbaren Allschwilerplatz.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nun hat der Kommissionspräsident der UVEK das Wort.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Aus meiner Sicht gibt es wie zwei dieser Konfliktlinien. Die eine hat mit der Rückweisung zu tun. So wie ich das richtig verstanden habe, geht es hier vor allem um die Frage, wie viele Parkplätze und wie viele andere Nutzungen sollen auf diesem Platz Platz finden, und die andere grosse Diskussion war die Frage, was hängt eigentlich mit was zusammen und welche Nutzungen ergeben sich daraus. Bevor ich auf diese zwei Dinge eingehe, möchte ich einfach noch zwei, drei Sachen richtigstellen.

Es wurde, ich glaube, es war Bruno Lötscher, gesagt, dass diese Taxistandplätze weg seien mit dem Projekt der UVEK und wenn man die Karte nochmals vielleicht schnell einblenden könnte, auch im UVEK-Projekt wird es Parkplätze auf dem Platz geben. Es sind vier Stück, einer davon für behinderte Personen und drei davon, die können wahlweise blau markiert werden oder für einen Taxistandplatz verwendet werden. Das ist auf der westlichen Seite beim Trafohaus. Es ist also nicht so, dass keine Taxistandplätze mehr möglich sein werden. Das ist diese graue Fläche zwischen dem Trafohaus und dem Baum im Norden und unten sieht man noch, ich weiss nicht, ob man es aus der Weite erkennt, auch den Parkplatz für behinderte Personen. Das mal zur Klärung.

Das zweite, es wurde viel über diese behindertengerechte Tramhaltestelle gesprochen. Sie muss in einer geraden Lage sein und sie muss von Anfang bis zum Ende auf der gleichen Höhe sein. Das Beispiel Lyss, das erwähnt wurde, dort ist die Ausfahrt der Feuerwehr. Das ist ein zwingender Grund, dort war das nicht möglich, aber wenn man keine zwingenden Gründe bringen kann, dann wird vom Bundesamt für Verkehr nur eine solche Lösung akzeptiert. Wir hatten das Thema immer wieder und es kommt irgendwie trotzdem immer wieder. Die Rechtspraxis ist ganz eindeutig gefestigt, so wird verfahren und so würde auch in diesem Fall verfahren. Und wenn man das weiss, dass diese Tramhaltestelle eben nicht mehr so bleiben kann wie heute, dann setzt das den ganzen Prozess in Gang. Das führt zu einer Verschiebung, sie muss abgebaut werden. Durch diese Verschiebung wird der Platz sowieso umgestaltet und wenn man ihn umgestaltet, dann ist die Frage, wie.

Wenn ich zugehört habe, was als Rückweisungsgrund angefügt wurde, dann war es einerseits das Argument, es braucht mehr Parkplätze, weil eben dort zum Beispiel Spitäler sind und Institutionen mit älteren Personen, usw. und man würde dann aber in Kauf nehmen, dass diese behindertengerechte Tramhaltestelle auf Jahre verschoben würde, das macht ja wirklich keinen Sinn, das ist ein Widerspruch in sich. Also wenn man sagt, hier gibt es ein höheres Bedürfnis, behinderte Personen, ältere Personen, dann muss man doch umso mehr schauen, dass diese Tramhaltestelle bald gebaut werden kann.

Der zweite Widerspruch. Es gab einige, die argumentiert haben mit einer Rückweisung, die Situation heute sei gar nicht so schlimm, es gibt ja diesen Stadtpark und die Leute hätten das jetzt so angenommen und das sei gut so, wie es ist, man würde es kaputt sanieren, was heute da ist. Die anderen Leute, die für die Rückweisung argumentiert haben, haben gesagt, das ist ganz klar ein verkehrsorientierter Platz, der wird immer so bleiben und da gibt es nichts, sich aufzuhalten, man hat ja die Oekolampad-Anlage, dort soll man hingehen, wenn man sich aufhalten soll. Also auch wieder hier ein ganz klarer Widerspruch. Wenn wir zurückweisen würden, wäre völlig unklar, was damit gemeint wären.

Aus Sicht der Kommission möchte ich sagen, wir haben sauber gearbeitet und ich möchte betonen, alle Kommissionsmitglieder haben sich sehr Mühe gemacht. Wir haben auch Kommissionsmitglieder, die dort in der Nachbarschaft wohnen. Ich finde es immer gut, wenn es Perspektiven gibt aus dem Alltag, weil man dort wohnt, aber auch Perspektiven, die ein bisschen Distanz haben. Es ist alles zusammengekommen. Wir haben nicht nur auf die Wibrandis Stiftung oder auf jemand anderes geachtet, sondern versucht, die verschiedenen Perspektiven zusammenzubringen und darauf aufbauend eine Lösung zu finden und ich finde, dies ist uns gelungen. Eine Rückweisung wäre sehr widersprüchlich, würde den Prozess verzögern, würde keinen unmittelbaren Nutzen bringen, man hätte wieder diese verschiedenen Ansprüche an den Raum, was in der Natur der Sache liegt.

Darum möchte ich wirklich Sie bitten, nicht zurückzuweisen und am Ende diesen Ausgaben zuzustimmen. Mit der Lösung der UVEK ist die Flexibilität gegeben, dass daraus auch weiterhin etwas Schönes entstehen kann und dass der ganze Platz profitieren kann, inklusive den Nutzungen, die sich darum herum jetzt am bilden sind. Das wäre eine ideale Koordination, wenn das Projekt relativ bald angegangen werden könnte.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es liegt eine Zwischenfrage von Bruno Lötscher vor. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird angenommen.



*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Nur ganz kurz, ich komme nochmal wegen den Taxis, weil jetzt gesagt wurde, die werden ja nicht wegfallen. Ich zitiere nur aus dem Bericht der UVEK und nehme diesen ernst und nehme diesen wörtlich und da heisst es, dass der Aufhebung der Taxistandplätze zugestimmt wurde und dann, nur Parkplätze zum Laden von Elektrofahrzeugen und ein Behindertenparkplatz sollen jedoch an anderer Stelle bestehen bleiben. Dass irgendein Taxistandplatz bestehen bleiben soll, steht nicht. Woher nehmen Sie jetzt diese Vermutung, dass es doch geht?

*Raphael Fuhrer (GAB):* Das steht im Bericht. Wir sagen, es bleiben diese drei Parkplätze erhalten mit der Option auf einen Taxistandplatz, wenn das Bedürfnis besteht. Das steht im Bericht so drin.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung an den Regierungsrat wurde durch André Auderset und Beat K. Schaller beantragt. Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

Wer den Ratschlag zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN

### **Ergebnis der Abstimmung**

**33 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003507, 16.05.24 16:32:38]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

keine Rückweisung.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben den Antrag abgelehnt mit 57 Nein-Stimmen gegen 33 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

Wir fahren weiter mit der Detailberatung (Seite 14 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Umgestaltung Allschwilerplatz mit Gesamtbetrag, Alinea 1 bis 10

2. Mitwirkungsverfahren

Publikations- und Referendums Klausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

### **Ergebnis der Abstimmung**

**57 Ja, 28 Nein, 6 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003509, 16.05.24 16:33:33]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 3'763'000 für die Umgestaltung des Allschwilerplatz zu einem für den Fussverkehr sicheren und attraktiven Strassenraum bewilligt. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 990'000 neue Ausgaben für die Umgestaltung des Strassenraums zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur»
- Fr. 340'000 neue Ausgaben zu Lasten des Mehrwertabgabefonds
- Fr. 928'000 neue Ausgaben für die Gleisanlagen als Darlehen an die BVB



- Fr. 97'000 für die Haltestelleninfrastruktur als Darlehen an die BVB
- Fr. 29'000 als einmaligen Entwicklungsbeitrag nach Fertigstellung zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds
- Fr. 215'000 als einmalige Betriebsaufwendungen zu Lasten des Globalbudgets ÖV
- Fr. 4'000 als jährliche Folgekosten nach Fertigstellung für die Pflege der Vegetationsflächen und Bäume zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements
- Fr. 815'000 gebundene Ausgaben für die Erhaltung der Strasse gemäss heutigen Strassenstandards zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur», Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Infrastruktur Strasse
- Fr. 291'000 gebundene Ausgaben für die Erhaltung der Abwasserableitungsanlagen gemäss heutigem Standard zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur», Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Infrastruktur Abwasserableitungsanlagen
- Fr. 54'000 gebundene Ausgaben für die Erhaltung der Haltestellen-Infrastruktur zu Lasten der Rahmenausgabe Erhaltung als Darlehen an die BVB.

2. Es findet ein zweites, mit dem Termin der baulichen Umgestaltung koordiniertes Mitwirkungsverfahren zur Nutzung/Ausgestaltung der oben beschriebenen beiden Mitwirkungsflächen statt. Zur Vorbereitung und Durchführung des Mitwirkungs-verfahrens stehen Fr. 30'000 zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur» zur Verfügung. Zur anschliessenden Planung/Projektierung und Umsetzung der Massnahmen aus der Mitwirkung steht ein Kostendach von Fr. 150'000 zu Lasten des Mehrwertabgabefonds zur Verfügung.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 57 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen.

#### **14. Gestaltungskonzept Innenstadt: Vierter Bericht zur Verwendung der Mittel aus der ersten Rahmenausgabenbewilligung (2015) sowie erster Bericht zur Verwendung der Mittel aus der zweiten Rahmenausgabenbewilligung (2021) Gestaltungskonzept Innenstadt (stabile Räume), Bericht des RR**

[16.05.24 16:33:41, 24.0226.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an deren Präsidenten Raphael Fuhrer.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Mit diesem Geschäft werden wir Kenntnis nehmen oder eben nicht Kenntnis nehmen, es ist kein Finanzbeschluss damit verbunden. Zur Erinnerung, es ist ja ein wiederkehrendes Thema, das Gestaltungskonzept Innenstadt. Der Mechanismus dahinter ist, dass das Gestaltungskonzept die Basis legt und darauf aufbauend dann eine Sequenz von RABs erfolgen, wovon je mehrere Projekte finanziert werden können. Es werden nicht die einzelnen Projekte in den Rat gebracht, sondern es gibt Rahmenausgabenbewilligungen und davon sind dann immer gerade paketweise Projekte, die somit finanziert sind. Es handelt sich in der Regel um lineare Räume, also Strassen und Gassen inklusive der Kreuzungsbereiche. In der Regel werden dann separate Ratschläge gemacht, wenn es um Plätze geht. Letztes Beispiel war der Rümelinsplatz.

Das Gestaltungskonzept Innenstadt setzt die Leitplanken, legt die Grundsätze fest, enthält auch so etwas wie Standards und zeigt Zusammenhänge auf. Die einzelnen Projekte gehen dann aber jeweils auf die örtlichen Gegebenheiten ein und



orientieren sich an diesen Grundsätzen. Wir haben in der UVEK diesen Bericht diskutiert und ich möchte hier kurz wiedergeben, was wir gerne dem Bau- und Verkehrsdepartement mitgeben möchten. An dieser Stelle ein Dankeschön für den Einblick, den uns das Bau- und Verkehrsdepartement gewährt hat in die laufenden Arbeiten im Zusammenhang mit dem Gestaltungskonzept Innenstadt.

Ein Thema bei uns war die Begrünung und Entsiegelung. Dazu haben wir drei Punkte. Aus unserer Sicht ist die Priorität dieses Themas eindeutig in den letzten Jahren gestiegen. Uns wurde auch in Aussicht gestellt, dass mit der Beantwortung zur Motion Bessenich dazu dann konkretere Angaben folgen werden. Wir würden eine höhere Gewichtung stützen, hatten den Eindruck, dass es in diese Richtung geht, das wäre der UVEK wichtig, dass das bis am Schluss auch dann so bleibt.

Der zweite Punkt: Die Organisation im Untergrund ist ja sehr entscheidend, was auch dann an der Oberfläche machbar ist. Es wäre aus Sicht der UVEK sehr wünschenswert, wenn man hier weiter Optimierungspotenzial ausschöpfen kann, damit am Schluss tatsächlich Baumstandorte realisiert werden können im Wissen darum, dass das in der sehr engen Innenstadt eine schwierige Aufgabe ist.

Der dritte Punkt: Fassadenbegrünung. In der UVEK haben wir mit Freude zur Kenntnis genommen, dass in letzter Zeit vermehrt Bemühungen dazu stattgefunden haben. Wir haben die Beispiele Rümelinplatz und Rheingasse besprochen. Wir mussten auch zur Kenntnis nehmen, dass die Ressourcen für ein generelles aktives Vorgehen von Seiten Bau- und Verkehrsdepartement fehlen. Das waren jetzt also sehr projektbezogene Projekte, ein allgemeines Projekt dazu ist im Moment anscheinend nicht möglich. Wäre das gewünscht, müsste das aufgebaut werden beziehungsweise dann auch finanziert und beschlossen werden.

Dann ein weiterer inhaltlicher Punkt war eine Frage, wo bleiben eigentlich die vor Jahren versprochenen Poller. Wir waren erstaunt, dass die immer noch nicht da sind. Sie würden sicher einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass die verkehrsfreie Innenstadt vielleicht doch ein bisschen verkehrsfreier wäre als heute. An diesem Thema werden wir sicher dranbleiben.

Der dritte inhaltliche Punkt: Was sind eigentlich die Regeln, wenn Tempo 20 signalisiert ist, also Begegnungszonen. Die UVEK hat nach wie vor den Eindruck, dass diese Regeln nicht besonders bekannt sind und sie fordert ja schon seit langem, dass sie bekannter gemacht werden. Wir würden uns eine gezielte Kampagne wünschen. Uns ist klar, der Lead wäre da beim JSD, also nicht beim Bau- und Verkehrsdepartement, das das Geschäft bei uns in der Kommission vorgestellt hat. Die UVEK glaubt an eine rücksichtsvolle Koexistenz, wir haben aber den Eindruck, dass es dazu doch auch noch gewisse Verbesserungen braucht. Besonders nötig wäre das in Tempo 20-Zonen, wo auch Velorouten durchführen. Wir haben ja das Projekt Rheingasse nun oder rückt in Umsetzungsnähe. Die UVEK möchte darauf hinweisen, dass gerade dort dieses Thema sicher entscheidend ist und dass eine gute Situation geschaffen werden muss.

Der dritte Punkt, der zu dem Thema Regeln und Begegnungszonen gehört, sind die Asphaltbänder. Sie sind ja in den linearen Elementen integriert. Häufig werden sie so wahrgenommen, dass sie quasi der Fahrbahn entsprechen und die Pflasterung dem abgeschafften «Trottoir» beziehungsweise dass die Pflasterung dann der Platz ist, wo Fahrzeuge abgestellt werden können. Und das ist ja genau nicht die Idee, in einer Begegnungszone hat der Fussverkehr überall Vortritt, also flächig und es gilt ein absolut generelles Parkierverbot ausserhalb der markierten Flächen. Wie der Alltag zeigt, sind diese Regeln eben nicht allen bekannt und es wäre wünschenswert, wenn das verbessert würde. Wir haben das bereits bei der Sanierung der St. Alban-Vorstadt gefordert und würden uns wünschen, dass das angegangen wird.

Zu den dokumentierten Projekten hat die UVEK keine projektspezifischen Anliegen. Wir haben den gesamten Bericht zur Kenntnis genommen und empfehlen, das auch hier im Plenum zu tun.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Regierungsrätin verzichtet in der ersten Runde. Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und hier hat sich Beat K. Schaller für die SVP gemeldet.

*Beat K. Schaller (SVP):* Freuen Sie sich, jetzt kommt ein Votum ohne das P-Wort, P wie Parkplätze. Das haben wir heute genügend gehört. Die SVP bittet Sie, die beiden Berichte des Regierungsrates zur Kenntnis zu nehmen, ob sie das wohlwollend tun wollen, das sei Ihnen überlassen. Der Regierungsrat schreibt, er wolle der Innenstadt ein einheitliches Gesicht geben. Diese Absicht ist löblich und wir unterstützen sie. Laut ihm erfüllt das GKI mit dem umfangreichen Handbuch diese Absichten. Ob das wirklich zutrifft, das möchten wir seitens der SVP zumindest in Frage stellen.

Vergleichen wir mit anderen historischen Städten, sind wir von einem einheitlichen Gesicht oder auf Neudeutsch, von einem Corporate Image, welche den Strassen und Gassen unserer Stadt ein einheitliches Gesicht geben, doch noch einiges entfernt. Das Asphaltband, welches eigentlich zwischen den Wackensteinen sein sollte und wie uns einmal gesagt worden ist, wie ein Teppich ausgerollt werden sollte, der erscheint sehr uneinheitlich und für eine historische Darstellung ungeeignet. Ich selber bin mit der jetzigen Ausgestaltung dieses Asphaltbandes alles andere als zufrieden, aber es wurde darüber abgestimmt und wir akzeptieren diesen Entscheid. Schauen Sie sich aber, wie dieses Asphaltband ausgeführt worden ist,



gehen Sie den Spalenberg hinunter oder schauen Sie sich die Schneidergasse an, das ist eine Buckelpiste, die ist alles andere als schön. Am Nadelberg, da ist ja nicht ein Asphaltband in der Mitte, sondern das ist ein Asphaltbelag, bei welchem sich auf der Seite und den Hausmauern noch verschämt ein paar Wackensteine verstecken.

Schauen Sie andere historische Städte an, meine zweitliebste Stadt nach Basel, Florenz, die hat es fertiggebracht, ein historisches Bild zu bewahren. Und nein, ich fliege nicht mit dem Flugzeug nach Florenz, ich nehme jedes Jahr den Zug. Gehen Sie einmal, schauen Sie, wie dort dieses Innenstadtkonzept umgesetzt worden ist, wie es wirklich noch eine historische Stadt ist. Auch dort gibt es Leute, die nicht mehr gut zu Fuss sind. Offensichtlich ist es möglich, dass man auch diesen Leuten eine Innenstadt, Strassen- und Gassengestaltung bieten kann, mit welchen sie gut leben können.

Kommt dazu das Thema mit dem Alpnacher Quarzsandstein, der ja anfänglich wirklich gut und schön aussieht. Schon kurz nach der Fertigstellung der Greifengasse monierte aber Kollega Auderset in einer Interpellation zu Recht, er sagte, er brauchte den Titel, kaum verlegt, schon versifft. Unrecht hat er nicht. Der Quarzsandstein sieht schön aus, nach meinem Dafürhalten ist er aber ein unwahrscheinlicher Magnet für Kaugummi, Schuhabrieb, Taubenkot und was sonst noch daherkommt. Der Regierungsrat nennt dies beschönigend eine Patina. Na, da melde ich meine Zweifel an, Kaugummi und Taubenkot sind nach meinem Dafürhalten keine schöne Patina.

Trotz diesem Bedenken, wir haben dem Gestaltungskonzept Innenstadt zugesagt und wir können natürlich nicht in voller Fahrt das Ruder umlegen. Wir wünschen uns allerdings vom Regierungsrat, dass er gerade bei den Asphaltbändern auf eine deutlich konsequentere und schönere Umsetzung achtet, dass er in der Schneidergasse zum Beispiel bei Gelegenheit, wenn es sich denn anbietet, wirklich eine schöne Gestaltung hat, bei welcher die Wackensteine das sichtbare Element sind und dieser Asphaltteppich nicht das vorherrschende Element.

Namens der SVP-Fraktion bitte ich Sie, die beiden Berichte zur Kenntnis zu nehmen. Ich danke Ihnen dafür.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Fraktion LDP spricht Lydia Isler-Christ.

*Lydia Isler-Christ (LDP):* Die LDP nimmt den Bericht auch zur Kenntnis und wird ihn auch annehmen. Wir haben allerdings ein bisschen eine andere Skepsis. Bei uns geht es jetzt nicht nur um die Optik, sondern wir sehen bei diesen Wackensteinen auch das Problem, dass es, um darauf zu laufen, ein bisschen problematisch sein kann. Also, das eine ist die Schuhwahl, man kann immer noch mit Turnschuhen, das geht ja allenfalls noch, aber viel problematischer ist es für mobilitätseingeschränkte Menschen. Das sieht man schon in der St. Alban-Vorstadt, wo sich das ansässige Altersheim wirklich gewehrt hat, weil sie gesagt haben, mit einem Rollator oder mit einem Rollstuhl ist das kaum zu bewältigen und wenn man dann mit Stöcken oder mit Krücken dort durchlaufen will, das ist schlicht unmöglich. Da muss man unweigerlich auf den Asphalt in der Mitte der Strasse ausweichen und der ist ja eigentlich nicht gemeint für die Fussgänger, sondern für Velofahrer oder vielleicht fährt einmal ein Auto durch. Und in der Rittergasse sieht man es jetzt schon, dort ist es so ausgestaltet, dass in der Mitte das Asphaltband ist und wenn man schaut, wo die Leute sind, dann sind sie primär in der Mitte und dann ist es auch für das Velo, wenn sie dort durchwollen, ein bisschen eine Spiessrutenlauf. Wir sehen in dieser Lösung noch ein bisschen Optimierungspotenzial.

Wir nehmen den Bericht entgegen, würden uns aber zum Teil andere Lösungen wünschen. Wir sind gespannt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Lisa Mathys. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

*Lisa Mathys (SP):* Ich kann nicht umhin, jetzt nachzufragen. Jetzt haben Sie doch vorhin gerade die Rückweisung des Allschwilerplatzes beantragt, womit Sie eine behindertengerechte Haltestelle verhindert hätten. Jetzt argumentieren Sie mit Behindertengerechtigkeit bei dem Konzept, das abgesprochen ist mit den Behindertenorganisationen. Ist das wirklich ernst?

*Lydia Isler-Christ (LDP):* Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Wir sind selbstverständlich nicht gegen behindertengerechte Tramhaltestellen, aber einfach, dass man es sinnvoll löst für alle Beteiligten.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit wird Esther Keller für den Regierungsrat in der zweiten Runde sprechen. Sie verzichtet. Damit geht das Wort an Raphael Fuhrer für die zuständige Kommission.



*Raphael Fuhrer (GAB):* Der von Beat Schaller angesprochene Spalenberg und die Schneidergasse sind nicht nach den Grundsätzen des Gestaltungskonzept Innenstadt gestaltet worden, das war noch vorher. Würden sie jetzt gestaltet, wären sie genau so, wie Sie das gesagt haben, mit breiteren Wackensteinbändern. Auf der anderen Seite hat ja jetzt Lydia Isler-Christ gesagt, die Asphaltbänder sind wichtig, dort sollen aber die Leute nicht entlanggehen. Doch, man darf in einer Begegnungszone als Fussgängerin/Fussgänger auf der ganzen Breite der Strasse gehen. Es ist eben gerade die Idee, dass die Leute, die das nicht bequem finden, auf den Wackensteinen zu laufen, auf den geschliffenen, die können auch auf dem Asphaltband laufen, darum hat man die eingeführt. Ich glaube, das zeigt gerade auch, warum diese Kampagne vom Justiz- und Sicherheitsdepartement so wichtig wäre, dass man mal diese Regeln und die Ideen dahinter besser vermittelt, damit diese Koexistenz noch besser gelingt als heute.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Grossratsbeschluss (Seite 18 des Berichts)

Einziges Absatz

Publikationsklausel wird ergänzt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

### **Ergebnis der Abstimmung**

**86 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003511, 16.05.24 16:49:28]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Der Bericht des Regierungsrats zur Verwendung der Mittel aus der ersten und zweiten Rahmenausgabenbewilligung Gestaltungskonzept Innenstadt (GKI) wird zur Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Grosse Rat stimmt zu mit 86 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

## **15. Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung in den Jahren 2021 und 2022, Bericht der UVEK**

[16.05.24 16:49:34, 23.1480.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Das Wort geht an den Präsidenten der UVEK Raphael Fuhrer.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Es handelt sich hier um eine jährliche Berichterstattung durch den Regierungsrat, die auf den jeweiligen Berichten der Fluglärmkommission beruht. Der Regierungsrat ordnet jeweils noch die Erkenntnisse der Kommission ein. Ich möchte an dieser Stelle dem WSU danken für die gute Kommissionsarbeit in diesem Thema. Ausnahmsweise fasst der Bericht nun zwei Jahre zusammen, die Jahre 2021 und 2022. Weil das Jahr 2021 noch sehr unter



dem Einfluss der Pandemie stand, beziehen sich die meisten Aussagen der Kommission, des Regierungsrats und auch uns als UVEK auf das Jahr 2022 und dort zeichnet sich eine sehr starke Zunahme der Flugbewegungen ab. Wir können feststellen, dass die Lärmsituation im Vergleich zur Vorpandemiezeit wieder sehr kritisch wurde und wir haben darum uns entschieden, einen schriftlichen Bericht zu machen.

Die Anliegen der UVEK betreffen einerseits die Flugbewegungen während des Tages, das sind aber weniger Feststellungen, und die meisten beziehen sich auf die sogenannten drei Nachtstunden. Das ist die Stunde 10 bis 11 Uhr, 11 bis 12 Uhr, dann ist ja offiziell der Flughafen theoretisch zu von Mitternacht bis 5 Uhr morgens, dann geht es wieder los von 5 bis 6 Uhr. Das sind die drei Nachtstunden, also 10 bis 12 Uhr und 5 bis 6 Uhr.

Zu den ersten zwei Nachtstunden, also 10 bis 12 Uhr. Das ist eine kritische Zeit, das ist die Zeit, wo die meisten Leute einschlafen möchten, und darum ist das schon seit längerem ein Thema in der Fluglärnkommision und auch bei uns in der Kommission. Wenn man den langjährigen Trend beobachtet, dann sieht man, dass der Lärm deutlich zunimmt. Wir sind fast wieder bei den Lärmwerten aus dem Rekordjahr 2019. Der Grund sind mehr Flugbewegungen. Dahinter steht das weitverbreitete Geschäftsmodell der Fluggesellschaften, die vier Rotationen. Das heisst, ein Flugpaar Hin- und Rückflug oder, je nachdem, wo das Flugzeug stationiert ist, der erste Flug nach Basel und dann wieder zurück zur Heimstation. Diese vier Rotationen unterzubringen an einem Tag, wenn dann Verspätungen noch passieren, weil zum Beispiel der Flugraum überlastet ist, dann muss halt diese Spannweite von 5 Uhr morgens bis um Mitternacht ausgeschöpft werden mit den entsprechenden Lärmphänomenen zu diesen sensiblen Zeiten.

Seit dem 1. Februar 2022 gilt ein Verbot von geplanten Starts gewerblicher Flüge ab 23 Uhr sowie ein Verbot von Starts und Landungen gewisser besonders lauter Flugzeuge. Das Resultat ist ein deutlicher Rückgang der Starts nach 23 Uhr. Das ist grundsätzlich gut und wurde in der UVEK auch begrüsst. Wir haben aber auch festgestellt, dass es nun deutlich mehr Starts gibt zwischen 10 und 11 Uhr und dass es als Nebeneffekt auch deutlich mehr Starts in Richtung Süden gibt und Richtung Süden heisst übersetzt in Richtung Basel, weil gleichzeitig Landungen von Norden stattfinden. Und insbesondere gerade in diesem Zeitfenster von 22:45 bis 23:15 Uhr hat der Fluglärm sogar gegenüber 2019 im Süden, also bei Basel sogar zugenommen. Und genau das wollte man ja eigentlich nicht. Man wollte eine Entlastung in den sensiblen Nachtstunden.

Die UVEK ist darum noch nicht zufrieden mit der Entwicklung in den ersten zwei Nachtstunden. Ein Grund dafür aus unserer Sicht ist die Definition vom Startpunkt des Fluges. Die französische Zivilluftbehörde legt diesen fest als Zurückstossen vom Gate, dann geht das Flugzeug auf die Rollbahn, bringt sich in Position und startet dann. Natürlich vergeht da eine rechte Zeitspanne und darum gibt es eben auch noch Fluglärm nach 23 Uhr. Das war ja eigentlich nicht im Sinne der Erfinder. Wir von der UVEK finden darum, der massgebende Zeitpunkt ist der eigentliche Startvorgang, denn dieser verursacht ja den Lärm und wir hoffen oder wir fordern, dass das auch so angepasst wird. Das zweite ist die Frage, wie kann man das umsetzen. Da ist es natürlich so, es gibt einen Verwaltungsrat, wo auch Vertreter aus dem Regierungsrat Einsitz nehmen, es gibt die französischen Zivilluftfahrtbehörden und es gibt den EuroAirport als Unternehmen selber. Wir würden uns wünschen von Seiten UVEK, dass natürlich auf allen Stufen geschaut wird, wie man dieses Problem in den Griff bekommen kann.

Der zweite wichtige Punkt, das sind die Ausnahmeregeln. Sie haben stark zugenommen im Vergleich zu früher, es ist eine Verdoppelung. Wir finden von Seiten UVEK, man müsste diese Ausnahmen transparenter machen und sie auch restriktiver anwenden. Insgesamt müssen wir aber auch feststellen, natürlich kann man auf diese Mittel setzen, wir werden aber nicht darum herumkommen, auch eine Reduktion der Flugbewegung in diesen drei Nachtstunden anzustreben. Das ist schwierig, das Geschäftsmodell der Fluggesellschaften ist nicht so einfach kompatibel damit, aber auch das müsste man sich vornehmen.

Hier kommt aber ein Punkt ins Spiel, der Flugraum in Europa ist chronisch überlastet. Es hat zu viele Flugbewegungen und der UVEK ist bewusst, der Raum für Verbesserungen ist so leider eng. Es ist aus ihrer Sicht darum klar, wir brauchen weniger Flugverkehr und somit auch weniger Lärm. Ein erster Schritt, nämlich die verbotenen Starts nach 23 Uhr, das muss verbessert werden, weitere Schritte müssen folgen. Es braucht aber eine allgemeine Verlagerung aus allen drei Nachtstunden und nicht nur bei den Starts, auch Landungen verursachen natürlich Lärm, die sind ja nicht Teil dieser Massnahmen. Das Geschäftsmodell der Fluggesellschaften, das Reiseverhalten der Bevölkerung, auch das Geschäftsmodell letzten Endes des Flughafens und die Abläufe in der Wirtschaft, die müssen kritisch diskutiert werden und weiterentwickelt werden.

Zwei weitere Themen, die wir in der UVEK besprochen haben, die für Basel besonders relevant sind, sind zum einen die Südlandungen. Hier ist ja die Windlage massgebend, das ist abhängig davon, wie stark gewisse Windströme sind, wo entschieden wird, ob dann von Süden oder von Norden her gelandet werden muss. Was festgehalten wurde damals, ist, dass bei 8 Prozent Südlandungen eine Analyse stattfinden muss und bei 10 Prozent oder mehr Massnahmen ergriffen werden müssen, um diese Südlandequote zu reduzieren. Die Quote ist mittlerweile auf 11,5 Prozent gestiegen. Erklärt wird das unter anderem mit einem veränderten Mikroklima, das sich wandelt in unsere Region. Die UVEK schliesst sich in diesem Punkt dem Regierungsrat an, alle Massnahmen sollen ausgeschöpft werden, um diese Quote wieder zu reduzieren. Es wäre sicher falsch, diese Quote nun einfach anzupassen, also lockerer zu machen. Es ist vielleicht auch noch wichtig, im Kopf zu behalten, es ist eine Quote, ein relatives Mass, wenn die Flugbewegungen insgesamt steigen, die Quote aber sinkt, heisst das nicht automatisch, dass es weniger Lärm gib, weil einfach die Menge insgesamt grösser ist.



Das zweite wichtige Thema aus Basler Sicht sind die Direktstarts, also Starts geradeaus nach Süden, kann man vereinfacht sagen. 2022 gab es im Durchschnitt 2'000 Direktstarts, das sind 5,7 pro Tag. Die können stattfinden zwischen 7 und 10 Uhr. Es sind zwar dann ein Einzelereignisse, aber auch die reichen natürlich, um Leute zum Beispiel aus dem Schlaf zu reissen an einem Samstagmorgen. Aus sich der UVEK müsste dieser Trend gebrochen werden. Es ist ein neuer Höchststand gegenüber 2021, eine Verdoppelung. Wir lesen keine Gründe, es wurde anscheinend nicht analysiert, wir fänden es wichtig, dass das noch getan wird.

Dann weitere Punkte, die unser Bericht behandelt, da weise ich einfach kurz darauf hin, das sind die Kapitel 2.4 und folgende. Insgesamt, glaube ich, kann man die Situation so zusammenfassen, die Tendenz ist leider in die falsche Richtung aus Sicht der UVEK, der Lärm hat wieder sehr stark zugenommen, in gewissen Zeiten sind es sogar Höchststände. Das ist natürlich eine sehr grosse Belastung für die Bevölkerung, es ist eine Einbusse in der Lebensqualität, es ist aber auch eine negative Auswirkung auf die Gesundheit. Alles in allem eine unbefriedigende Situation. Die Bevölkerung leidet, es gibt leider keine echten Fortschritte, Massnahmen, die seit längerem im Gespräch sind, sind leider immer noch nicht umgesetzt. Es ist kompliziert, das ist uns auch bewusst, wir würden uns aber wünschen, dass es schneller vorwärtsgeht, dass man Massnahmen nun endlich umsetzt, die seit längerem im Gespräch sind, und dass man den Spielraum ausschöpft, den man hat, um den Lärm zu reduzieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit geht das Wort für den Regierungsrat an Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Beim Thema Fluglärm wurden gewisse Fortschritte vor allem in der zweiten Nachtstunde erzielt in der letzten Zeit, aber der Regierungsrat ist nicht zufrieden mit der Lärmsituation, wie sie sich heute ausgestaltet am EAP und ich verstehe deshalb auch die meisten Punkte der Kritik der Kommission an der momentanen Situation. Die Vertreterinnen und Vertreter des Regierungsrats setzen sich ein, dass dieser Lärmschutz auch beim Flughafen verbessert wird.

Die Situation ist ziemlich komplex in diesem Gebilde. Wir haben die französische Flugsicherung, die französischen Behörden, die zuständig sind über die Abflüge und die Regelungen, die berufen sich auf französisches Recht und auf EU-Recht, die relativ viele Vorgaben machen, was möglich ist und vor allem was auch nicht möglich ist. Für den Lärmschutz auf Schweizer Seite ist der Bund zuständig, nicht der Kanton und beim Bund ist das das BAZL, und dann gibt es noch den Flughafen als handelnde Behörde, als Infrastrukturbereitstellerin, wo der Kanton Basel-Stadt im Verwaltungsrat auch vertreten ist mit vier Mitgliedern von insgesamt 16. Das ist die Ausgangslage, in der es zu handeln gibt und das Beste in Sachen Lärmschutz einerseits und auch für die Funktionsfähigkeit des Flughafens herauszuholen.

Beim Ziel in der Nachtstunde, da wurde ein guter Schritt gemacht mit der Regelung, dass geplanten Starts nach 23 Uhr verboten sind, aber, und das sieht der Regierungsrat gleich, dass diese 23 Uhr sich auf das block off und nicht auf das take off bezieht. Das ist nicht verständlich aus der Lärmsicht und ist nicht verständlich aus Sicht der Anwohnerinnen und Anwohner, weil wenn man sagt, nach 23 Uhr gibt es keine Starts und dann findet trotzdem einer statt ganz normal geplant um 23:15 Uhr, weil der um 22:59 den Block verlassen hat, dann ist das nicht zufriedenstellend. Da ist die Forderung von unserer Seite auch, dass hier die Methodik geändert wird. Das müsste die französische Flugbehörde anpassen und ändern.

Was kann man sonst machen, um die Nachtstunden zu entlasten. Das ist das finanzielle Incentive, also indem die Gebühren für Starts in den Nachtstunden und vor allem für lärmige Maschinen deutlich erhöht wurden, das wird eine Wirkung haben. Die andere Sache ist auch, dass der Flughafen gemeinsam mit den Fluggesellschaften sucht, dass die Flugpläne so angepasst werden, dass ebendiese block off-Zeiten möglichst vor 10:45 Uhr geschehen, um dann sozusagen halt auf freiwilliger Basis dazu zu kommen, dass die take off-Zeit dann vor 23:00 Uhr geschieht. Das sind die Möglichkeiten, die der EAP gemeinsam mit den Fluggesellschaften am Ergreifen ist.

Zu den Südlandungen, es wurde erwähnt, da ist die Regelung relativ klar aus Sicherheitssicht, aus EU und französischer Sicht mit dieser Fünf-Knotenregelung. Das ist abhängig von der Windstärke, diese ist weder von der französischen Behörde noch durch uns beeinflussbar und die Behörde, die handelt dann relativ strikt nach diese Regel und das führt bei den momentanen Windverhältnissen, die sich in unseren Mikrokosmos auch verändert haben und auch nicht so planbar sind, aber das führt dazu, dass die Südlandung über dieser angestrebten Zielquote ist, wie sie eigentlich festgelegt wäre.

Dann noch zu den Immissionsgrenzwerten, wie sie im Sachplan Infrastruktur Luftfahrt festgehalten sind. Dort ist dann das BAZL zuständig. Da wurde jetzt eine Überschreitung in einem Jahr festgestellt, nicht über Basel, aber über Allschwil und Schönenbuch und das ist nicht akzeptabel, dass diese Immissionsgrenzwerte überschritten sind. Da ist das BAZL gefordert. Die Regel ist da aber ein bisschen mit einem time-lag, dass die wirklichen Handlungen erst kommen, wenn drei Jahre hintereinander diese Immissionsgrenzwerte überschritten sind. Aber da ist unsere Forderung, dass der Flughafen und auch das BAZL die Massnahmen ergreifen muss, dass diese Immissionsgrenzwerte des Sachplans Infrastruktur Luftfahrt wieder eingehalten werden.



Dann noch eine Bemerkung zu den Investitionen, weil die auch erwähnt wurden im Bericht der UVEK. Aus Sicht des Verwaltungsrates, und das ist auch in der Strategie festgehalten, dienen Investitionen, die getätigt werden, zur Gewährleistung der Sicherheit einerseits und zur Verbesserung der Servicequalität andererseits. Das primäre Ziel ist dabei nie die Kapazitätserweiterung. Ganz trennbar ist das nicht, aber dieser Grundsatz ist klar, Investitionen fokussieren auf Sicherheit und Servicequalität und nicht auf die Kapazitätserweiterung.

Ich möchte der UVEK danken für die Diskussion, auch das kritische Begleiten der Lärmsituation am Flughafen und möchte Sie bitten, diesen Bericht, eigentlich geht es ja um den Bericht der Fluglärnkommision der beiden Kantone, so zur Kenntnis zu nehmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat sich Jérôme Thiriet für das GAB eingetragen.

*Jérôme Thiriet (GAB):* Jetzt ist genau das passiert, als ich gerade nicht am Platz war, der Computer ist abgestürzt, das heisst, ich habe kein Votum mehr, aber ich kann das auch frei halten.

Es ist wenig überraschend, dass das Grün-Alternative Bündnis nicht der grösste Fan des Flugverkehrs ist. Es ist kein ökologischer Verkehrsträger und er ist zudem noch laut. Von dem her ist es für das GAB ziemlich einfach, je weniger Flugverkehr wir haben, desto besser können wir unser Klimaziel, 1,5 Grad-Ziel erreichen und desto weniger ist die Bevölkerung von Lärm betroffen. Jetzt hatten wir ja in der Pandemie einen sehr grossen Rückgang der Flugbewegungen und wir von den Grünen haben uns dann eigentlich gefreut, weil unsere politischen Bemühungen zur Reduktion des Flugverkehrs eingetroffen sind und somit auch der Fluglärm am EuroAirport zurückgegangen ist und allgemein die ökologischen Belastungen. Wir sind dann einigermassen naiv gewesen und haben gedacht, vielleicht gibt das ein Umdenken bei den Leuten, vielleicht können mehr Business Meetings online gemacht werden, es braucht die Businessflüge nicht mehr. Vielleicht merken die Leute, dass auch Ferien im nahen Europa, die man mit dem Zug erreichen kann oder auch Geschäftsreisen mit dem Zug möglich sind und dadurch eigentlich der Flugverkehr längerfristig reduziert werden kann.

Wenn man den Bericht gehört hat, der der Präsident der UVEK vorgelesen hat, ist das leider überhaupt nicht eingetroffen. Wir sind eigentlich wieder beim Flugverkehr vor der Pandemie und wir haben auch gehört an, dass das grösstenteils auch die Nachtstunden, wo wir eigentlich nicht wollen, dass es Flugverkehr hat und nicht wollen, dass es Lärmbelastungen hat, betrifft, nämlich zwischen 10 und 12 Uhr abends und zwischen 5 und 6 Uhr morgens, wo viel mehr Starts und Landungen reingedrückt werden, wenn es irgendwo Verzögerungen gibt. Das liegt zu einem grossen Teil auch am Geschäftsmodell von diesen Billigfluggesellschaften, dass die nämlich ihre Rotationen machen, vier am Tag, so dass sie eigentlich immer wieder ihr Flugzeug von Base zu Base verschieben und damit auch immer wieder an diesen Nachtzeiten ritzen.

Wir vom Grün-Alternativen Bündnis sind überhaupt kein Fan von Billigfluggesellschaften. Wir setzen uns für Umweltschutz und auch für weniger Lärmbelastung ein und haben viel lieber eine ruhige Nacht, als für zwei Rappen nach Berlin fliegen zu können. Insofern ist unser grosser Appell an den Flughafen, dass sie sich jetzt vehement dafür einsetzen, dass in den Nachtstunden, vor allem in den Nachtstunden, nicht mehr Flugbewegungen kommen, dass dort mehr der Hebel angesetzt wird. Wir haben es gehört, die block off und take off-Methoden, dass man dort einen Hebel ansetzen kann und dass der Flughafen vielleicht in der Pflicht ist, die Bemühungen umzusetzen, dass zwischen 10 und 12 Uhr abends und zwischen 5 und 6 Uhr morgens keine Lärmbelastung mehr da ist. Wir sind das der Bevölkerung, die im Umfeld des Flughafens wohnt, schuldig. Die Lärmbelastung führt nicht nur dazu, dass man nicht schlafen kann, sondern es ist effektiv auch nachgewiesenermassen gesundheitsschädlich.

Wir sehen natürlich auch die Vertreter/Vertreterinnen des Kantons im Verwaltungsrat dort in der Pflicht und bitten wirklich alles Mögliche zu tun, dass wir unsere Menschen, die im Flughafengebiet wohnen, schützen können.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nehmen Sie die Zwischenfrage von David Jenny an? Sie wird angenommen. David Jenny hat das Wort.

*David Jenny (FDP):* Gibt es eine gewisse grüne Lärm-Doppelmoral, Fluglärm schlecht, Mediterranisierungslärm gut in Basel?

*Jérôme Thiriet (GAB):* Meines Wissens sind auch Mitglieder des Grün-Alternativen Bündnisses sehr stark gegen den Mediterranisierungslärm.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Ich wollte mich eigentlich nicht äussern, aber ich muss hier schon sagen, diese Flughafendiskussion beelendet mich schon etwas. Nehmen Sie doch einfach einmal zur Kenntnis, dass Fliegen und Reisen ein Bedürfnis ist bei der Bevölkerung, gerade bei der jungen Bevölkerung. Die 18- bis 30-Jährigen, die fliegen am meisten und die konsumieren auch diese Billigflugangebote. Es ist nicht diese Klimajugend mit dieser unsäglichen Greta, die eine Mehrheit hat in diesem Bereich, es sind diese Menschen, die finden, dass Fliegen ein Bedürfnis ist. Das kann man noch so lange kritisieren in so einem Bericht, aber schlussendlich kritisieren Sie die eigene Bevölkerung. Und auch wenn wir auf die Frachtflüge schauen, auch Onlineshopping ist ein Bedürfnis, auch das kann man kritisieren, aber schlussendlich wird halt einfach konsumiert und dementsprechend können wir jedes Jahr hier einen derartigen Bericht verabschieden und sagen, ja, die Flugzahlen sind zu hoch.

Es ist ja auch so, dass die Bevölkerung das CO<sub>2</sub> -Gesetz abgelehnt hat mit einer Ticketabgabe. Also auch dort politisieren Sie an der Bevölkerung vorbei, wenn Sie diese einfach einseitig kritisieren. Und man sieht ja auch, die ganzen Klima-Ikonen sind dann die ersten, die nach Mexiko fliegen oder ein Formel 1-Rennen besuchen, also auch hier ist eigentlich die Heuchlerei relativ gross. Also hier zu tun, als müssten wir jetzt diesen Flughafen bekämpfen, als seien wir alle kein Fan von diesem Flughafen, das ist doch eine pure Heuchlerei.

Und auch wenn ich jetzt diesen UVEK-Bericht mir anschau und wir jetzt hier eine Studie in Auftrag geben wollen, was für Produkte jetzt notwendig sind, zu welcher Zeit nach Basel geflogen kommen, ja auch hier, wir können das schon machen, eine derartige Studie in Auftrag geben. Aber erstens kann die Schweiz oder auch der Kanton Basel-Stadt Daten vom EuroAirport gar nicht erst erheben, für das haben wir gar keine rechtliche Grundlage und zweitens wird das auch an der Situation nichts ändern, weil der Flughafen ja auf französischem Boden ist. Also dementsprechend, wir vergeben uns hier relativ viel. Wir machen sehr viel Aufwand bei diesem Bericht, aber schlussendlich ist es doch einfach ein Abbild der Bevölkerung, welche gerne fliegt, welche gerne reist, welche Onlineshopping betreibt und das ist einfach die Realität. Da können wir uns noch so oft aufregen und sagen, wir sind nicht Fan von diesem Flughafen, es ist ein Bedürfnis der Bevölkerung.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nehmen Sie die Zwischenfrage von Lydia Isler-Christ an? Sie wird angenommen.

*Lydia Isler-Christ (LDP):* Pascal Messerli, Sie reden von Heuchlerei. Wie möchten Sie das den Anwohnern erklären? Ich gebe zu, ich gehöre auch zu diesen Anwohnern, es hat sehr viele Anwohner und ja, es hat sich geändert, weil die Leute heute mobil sind, weil sie online bestellen, trotzdem bin ich der Meinung, man muss auch die Bevölkerung dort schützen, die die Nacht durch gestört ist durch den Lärm. Wie erklären Sie das diesen?

*Pascal Messerli (SVP):* Der Regierungsrat hat gesagt, er möchte sich einbringen, aber hier generell dieses Flughafen-Bashing ist Heuchlerei, weil er kann Ihnen ganz gerne die Statistik zeigen und dort sieht man halt einfach, dass Flüge zunehmen, weil es ein Bedürfnis in der Bevölkerung ist. Wahrscheinlich auch in der Bevölkerung, welche in der Nähe des Flughafens wohnt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SP spricht Lisa Mathys.

*Lisa Mathys (SP):* Und wieder befinden wir uns also am Punkt, wo wir über einen Fluglärmbericht in diesem Saal debattieren, und wieder ist es mir ein echtes Bedürfnis, dazu ein paar Worte zu sagen. Der Flughafenbetrieb wird von vielen immer wieder als wichtiger Wirtschaftsfaktor für unsere Region gepriesen. Auch wir wissen, dass das aus wirtschaftlicher Sicht ein Standortfaktor ist, der hilft. Wir von der SP, wir verschliessen trotzdem nicht die Augen davor, dass jene, die rund um den Flughafen wohnen, einer extremen Lärmbelastung ausgesetzt sind und diese Lärmbelastung, die schadet ihrer Gesundheit und sie schadet ihrer Lebensqualität und das sind Fakten. Entsprechend empfinden wir die euphorischen Formulierungen im Fluglärmbericht, wo von einer Erholung und einer Wiedererstarkung des Flugverkehrs die Rede ist, auch ein bisschen als Affront gegenüber jenen, die sich in Punkto Lärmbelastung den Lockdown zurückwünschen. Aber dies mehr so nebenbei.

Es ist uns wichtig, die Thematik im Kontext der Jahre anzusehen. Wir haben viele Jahre dafür gekämpft und wir tun es auch weiterhin, dass ein nächtliches Flugverbot umgesetzt wird. Aus Sicht der SP müsste es eine Nachtflugsperrung von 23 bis 6 Uhr geben. Dabei bleiben wir. Vielleicht erinnern Sie sich, vor gut zwei Jahren wurde eingeführt, dass geplante Starts ab 23 Uhr nicht mehr erlaubt sind. Als wir im Juni 2022 hier den Fluglärmbericht verabschiedeten, zeigte sich schon, dass es in den ersten zwei Monaten nach Inkrafttreten dieser Massnahme, die Disziplin noch einigermassen vorhanden waren und dass sie



dann rapide abnahm. Ausnahmegewilligungen nahmen zu und es kam dazu, dass es eben dann doch wieder ganz regelmässig Starts nach 23 Uhr gab. Gerne zeige ich Ihnen nun kurz die Statistik der Starts zwischen 23 Uhr und 5 Uhr morgens in den letzten 12 Monaten. Sie sehen es, ich weiss übrigens nicht, warum die Monate Februar, März und April nicht verfügbar sind im Tool, das ist ja online zugänglich, so oder so, man sieht es einfach, von keinen Starts kann einfach keine Rede sein. Ich finde das schwierig.

Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, dass das, was Sie hier sehen in der Statistik, das waren eben erst die Starts, dazu kommen noch die Landungen, die weiterhin nicht verboten sind und da zeigt sich eben dann doch auch noch ein anderes Bild, das wirklich alarmierend ist. Ich zitiere aus dem Bericht zum Jahr 2022: Die gemessenen Fluglärmwerte zwischen 23 und 24 Uhr waren höher als im Jahr 2021 und erreichten das Niveau der Jahre vor der Coronakrise. Und diese Jahre vor der Coronakrise, das waren die Jahre, als es noch geplante Starts nach 23 Uhr gab und die Tendenz ist steigend. Das kann doch einfach nicht sein, das ist ein Hohn. Der gewünschte Effekt einer Reduktion der Lärmbelastung in der sogenannten zweiten Nachtstunde, also eben zwischen 23 und 24 Uhr, ist nicht eingetreten. Die Menschen haben also tatsächlich eine höhere Belastung. Da ist dann einfach der Applaus für dieses eingeführte Startverbot ein bisschen unangebracht. Sowohl die Fluglärmkommission als auch die Regierung kritisieren dies deutlich und wir sind froh, dass das geschehen ist und wir bedanken uns auch für diese deutliche explizite Kritik.

Zu erwähnen ist noch, dass als Start eines Flugzeuges der Moment gilt, indem die Maschine vom Gate weggeht, ich glaube, Raphael Fuhrer hat es vorher auch erwähnt, also nicht der eigentliche Start, nicht der Zeitpunkt, wenn der Lärm entsteht. Das ist halt einfach auch so wirklich absurd, entsprechend wäre wohl, wenn man eine Lärmreduktion ab 23 Uhr wirklich erreichen möchte, ein Startverbot ab 22:30 Uhr das richtige Mittel und ein ehrlicheres Mittel. Eigentlich könnte man sagen, soweit so bekannt, aber wir finden es halt wirklich wichtig, dass diese falsche Entwicklung und diese Nichterreichung der definierten Ziele nicht einfach hingenommen wird. Wir schulden dies den betroffenen Anwohnern. Jetzt schaue ich extra Lydia Isler-Christ an.

Dann noch ein paar Worte zu einem anderen Thema. Von Seite, ich nenne es mal, von der Flugverkehrslobby wird gerne betont, nicht heute jetzt hier, aber man hört es immer wieder, dass die Zunahme des Flugverkehrs wesentlich im Onlineshopping zu suchen sei und alle diese Flugzeuge dann eben von heute auf morgen Billigware liefern, die auch jene bestellt haben, die die Zunahme des Flugverkehrs kritisieren. Nun, wir haben in der UVEK zu erörtern versucht, was da dran ist. Es wurde uns berichtet, dass darüber diskutiert werde, wie Expressfrachtflüge in lärmintensiven Stunden reduziert werden könnten. Das freute uns. Sie können dem Bericht der UVEK entnehmen, dass wir über verschiedene Arten der Expressfracht diskutierten. Selbstverständlich sind Expressflüge, die zum Beispiel Blutskonserven bringen und damit Leben retten, anders zu bewerten als solche, die Lieferungen eines gestern bestellten Billigkopfhörers oder eines vorgestern bestellten Fake Markenturnschuhs sind. Das wäre dann nicht Express im Sinne der Erfinderin und des Erfinders, diese Güter müssen auch nicht hergeflogen werden meiner Meinung nach. Aber zurück zur Expressfrage. Wir stellen fest, dass es keine Zahlen hierzu gibt. Wir wissen also nicht, wie viel Lärm durch Flüge für Paketlieferungen des gern gescholtenen Billig-Online-Handels entsteht und ob es da tatsächlich einen Hebel gäbe.

Der Regierungsrat wird nun darum gebeten, eine Untersuchung der Zusammensetzung der Fracht zu verschiedenen Tageszeiten zu machen, weil es einer Versachlichung der Diskussion dient. Sie können es dem Kommissionsbericht entnehmen, dieser Entscheid fiel maximal knapp aus. Es dünkt mich etwas erstaunlich, dass es nicht im Interesse aller ist, die Diskussion über die Zunahme des Flugverkehrs und die guten und weniger guten Gründe dafür zu versachlichen, denn genau darum geht es bei dieser kleinen Anregung. Wir verstehen nach wie vor nicht, wie man dagegen sein kann, eigentlich ist der einzige plausible Grund für die Ablehnung, dass man lieber weiter polemisiert und die viel zu hohe Fluglärmbelastung, die der Gesundheit unserer Bevölkerung schadet, zumindest teilweise dem Online-Handel in die Schuhe schiebt, ohne zu wissen, ob es in diesem Bereich tatsächlich einen Hebel gäbe. Zum Glück gab es dank Stichentscheid eine Mehrheit. Wir sind gespannt auf die Zahlen und wollen gern die Möglichkeiten einer Reduktion der Lärmbelastung anhand zusätzlicher Fakten sachlich diskutieren, auch künftig.

Der Verabschiedung oder der Kenntnissnahme des Berichts stimmen wir zu.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Lisa Mathys, es sind zwei Zwischenfragen im Anflug. Nehmen Sie sie an? Sie werden angenommen. Zuerst Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Lisa Mathys, Sie haben diese dramatische Grafik hier gezeigt. Finden Sie es nicht auch angebracht darauf hinzuweisen, dass die dunkelgrüne Fläche praktisch ausschliesslich Rega-Flüge sind oder fordern Sie ein Nachtflugverbot für die Rega?

*Lisa Mathys (SP):* Wir haben die Zahlen genau analysiert und wir haben gesehen, dass es sehr viele Ausnahmegewilligungen gab, diese eben zugenommen haben, auch im ganzen Bereich der verschiedenen Flugarten.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die zweite Frage kommt von Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Lisa Mathys, haben Menschen denn kein Recht nach Hause zu kommen, wenn sich ein Flugzeug verspätet, sollen die einfach irgendwo verstranden?

*Lisa Mathys (SP):* Es gibt ein Verbot für geplante Starts, das schon nicht umgesetzt wird, und ich frage Sie, haben die Menschen, die jeden Tag in Basel schlafen, nicht das Recht auf Gesundheit?

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für ein Einzelvotum hat sich Lorenz Amiet gemeldet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Ich habe nicht geplant, mich zu dieser Herzensangelegenheit von mir selbst zu äussern. Die Debatte geht aber doch in eine Richtung, die es verlangt, dass man einige Dinge ein bisschen richtigstellt. Horribile dictu, ich bin vor zwei Stunden in Basel gelandet, zurückgefliegen aus dem Ausland geschäftlich bedingt und ich war froh, dass ich hier landen konnte und relativ rasch in die Sitzung kommen konnte.

Wenn wir vom Fluglärm sprechen, sprechen wir einerseits von Inzidenz, der Häufigkeit, und andererseits von der Intensität, also von der Dezibel der einzelnen Flugzeuge. Es ist richtig, dass die Inzidenz deutlich wieder zugenommen hat seit der Pandemie, wir haben deutlich mehr Flugverkehr wieder, was wir bis jetzt nicht diskutiert haben, ist aber, dass die Intensität pro Ereignis, also pro Start und pro Landung Jahr für Jahr abnimmt und das ist der Technologie geschuldet.

Fraktionskollege Pascal Messerli hat in seinen Bericht schon darauf hingewiesen, dass die Bevölkerung fliegen will. Ich möchte das einfach noch ergänzen um den Hinweis, welcher Teil der Bevölkerung das ist. Die Destination Nummer 1 ab dem EuroAirport ist Pristina. Das sind nicht Ferienflüge, das sind schon gar nicht Geschäftsflüge, sondern das sind sogenannte Family & Friends-Flüge. Also das ist ganz sicher ein Bedürfnis für die Bevölkerung und wahrscheinlich nicht die Bevölkerung von Ammel.

Zu den Blockzeiten. Viel Glück dabei, den französischen Behörden sagen zu wollen, wie Sie die Start- und Landezeiten in Basel am EuroAirport gemessen haben wollen. Das ist französische Verordnung, welche auf europäischem, also auf EU-Verordnungen der EASA basiert und die haben wahrscheinlich nicht das Bedürfnis, diese Verordnungen einfach wegen dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt anzupassen. Die Blockzeiten, die sind weltweit Usanz beim Bemessen von Starts und Landungen. Wenn Sie einen Flug buchen, ist die Zeit auf dem Flugplan und auf dem Ticket auch nicht die Zeit, wann das Flugzeug abhebt oder die Piste berührt, sondern die Zeit, wann das Flugzeug vom Gate zurückgestossen wird beziehungsweise die Tür geschlossen wird.

Dann zum Vorwurf, die Disziplin nehme ab betreffend die verspäteten Abflüge. Die nimmt hinten und vorne nicht ab. Es wurde erwähnt, die Bussen, die die Airlines bekommen, wenn sie verschuldetermassen Verspätungen haben, und verschuldetermassen heisst auch Flugplanprobleme, heisst auch technische Probleme, die sind saftig. Die sind so saftig, dass ein normaler Flug nicht rentabel durchführbar ist, wenn das Flugzeug zu spät startet. Das hat bereits Auswirkungen gezeigt, die Airlines haben bereits Flugpläne angepasst, um mehr Reserve zu haben. Also man kann überhaupt nicht behaupten, die Disziplin nehme ab, das ist ein Trend, der Trend wird sicher noch etwas mehr Zeit brauchen.

Zum Thema Low Cost, das easyJet-Bashing, das wir gehört haben. Die easyJet flottet ständig zusätzliche, moderne, neuere, leisere Flugzeuge ein, insbesondere den Airbus A320neo. Das Flugzeug ist 40 Prozent leiser als der Vorgänger. Das braucht seine Zeit, bis die ganze Flotte umgestellt ist, das wird noch ein paar Jahre dauern, das ist so, aber insbesondere die easyJet kümmert sich sehr stark um das Thema Lärmproduktion.

Abschliessend noch zum Thema Frachtverkehr. Man kann selbstverständlich hier eine Studie in Auftrag geben, ein paar Experten damit beschäftigen, warum nicht. Schauen wir uns den Frachtflugverkehr in Basel an. Das ist dreigeteilt. Erstens gibt Charterfrachtflüge, die fliegen immer während der Arbeitszeit an und ab, weil sonst die Kosten viel höher sind und die sind nie absolut zeitkritisch. Dann gibt es die nur Frachter oder Block-Space-Frachter, ich habe im Flugplan nachgeschaut, die fliegen alle zu Bürozeiten an oder ab, da gibt es keine zu den Randstunden. Was es bei den Randstunden gibt, sind die Expressfrachter, Fedex, DHL und ASL, diese drei Gesellschaften. Das Businessmodell ist einfach, bei Arbeitsschluss sammelt man die Päckchen ein, bringt sie zum Airport, belädt das Flugzeug und fliegt ab, geht zum Hub, verteilt es und bringt die anderen Päckchen zurück, landet vor Bürobeginn am Morgen, dass die Leute in Basel die Päckchen wieder haben, wenn sie zur Arbeit kommen. Anders funktioniert dieses Modell nicht. Jetzt kann man schon schauen, wie viele dieser



Päckchen sind zeitkritisch und wie viele nicht. Das Beste, was Sie dann erreichen, ist, dass diese Airlines zwei statt einen Flug nach Basel haben. Auf den Flug zu den Randseiten können Sie nicht verzichten.

Nehmen Sie bitte diese Dinge zur Kenntnis, wenn Sie über Fluglärm diskutieren. Ich danke Ihnen dafür.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Auch bei Ihnen liegen zwei Zwischenfragen vor, die angenommen werden. Zuerst Lisa Mathys.

*Lisa Mathys (SP):* Danke, dass Sie Gegenrecht walten lassen. Sie haben gesagt, die Ereignisse seien weniger laut, die einzelnen. Aber Sie haben gehört, was ich zitiert habe aus dem Bericht: Die gemessenen Fluglärmwerte zwischen 23 und 24 Uhr sind höher und so hoch wie vor der Coronakrise. Können Sie da auf einzelne Ereignisse, die weniger laut sind, verweisen, wenn der gesamte Lärm einfach deutlich höher ist?

*Lorenz Amiet (SVP):* Die Zahl, auf die Sie sich beziehen, ist die Kumulation der beiden Faktoren, wie viele Flugzeuge und wie laut sind die Flugzeuge. Die Kumulation hat zugenommen, aber das einzelne Ereignis, der einzelne Start ist leiser als vor der Pandemie im Schnitt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die zweite Frage kommt von Andrea Strahm.

*Andrea Strahm (Mitte-EVP):* Was habe ich davon, wenn der EuroAirport Bussen kassiert, als Anwohnerin, die nicht schlafen kann?

*Lorenz Amiet (SVP):* Die Bussen haben den Zweck, als Druckmittel dafür zu sorgen, dass die Airlines dieses Verbot für geplante Starts ab 23 Uhr strikt einhalten und dieser Mechanismus funktioniert, das zeigen die Zahlen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen in der zweiten Runde zu Regierungsrat Kaspar Sutter. Er verzichtet. Kommissionspräsident Raphael Fuhrer verzichtet ebenfalls.

Sie haben den Bericht damit zur Kenntnis genommen.

## **17. Motion 1 Joël Thüring und Consorten betreffend ungültige Stimmen vermeiden – Wahlunterlagen anpassen**

[16.05.24 17:30:17, 24.5096.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Dies wird bestritten von Beda Baumgartner.

*Beda Baumgartner (SP):* Aufgrund des «Chrüzlistiches» gehe ich davon aus, dass wir diese Motion überweisen werden. Ich möchte Ihnen trotzdem kurz darlegen, warum die SP sie nicht überweisen will.

Grundsätzlich finden wir, wird hier ein neues System gefordert für etwas, wo es kein neues System braucht, sondern eine bessere Kommunikation und bessere Hinweise, wie man diese Wahlen durchführen soll als Bürgerinnen und Bürger. Zudem ist es, und ich erlaube mir jetzt hier auch noch eine formalistische Kritik, einfach keine Motion, sondern ein Anzug. Aus meiner Sicht verstehe ich überhaupt nicht, warum das hier als Motion eingereicht werden muss, aber das kann der Motionär vielleicht nachher noch schnell erklären.

Und dann stellt sich auch noch die Frage, es wird ja als Option skizziert, dass die Stimmbevölkerung künftig die Wahlzettel handschriftlich ausfüllen soll und ich frage mich wirklich, ob das die Niederschwelligkeit und den Wunsch nach hoher



Stimmbeteiligung, den wir hier drin, glaube ich, alle haben, wirklich verbessert. Ich glaube, es ist der falsche Ansatz. Auch die Wahlzettel zu trennen, finde ich wirklich den falschen Ansatz. Ich finde es viel zielführender, dass man sich überlegt, wie kann man die Wahlunterlagen dermassen gestalten, dass sie die Niederschwelligkeit verbessern, dass sie anschlussfähiger sind, und dafür braucht es kein neues System, sondern eine bessere Formulierung.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Joël Thüring, der Motionär das Wort.

*Joël Thüring (SVP):* Vielen Dank an Beda Baumgartner für seine Worte. Vielleicht zur Frage des Instruments. Ich fordere Massnahmen innerhalb eines Jahres, das kann man mit dem Anzug nicht, deshalb, glaube ich, ist die Motion das geeignete Mittel dazu. Sie haben natürlich recht, es ist jetzt auch mir noch nicht ganz klar, welches am Schluss dann die geeignetste Variante ist, aber es ist doch eindeutig und klar, dass mit dem jetzigen System die Anzahl ungültiger Stimmen eindeutig zu hoch ist. Das haben wir gesehen bei der Ersatzwahl vom März, als wir verschiedene Kandidaten hatten, die sowohl für den Regierungsrat als auch das Regierungspräsidium kandidiert haben. Währenddem bei den Regierungsratswahlen nur 230 Stimmen ungültig waren, waren es für das Regierungspräsidium sechs Mal mehr, also fast 1'500 Stimmen. Diese 1'500 Stimmen waren jetzt nicht ausschlaggebend, aber es kann in einem Fall einmal so sein, dass gerade diese Zahl der ungültigen Stimmen matchentscheidend ist, um den einen oder den anderen Kandidaten dann eben nicht ins Amt zu wählen und das finde ich demokratiepolitisch sehr schwierig.

Jetzt kann man sagen, wie Beda Baumgartner, wir probieren es mit besserer Kommunikation. Das ist ein Ansatz, den die Staatskanzlei ja schon seit einigen Jahren versucht und es ist auch kein Vorwurf an die Staatskanzlei, aber wir sehen, dass seit dieser Einführung im 2016, auch mit diesem Regierungspräsidium und dann diesen Wahlzetteln mit den Kreuzen eben die Zahl der ungültigen Stimmen weiterhin sehr hoch ist. 2016 waren es 3'000 ungültige Stimmen, das ist enorm viel, 3'000 ungültige Stimmen, es waren aber auch 2020 immer noch fast 1'600. Und die Zahl ist, wenn man es vergleicht in den letzten Jahren, nicht signifikant gesunken und die Kommunikationsmassnahmen seitens der Regierung oder der Staatskanzlei haben aber seither deutlich zugenommen. Ich würde sogar behaupten, ich weiss nicht, wie es bei der SP ist, das weiss Beda Baumgartner sicher besser, aber zumindest auch bei meiner Partei und bei vielen anderen Parteien ist es ja so, dass das korrekte Ausfüllen des Wahlzettels zwischenzeitlich auch wirklich Bestandteil der Wahlpropaganda ist, um eben auch sicherzustellen, dass möglichst wenige Stimmen ungültig sind und trotzdem ist die Zahl der ungültigen Stimmen zu hoch.

Das Argument, dass man dann allenfalls Leute davon abhält zu wählen, das mag vielleicht bis zu einem gewissen Grad sogar stichhaltig sein, nur, wenn wir in andere Kantone schauen, dann müssen wir einfach feststellen, dort ist die Wahlbeteiligung weder höher noch tiefer, aber das System ein anderes. Es gibt sogar Kantone, wo man nicht einmal weiss, wer kandidiert, wenn man das Wahlkuvert bekommt, da muss man die Namen selber aufschreiben, weil es nirgends vorgegeben ist, wer der Kandidat ist. Also auch das gibt es und überall dort sind die Zahlen der ungültigen Stimmen weitaus tiefer, deshalb, glaube ich, ist es richtig, wenn sich der Regierungsrat Gedanken dazu macht, welche anderen Möglichkeiten es gibt, diese doch deutlich hohe Zahl an ungültigen Stimmen zu reduzieren. In diesem jetzt vorliegenden Fall bei der Regierungsratsersatzwahl 2024 wäre es ja sogar vielleicht so gewesen, dass die hohe Anzahl der ungültigen Stimmen Ihrem Kandidaten, Mustafa Atici oder auch Jérôme Thiriet geschadet hätte, Conradin Cramer nicht, er war ja bereits als amtierender Regierungsrat auf dem Wahlzettel für das Präsidium, Mustafa Atici und Jérôme Thiriet aber nicht.

Ich glaube, es muss in unser allen Interesse sein, dass wir eine möglichst tiefe Anzahl ungültiger Stimmen haben und wenn man sieht, dass dieser Unterschied zwischen Regierungsrat und Regierungspräsidium derart gross ist, dann kann dies nur eben an diesem Wahlzettel liegen und an nichts anderem. Und das Thema der Aktivierung möglichst vieler Wählerinnen und Wähler, also sprich einer hohen Stimmbeteiligung, das ist etwas, was wir unabhängig davon natürlich alle anstreben müssen. Ich bitte Sie deshalb, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Joël Thüring, Eric Weber möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Joël Thüring, ich wollte eigentlich nicht mehr reden, aber die Frage ist, im Text haben Sie mich vergessen. Sie haben geschrieben, Nicht-Regierungsräte sind Jérôme Thiriet und Luca Urgese, beide haben kandidiert und darum ist es kompliziert, aber Sie haben mich bei der Aufzählung dort vergessen. Können Sie das bitte bestätigen?

*Joël Thüring (SVP):* Ja, Nobody is perfect.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**58 Ja, 26 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003515, 16.05.24 17:38:00]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben die Motion überwiesen mit 58 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

## **18. Motion 2 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Chancengerechtigkeit für migrierte Schülerinnen und Schüler durch langfristige Sicherstellung eines Förderprogramms für leistungsstarke Jugendliche**

[16.05.24 17:38:06, 24.5110.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Dies wird bestritten von Sandra Bothe-Wenk.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Die Motion stellt fest, dass die soziale Mobilität stagniert und migrierte Jugendliche weiterhin geringere Chancen haben als junge Schweizerinnen und Schweizer ohne Migrationshintergrund. Solche Ungleichheiten sind inakzeptabel, da sie die Chancengleichheit untergraben. Jeder junge Mensch sollte unabhängig von seiner Herkunft dieselben Erfolgchancen in unserer Gesellschaft haben.

Jedoch stützt sich dieser Vorstoss auf die spezifische Ausgangslage in Zürich. Das Trainingsprogramm ChagALL bereitet talentierten Jugendliche mit Migrationshintergrund, aus sozioökonomischen benachteiligten Familien gezielt auf die zentrale Aufnahmeprüfung vor und begleitet sie darüber hinaus auf ihrem weiteren Bildungsweg. Das Programm steht in engem Zusammenhang mit der Dauerdiskussion in Zürich, dass Kinder aus wohlhabenden Familien durch teure Vorbereitungskurse bessere Bildungschancen haben, während einkommensschwache Familien diese nicht finanzieren können.

Basel hingegen verfügt über den etablierten Qualifikationsweg für Bildungslaufbahnen, die sich anhand von Semesterzeugnissen bemisst. Im Weiteren ist unklar, auf welche Vorbereitungsprogramme und welche Aufnahmeprüfung man in Basel fokussieren soll, da nur Schülerinnen und Schüler, die keine weiterführende Schule einschliesslich Berufsschule durch Erzeugnis erreichen, diese Prüfungen benötigen. Zudem wäre ein selektives Auswahlverfahren nötig, das nach GLP-Meinung die Chancengerechtigkeit nicht unterstützt.

Wir Grünliberalen stehen der Frage grundsätzlich sehr kritisch gegenüber, ob Aufnahmeprüfungen eine sinnvolle Ergänzung darstellen. Diese fördern fokussiert ein Teaching zu den Tests und tragen selten zur nachhaltigen Entwicklung der Schülerinnen und Schüler bei. Unsere Sekundarschulen bieten bereits Förderprogramme an, die allen talentierten Jugendlichen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, zugänglich sind. Die weiterführenden Mittelschulen haben ebenfalls die Möglichkeit, Projekte und Förderprogramme zu etablieren, die bereits heute umgesetzt werden können. Ein gutes Beispiel ist in der Motion aufgeführt. Um ihr Ziel die Berufsmatura zu erreichen, erhalten benachteiligte Jugendliche zusätzlich zum regulären Unterricht Förderstunden von Lehrkräften und ehemaligen Studierenden der Pädagogischen Hochschule, um ihre fachlichen Fähigkeiten und individuellen Handlungskompetenzen zu stärken.



Die Grünliberalen sehen dann auch die Forderung der Motion nach einer rechtlichen Basis für spezielle Förderprogramme für migrierte Jugendliche in Basel als erfüllt an. Für die GLP steht in dieser Debatte vor allem die Frage im Vordergrund, ob Schulen ihre kompensatorische Rolle wirksam erfüllen und strukturelle Benachteiligungen direkt angehen können, um diese aktiv zu verhindern. In diesem Kontext stellt sich die weitere Frage, wie können wir an Schulen Bedingungen schaffen, die Migrantenkinder zu guten Lernergebnissen führen und den heterogenen Klassen Chancengerechtigkeit fördern, um sozial benachteiligte Kinder den Zugang zu weiterführender Bildung zu ermöglichen. Im Sinne einer effektiven Ressourcenorientierung sollten deshalb prioritär geprüft werden, ob die Schulen der Sekundarschule 1 und 2 über genügend Mittel verfügen, um spezielle Förderprogramme für talentierte Jugendliche zu entwickeln, die aufgrund ihrer persönlichen Umstände verstärkt Unterstützung benötigen.

Die GLP erkennt beispielsweise ein Problem in der aktuellen Bildungslandschaft bei der zunehmenden Betonung auf selbstständiges, selbstorganisiertes Lernen, was besonders herausfordernd ist, wenn Schülerinnen und Schüler zu Hause nicht die nötige Unterstützung erhalten. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, die tieferliegenden Ursachen für Chancengleichheit, die auf leistungsfremden Merkmalen basieren, aufzudecken und zu adressieren. Wir vertreten die Ansicht, dass solche Faktoren eindeutig identifiziert und aktiv angegangen werden müssen. In diesem Zusammenhang sollte auch geprüft werden, ob die Ressourcenverteilung und die entsprechenden Förderprogramme tatsächlich den benachteiligten Kinder und Jugendlichen zugutekommen, die sie benötigen.

Diese Motion lehnen wir ab, weil wir überzeugt sind, dass die Förderung von Chancengerechtigkeit nicht durch die Einführung und Stärkung von Aufnahmeprüfungen, wie sie der Vorstoss für Basel vorsieht, erreicht werden kann. Die GLP betrachtet den Qualifikationsweg über Zeugnisse als eine chancengerechtere Methode.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Jenny Schweizer.

*Jenny Schweizer (SVP):* Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen. Dass eine Chancengerechtigkeit gewährleistet sein soll, können wir nachvollziehen. Dass ein Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Leistung bestehen kann, ist möglich. Dass bescheidene finanzielle Verhältnisse nur für migrierte Schülerinnen und Schüler gelten sollen, nicht aber für solche aus Basel, bezweifeln wir schon eher.

Eine gesetzliche Grundlage für Förderprogramme ausschliesslich für Jugendliche aus bildungssystemfremden Familien schaffen zu wollen, ist für uns nicht nachvollziehbar. Das Programm der Schule Unterstrass in Zürich als Vorbild zu nehmen, erscheint uns als nicht gegeben, da es sich bei dieser Schule um eine Privatschule handelt, die unter anderem von der reformierten Kirche getragen wird. Wenn also eine Privatschule ihre Spendengelder dafür einsetzt, migrierte Schülerinnen und Schüler zu fördern, ist das ihr eigenes Ziel. Da wir aber mit dieser Motion hier in Basel die öffentlichen Schulen auf Gesetzesebene dazu verpflichtet sollen und dieses Programm aus Steuergeldern finanziert werden müsste, schafft es wiederum eine Ungerechtigkeit den Schweizer Schülerinnen und Schülern in Basel gegenüber. Denn eine Unterstützung in Form von einem Vorbereitungsprogramm für die Aufnahmeprüfungen, für die Probezeit und während der Probezeit können auch einer Anzahl von Schweizer Kindern helfen, den Schritt ins Gymnasium zu machen oder einen erfolgreichen Abschluss in einer weiterführenden Schule zu bewerkstelligen.

Somit können wir hier bei dieser Motion nicht von der geforderten Chancengerechtigkeit und -gleichheit sprechen, sondern es würde wiederum eine spezifische Gruppierung von Schülerinnen und Schülern gegenüber einer anderen unterstützt und bevorzugt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Annina von Falkenstein.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Die Liberaldemokratische Fraktion beantragt, diese Motion nicht zu überweisen. Zu diesem Schluss sind wir aus mehreren Gründen gekommen, an denen ich Sie gerne Teil haben lasse.

Es ist sicherlich gut, sich an anderen Kantonen und Städten ein Vorbild zu nehmen. Diese Motion bildet allerdings das Zürcher Schulsystem und nicht das Basler Schulsystem ab. So gibt es in Basel keine Aufnahmeprüfung fürs Gymnasium und deshalb auch keine automatisch darauffolgende Probezeit. Eine Forderung, die die Kindergarten ausgenommen, Schuljahre 10 bis 13 tangiert, in der in unserem Schulsystem bereits die Berufslehre aufgenommen wurde oder eine weiterführende Schule besucht wird, macht wenig Sinn. Der Übertritt, ein kritischer Zeitpunkt in der Schullaufbahn, der in der Forderung genannt wird, hat zu diesem Zeitpunkt schon stattgefunden und die Einteilung in diese verschiedenen weiterführenden Schulangebote ist längst erfolgt. Die Erwähnung des 10. Schuljahrs, die die vorliegende Forderung noch irgendwie in einen in unserem Schulsystem abbildenden Kontext drücken würde, fehlt leider.



Um Kindern mit Migrationshintergrund echte Chancengerechtigkeit zu bieten, muss viel früher begonnen werden. Deshalb hat die LDP den Ausbau der Frühförderung massgeblich geprägt und stets für weiterführende Ideen rund um diesen Bereich Hand geboten. Wir haben uns in der Fraktionssitzung auch gefragt, was mit Kindern ist, die keinen Migrationshintergrund haben und zu Hause keine Unterstützung oder mangelnde Beachtung erfahren. Erhalten diese dann auch eine separate Leistungsförderung, weil ihr Umfeld suboptimal für den Lernerfolg ist? Wenn diese keine Unterstützung bei der Entfaltung ihres schulischen Potenzials erhalten, wäre dies indirekt auch diskriminierend, denn gut gemeint ist nicht immer gut gemacht.

Unsere Abklärungen mit dem ED haben folgendes ergeben: Im Rahmen des Ratschlags Integrative Schule werden weitere Massnahmen zur Steigerung der Chancengerechtigkeit evaluiert. Dies allerdings bereits auf Primarstufe, also im Sinne der Frühförderung schon viel vor der hier genannten Forderung. Für die Stufen Sek 1 und Sek 2 wird die Situation aktuell ebenfalls im Rahmen einer Arbeitsgruppe evaluiert mit dem Ziel, diese für alle Jugendlichen mit Förderbedarf zu verbessern. Das ist erfreulich zu hören, denn während Jugendliche mit Migrationshintergrund öfters in ihren Talenten und Begabungen schulisch nicht genug gefördert werden, gibt es auch viele andere Problemstellungen, die das Lernen und schulische Fortkommen erschweren können. Dies eben nicht nur bei Personen mit Migrationshintergrund. Wir sind zuversichtlich, dass die schulnahen und fachlich stark aufgestellten Arbeitsgruppen die Ausgangslage sorgfältig evaluieren und Lösungen präsentieren, die aufs baselstädtische Schulsystem passen.

Es ist der LDP wichtig, dass alle jungen Menschen, die Förderung brauchen, diese auch erhalten. Dies gemäss einem in diesem Kanton nicht angewandten Schulsystem und auf eine besondere Gruppe junger Menschen anzuwenden, entspricht allerdings nicht dem Verständnis einer zielgerichteten und sachlichen Politik, die die LDP betreibt. Wir bitten Sie aus all diesen Gründen, die vorliegende Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir haben noch 12 Minuten plus Nachspielzeit, ich würde gerne dieses Geschäft noch fertig beraten. Nächster Sprecher ist Mahir Kabakci.

*Mahir Kabakci (SP):* Gleiche Chancen in der Bildung ist ein Ziel, das wir als SP sehr stark im Fokus haben und entsprechend setzen wir uns auch dafür ein. Ein weiterer Stützpfiler, der unsere Werte in Bezug auf soziale Gerechtigkeit spiegelt, ist die Gleichstellung unabhängig der Herkunft. So haben wir hier einen für uns exemplarischen Vorstoss, bei dem es um gleiche Chancen für Migrantinnen und Migranten in der Bildung geht. Der wohl aussagekräftigste Satz; Leistungsstarke Jugendliche sollen ihr schulisches Potenzial entfalten können, unabhängig ihrer sozialen und ethnischen Herkunft, aus der Motion birgt unzählige Biografien, die anders aussehen würden, wenn dieser Satz die Realität abbilden würde. Deshalb fordert der Vorstoss eine gesetzliche Vorbereitung und Unterstützung auf die Zeit nach bestandener Prüfung und differenzierte Aufnahmeverfahren. Wir wissen heute dank zahlreichen Studien, dass der Nachname, das Umfeld und die Herkunft sich auf die Auswertung von Leistungen auswirken. Glauben Sie mir, mit dem Namen Kabakci kenne ich das aus eigener Erfahrung.

Ich verstehe teilweise die Kritik und die angebrachten Punkte. In einem Punkt stimme ich auch zu, dass diese Differenzierung gemacht wird und es gibt selbstverständlich auch leistungsschwache Kinder, die keinen Migrationshintergrund haben. Das ist so und dem stimme ich absolut zu, aber es geht hier um eine Erstüberweisung der Motion. Man muss auch sagen ganz generell, grundsätzlich ist es so, das kann ich aus meiner beruflichen Erfahrung auch bestätigen, dass es häufig Kinder mit Migrationshintergrund oder Jugendliche mit Migrationshintergrund sind, die stark davon betroffen sind, vor allem auch teilweise, was wir nicht vergessen dürfen, es gibt auch eine strukturelle Diskriminierung, sei das bei der Wohnungssuche, sei das bei der Suche nach Arbeit, sei das bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Das ist eine Realität, die wir in der Gesellschaft haben.

Vor allem auch Familien, die bildungsfern sind, wir wissen, dass unzählige Studien zeigen, oder wenn die Elternteile einen akademischen Hintergrund haben, dann ist es oft so, dass die Kinder eine grössere Chance haben, auch einen akademischen Hintergrund zu erwerben. Und oft ist es bei Familien mit Migrationshintergrund so, dass sie entweder als Gastarbeiter in dieses Land kommen oder bildungsfern aufwachsen und somit diese Unterstützung auch zu Hause ihren Kindern nicht anbieten können. Es gibt diese unterschiedlichen Realitäten in der Gesellschaft und ich denke, es ist wichtig, dass wir diese anpacken.

Es gibt gewisse Punkte, wo ich die Kritik teilweise verstehen kann, aber ich denke, der Regierungsrat ist ja auch bereit, die Motion entgegenzunehmen und somit können wir einmal diese Motion die Chance geben für eine Erstüberweisung, damit auch dann geprüft werden kann, dass der Regierungsrat Stellung dazu nehmen kann und dann können wir weiterschauen. Aber diese Realität ist nicht wegzureden, es ist so, dass es diese Differenzen gibt, diese teilweise strukturellen Ungleichbehandlungen und ich denke, das wäre mal ein erster guter Schritt, um diese anzupacken. Daher bitte ich Sie, die Motion zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Brigitte Gysin.



*Brigitte Gysin (Mitte-EVP):* Auch die Fraktion Mitte/EVP ist selbstverständlich für die Förderung der Chancengleichheit. Es soll nicht sein, dass aufgrund von Bildungsferne oder materiellen Gegebenheiten die Chancen der Bildung auf Erfolg geringer sind. Wie manche meiner Vorrednerinnen, möchte aber ich auch betonen, dass wir zwar für dieses Ziel sind, in der Motion aber nicht den richtigen Weg sehen, um dieses Ziel zu erreichen.

Ich werde nun nicht alles wiederholen, was viele schon dargelegt haben, ich möchte nur zwei, drei Dinge kurz noch unterstreichen. Zum einen die Vergleichbarkeit oder eben Nicht-Vergleichbarkeit von Basel und Zürich. Ein Detail, man kann sich ja streiten über die Gymnasialquote bei uns im Kanton Basel-Stadt, aber in Bezug auf das Gymnasium kann man sagen, schon durch dass viel mehr Schülerinnen und Schüler ans Gymnasium kommen, ist zum Beispiel die Situation nicht gleich zugespitzt wie im Kanton Zürich, was die Chancen betreffen, ans Gymnasium zu gelangen, wenn man zum Beispiel in Deutsch nicht die gleichen Voraussetzungen mitbringt.

Dann auf die Frage der Förderung und die Veränderungen. Ja, da kann ich jenen zustimmen, die sagen, dass hier noch manches nicht ideal ist, aber dass sich vieles entwickelt, das kann definitiv auch gesagt werden. Wenn zum Beispiel ein Bewusstsein vorhanden ist auf der Sekundarstufe, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler zu Hause die Möglichkeit haben, in Ruhe Hausaufgaben zu erledigen, und so an manchen Standorten diese Möglichkeit geschaffen wird, in einem Raum auch betreut, um dort in Ruhe Hausaufgaben zu erledigen. Oder auf Ebene der Gymnasien kann ich als Beispiel sagen, als ich begonnen habe zu unterrichten, gab es einen Stützkurs Deutsch für jene, die damals in der OS nicht das E-, sondern das G-Niveau in Deutsch besucht hatten, und das hat sich in den Jahren nun kontinuierlich entwickelt, dass es nun zu einem sehr individuellen Fördergefäss wird für Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Herkunft, manche mit Migrationshintergrund, manche mit anderen Sprachschwierigkeiten, dass auch das Angebot ausgeweitet worden ist. Also an den Schulen wird sehr viel dafür getan, um die Ungleichheiten, die bestehen, auszugleichen.

In diesem Sinne bitte ich Sie auch im Namen der Mitte/EVP-Fraktion, diese Motion nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Béla Bartha.

*Béla Bartha (GAB):* Der Regierungsrat wird mit dieser Motion beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um Förderprogramme für begabte Jugendliche aus bildungssystemfernen Familien zu ermöglichen, damit diese den Schritt von der Sek 1 Stufe in weiterführende Schulen schaffen. Das Förderprogramm soll sich am Programm Chancengerechtigkeit durch Arbeit an der Lernlaufbahn ChagALL des Gymnasiums Unterstrass Zürich orientieren, das seit dem Schuljahr 2008 erfolgreich läuft.

Grundsätzlich ist jede Initiative begrüssenswert, die sich darum bemüht, die Chancengleichheit für alle zu verbessern. Obwohl in den einzelnen Schulen viel für die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern getan wird, ist es offensichtlich, dass auf übergeordneter Ebene eine gezielte, koordinierte Förderung der genannten Zielgruppe in Basel fehlt. Auch die Forderung, dass man abklären sollte, ob die an den Schulen bereits existierenden individuellen Förderprogramme für das Anliegen der Motionär\*innen genügen, ist sicher legitim.

Ein weiterer interessanter Aspekt in der Motion, dass man die Schüler\*innen auch nach bestandener Prüfung und nach einem Übertritt an eine höhere Schule weiter coacht, das wäre sicher ebenso prüfenswert. Persönlich kann ich dem Anliegen viel abgewinnen, sehe aber, dass noch einiges abgeklärt und geprüft werden müsste und es daher, und so sieht es das GAB insgesamt auch, mehr Sinn machen würde, auf die Einreichung der obengenannten Anliegen in Form eines Anzuges zu setzen, denn auf eine Motion.

Weiter muss man auch kritisch bemerken, dass die Voraussetzungen, die in Zürich herrschen, insgesamt nicht mit der von Basel vergleichbar sind. Das haben wir ja schon von einigen Vorrednerinnen gehört. Die Gefahr besteht ja, dass man schliesslich eine regelrechte Nachhilfe-Industrie einführt, wenn man solche Nachhilfestunden geben will, und das kann ja nicht unbedingt das Ziel der Übung für Basel-Stadt sein.

Zusammengefasst kann man sagen, dass die kritischen Stimmen in der Fraktion GAB eindeutig überwogen haben und das Grundanliegen der Chancengleichheit aber viel Sympathie erfährt und wir daher Stimmfreigabe beschlossen haben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit sind wir bei der Motionärin Amina Trevisan.

*Amina Trevisan (SP):* Ich muss gestehen, dass ich überrascht, aber auch etwas enttäuscht war, als ich die Kreuztabelle sah. Eigentlich finden alle Chancengerechtigkeit eine gute Sache. Jetzt aber, wo sich die Gelegenheit bietet, Fördermassnahmen



einzuführen, wird eine Chance nicht genutzt. Gerne erinnere ich daran, dass in der Schweiz Chancengerechtigkeit in der Bundesverfassung verankert ist. Aber gerne möchte ich zunächst mit einem Bild anfangen.

Das Bild zeigt die Situation von Menschen, die unterschiedlich gross sind und ein Hindernis überwinden müssen. Links steht Equality, was mit Chancengleichheit übersetzt wird und bedeutet, dass alle Menschen die gleiche Leiter bekommen, um das Hindernis zu überwinden. Rechts steht Equity, was mit Chancengerechtigkeit übersetzt wird und bedeutet, dass jeder Mensch eine Leiter in der für ihn passenden Grösse bekommt, um das Hindernis zu überwinden. Im Vergleich zur Chancengleichheit, die die gleichmässige Verteilung von Ressourcen meint, beschreibt somit Chancengerechtigkeit die Verteilung bestimmter Ressourcen für die Personen, die diese brauchen, um an die gleichen Chancen zu gelangen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen von links bis rechts, diese Motion steht für die Förderung von Chancengerechtigkeit im Bildungswesen. Es geht nicht darum, Jugendliche mit Migrationsgeschichte und Jugendliche Schweizer Herkunft, die beide aus bildungssystemfernen Familien kommen, gegeneinander auszuspielen. Oder um es mit einem Zitat von Tsvasman auszudrücken: «Gerechtigkeit lebt vom Differenzieren, nicht vom Vergleichen». Fakt ist, dass migrierte Jugendliche nach wie vor schlechtere Chancen als junge Schweizer Staatsangehörige ohne Migrationserfahrung haben.

Studien und Statistiken belegen dies ganz deutlich. Während zum Beispiel 52 Prozent der deutschsprachigen Jugendlichen den B-Zug in Basel besuchen, sind es bei fremdsprachigen nur 24 Prozent. Auch zum Beispiel besuchen 63 Prozent der Deutschsprachigen eine weiterführende Schule, bei den Fremdsprachigen sind es nur 37 Prozent. Auch an Gymnasien sind sie mit 23 Prozent untervertreten. Und wenn wir schon bei den Zahlen sind, Kinder von Eltern, die nur die obligatorische Schule abgeschlossen haben, machen lediglich 6 Prozent der Studierenden an der Universität einen Abschluss und nur circa 1 Prozent der Kinder von migrantischen Eltern aus der Arbeiter\*innenschicht schliessen ein Doktoratsstudium ab. Wo bitte schön ist hier Chancengerechtigkeit erkennbar.

Mit der Förderung von Chancengerechtigkeit in der Bildung sollen unfaire Ungleichheiten überwunden werden, wie etwa aufgrund von sprachlicher Benachteiligung oder wenn Eltern aufgrund von ökonomischen Problemen kein Nachhilfeunterricht bezahlen können, um ihr Kind zusätzlich zu fördern, wenn die Eltern nicht bei den Hausaufgaben helfen können. Ausserdem wissen wir alle, dass es einen grossen Fachkräftemangel gibt, die Förderung von vorhandenem Potenzial kann unbestritten einen Beitrag dazu leisten, dass gut ausgebildete Menschen offene Stellen antreten. Daher ist es wichtig, dass begabte und motivierte migrantische Jugendliche, die aus bescheidenen finanziellen Verhältnissen stammen, die nötige Förderung erhalten, um ihr Potenzial für eine höhere Schule ausschöpfen zu können. Und selbstverständlich, das duale Bildungssystem muss dabei hochgehalten werden.

Ja, Basel ist nicht mit Zürich vergleichbar, das ist absolut klar, aber auch in Basel gibt es eine freiwillige Aufnahmeprüfung auf der Sek 2-Stufe. Und bitte, es geht hier nicht darum, dass eine Nachhilfe-Industrie gegründet werden soll, es geht darum, zu überprüfen, dass eine Leistungsvereinbarung mit Dritten abgeschlossen werden kann, damit ein Aufnahmeverfahren durchgeführt werden kann. Ich wiederhole, es handelt sich um ein Aufnahmeverfahren. Die Überlegung dahinter ist, dass Lehrpersonen dadurch entlastet werden sollen, die häufig überbelastet sind.

Ich komme zum Schluss. Ich finde, es ist höchste Zeit, dass der Kanton Basel-Stadt in ein Förderprogramm für migrierten Jugendliche auf der Sekundarstufe 2 investiert. Davon würde letztlich auch Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft profitieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**28 Ja, 49 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003518, 16.05.24 18:04:08]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Die Motion nicht zu überweisen. Die Motion ist erledigt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Überweisung der Motion wurde abgelehnt mit 49 Nein-Stimmen gegen 28 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.



Ich bitte Sie ein letztes Mal um Ihre Aufmerksamkeit. Es geht um die Juni-Sitzungen. Im Kalender sind zwei Nachtsitzungen eingetragen, die zweite am Bündelitag, die streichen wir. Aber die erste Nachtsitzung am zweiten Sitzungstag am 12. Juni dürfen Sie sich gerne in den Kalender schreiben.

**Schluss der 15. Sitzung**

18:04 Uhr



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3  
24.5014

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 09:04:47

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Michela Seggiani, SP)

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis         | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|------------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja               | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja               |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend   | Stalder Roger (SVP)                    | Ja               |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja               | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja               | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja               |
| Brigger René (SP)                  | Ja               | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Nicht anwesend   |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja               | Urgese Luca (FDP)                      | Nicht anwesend   |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja               | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja               |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja               | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend   | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja               |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja               | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja               | Keller Christine (SP)                  | Ja               |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja               | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja               |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja               | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja               |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja               | Balmer Ivo (SP)                        | Ja               |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja               | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja               |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja               | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja               |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Nicht anwesend   | Bessenich Salome (SP)                  | Ja               |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja               | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja               |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend   | Seggiani Michela (SP)                  | Ja               |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja               | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja               | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja               |
| Christ Tobias (GLP)                | Nicht anwesend   | Mück Heidi (GAB)                       | Ja               |
| Jenny David (FDP)                  | Ja               | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja               |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja               | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja               |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja               | Friedl Harald (GAB)                    | Ja               |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja               | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja               |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja               | Auderset André (LDP)                   | Ja               |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja               | Ebi Alex (LDP)                         | Ja               |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja               | Suter Stefan (SVP)                     | Ja               |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja               | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja               | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja               |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja               | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja               |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja               | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja               |
| Pfister Pascal (SP)                | Nicht abgestimmt | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja               |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident        | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja               |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja               | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Nicht anwesend   |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja               | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nein             |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja               | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja               |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja               | Roth Franziska (SP)                    | Ja               |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja               | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja               |
| Ineichen Anina (GAB)               | Nicht anwesend   | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja               |
| Girard Fina (GAB)                  | Nicht anwesend   | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja               |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja               | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja               |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja               | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja               |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja               | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja               |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja               | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Nicht abgestimmt |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja               | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Nicht anwesend   |
| Karger Philip (LDP)                | Ja               | Bartha Béla (GAB)                      | Ja               |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja               | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja               |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja               |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja               |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 81    | 27 | 14  | 14  | 9   | 7         | 4   | 6   | 0            | 0         |
| Nein             | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 1            | 0         |
| Ent              | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 82    | 27 | 14  | 14  | 9   | 7         | 4   | 6   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 3     | 1  | 0   | 0   | 0   | 1         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 15    | 1  | 4   | 1   | 2   | 2         | 4   | 1   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 85    | 28 | 14  | 14  | 9   | 8         | 4   | 6   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3  
24.5014

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 09:05:58

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Michela Seggiani, SP)

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis       |
|------------------------------------|----------------|--|----------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja             |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Ja             |
| Esposito Zaira (SP)                | Ent            | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja             |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Nicht anwesend |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja             |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja             |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja             |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja             | Keller Christine (SP)                  | Ja             |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja             | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja             |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja             |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja             | Balmer Ivo (SP)                        | Ja             |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja             |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja             |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja             |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja             | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja             |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja             |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja             |
| Christ Tobias (GLP)                | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB)                       | Ja             |
| Jenny David (FDP)                  | Ja             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja             |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja             | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja             |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja             | Friedl Harald (GAB)                    | Ja             |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja             | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja             |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja             | Auderset André (LDP)                   | Ja             |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja             | Ebi Alex (LDP)                         | Ja             |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Ja             |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja             |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja             |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja             |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja             |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja             |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Nicht anwesend |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Ja             |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja             |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Ja             |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja             |
| Ineichen Anina (GAB)               | Nicht anwesend | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja             |
| Girard Fina (GAB)                  | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja             |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja             |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja             | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja             |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja             |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja             |
| Karger Philip (LDP)                | Ja             | Bartha Béla (GAB)                      | Ja             |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja             | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja             |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja             |  |                |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja             |  |                |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 86    | 27 | 15  | 14  | 9   | 8         | 5   | 7   | 1            | 0         |
| Nein             | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Ent              | 1     | 1  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 87    | 28 | 15  | 14  | 9   | 8         | 5   | 7   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 12    | 1  | 3   | 1   | 2   | 2         | 3   | 0   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 88    | 28 | 15  | 14  | 9   | 8         | 5   | 7   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 4  
24.5174

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 09:07:02

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Thomas Gander, SP)

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|----------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja               |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Ja               |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja               |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Nicht anwesend   |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja               |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja               |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja               |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja             | Keller Christine (SP)                  | Ja               |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja             | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja               |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja               |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja             | Balmer Ivo (SP)                        | Ja               |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja               |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja               |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja               |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja             | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja               |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja               |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja               |
| Christ Tobias (GLP)                | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB)                       | Ja               |
| Jenny David (FDP)                  | Ja             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja               |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja             | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja               |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja             | Friedl Harald (GAB)                    | Ja               |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja             | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja               |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja             | Auderset André (LDP)                   | Ja               |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja             | Ebi Alex (LDP)                         | Ja               |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Ja               |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja               |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja               |
| Bay Hanna (SP)                     | Ent            | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja               |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja               |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja               |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Nicht anwesend   |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nein             |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja               |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Ja               |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja               |
| Ineichen Anina (GAB)               | Nicht anwesend | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja               |
| Girard Fina (GAB)                  | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja               |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja               |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja             | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja               |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Nicht abgestimmt |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja               |
| Karger Philip (LDP)                | Ja             | Bartha Béla (GAB)                      | Ja               |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja             | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja               |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja             |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja             |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 84    | 27 | 15  | 14  | 9   | 7         | 5   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 1            | 0         |
| Ent              | 1     | 1  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 86    | 28 | 15  | 14  | 9   | 7         | 5   | 7   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 2     | 0  | 0   | 0   | 0   | 1         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 12    | 1  | 3   | 1   | 2   | 2         | 3   | 0   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 88    | 28 | 15  | 14  | 9   | 8         | 5   | 7   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5  
24.5175

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 09:08:05

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Thomas Gander, SP)

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|----------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja               |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Ja               |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja               |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja               |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja               |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja               |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja               |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja             | Keller Christine (SP)                  | Ja               |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja             | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja               |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja               |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja             | Balmer Ivo (SP)                        | Ent              |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja               |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja               |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja               |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja             | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja               |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja               |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja               |
| Christ Tobias (GLP)                | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB)                       | Ja               |
| Jenny David (FDP)                  | Ja             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja               |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja             | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja               |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja             | Friedl Harald (GAB)                    | Ja               |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja             | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja               |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja             | Auderset André (LDP)                   | Ja               |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja             | Ebi Alex (LDP)                         | Ja               |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Ja               |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja               |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja               |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja               |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja               |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja               |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Nicht anwesend   |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nein             |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja               |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Ja               |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja               |
| Ineichen Anina (GAB)               | Nicht anwesend | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja               |
| Girard Fina (GAB)                  | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja               |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja               |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja             | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja               |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Nicht abgestimmt |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja               |
| Karger Philip (LDP)                | Ja             | Bartha Béla (GAB)                      | Ja               |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja             | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja               |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja             |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja             |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 85    | 27 | 15  | 14  | 9   | 7         | 6   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 1            | 0         |
| Ent              | 1     | 1  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 87    | 28 | 15  | 14  | 9   | 7         | 6   | 7   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 2     | 0  | 0   | 0   | 0   | 1         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 11    | 1  | 3   | 1   | 2   | 2         | 2   | 0   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 89    | 28 | 15  | 14  | 9   | 8         | 6   | 7   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6  
24.5112

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 09:10:00

Geschäft

Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht (Nachfolge für den verstorbenen Ernst Jost, SP), Bericht der WVKo

## Individuelle Ergebnisse

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|----------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja               |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Ja               |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja               |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja               |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja               |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja               |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja               |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja             | Keller Christine (SP)                  | Ja               |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja             | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja               |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja               |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja             | Balmer Ivo (SP)                        | Ja               |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja               |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja               |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja               |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja             | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja               |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja               |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja               |
| Christ Tobias (GLP)                | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB)                       | Ja               |
| Jenny David (FDP)                  | Ja             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja               |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja             | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja               |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja             | Friedl Harald (GAB)                    | Ja               |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja             | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja               |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja             | Auderset André (LDP)                   | Ja               |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja             | Ebi Alex (LDP)                         | Ja               |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Ja               |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja               |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja               |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja               |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja               |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja               |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Nicht anwesend   |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nein             |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja               |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Ja               |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja               |
| Ineichen Anina (GAB)               | Nicht anwesend | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja               |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja             | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja               |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja               |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja             | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja               |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja               |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Nicht abgestimmt |
| Karger Philip (LDP)                | Ja             | Bartha Béla (GAB)                      | Ja               |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja             | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja               |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja             |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja             |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 87    | 28 | 16  | 14  | 9   | 8         | 5   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 1            | 0         |
| Ent              | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 88    | 28 | 16  | 14  | 9   | 8         | 5   | 7   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 2     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 1   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 10    | 1  | 2   | 1   | 2   | 2         | 2   | 0   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 90    | 28 | 16  | 14  | 9   | 8         | 6   | 7   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6  
24.5112

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 09:10:42

Geschäft

Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht (Nachfolge für den verstorbenen Ernst Jost, SP), Bericht der WVKo

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis         | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|------------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja               | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja               |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend   | Stalder Roger (SVP)                    | Ja               |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja               | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja               | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja               |
| Brigger René (SP)                  | Nicht abgestimmt | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja               |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja               | Urgese Luca (FDP)                      | Ja               |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja               | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja               |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja               | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend   | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja               |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja               | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Alioth Catherine (LDP)             | Nicht abgestimmt | Keller Christine (SP)                  | Ja               |
| Hug Michael (LDP)                  | Nicht abgestimmt | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja               |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja               | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja               |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja               | Balmer Ivo (SP)                        | Ja               |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja               | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja               |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja               | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja               |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Nicht abgestimmt | Bessenich Salome (SP)                  | Ja               |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja               | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja               |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend   | Seggiani Michela (SP)                  | Ja               |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja               | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja               | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja               |
| Christ Tobias (GLP)                | Nicht anwesend   | Mück Heidi (GAB)                       | Ja               |
| Jenny David (FDP)                  | Ja               | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja               |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja               | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja               |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja               | Friedl Harald (GAB)                    | Ja               |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja               | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja               |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja               | Auderset André (LDP)                   | Ja               |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja               | Ebi Alex (LDP)                         | Nicht abgestimmt |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja               | Suter Stefan (SVP)                     | Ja               |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja               | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Trevisan Amina (SP)                | Nicht abgestimmt | Pekerman Bülent (GLP)                  | Nicht abgestimmt |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja               | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja               |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja               | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja               |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja               | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja               |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident        | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja               |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja               | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Nicht anwesend   |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja               | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nein             |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja               | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja               |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja               | Roth Franziska (SP)                    | Nicht abgestimmt |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja               | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja               |
| Ineichen Anina (GAB)               | Nicht anwesend   | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja               |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja               | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja               |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja               | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja               |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja               | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja               |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja               | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Nicht abgestimmt |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja               | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja               | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Nicht abgestimmt |
| Karger Philip (LDP)                | Ja               | Bartha Béla (GAB)                      | Ja               |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja               | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja               |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja               |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja               |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 78    | 25 | 15  | 11  | 9   | 7         | 4   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 1            | 0         |
| Ent              | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 79    | 25 | 15  | 11  | 9   | 7         | 4   | 7   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 11    | 3  | 1   | 3   | 0   | 1         | 2   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 10    | 1  | 2   | 1   | 2   | 2         | 2   | 0   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 90    | 28 | 16  | 14  | 9   | 8         | 6   | 7   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6  
24.5112

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 09:11:30

Geschäft

Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht (Nachfolge für den verstorbenen Ernst Jost, SP), Bericht der WVKo

## Individuelle Ergebnisse

| Name                               | Ergebnis         | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|------------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja               | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja               |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend   | Stalder Roger (SVP)                    | Ja               |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja               | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja               | Kühne Brigitte (GLP)                   | Nicht abgestimmt |
| Brigger René (SP)                  | Ja               | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Nicht abgestimmt |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja               | Urgese Luca (FDP)                      | Nicht abgestimmt |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja               | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja               |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja               | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend   | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja               |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja               | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja               | Keller Christine (SP)                  | Ja               |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja               | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja               |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja               | Gölgeli Edibe (SP)                     | Nicht abgestimmt |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja               | Balmer Ivo (SP)                        | Ja               |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja               | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja               |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja               | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja               |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Nicht abgestimmt | Bessenich Salome (SP)                  | Ja               |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja               | Baumgartner Beda (SP)                  | Nicht abgestimmt |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend   | Seggiani Michela (SP)                  | Ja               |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja               | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja               | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja               |
| Christ Tobias (GLP)                | Nicht anwesend   | Mück Heidi (GAB)                       | Ja               |
| Jenny David (FDP)                  | Ja               | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja               |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja               | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja               |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja               | Friedl Harald (GAB)                    | Ja               |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja               | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja               |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Nicht abgestimmt | Auderset André (LDP)                   | Ja               |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja               | Ebi Alex (LDP)                         | Ja               |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja               | Suter Stefan (SVP)                     | Ja               |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja               | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja               | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja               |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja               | Sieber Johannes (GLP)                  | Nicht abgestimmt |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja               | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Nicht abgestimmt |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja               | Seiler Daniel (FDP)                    | Nicht abgestimmt |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident        | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja               |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja               | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Nicht anwesend   |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja               | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nicht abgestimmt |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja               | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja               |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja               | Roth Franziska (SP)                    | Ja               |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja               | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja               |
| Ineichen Anina (GAB)               | Nicht anwesend   | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja               |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja               | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja               |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja               | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja               |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja               | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja               |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja               | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja               |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja               | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja               | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja               |
| Karger Philip (LDP)                | Ja               | Bartha Béla (GAB)                      | Ja               |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja               | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja               |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja               |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja               |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 78    | 26 | 15  | 14  | 9   | 7         | 3   | 4   | 0            | 0         |
| Nein             | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Ent              | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 78    | 26 | 15  | 14  | 9   | 7         | 3   | 4   | 0            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 12    | 2  | 1   | 0   | 0   | 1         | 3   | 3   | 1            | 1         |
| Nicht anwesend   | 10    | 1  | 2   | 1   | 2   | 2         | 2   | 0   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 90    | 28 | 16  | 14  | 9   | 8         | 6   | 7   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7  
24.5103

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 10:54:19

Geschäft

Bericht der Finanzkommission und der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats des Kantons Basel-Stadt zur St. Jakobshalle

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis       |
|------------------------------------|----------------|--|----------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja             |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Ja             |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja             |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja             |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja             |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja             |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja             |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja             | Keller Christine (SP)                  | Ja             |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja             | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja             |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja             |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja             | Balmer Ivo (SP)                        | Ja             |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja             |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja             |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja             |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja             | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja             |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja             |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja             |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja             | Mück Heidi (GAB)                       | Ja             |
| Jenny David (FDP)                  | Ja             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja             |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja             | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja             |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja             | Friedl Harald (GAB)                    | Ja             |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja             | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja             |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja             | Auderset André (LDP)                   | Ja             |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja             | Ebi Alex (LDP)                         | Ja             |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Ja             |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja             |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja             |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja             |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja             |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja             |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja             |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nein           |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja             |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Ja             |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja             |
| Ineichen Anina (GAB)               | Nicht anwesend | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja             |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja             | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja             |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja             |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja             | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja             |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja             |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja             |
| Karger Philip (LDP)                | Ja             | Bartha Béla (GAB)                      | Ja             |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja             | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja             |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja             |  |                |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja             |  |                |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 90    | 28 | 16  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 1            | 0         |
| Ent              | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 91    | 28 | 16  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 1  | 2   | 1   | 2   | 1         | 1   | 0   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 28 | 16  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8  
20.1006

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 15:22:31

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "Basel baut Zukunft", Bericht der BRK

## Individuelle Ergebnisse

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis       |
|------------------------------------|----------------|--|----------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja             |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Ja             |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja             |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja             |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja             |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja             |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja             |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja             | Keller Christine (SP)                  | Ja             |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja             | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja             |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja             |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja             | Balmer Ivo (SP)                        | Ja             |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja             |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja             |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja             |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja             | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja             |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja             |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja             |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja             | Mück Heidi (GAB)                       | Ja             |
| Jenny David (FDP)                  | Ja             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja             |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja             | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja             |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja             | Friedl Harald (GAB)                    | Ja             |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja             | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja             |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja             | Auderset André (LDP)                   | Ja             |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja             | Ebi Alex (LDP)                         | Ja             |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Ja             |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja             |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja             |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja             |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja             |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja             |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja             |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nein           |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja             |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Ja             |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja             |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja             | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja             |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja             | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja             |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja             |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja             | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja             |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja             |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja             |
| Karger Philip (LDP)                | Ja             | Bartha Béla (GAB)                      | Ja             |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja             | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja             |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja             |  |                |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja             |  |                |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 91    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 1            | 0         |
| Ent              | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 92    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 7     | 1  | 1   | 1   | 2   | 1         | 1   | 0   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 93    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8  
20.1006

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 15:24:14

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "Basel baut Zukunft", Bericht der BRK

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|----------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Nein             |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Nein             |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Nein             |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Nein             |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Nein             |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Nein             |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Nein             |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Nein           | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Nein             |
| Alioth Catherine (LDP)             | Nein           | Keller Christine (SP)                  | Ja               |
| Hug Michael (LDP)                  | Nein           | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja               |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Nein           | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja               |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja             | Balmer Ivo (SP)                        | Ja               |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja               |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja               |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja               |
| Messerli Pascal (SVP)              | Nein           | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja               |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja               |
| Fischer Patrick (SVP)              | Nein           | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Nein           | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja               |
| Christ Tobias (GLP)                | Nein           | Mück Heidi (GAB)                       | Ja               |
| Jenny David (FDP)                  | Nein           | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja               |
| Bucher Erich (FDP)                 | Nein           | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja               |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Nein           | Friedl Harald (GAB)                    | Ja               |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Nein           | Iselin Adrian (LDP)                    | Nein             |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Nein           | Auderset André (LDP)                   | Nein             |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja             | Ebi Alex (LDP)                         | Nein             |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Nein             |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Nein             |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Nein             |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Nein             |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Nein             |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Nein             |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Nein             |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Ent              |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja               |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Nicht abgestimmt |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Nein             |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja             | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Nein             |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja             | Wehrli Felix (SVP)                     | Nein             |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Nein             |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja             | Zappalà Andreas (FDP)                  | Nein             |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Nein             |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Nein           | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Nein             |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Nein           | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Nein             |
| Karger Philip (LDP)                | Nein           | Bartha Béla (GAB)                      | Ja               |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Nein           | Battaglia Olivier (LDP)                | Nein             |
| Thüring Joël (SVP)                 | Nein           |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Nein           |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 44    | 27 | 17  | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Nein             | 46    | 0  | 0   | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Ent              | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 1            | 0         |
| Abgestimmt       | 91    | 27 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 2     | 1  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 7     | 1  | 1   | 1   | 2   | 1         | 1   | 0   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 93    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
23.0823

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 17:35:09

Geschäft

Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss  
nün. Stiftung IdéeSoo

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis       |
|------------------------------------|----------------|--|----------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja             |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Ja             |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja             |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja             |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja             |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja             |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja             |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja             | Keller Christine (SP)                  | Ja             |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja             | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja             |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja             |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja             | Balmer Ivo (SP)                        | Ja             |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja             |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja             |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja             |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja             | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja             |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja             |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja             |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja             | Mück Heidi (GAB)                       | Ja             |
| Jenny David (FDP)                  | Ja             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja             |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja             | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja             |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja             | Friedl Harald (GAB)                    | Ja             |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja             | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja             |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja             | Auderset André (LDP)                   | Ja             |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja             | Ebi Alex (LDP)                         | Ja             |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Ja             |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja             |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja             |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja             |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja             |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja             |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja             |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja             |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Ja             |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja             |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja             | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja             |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja             | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja             |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja             |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja             | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja             |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja             |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja             |
| Karger Philip (LDP)                | Ja             | Bartha Béla (GAB)                      | Ja             |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja             | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja             |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja             |  |                |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja             |  |                |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 91    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Ent              | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 91    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 1  | 1   | 1   | 2   | 1         | 1   | 0   | 1            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
23.0823

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 17:36:05

Geschäft

Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss  
nün. Stiftung IdéeSoo

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis       |
|------------------------------------|----------------|--|----------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja             |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Ja             |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja             |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja             |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja             |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja             |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja             |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja             | Keller Christine (SP)                  | Ja             |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja             | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja             |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja             |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja             | Balmer Ivo (SP)                        | Ja             |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja             |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja             |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja             |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja             | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja             |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja             |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja             |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja             | Mück Heidi (GAB)                       | Ja             |
| Jenny David (FDP)                  | Ja             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja             |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja             | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja             |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja             | Friedl Harald (GAB)                    | Ja             |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja             | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja             |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja             | Auderset André (LDP)                   | Ja             |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja             | Ebi Alex (LDP)                         | Ja             |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Ja             |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja             |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja             |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja             |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja             |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja             |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja             |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja             |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Ja             |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja             |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja             | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja             |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja             | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja             |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja             |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja             | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja             |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja             |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja             |
| Karger Philip (LDP)                | Ja             | Bartha Béla (GAB)                      | Ja             |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja             | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja             |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja             |  |                |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja             |  |                |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 91    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Ent              | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 91    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 1  | 1   | 1   | 2   | 1         | 1   | 0   | 1            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
23.0823

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 17:36:56

Geschäft

Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss nün, Stiftung IdéeSoo

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|----------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja               |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Ja               |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja               |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja               |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja               |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja               |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja               |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja             | Keller Christine (SP)                  | Ja               |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja             | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja               |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja               |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja             | Balmer Ivo (SP)                        | Ja               |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja               |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja               |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja               |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja             | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja               |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja               |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja               |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja             | Mück Heidi (GAB)                       | Ja               |
| Jenny David (FDP)                  | Ja             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja               |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja             | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja               |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja             | Friedl Harald (GAB)                    | Ja               |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja             | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja               |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja             | Auderset André (LDP)                   | Ja               |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja             | Ebi Alex (LDP)                         | Ja               |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Ja               |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja               |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja               |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja               |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja               |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja               |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja               |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nicht anwesend   |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja               |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Ja               |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja               |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja             | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja               |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja             | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja               |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja               |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja             | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja               |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja               |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja               |
| Karger Philip (LDP)                | Ja             | Bartha Béla (GAB)                      | Nicht abgestimmt |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja             | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja               |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja             |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja             |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 90    | 28 | 16  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Ent              | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 90    | 28 | 16  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 2     | 0  | 1   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 1  | 1   | 1   | 2   | 1         | 1   | 0   | 1            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
23.0823

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 17:37:46

Geschäft

Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss  
nün. Stiftung IdéeSoo

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis       |
|------------------------------------|----------------|--|----------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja             |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Ja             |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja             |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja             |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja             |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja             |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja             |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja             | Keller Christine (SP)                  | Ja             |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja             | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja             |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja             |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja             | Balmer Ivo (SP)                        | Ja             |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja             |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja             |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja             |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja             | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja             |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja             |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja             |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja             | Mück Heidi (GAB)                       | Ja             |
| Jenny David (FDP)                  | Ja             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja             |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja             | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja             |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja             | Friedl Harald (GAB)                    | Ja             |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja             | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja             |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja             | Auderset André (LDP)                   | Ja             |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja             | Ebi Alex (LDP)                         | Ja             |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Ja             |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja             |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja             |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja             |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja             |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja             |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja             |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja             |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Ja             |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja             |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja             | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja             |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja             | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja             |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja             |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja             | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja             |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja             |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja             |
| Karger Philip (LDP)                | Ja             | Bartha Béla (GAB)                      | Ja             |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja             | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja             |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja             |  |                |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja             |  |                |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 91    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Ent              | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 91    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 1  | 1   | 1   | 2   | 1         | 1   | 0   | 1            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
23.0823

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 17:38:40

Geschäft

Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss  
nün. Stiftung IdéeSoo

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis       |
|------------------------------------|----------------|--|----------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja             |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Ja             |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja             |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja             |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja             |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja             |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja             |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja             | Keller Christine (SP)                  | Ja             |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja             | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja             |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja             |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja             | Balmer Ivo (SP)                        | Ja             |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja             |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja             |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja             |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja             | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja             |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja             |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja             |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja             | Mück Heidi (GAB)                       | Ja             |
| Jenny David (FDP)                  | Ja             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja             |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja             | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja             |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja             | Friedl Harald (GAB)                    | Ja             |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja             | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja             |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja             | Auderset André (LDP)                   | Ja             |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja             | Ebi Alex (LDP)                         | Ja             |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Ja             |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja             |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja             |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja             |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja             |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja             |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja             |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja             |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Ja             |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja             |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja             | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja             |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja             | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja             |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja             |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja             | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja             |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja             |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja             |
| Karger Philip (LDP)                | Ja             | Bartha Béla (GAB)                      | Ja             |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja             | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja             |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja             |  |                |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja             |  |                |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 91    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Ent              | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 91    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 1  | 1   | 1   | 2   | 1         | 1   | 0   | 1            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
23.0823

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 17:39:40

Geschäft

Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss  
nün. Stiftung IdéeSoo

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|----------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja               |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Ja               |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja               |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja               |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja               |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja               |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja               |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja             | Keller Christine (SP)                  | Ja               |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja             | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja               |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja               |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja             | Balmer Ivo (SP)                        | Ja               |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja               |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja               |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja               |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja             | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja               |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja               |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja               |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja             | Mück Heidi (GAB)                       | Ja               |
| Jenny David (FDP)                  | Ja             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja               |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja             | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja               |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja             | Friedl Harald (GAB)                    | Ja               |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja             | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja               |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja             | Auderset André (LDP)                   | Ja               |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja             | Ebi Alex (LDP)                         | Ja               |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Ja               |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja               |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja               |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja               |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja               |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja               |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja               |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nicht anwesend   |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja               |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Ja               |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja               |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja             | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja               |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja             | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja               |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja               |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja             | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja               |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja               |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja               |
| Karger Philip (LDP)                | Ja             | Bartha Béla (GAB)                      | Nicht abgestimmt |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja             | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja               |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja             |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja             |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 90    | 28 | 16  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Ent              | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 90    | 28 | 16  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 2     | 0  | 1   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 1  | 1   | 1   | 2   | 1         | 1   | 0   | 1            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
23.0823

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 17:40:30

Geschäft

Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss  
nün. Stiftung IdéeSoo

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis       |
|------------------------------------|----------------|--|----------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja             |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Ja             |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja             |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja             |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja             |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja             |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja             |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja             | Keller Christine (SP)                  | Ja             |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja             | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja             |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja             |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja             | Balmer Ivo (SP)                        | Ja             |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja             |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja             |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja             |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja             | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja             |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja             |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja             |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja             | Mück Heidi (GAB)                       | Ja             |
| Jenny David (FDP)                  | Ja             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja             |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja             | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja             |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja             | Friedl Harald (GAB)                    | Ja             |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja             | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja             |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja             | Auderset André (LDP)                   | Ja             |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja             | Ebi Alex (LDP)                         | Ja             |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Ja             |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja             |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja             |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja             |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja             |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja             |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja             |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja             |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Ja             |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja             |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja             | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja             |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja             | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja             |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja             |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja             | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja             |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja             |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja             |
| Karger Philip (LDP)                | Ja             | Bartha Béla (GAB)                      | Ja             |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja             | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja             |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja             |  |                |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja             |  |                |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 91    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Ent              | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 91    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 1  | 1   | 1   | 2   | 1         | 1   | 0   | 1            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
23.0823

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 17:41:20

Geschäft

Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss  
nün. Stiftung IdéeSoo

## Individuelle Ergebnisse

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|----------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja               |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Ja               |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja               |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja               |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja               |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja               |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja               |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja             | Keller Christine (SP)                  | Ja               |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja             | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja               |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja               |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja             | Balmer Ivo (SP)                        | Ja               |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Nicht abgestimmt |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja               |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja               |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja             | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja               |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja               |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja               |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja             | Mück Heidi (GAB)                       | Ja               |
| Jenny David (FDP)                  | Ja             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja               |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja             | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja               |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja             | Friedl Harald (GAB)                    | Ja               |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja             | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja               |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja             | Auderset André (LDP)                   | Ja               |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja             | Ebi Alex (LDP)                         | Ja               |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Ja               |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja               |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja               |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja               |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja               |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja               |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja               |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nicht anwesend   |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja               |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Ja               |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja               |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja             | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja               |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja             | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja               |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja               |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja             | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja               |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja               |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja               |
| Karger Philip (LDP)                | Ja             | Bartha Béla (GAB)                      | Nicht abgestimmt |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja             | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja               |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja             |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja             |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 89    | 27 | 16  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Ent              | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 89    | 27 | 16  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 3     | 1  | 1   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 1  | 1   | 1   | 2   | 1         | 1   | 0   | 1            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
23.0823

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 17:42:09

Geschäft

Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss nün, Stiftung IdéeSoo

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|----------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja               |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Ja               |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja               |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja               |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja               |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja               |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja               |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja             | Keller Christine (SP)                  | Ja               |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja             | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja               |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja               |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja             | Balmer Ivo (SP)                        | Ja               |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja               |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja               |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja               |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja             | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja               |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja               |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja               |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja             | Mück Heidi (GAB)                       | Nicht abgestimmt |
| Jenny David (FDP)                  | Ja             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja               |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja             | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja               |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja             | Friedl Harald (GAB)                    | Ja               |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja             | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja               |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja             | Auderset André (LDP)                   | Ja               |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja             | Ebi Alex (LDP)                         | Ja               |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Ja               |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja               |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja               |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja               |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja               |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja               |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja               |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nicht anwesend   |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja               |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Ja               |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja               |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja             | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja               |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja             | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja               |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja               |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja             | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja               |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja               |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja               |
| Karger Philip (LDP)                | Ja             | Bartha Béla (GAB)                      | Ja               |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja             | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja               |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja             |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja             |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 90    | 28 | 16  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Ent              | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 90    | 28 | 16  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 2     | 0  | 1   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 1  | 1   | 1   | 2   | 1         | 1   | 0   | 1            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
23.0823

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 17:42:59

Geschäft

Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss  
nün. Stiftung IdéeSoo

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis       |
|------------------------------------|----------------|--|----------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja             |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Ja             |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja             |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja             |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja             |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja             |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja             |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja             | Keller Christine (SP)                  | Ja             |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja             | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja             |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja             |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja             | Balmer Ivo (SP)                        | Ja             |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja             |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja             |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja             |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja             | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja             |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja             |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja             |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja             | Mück Heidi (GAB)                       | Ja             |
| Jenny David (FDP)                  | Ja             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja             |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja             | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja             |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja             | Friedl Harald (GAB)                    | Ja             |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja             | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja             |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja             | Auderset André (LDP)                   | Ja             |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja             | Ebi Alex (LDP)                         | Ja             |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Ja             |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja             |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja             |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja             |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja             |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja             |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja             |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja             |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Ja             |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja             |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja             | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja             |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja             | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja             |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja             |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja             | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja             |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja             |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja             |
| Karger Philip (LDP)                | Ja             | Bartha Béla (GAB)                      | Ja             |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja             | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja             |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja             |  |                |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja             |  |                |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 91    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Ent              | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 91    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 1  | 1   | 1   | 2   | 1         | 1   | 0   | 1            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
23.0823

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 17:43:48

Geschäft

Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss nün, Stiftung IdéeSoo

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|----------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja               |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Ja               |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja               |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja               |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja               |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja               |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja               |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja             | Keller Christine (SP)                  | Ja               |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja             | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja               |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja               |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja             | Balmer Ivo (SP)                        | Ja               |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja               |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja               |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja               |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja             | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja               |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja               |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja               |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja             | Mück Heidi (GAB)                       | Ja               |
| Jenny David (FDP)                  | Ja             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja               |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja             | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja               |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja             | Friedl Harald (GAB)                    | Ja               |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja             | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja               |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja             | Auderset André (LDP)                   | Ja               |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja             | Ebi Alex (LDP)                         | Ja               |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Ja               |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja               |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja               |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja               |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja               |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja               |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja               |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nicht anwesend   |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja               |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Ja               |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja               |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja             | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja               |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja             | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja               |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja               |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja             | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja               |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Nicht abgestimmt |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja               |
| Karger Philip (LDP)                | Ja             | Bartha Béla (GAB)                      | Ja               |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja             | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja               |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja             |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja             |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 90    | 28 | 17  | 14  | 9   | 8         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Ent              | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 90    | 28 | 17  | 14  | 9   | 8         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 2     | 0  | 0   | 0   | 0   | 1         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 1  | 1   | 1   | 2   | 1         | 1   | 0   | 1            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
23.0823

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 17:44:39

Geschäft

Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss  
nün. Stiftung IdéeSoo

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis       |
|------------------------------------|----------------|--|----------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja             |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Ja             |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja             |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja             |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja             |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja             |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja             |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja             | Keller Christine (SP)                  | Ja             |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja             | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja             |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja             |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ent            | Balmer Ivo (SP)                        | Ja             |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja             |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja             |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja             |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja             | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja             |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja             |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja             |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja             | Mück Heidi (GAB)                       | Ja             |
| Jenny David (FDP)                  | Ja             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja             |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja             | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja             |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja             | Friedl Harald (GAB)                    | Ja             |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja             | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja             |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja             | Auderset André (LDP)                   | Ja             |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja             | Ebi Alex (LDP)                         | Ja             |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Ja             |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja             |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja             |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja             |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja             |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja             |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja             |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja             |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Ja             |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja             |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja             | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja             |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja             | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja             |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja             |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja             | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja             |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja             |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja             |
| Karger Philip (LDP)                | Ja             | Bartha Béla (GAB)                      | Ja             |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja             | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja             |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja             |  |                |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja             |  |                |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 90    | 28 | 16  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Ent              | 1     | 0  | 1   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 91    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 1  | 1   | 1   | 2   | 1         | 1   | 0   | 1            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
23.0823

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 17:45:31

Geschäft

Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss  
nün. Stiftung IdéeSoo

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|----------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja               |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Ja               |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja               |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja               |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja               |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja               |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja               |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja             | Keller Christine (SP)                  | Ja               |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja             | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja               |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja               |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja             | Balmer Ivo (SP)                        | Ja               |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja               |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja               |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja               |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja             | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja               |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja               |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja               |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja             | Mück Heidi (GAB)                       | Ja               |
| Jenny David (FDP)                  | Ja             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja               |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja             | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja               |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja             | Friedl Harald (GAB)                    | Ja               |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja             | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja               |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja             | Auderset André (LDP)                   | Ja               |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja             | Ebi Alex (LDP)                         | Ja               |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Ja               |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja               |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja               |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja               |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja               |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja               |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja               |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nicht anwesend   |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja               |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Ja               |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja               |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja             | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja               |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja             | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja               |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja               |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja             | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja               |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Nicht abgestimmt |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Nicht abgestimmt |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja               |
| Karger Philip (LDP)                | Ja             | Bartha Béla (GAB)                      | Ja               |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja             | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja               |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja             |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja             |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 89    | 28 | 17  | 14  | 9   | 7         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Ent              | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 89    | 28 | 17  | 14  | 9   | 7         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 3     | 0  | 0   | 0   | 0   | 2         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 1  | 1   | 1   | 2   | 1         | 1   | 0   | 1            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
23.0823

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 17:46:26

Geschäft

Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss  
nün. Stiftung IdéeSoo

## Individuelle Ergebnisse

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis       |
|------------------------------------|----------------|--|----------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja             |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Ja             |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja             |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja             |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja             |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja             |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja             |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja             | Keller Christine (SP)                  | Ja             |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja             | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja             |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja             |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja             | Balmer Ivo (SP)                        | Ja             |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja             |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja             |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja             |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja             | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja             |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja             |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja             |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja             | Mück Heidi (GAB)                       | Ja             |
| Jenny David (FDP)                  | Ja             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja             |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja             | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja             |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja             | Friedl Harald (GAB)                    | Ja             |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja             | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja             |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja             | Auderset André (LDP)                   | Ja             |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja             | Ebi Alex (LDP)                         | Ja             |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Ja             |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja             |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja             |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja             |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja             |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja             |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja             |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja             |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Ja             |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja             |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja             | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja             |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja             | Wehrli Felix (SVP)                     | Ja             |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja             |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja             | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja             |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja             |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja             |
| Karger Philip (LDP)                | Ja             | Bartha Béla (GAB)                      | Ja             |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja             | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja             |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja             |  |                |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja             |  |                |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 91    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Ent              | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 91    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 1  | 1   | 1   | 2   | 1         | 1   | 0   | 1            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 28 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 0            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11  
23.1576

Abstimmungsdatum

15. Mai 2024 17:51:27

Geschäft

Investitionsbeitrag an die Sanierung der Johanneskirche, Ausgabenbericht des RR

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis         | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|------------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja               | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Nicht anwesend   |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend   | Stalder Roger (SVP)                    | Ja               |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja               | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja               | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja               |
| Brigger René (SP)                  | Nicht abgestimmt | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja               |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Nicht abgestimmt | Urgese Luca (FDP)                      | Ja               |
| Eberhard Melanie (SP)              | Nicht abgestimmt | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja               |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja               | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend   | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Nicht abgestimmt |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja               | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja               | Keller Christine (SP)                  | Nicht abgestimmt |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja               | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja               |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja               | Gölgeli Edibe (SP)                     | Nicht anwesend   |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja               | Balmer Ivo (SP)                        | Ja               |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja               | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja               |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja               | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja               |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja               | Bessenich Salome (SP)                  | Ja               |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja               | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja               |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend   | Seggiani Michela (SP)                  | Ja               |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja               | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Nicht anwesend   | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja               |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja               | Mück Heidi (GAB)                       | Nicht abgestimmt |
| Jenny David (FDP)                  | Ja               | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja               |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja               | Weibel Fleur (GAB)                     | Nicht anwesend   |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja               | Friedl Harald (GAB)                    | Ja               |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja               | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja               |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja               | Auderset André (LDP)                   | Ja               |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja               | Ebi Alex (LDP)                         | Nicht abgestimmt |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja               | Suter Stefan (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja               | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Trevisan Amina (SP)                | Nicht abgestimmt | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja               |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja               | Sieber Johannes (GLP)                  | Nicht anwesend   |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja               | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja               |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja               | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja               |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident        | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja               |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja               | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja               |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja               | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nicht anwesend   |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja               | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja               |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja               | Roth Franziska (SP)                    | Ja               |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja               | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja               |
| Ineichen Anina (GAB)               | Nicht abgestimmt | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja               |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja               | Wehrli Felix (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja               | Schweizer Jenny (SVP)                  | Nicht abgestimmt |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja               | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja               |
| Wirz Lea (GAB)                     | Nicht abgestimmt | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja               |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja               | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja               | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja               |
| Karger Philip (LDP)                | Ja               | Bartha Béla (GAB)                      | Ja               |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja               | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja               |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja               |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja               |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 73    | 22 | 13  | 13  | 5   | 8         | 5   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Ent              | 0     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 73    | 22 | 13  | 13  | 5   | 8         | 5   | 7   | 0            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 12    | 5  | 3   | 1   | 1   | 1         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 15    | 2  | 2   | 1   | 5   | 1         | 3   | 0   | 1            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 85    | 27 | 16  | 14  | 6   | 9         | 5   | 7   | 0            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10  
21.1809

Abstimmungsdatum

16. Mai 2024 10:02:34

Geschäft

Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015, Bericht der Fkom, Mitbericht der GPK

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis         | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|------------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Nein             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Nicht abgestimmt |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend   | Stalder Roger (SVP)                    | Nein             |
| Esposito Zaira (SP)                | Nein             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ent              | Kühne Brigitte (GLP)                   | Nein             |
| Brigger René (SP)                  | Nein             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Nein             |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Nein             | Urgese Luca (FDP)                      | Nein             |
| Eberhard Melanie (SP)              | Nein             | Moesch Christian C. (FDP)              | Nein             |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Nein             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend   | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja               |
| Islar-Christ Lydia (LDP)           | Nein             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Nicht anwesend   |
| Alioth Catherine (LDP)             | Nein             | Keller Christine (SP)                  | Nein             |
| Hug Michael (LDP)                  | Nein             | Mattmüller Georg (SP)                  | Nein             |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Nein             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Nein             |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Nein             | Balmer Ivo (SP)                        | Nein             |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Nein             | Brandenburger Jessica (SP)             | Nein             |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja               | Kabakci Mahir (SP)                     | Nein             |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Nein             | Bessenich Salome (SP)                  | Nein             |
| Messerli Pascal (SVP)              | Nein             | Baumgartner Beda (SP)                  | Nein             |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend   | Seggiani Michela (SP)                  | Nein             |
| Fischer Patrick (SVP)              | Nein             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Nein             | Feurer Anouk (GAB)                     | Nein             |
| Christ Tobias (GLP)                | Nein             | Mück Heidi (GAB)                       | Nein             |
| Jenny David (FDP)                  | Nein             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Nein             |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja               | Weibel Fleur (GAB)                     | Nein             |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Nein             | Friedl Harald (GAB)                    | Nein             |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Nicht abgestimmt | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja               |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja               | Auderset André (LDP)                   | Ent              |
| Amacher Nicole (SP)                | Nein             | Ebi Alex (LDP)                         | Ent              |
| Dill Alexandra (SP)                | Nicht abgestimmt | Suter Stefan (SVP)                     | Ja               |
| Bolz Leoni (SP)                    | Nein             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Trevisan Amina (SP)                | Nein             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Nein             |
| Sägesser Daniel (SP)               | Nein             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja               |
| Bay Hanna (SP)                     | Nein             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Nein             |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja               | Seiler Daniel (FDP)                    | Nein             |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident        | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Nein             |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Nein             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Nicht abgestimmt |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Nicht abgestimmt | Weber Eric (Fraktionslos)              | Ent              |
| Wittlin Stefan (SP)                | Nein             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Nein             |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Nein             | Roth Franziska (SP)                    | Nein             |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Nein             | Hettich Daniel (LDP)                   | Nein             |
| Ineichen Anina (GAB)               | Nein             | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Nein             |
| Girard Fina (GAB)                  | Nein             | Wehrli Felix (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Nein             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja               |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ent              | Zappalà Andreas (FDP)                  | Nein             |
| Wirz Lea (GAB)                     | Nein             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja               |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja               | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Nein             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Nein             |
| Karger Philip (LDP)                | Nein             | Bartha Béla (GAB)                      | Nein             |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja               | Battaglia Olivier (LDP)                | Nein             |
| Thüring Joël (SVP)                 | Nein             |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja               |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 14    | 1  | 1   | 3   | 3   | 4         | 1   | 1   | 0            | 0         |
| Nein             | 66    | 24 | 15  | 9   | 4   | 2         | 6   | 6   | 0            | 0         |
| Ent              | 5     | 1  | 1   | 2   | 0   | 0         | 0   | 0   | 1            | 0         |
| Abgestimmt       | 85    | 26 | 17  | 14  | 7   | 6         | 7   | 7   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 6     | 2  | 0   | 0   | 1   | 2         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 9     | 1  | 1   | 1   | 3   | 2         | 1   | 0   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 91    | 28 | 17  | 14  | 8   | 8         | 7   | 7   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10  
21.1809

Abstimmungsdatum

16. Mai 2024 10:04:32

Geschäft

Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015, Bericht der Fkom, Mitbericht der GPK

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis         | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|------------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Nein             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Nicht abgestimmt |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend   | Stalder Roger (SVP)                    | Nein             |
| Esposito Zaira (SP)                | Nein             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ent              | Kühne Brigitte (GLP)                   | Nein             |
| Brigger René (SP)                  | Nein             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Nein             |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Nein             | Urgese Luca (FDP)                      | Nein             |
| Eberhard Melanie (SP)              | Nein             | Moesch Christian C. (FDP)              | Nein             |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Nein             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend   | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja               |
| Islar-Christ Lydia (LDP)           | Nein             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Nicht anwesend   |
| Alioth Catherine (LDP)             | Nein             | Keller Christine (SP)                  | Nein             |
| Hug Michael (LDP)                  | Nein             | Mattmüller Georg (SP)                  | Nein             |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Nein             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Nein             |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Nein             | Balmer Ivo (SP)                        | Nein             |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Nein             | Brandenburger Jessica (SP)             | Nein             |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja               | Kabakci Mahir (SP)                     | Nein             |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Nein             | Bessenich Salome (SP)                  | Nein             |
| Messerli Pascal (SVP)              | Nein             | Baumgartner Beda (SP)                  | Nein             |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend   | Seggiani Michela (SP)                  | Nein             |
| Fischer Patrick (SVP)              | Nein             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Nein             | Feurer Anouk (GAB)                     | Nein             |
| Christ Tobias (GLP)                | Nein             | Mück Heidi (GAB)                       | Nein             |
| Jenny David (FDP)                  | Ent              | Goepfert Nicola (GAB)                  | Nein             |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja               | Weibel Fleur (GAB)                     | Nein             |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja               | Friedl Harald (GAB)                    | Nein             |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Nicht abgestimmt | Iselin Adrian (LDP)                    | Nein             |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja               | Auderset André (LDP)                   | Ent              |
| Amacher Nicole (SP)                | Nein             | Ebi Alex (LDP)                         | Ent              |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja               | Suter Stefan (SVP)                     | Ja               |
| Bolz Leoni (SP)                    | Nein             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Trevisan Amina (SP)                | Nein             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Nein             |
| Sägesser Daniel (SP)               | Nein             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja               |
| Bay Hanna (SP)                     | Nein             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Nein             |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja               | Seiler Daniel (FDP)                    | Nein             |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident        | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Nein             |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Nein             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Nicht abgestimmt |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Nicht abgestimmt | Weber Eric (Fraktionslos)              | Ent              |
| Wittlin Stefan (SP)                | Nein             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Nein             |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Nein             | Roth Franziska (SP)                    | Nein             |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Nein             | Hettich Daniel (LDP)                   | Nein             |
| Ineichen Anina (GAB)               | Nein             | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ent              |
| Girard Fina (GAB)                  | Nein             | Wehrli Felix (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Nein             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja               |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ent              | Zappalà Andreas (FDP)                  | Nein             |
| Wirz Lea (GAB)                     | Nein             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja               |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Nein             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Nein             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Nein             |
| Karger Philip (LDP)                | Nein             | Bartha Béla (GAB)                      | Nein             |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja               | Battaglia Olivier (LDP)                | Nein             |
| Thüring Joël (SVP)                 | Nein             |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja               |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 14    | 2  | 1   | 1   | 3   | 5         | 1   | 1   | 0            | 0         |
| Nein             | 65    | 24 | 15  | 10  | 4   | 1         | 6   | 5   | 0            | 0         |
| Ent              | 7     | 1  | 1   | 3   | 0   | 0         | 0   | 1   | 1            | 0         |
| Abgestimmt       | 86    | 27 | 17  | 14  | 7   | 6         | 7   | 7   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 5     | 1  | 0   | 0   | 1   | 2         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 9     | 1  | 1   | 1   | 3   | 2         | 1   | 0   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 91    | 28 | 17  | 14  | 8   | 8         | 7   | 7   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10  
21.1809

Abstimmungsdatum

16. Mai 2024 10:06:06

Geschäft

Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015, Bericht der Fkom, Mitbericht der GPK

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis         | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|------------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ent              | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja               |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend   | Stalder Roger (SVP)                    | Ja               |
| Esposito Zaira (SP)                | Nein             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja               | Kühne Brigitte (GLP)                   | Nein             |
| Brigger René (SP)                  | Ja               | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Nicht abgestimmt |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Nein             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja               |
| Eberhard Melanie (SP)              | Nein             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ent              |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Nein             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend   | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja               |
| Islar-Christ Lydia (LDP)           | Nein             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Alioth Catherine (LDP)             | Nein             | Keller Christine (SP)                  | Nein             |
| Hug Michael (LDP)                  | Nein             | Mattmüller Georg (SP)                  | Nein             |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Nein             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Nicht abgestimmt |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Nein             | Balmer Ivo (SP)                        | Nein             |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Nein             | Brandenburger Jessica (SP)             | Nein             |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja               | Kabakci Mahir (SP)                     | Nein             |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Nein             | Bessenich Salome (SP)                  | Nein             |
| Messerli Pascal (SVP)              | Nein             | Baumgartner Beda (SP)                  | Nein             |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend   | Seggiani Michela (SP)                  | Nein             |
| Fischer Patrick (SVP)              | Nein             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja               | Feurer Anouk (GAB)                     | Ent              |
| Christ Tobias (GLP)                | Nein             | Mück Heidi (GAB)                       | Nein             |
| Jenny David (FDP)                  | Ja               | Goepfert Nicola (GAB)                  | Nein             |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja               | Weibel Fleur (GAB)                     | Nein             |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja               | Friedl Harald (GAB)                    | Ent              |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Nicht abgestimmt | Iselin Adrian (LDP)                    | Nein             |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja               | Auderset André (LDP)                   | Ja               |
| Amacher Nicole (SP)                | Ent              | Ebi Alex (LDP)                         | Ja               |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja               | Suter Stefan (SVP)                     | Ja               |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ent              | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Trevisan Amina (SP)                | Ent              | Pekerman Bülent (GLP)                  | Nein             |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ent              | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja               |
| Bay Hanna (SP)                     | Ent              | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Nein             |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja               | Seiler Daniel (FDP)                    | Nein             |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident        | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Nein             |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Nein             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Nicht abgestimmt |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Nicht abgestimmt | Weber Eric (Fraktionslos)              | Ent              |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ent              | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ent              |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Nein             | Roth Franziska (SP)                    | Nein             |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Nein             | Hettich Daniel (LDP)                   | Nein             |
| Ineichen Anina (GAB)               | Nein             | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ent              |
| Girard Fina (GAB)                  | Ent              | Wehrli Felix (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Nein             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja               |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ent              | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja               |
| Wirz Lea (GAB)                     | Nein             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja               |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Nein             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Nein             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Nicht abgestimmt |
| Karger Philip (LDP)                | Nein             | Bartha Béla (GAB)                      | Nein             |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja               | Battaglia Olivier (LDP)                | Nein             |
| Thüring Joël (SVP)                 | Nein             |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja               |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 25    | 4  | 1   | 3   | 5   | 6         | 2   | 4   | 0            | 0         |
| Nein             | 45    | 14 | 12  | 10  | 3   | 1         | 3   | 2   | 0            | 0         |
| Ent              | 15    | 8  | 4   | 1   | 0   | 0         | 0   | 1   | 1            | 0         |
| Abgestimmt       | 85    | 26 | 17  | 14  | 8   | 7         | 5   | 7   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 7     | 2  | 0   | 0   | 0   | 2         | 2   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 1  | 1   | 1   | 3   | 1         | 1   | 0   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 28 | 17  | 14  | 8   | 9         | 7   | 7   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10  
21.1809

Abstimmungsdatum

16. Mai 2024 10:10:14

Geschäft

Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015, Bericht der Fkom, Mitbericht der GPK

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis         | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|------------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja               | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja               |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend   | Stalder Roger (SVP)                    | Ja               |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja               | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja               | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja               |
| Brigger René (SP)                  | Ja               | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja               |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja               | Urgese Luca (FDP)                      | Ja               |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja               | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja               |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja               | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend   | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja               |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja               | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja               | Keller Christine (SP)                  | Ja               |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja               | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja               |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja               | Gölgeli Edibe (SP)                     | Nicht abgestimmt |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja               | Balmer Ivo (SP)                        | Ja               |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja               | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja               |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja               | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja               |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja               | Bessenich Salome (SP)                  | Ja               |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja               | Baumgartner Beda (SP)                  | Nicht abgestimmt |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend   | Seggiani Michela (SP)                  | Ja               |
| Fischer Patrick (SVP)              | Nein             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja               | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja               |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja               | Mück Heidi (GAB)                       | Ja               |
| Jenny David (FDP)                  | Ja               | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja               |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja               | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja               |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja               | Friedl Harald (GAB)                    | Ja               |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Nicht abgestimmt | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja               |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja               | Auderset André (LDP)                   | Ja               |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja               | Ebi Alex (LDP)                         | Ja               |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja               | Suter Stefan (SVP)                     | Ja               |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja               | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja               | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja               |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja               | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja               |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja               | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja               |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja               | Seiler Daniel (FDP)                    | Nicht abgestimmt |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident        | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja               |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja               | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Nicht abgestimmt |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Nicht abgestimmt | Weber Eric (Fraktionslos)              | Ent              |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja               | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja               |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja               | Roth Franziska (SP)                    | Ja               |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja               | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja               |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja               | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Nicht abgestimmt |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja               | Wehrli Felix (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja               | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja               |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja               | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja               |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja               | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja               |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja               | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja               | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja               |
| Karger Philip (LDP)                | Ja               | Bartha Béla (GAB)                      | Ja               |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja               | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja               |
| Thüring Joël (SVP)                 | Nicht abgestimmt |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja               |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 81    | 25 | 17  | 13  | 6   | 7         | 7   | 6   | 0            | 0         |
| Nein             | 1     | 0  | 0   | 0   | 1   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Ent              | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 1            | 0         |
| Abgestimmt       | 83    | 25 | 17  | 13  | 7   | 7         | 7   | 6   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 9     | 3  | 0   | 1   | 1   | 2         | 0   | 1   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 1  | 1   | 1   | 3   | 1         | 1   | 0   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 28 | 17  | 14  | 8   | 9         | 7   | 7   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10  
21.1809

Abstimmungsdatum

16. Mai 2024 10:11:22

Geschäft

Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015, Bericht der Fkom,  
Mitbericht der GPK

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis         | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|------------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja               | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja               |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend   | Stalder Roger (SVP)                    | Ja               |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja               | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja               | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja               |
| Brigger René (SP)                  | Ja               | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja               |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja               | Urgese Luca (FDP)                      | Ja               |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja               | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja               |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja               | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend   | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja               |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja               | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja               | Keller Christine (SP)                  | Ja               |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja               | Mattmüller Georg (SP)                  | Nicht abgestimmt |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja               | Gölgeli Edibe (SP)                     | Nicht abgestimmt |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja               | Balmer Ivo (SP)                        | Ja               |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja               | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja               |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja               | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja               |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja               | Bessenich Salome (SP)                  | Ja               |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja               | Baumgartner Beda (SP)                  | Nicht abgestimmt |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend   | Seggiani Michela (SP)                  | Ja               |
| Fischer Patrick (SVP)              | Nein             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja               | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja               |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja               | Mück Heidi (GAB)                       | Ja               |
| Jenny David (FDP)                  | Ja               | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja               |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja               | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja               |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja               | Friedl Harald (GAB)                    | Ja               |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Nicht abgestimmt | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja               |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja               | Auderset André (LDP)                   | Ja               |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja               | Ebi Alex (LDP)                         | Ja               |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja               | Suter Stefan (SVP)                     | Ja               |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja               | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja               | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja               |
| Sägesser Daniel (SP)               | Nein             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja               |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja               | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja               |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja               | Seiler Daniel (FDP)                    | Nicht abgestimmt |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident        | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja               |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja               | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja               |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Nicht abgestimmt | Weber Eric (Fraktionslos)              | Ent              |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja               | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja               |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja               | Roth Franziska (SP)                    | Ja               |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja               | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja               |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja               | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Nicht abgestimmt |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja               | Wehrli Felix (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja               | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja               |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja               | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja               |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja               | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja               |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja               | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja               | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja               |
| Karger Philip (LDP)                | Nein             | Bartha Béla (GAB)                      | Ja               |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja               | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja               |
| Thüring Joël (SVP)                 | Nicht abgestimmt |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja               |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 79    | 23 | 17  | 12  | 6   | 8         | 7   | 6   | 0            | 0         |
| Nein             | 3     | 1  | 0   | 1   | 1   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Ent              | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 1            | 0         |
| Abgestimmt       | 83    | 24 | 17  | 13  | 7   | 8         | 7   | 6   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 9     | 4  | 0   | 1   | 1   | 1         | 0   | 1   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 1  | 1   | 1   | 3   | 1         | 1   | 0   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 28 | 17  | 14  | 8   | 9         | 7   | 7   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10  
21.1809

Abstimmungsdatum

16. Mai 2024 10:12:34

Geschäft

Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015, Bericht der Fkom, Mitbericht der GPK

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis         | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|------------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja               | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja               |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend   | Stalder Roger (SVP)                    | Ja               |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja               | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja               | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja               |
| Brigger René (SP)                  | Ja               | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja               |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja               | Urgese Luca (FDP)                      | Ja               |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja               | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja               |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja               | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend   | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja               |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja               | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja               | Keller Christine (SP)                  | Ja               |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja               | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja               |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja               | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja               |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja               | Balmer Ivo (SP)                        | Ja               |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja               | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja               |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ent              | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja               |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja               | Bessenich Salome (SP)                  | Ja               |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja               | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja               |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend   | Seggiani Michela (SP)                  | Ja               |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja               | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja               | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja               |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja               | Mück Heidi (GAB)                       | Ja               |
| Jenny David (FDP)                  | Ja               | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja               |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja               | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja               |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja               | Friedl Harald (GAB)                    | Ja               |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Nicht abgestimmt | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja               |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja               | Auderset André (LDP)                   | Ja               |
| Amacher Nicole (SP)                | Nein             | Ebi Alex (LDP)                         | Ent              |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja               | Suter Stefan (SVP)                     | Ent              |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja               | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja               | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja               |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja               | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja               |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja               | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja               |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja               | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja               |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident        | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja               |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja               | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Nicht abgestimmt |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Nicht abgestimmt | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nein             |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja               | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja               |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja               | Roth Franziska (SP)                    | Ja               |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja               | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja               |
| Ineichen Anina (GAB)               | Nicht abgestimmt | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja               |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja               | Wehrli Felix (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja               | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja               |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja               | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja               |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja               | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ent              |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja               | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ent              |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja               | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja               |
| Karger Philip (LDP)                | Ja               | Bartha Béla (GAB)                      | Ja               |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja               | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja               |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja               |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja               |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 80    | 26 | 15  | 13  | 7   | 5         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 2     | 1  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 1            | 0         |
| Ent              | 5     | 0  | 1   | 1   | 1   | 2         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 87    | 27 | 16  | 14  | 8   | 7         | 7   | 7   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 5     | 1  | 1   | 0   | 0   | 2         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 1  | 1   | 1   | 3   | 1         | 1   | 0   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 28 | 17  | 14  | 8   | 9         | 7   | 7   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 12  
23.1367

Abstimmungsdatum

16. Mai 2024 11:39:39

Geschäft

Bauinvestitionen Universitätsspital Basel – Gewährung eines Darlehens zur Mitfinanzierung der Neubauten Klinikum 2 (Phase 1, Turm) und Klinikum 3, Bericht der FKom, Mitbericht der GSK

## Individuelle Ergebnisse

| Name                               | Ergebnis         | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|------------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Nein             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Nicht abgestimmt |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend   | Stalder Roger (SVP)                    | Nein             |
| Esposito Zaira (SP)                | Nein             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Nein             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Nein             |
| Brigger René (SP)                  | Nein             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Nein             |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Nein             | Urgese Luca (FDP)                      | Nein             |
| Eberhard Melanie (SP)              | Nein             | Moesch Christian C. (FDP)              | Nein             |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Nein             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend   | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja               |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Nein             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Nein             |
| Alioth Catherine (LDP)             | Nein             | Keller Christine (SP)                  | Nein             |
| Hug Michael (LDP)                  | Nein             | Mattmüller Georg (SP)                  | Nein             |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Nein             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Nein             |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja               | Balmer Ivo (SP)                        | Nein             |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja               | Brandenburger Jessica (SP)             | Nein             |
| Thommen Oliver (GAB)               | Nein             | Kabakci Mahir (SP)                     | Nein             |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja               | Bessenich Salome (SP)                  | Nein             |
| Messerli Pascal (SVP)              | Nein             | Baumgartner Beda (SP)                  | Nein             |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend   | Seggiani Michela (SP)                  | Nein             |
| Fischer Patrick (SVP)              | Nein             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Nein             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja               |
| Christ Tobias (GLP)                | Nein             | Mück Heidi (GAB)                       | Ja               |
| Jenny David (FDP)                  | Nein             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja               |
| Bucher Erich (FDP)                 | Nein             | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja               |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja               | Friedl Harald (GAB)                    | Ja               |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja               | Iselin Adrian (LDP)                    | Nein             |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Nicht abgestimmt | Auderset André (LDP)                   | Nein             |
| Amacher Nicole (SP)                | Nein             | Ebi Alex (LDP)                         | Nein             |
| Dill Alexandra (SP)                | Nein             | Suter Stefan (SVP)                     | Nein             |
| Bolz Leoni (SP)                    | Nein             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja               | Pekerman Bülent (GLP)                  | Nein             |
| Sägesser Daniel (SP)               | Nein             | Sieber Johannes (GLP)                  | Nein             |
| Bay Hanna (SP)                     | Nein             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Nein             |
| Pfister Pascal (SP)                | Nein             | Seiler Daniel (FDP)                    | Nein             |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident        | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja               |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Nein             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja               |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Nicht abgestimmt | Weber Eric (Fraktionslos)              | Ent              |
| Wittlin Stefan (SP)                | Nein             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Nein             |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja               | Roth Franziska (SP)                    | Nein             |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja               | Hettich Daniel (LDP)                   | Nein             |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja               | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Nein             |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja               | Wehrli Felix (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja               | Schweizer Jenny (SVP)                  | Nein             |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja               | Zappalà Andreas (FDP)                  | Nein             |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja               | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja               |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Nein             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Nein             |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Nein             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Nein             |
| Karger Philip (LDP)                | Nein             | Bartha Béla (GAB)                      | Ja               |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Nein             | Battaglia Olivier (LDP)                | Nein             |
| Thüring Joël (SVP)                 | Nein             |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Nein             |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 23    | 1  | 16  | 0   | 0   | 6         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Nein             | 64    | 26 | 1   | 14  | 7   | 2         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Ent              | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 1            | 0         |
| Abgestimmt       | 88    | 27 | 17  | 14  | 7   | 8         | 7   | 7   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 4     | 1  | 0   | 0   | 1   | 1         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 1  | 1   | 1   | 3   | 1         | 1   | 0   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 28 | 17  | 14  | 8   | 9         | 7   | 7   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 12  
23.1367

Abstimmungsdatum

16. Mai 2024 11:40:21

Geschäft

Bauinvestitionen Universitätsspital Basel – Gewährung eines Darlehens zur Mitfinanzierung der Neubauten Klinikum 2 (Phase 1, Turm) und Klinikum 3, Bericht der FKom, Mitbericht der GSK

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis         | Name                                   | Ergebnis       |
|------------------------------------|------------------|--|----------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja               | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja             |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend   | Stalder Roger (SVP)                    | Ja             |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja               | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja               | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja             |
| Brigger René (SP)                  | Ja               | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja             |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja               | Urgese Luca (FDP)                      | Ja             |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja               | Moesch Christian C. (FDP)              | Ent            |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja               | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend   | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja             |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja               | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja               | Keller Christine (SP)                  | Ja             |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja               | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja             |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja               | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja             |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja               | Balmer Ivo (SP)                        | Ja             |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja               | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja             |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja               | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja             |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja               | Bessenich Salome (SP)                  | Ja             |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja               | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja             |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend   | Seggiani Michela (SP)                  | Ja             |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja               | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja               | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja             |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja               | Mück Heidi (GAB)                       | Ja             |
| Jenny David (FDP)                  | Ja               | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja             |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ent              | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja             |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja               | Friedl Harald (GAB)                    | Ja             |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja               | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja             |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja               | Auderset André (LDP)                   | Ja             |
| Amacher Nicole (SP)                | Ja               | Ebi Alex (LDP)                         | Ja             |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja               | Suter Stefan (SVP)                     | Ja             |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja               | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja               | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja             |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja               | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja             |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja               | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja             |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja               | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja             |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident        | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja             |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja               | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja             |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Nicht abgestimmt | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nein           |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja               | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja             |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja               | Roth Franziska (SP)                    | Ja             |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja               | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja             |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja               | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja             |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja               | Wehrli Felix (SVP)                     | Nicht anwesend |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja               | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja             |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja               | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja             |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja               | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja             |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja               | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja               | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja             |
| Karger Philip (LDP)                | Ja               | Bartha Béla (GAB)                      | Ja             |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja               | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja             |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja               |  |                |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja               |  |                |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 87    | 27 | 17  | 14  | 8   | 9         | 7   | 5   | 0            | 0         |
| Nein             | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 1            | 0         |
| Ent              | 2     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 2   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 90    | 27 | 17  | 14  | 8   | 9         | 7   | 7   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 2     | 1  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 1  | 1   | 1   | 3   | 1         | 1   | 0   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 28 | 17  | 14  | 8   | 9         | 7   | 7   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13  
22.1551

Abstimmungsdatum

16. Mai 2024 16:32:16

Geschäft

Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Allschwilerplatz sowie für eine klimaangepasste Platzgestaltung, Bericht der UVEK

## Individuelle Ergebnisse

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis       |
|------------------------------------|----------------|--|----------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Nein           | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja             |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Ja             |
| Esposito Zaira (SP)                | Nein           | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend |
| Cuénod Tim (SP)                    | Nein           | Kühne Brigitte (GLP)                   | Nein           |
| Brigger René (SP)                  | Nein           | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Nein           |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Nein           | Urgese Luca (FDP)                      | Ja             |
| Eberhard Melanie (SP)              | Nein           | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja             |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Nein           | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja             |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja             | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Nein           |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja             | Keller Christine (SP)                  | Nein           |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja             | Mattmüller Georg (SP)                  | Nein           |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja             | Gölgeli Edibe (SP)                     | Nein           |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Nein           | Balmer Ivo (SP)                        | Nein           |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Nein           | Brandenburger Jessica (SP)             | Nein           |
| Thommen Oliver (GAB)               | Nein           | Kabakci Mahir (SP)                     | Nein           |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Nein           | Bessenich Salome (SP)                  | Nein           |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja             | Baumgartner Beda (SP)                  | Nein           |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Nein           |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja             | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Nein           | Feurer Anouk (GAB)                     | Nein           |
| Christ Tobias (GLP)                | Nein           | Mück Heidi (GAB)                       | Nein           |
| Jenny David (FDP)                  | Ja             | Goepfert Nicola (GAB)                  | Nein           |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja             | Weibel Fleur (GAB)                     | Nein           |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja             | Friedl Harald (GAB)                    | Nein           |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Nein           | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja             |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Nein           | Auderset André (LDP)                   | Ja             |
| Amacher Nicole (SP)                | Nicht anwesend | Ebi Alex (LDP)                         | Ja             |
| Dill Alexandra (SP)                | Nein           | Suter Stefan (SVP)                     | Ja             |
| Bolz Leoni (SP)                    | Nein           | Amiet Lorenz (SVP)                     | Ja             |
| Trevisan Amina (SP)                | Nein           | Pekerman Bülent (GLP)                  | Nein           |
| Sägesser Daniel (SP)               | Nein           | Sieber Johannes (GLP)                  | Nein           |
| Bay Hanna (SP)                     | Nein           | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Nein           |
| Pfister Pascal (SP)                | Nein           | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja             |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja             |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Nein           | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja             |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Nein           | Weber Eric (Fraktionslos)              | Ent            |
| Wittlin Stefan (SP)                | Nein           | Mazzotti Sasha (SP)                    | Nein           |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Nein           | Roth Franziska (SP)                    | Nein           |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Nein           | Hettich Daniel (LDP)                   | Nein           |
| Ineichen Anina (GAB)               | Nein           | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Nein           |
| Girard Fina (GAB)                  | Nein           | Wehrli Felix (SVP)                     | Nicht anwesend |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Nein           | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja             |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Nein           | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja             |
| Wirz Lea (GAB)                     | Nein           | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja             |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja             | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja             | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Nein           |
| Karger Philip (LDP)                | Ja             | Bartha Béla (GAB)                      | Nein           |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja             | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja             |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja             |  |                |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja             |  |                |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 33    | 0  | 0   | 12  | 9   | 6         | 0   | 6   | 0            | 0         |
| Nein             | 57    | 27 | 17  | 2   | 0   | 3         | 7   | 1   | 0            | 0         |
| Ent              | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 1            | 0         |
| Abgestimmt       | 91    | 27 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 2  | 1   | 1   | 2   | 1         | 1   | 0   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 27 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13  
22.1551

Abstimmungsdatum

16. Mai 2024 16:33:11

Geschäft

Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Allschwilerplatz sowie für eine klimaangepasste Platzgestaltung, Bericht der UVEK

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis       |
|------------------------------------|----------------|--|----------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Nein           |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Nein           |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja             |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja             |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Ent            |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Nein           |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Nein           |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Nein           | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja             |
| Alioth Catherine (LDP)             | Nein           | Keller Christine (SP)                  | Ja             |
| Hug Michael (LDP)                  | Nein           | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja             |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Nein           | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja             |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja             | Balmer Ivo (SP)                        | Ja             |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja             | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja             |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja             | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja             |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja             | Bessenich Salome (SP)                  | Ja             |
| Messerli Pascal (SVP)              | Nein           | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja             |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja             |
| Fischer Patrick (SVP)              | Nein           | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja             | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja             |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja             | Mück Heidi (GAB)                       | Ja             |
| Jenny David (FDP)                  | Nein           | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja             |
| Bucher Erich (FDP)                 | Nein           | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja             |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Nein           | Friedl Harald (GAB)                    | Ja             |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja             | Iselin Adrian (LDP)                    | Nein           |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja             | Auderset André (LDP)                   | Nein           |
| Amacher Nicole (SP)                | Nicht anwesend | Ebi Alex (LDP)                         | Nein           |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Nein           |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nein           |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja             |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja             |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja             |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Nein           |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja             |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja             |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Ent            |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja             |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja             | Roth Franziska (SP)                    | Ja             |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja             | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja             |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja             | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja             |
| Girard Fina (GAB)                  | Ent            | Wehrli Felix (SVP)                     | Nicht anwesend |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja             | Schweizer Jenny (SVP)                  | Nein           |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ent            | Zappalà Andreas (FDP)                  | Nein           |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja             | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ent            |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Nein           | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ent            |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Nein           | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja             |
| Karger Philip (LDP)                | Nein           | Bartha Béla (GAB)                      | Ja             |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Nein           | Battaglia Olivier (LDP)                | Nein           |
| Thüring Joël (SVP)                 | Nein           |  |                |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Nein           |  |                |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 57    | 27 | 15  | 2   | 0   | 5         | 7   | 1   | 0            | 0         |
| Nein             | 28    | 0  | 0   | 12  | 9   | 2         | 0   | 5   | 0            | 0         |
| Ent              | 6     | 0  | 2   | 0   | 0   | 2         | 0   | 1   | 1            | 0         |
| Abgestimmt       | 91    | 27 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 2  | 1   | 1   | 2   | 1         | 1   | 0   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 27 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 14  
24.0226

Abstimmungsdatum

16. Mai 2024 16:49:06

Geschäft

Gestaltungskonzept Innenstadt: Vierter Bericht zur Verwendung der Mittel aus der ersten Rahmenausgabenbewilligung (2015) sowie erster Bericht zur Verwendung der Mittel aus der zweiten Rahmenausgabenbewilligung (2021) Gestaltungskonzept Innenstadt (stabile Räume), Bericht des RR

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis         | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|------------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja               | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja               |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend   | Stalder Roger (SVP)                    | Ja               |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja               | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja               | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja               |
| Brigger René (SP)                  | Ja               | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja               |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja               | Urgese Luca (FDP)                      | Ja               |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja               | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja               |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja               | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend   | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja               |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Ja               | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja               | Keller Christine (SP)                  | Ja               |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja               | Mattmüller Georg (SP)                  | Ent              |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja               | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja               |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja               | Balmer Ivo (SP)                        | Ja               |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja               | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja               |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja               | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja               |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ja               | Bessenich Salome (SP)                  | Ja               |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja               | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja               |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend   | Seggiani Michela (SP)                  | Ja               |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja               | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja               | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja               |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja               | Mück Heidi (GAB)                       | Ja               |
| Jenny David (FDP)                  | Ja               | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja               |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja               | Weibel Fleur (GAB)                     | Ja               |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja               | Friedl Harald (GAB)                    | Ja               |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja               | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja               |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja               | Auderset André (LDP)                   | Nicht abgestimmt |
| Amacher Nicole (SP)                | Nicht anwesend   | Ebi Alex (LDP)                         | Ja               |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja               | Suter Stefan (SVP)                     | Ja               |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja               | Amiet Lorenz (SVP)                     | Ja               |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja               | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja               |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja               | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja               |
| Bay Hanna (SP)                     | Nicht abgestimmt | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja               |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja               | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja               |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident        | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja               |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja               | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja               |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Ja               | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nein             |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja               | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja               |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja               | Roth Franziska (SP)                    | Ja               |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Ja               | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja               |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja               | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja               |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja               | Wehrli Felix (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja               | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja               |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja               | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja               |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja               | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja               |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Ja               | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja               | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja               |
| Karger Philip (LDP)                | Ja               | Bartha Béla (GAB)                      | Ja               |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja               | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja               |
| Thüring Joël (SVP)                 | Nicht abgestimmt |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja               |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 86    | 25 | 17  | 13  | 8   | 9         | 7   | 7   | 0            | 0         |
| Nein             | 1     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 1            | 0         |
| Ent              | 1     | 1  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 88    | 26 | 17  | 13  | 8   | 9         | 7   | 7   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 4     | 1  | 0   | 1   | 1   | 0         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 8     | 2  | 1   | 1   | 2   | 1         | 1   | 0   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 92    | 27 | 17  | 14  | 9   | 9         | 7   | 7   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 17  
24.5096

Abstimmungsdatum

16. Mai 2024 17:37:37

Geschäft

Motion 1 Joël Thüring und Konsorten betreffend ungültige Stimmen vermeiden – Wahlunterlagen anpassen

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis         | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|------------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Nein             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Ja               |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend   | Stalder Roger (SVP)                    | Ja               |
| Esposito Zaira (SP)                | Nein             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Nein             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Ja               |
| Brigger René (SP)                  | Nein             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Ja               |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Nein             | Urgese Luca (FDP)                      | Ja               |
| Eberhard Melanie (SP)              | Nein             | Moesch Christian C. (FDP)              | Ja               |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Nein             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend   | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Ja               |
| Islar-Christ Lydia (LDP)           | Nicht anwesend   | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Alioth Catherine (LDP)             | Ja               | Keller Christine (SP)                  | Nein             |
| Hug Michael (LDP)                  | Ja               | Mattmüller Georg (SP)                  | Nein             |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Ja               | Gölgeli Edibe (SP)                     | Nein             |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Ja               | Balmer Ivo (SP)                        | Nein             |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Ja               | Brandenburger Jessica (SP)             | Nein             |
| Thommen Oliver (GAB)               | Ja               | Kabakci Mahir (SP)                     | Nein             |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Ent              | Bessenich Salome (SP)                  | Nein             |
| Messerli Pascal (SVP)              | Ja               | Baumgartner Beda (SP)                  | Nein             |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend   | Seggiani Michela (SP)                  | Nein             |
| Fischer Patrick (SVP)              | Ja               | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Ja               | Feurer Anouk (GAB)                     | Ja               |
| Christ Tobias (GLP)                | Ja               | Mück Heidi (GAB)                       | Ja               |
| Jenny David (FDP)                  | Ja               | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja               |
| Bucher Erich (FDP)                 | Ja               | Weibel Fleur (GAB)                     | Ent              |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja               | Friedl Harald (GAB)                    | Ja               |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Ja               | Iselin Adrian (LDP)                    | Ja               |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Ja               | Auderset André (LDP)                   | Ja               |
| Amacher Nicole (SP)                | Nicht anwesend   | Ebi Alex (LDP)                         | Nicht abgestimmt |
| Dill Alexandra (SP)                | Nein             | Suter Stefan (SVP)                     | Ja               |
| Bolz Leoni (SP)                    | Nicht anwesend   | Amiet Lorenz (SVP)                     | Ja               |
| Trevisan Amina (SP)                | Nein             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Ja               |
| Sägesser Daniel (SP)               | Nein             | Sieber Johannes (GLP)                  | Ja               |
| Bay Hanna (SP)                     | Nein             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Ja               |
| Pfister Pascal (SP)                | Nein             | Seiler Daniel (FDP)                    | Ja               |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident        | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Ja               |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Nein             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Ja               |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Nein             | Weber Eric (Fraktionslos)              | Ja               |
| Wittlin Stefan (SP)                | Nein             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Nein             |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Ja               | Roth Franziska (SP)                    | Nein             |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Nicht abgestimmt | Hettich Daniel (LDP)                   | Ja               |
| Ineichen Anina (GAB)               | Ja               | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Ja               |
| Girard Fina (GAB)                  | Ja               | Wehrli Felix (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ja               | Schweizer Jenny (SVP)                  | Ja               |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Ja               | Zappalà Andreas (FDP)                  | Ja               |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ja               | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Ja               |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Nicht anwesend   | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Ja               |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Ja               | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Ja               |
| Karger Philip (LDP)                | Ja               | Bartha Béla (GAB)                      | Ja               |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Ja               | Battaglia Olivier (LDP)                | Ja               |
| Thüring Joël (SVP)                 | Ja               |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Ja               |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 58    | 0  | 14  | 11  | 9   | 9         | 7   | 7   | 1            | 0         |
| Nein             | 26    | 26 | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Ent              | 2     | 0  | 2   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 86    | 26 | 16  | 11  | 9   | 9         | 7   | 7   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 3     | 0  | 1   | 1   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 11    | 3  | 1   | 3   | 2   | 1         | 1   | 0   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 89    | 26 | 17  | 12  | 9   | 9         | 7   | 7   | 1            | 1         |



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 18  
24.5110

Abstimmungsdatum

16. Mai 2024 18:03:45

Geschäft

Motion 2 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Chancengerechtigkeit für migrierte Schülerinnen und Schüler durch langfristige Sicherstellung eines Förderprogramms für leistungsstarke Jugendliche

**Individuelle Ergebnisse**

| Name                               | Ergebnis       | Name                                   | Ergebnis         |
|------------------------------------|----------------|--|------------------|
| Mathys Lisa (SP)                   | Ja             | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)        | Nein             |
| Heer Barbara (SP)                  | Nicht anwesend | Stalder Roger (SVP)                    | Nein             |
| Esposito Zaira (SP)                | Ja             | Bollack Lukas (GLP)                    | Nicht anwesend   |
| Cuénod Tim (SP)                    | Ja             | Kühne Brigitte (GLP)                   | Nein             |
| Brigger René (SP)                  | Ja             | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)         | Nein             |
| Nussbaumer Melanie (SP)            | Ja             | Urgese Luca (FDP)                      | Nein             |
| Eberhard Melanie (SP)              | Ja             | Moesch Christian C. (FDP)              | Nicht anwesend   |
| Yilmaz Semseddin (SP)              | Ja             | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht anwesend   |
| Furlano Raoul I. (LDP)             | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP)              | Nein             |
| Isler-Christ Lydia (LDP)           | Nicht anwesend | Gysin Brigitte (Mitte-EVP)             | Nein             |
| Alioth Catherine (LDP)             | Nein           | Keller Christine (SP)                  | Ja               |
| Hug Michael (LDP)                  | Nein           | Mattmüller Georg (SP)                  | Ja               |
| von Falkenstein Annina (LDP)       | Nein           | Gölgeli Edibe (SP)                     | Ja               |
| Vergeat Jo (GAB)                   | Nein           | Balmer Ivo (SP)                        | Ja               |
| Thiriet Jérôme (GAB)               | Nein           | Brandenburger Jessica (SP)             | Ja               |
| Thommen Oliver (GAB)               | Nein           | Kabakci Mahir (SP)                     | Ja               |
| Bernasconi Patrizia (GAB)          | Nein           | Bessenich Salome (SP)                  | Nicht anwesend   |
| Messerli Pascal (SVP)              | Nein           | Baumgartner Beda (SP)                  | Ja               |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP)       | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP)                  | Ja               |
| Fischer Patrick (SVP)              | Nein           | Zürcher Tonja (GAB)                    | Nicht anwesend   |
| Baumgartner Claudia (GLP)          | Nein           | Feurer Anouk (GAB)                     | Ent              |
| Christ Tobias (GLP)                | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB)                       | Ja               |
| Jenny David (FDP)                  | Nein           | Goepfert Nicola (GAB)                  | Ja               |
| Bucher Erich (FDP)                 | Nein           | Weibel Fleur (GAB)                     | Ent              |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Nein           | Friedl Harald (GAB)                    | Nein             |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)  | Nein           | Iselin Adrian (LDP)                    | Nein             |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP)      | Nein           | Auderset André (LDP)                   | Nein             |
| Amacher Nicole (SP)                | Nicht anwesend | Ebi Alex (LDP)                         | Nein             |
| Dill Alexandra (SP)                | Ja             | Suter Stefan (SVP)                     | Nein             |
| Bolz Leoni (SP)                    | Ja             | Amiet Lorenz (SVP)                     | Nein             |
| Trevisan Amina (SP)                | Ja             | Pekerman Bülent (GLP)                  | Nein             |
| Sägesser Daniel (SP)               | Ja             | Sieber Johannes (GLP)                  | Nein             |
| Bay Hanna (SP)                     | Ja             | Braun-Gallacchi Beat (FDP)             | Nein             |
| Pfister Pascal (SP)                | Ja             | Seiler Daniel (FDP)                    | Nicht abgestimmt |
| Miozzari Claudio (SP, P)           | Präsident      | Herter Balz (Mitte-EVP)                | Nein             |
| Perret Jean-Luc (SP)               | Ja             | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)       | Nein             |
| Erdogan Seyit (SP)                 | Nicht anwesend | Weber Eric (Fraktionslos)              | Nein             |
| Wittlin Stefan (SP)                | Ja             | Mazzotti Sasha (SP)                    | Ja               |
| Hanauer Raffaella (GAB)            | Nein           | Roth Franziska (SP)                    | Ja               |
| Fuhrer Raphael (GAB)               | Nein           | Hettich Daniel (LDP)                   | Nein             |
| Ineichen Anina (GAB)               | Nicht anwesend | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)           | Nicht anwesend   |
| Girard Fina (GAB)                  | Nein           | Wehrli Felix (SVP)                     | Nicht anwesend   |
| Bolliger Oliver (GAB)              | Ent            | Schweizer Jenny (SVP)                  | Nein             |
| Hoppler Laurin (GAB)               | Nein           | Zappalà Andreas (FDP)                  | Nicht anwesend   |
| Wirz Lea (GAB)                     | Ent            | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)        | Nein             |
| Nigon Gabriel (LDP)                | Nicht anwesend | Albietz Daniel (Mitte-EVP)             | Nein             |
| Kuster-Simon Nicole (LDP)          | Nein           | Bothe-Wenk Sandra (GLP)                | Nein             |
| Karger Philip (LDP)                | Nein           | Bartha Béla (GAB)                      | Ja               |
| Faesch Lukas (LDP)                 | Nein           | Battaglia Olivier (LDP)                | Nein             |
| Thüring Joël (SVP)                 | Nein           |  |                  |
| Schaller Beat K. (SVP)             | Nein           |  |                  |

| Ergebnis         | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|------------------|-------|----|-----|-----|-----|-----------|-----|-----|--------------|-----------|
| Ja               | 28    | 25 | 3   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Nein             | 49    | 0  | 9   | 11  | 9   | 9         | 6   | 4   | 1            | 0         |
| Ent              | 4     | 0  | 4   | 0   | 0   | 0         | 0   | 0   | 0            | 0         |
| Abgestimmt       | 81    | 25 | 16  | 11  | 9   | 9         | 6   | 4   | 1            | 0         |
| Nicht abgestimmt | 2     | 0  | 0   | 0   | 0   | 0         | 0   | 1   | 0            | 1         |
| Nicht anwesend   | 17    | 4  | 2   | 4   | 2   | 1         | 2   | 2   | 0            | 0         |
| Stimmberechtigt  | 83    | 25 | 16  | 11  | 9   | 9         | 6   | 5   | 1            | 1         |

## Anhang B

### Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

| <u>Tagesordnung</u>  | <u>Komm.</u>  | <u>Dep.</u> | <u>Dokument</u>          |
|--|---------------|-------------|--------------------------|
| 1. Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht (Nachfolge für den verstorbenen Ernst Jost, SP), für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 - 2027  | WVKo          |             | 24.5112.01               |
| 2. Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015 sowie Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Anpassung der Berechnung der Abgeltung der Staatsgarantie für die Basel Kantonalbank im Zuge der Revision des BKB-Gesetzes, Bericht der FKom, Mitbericht der GPK   | FKom/GPK      | FD          | 21.1809.02<br>20.5442.02 |
| 3. Bericht der Finanzkommission und der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats des Kantons Basel-Stadt zur St. Jakobshalle   | FKom/GPK      |             | 24.5103.01               |
| 4. Bauinvestitionen Universitätsspital Basel - Gewährung eines Darlehens zur Mitfinanzierung der Neubauten Klinikum 2 (Phase 1, Turm) und Klinikum 3, Bericht der FKom, Mitbericht der GSK   | FKom /<br>GSK | GD          | 23.1367.02               |
| 5. Motion Melanie Eberhard und Konsorten für eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Stellungnahme des RR   |               | GD          | 23.5586.02               |
| 6. Brennpunkt unteres Kleinbasel: Vorschläge der interdepartementalen Arbeitsgruppe zur Finanzierung der Massnahmen; Dringlicher Nachtragskredit betreffend Staatsbeitrag an den Verein Diakonische Stadtarbeit Elim für die Durchführung des Rangerdienstes auf der Dreirosenanlage im Jahr 2024 und dringlicher Nachtragskredit für das Jahr 2024 zur Finanzierung von schadensmindernden Massnahmen zur Verhinderung der Entstehung einer offenen Betäubungsmittelszene und zur Stabilisierung der Sicherheit im Unteren Kleinbasel, Bericht der FKom | FKom          |             | 24.0095.02               |
| 7. Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Allschwilerplatz sowie für eine klimaangepasste Platzgestaltung, Bericht der UVEK  | UVEK          | BVD         | 22.1551.02               |
| 8. Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung in den Jahren 2021 und 2022 Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der UVEK  | UVEK          | WSU         | 23.1480.02               |
| 9. Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss nüün, Stiftung IdéeSport, Verein Trendsport Basel, Verein Basler Kindertheater und Verein Junge Kultur Basel, Bericht der BKK  | BKK           | ED          | 23.0823.02               |
| 10. Kantonale Volksinitiative «Basel baut Zukunft» und Gesetzesentwurf für eine Änderung des Bau- und Planungsgesetzes sowie des Gesetzes über die Wohnraumförderung sowie Bericht zu einem Anzug, Bericht der BRK   | BRK           | PD          | 20.1006.06<br>21.5511.04 |
| 11. Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Beleuchtung und Randmarkierungen auf Velowegen und -routen durch ein smartes Beleuchtungssystem, Schreiben des RR  |               | BVD         | 22.5123.02               |
| 12. Anzug Laurin Hoppler und Konsorten betreffend quartierbezogene autofreie Tage um die nachhaltige Mobilität stärker in die Bevölkerung zu tragen, Schreiben des RR  |               | BVD         | 21.5509.03               |
| 13. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend 'Trees in Cities Challenge' - Noch mehr Bäume für Basel  |               | BVD         | 22.5085.02               |
| 14. Motion Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend ganzheitliche Sexualaufklärung im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR   |               | ED          | 23.5543.02               |

|     |  |    |            |
|-----|--|----|------------|
| 15. | Motion Daniel Seiler und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich des Stockwerkeigentums, Stellungnahme des RR                   | PD | 23.5572.02 |
| 16. | Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Stellungnahme des RR | PD | 23.5573.02 |
| 17. | Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich Wohnschutzkommission, Stellungnahme des RR                   | PD | 23.5574.02 |
| 18. | Motion Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Definition Wohnungsnot, Stellungnahme des RR  | PD | 23.5575.02 |
| 19. | Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren, Stellungnahme des RR                | PD | 23.5576.02 |
| 20. | Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am ICT Scouts/Campus, Schreiben des RR                                       | ED | 22.5024.02 |

### **Überweisung an Kommissionen**

|     |  |         |     |            |
|-----|--|---------|-----|------------|
| 21. | Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut" und Gegenvorschlag für ein Gesetz über die internationale Zusammenarbeit zwecks Armutsbekämpfung und Stärkung der nachhaltigen Entwicklung (GIZA), Ratschlag des RR | RegioKo | PD  | 21.1247.05 |
| 22. | Blaulichtkorridore für die Rettung Basel-Stadt, Ratschlag des RR   | JSSK    | JSD | 24.0428.01 |
| 23. | «Areal Tennisclub Old Boys, Schützenmatte West», Ratschlag des RR  | BRK     | BVD | 24.0185.01 |
| 24. | Ausgabenbewilligung zur Neugestaltung Grün- und Freiraum Saint-Louis-Park – VoltaNord, Ratschlag des RR  | UVEK    | BVD | 24.0468.01 |
| 25. | Generelle Aufgabenüberprüfung 2021-2025; Schlussbericht zur GAP 2021-2025, Bericht des RR  | FKom    | FD  | 21.0412.01 |

### **An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung**

|     |   |  |  |            |
|-----|---|--|--|------------|
| 26. | Motionen:   |  |  |            |
| 1.  | Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen (FamEL) im Kanton Basel-Stadt                          |  |  | 24.5144.01 |
| 2.  | Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt!  |  |  | 24.5145.01 |
| 3.  | Lukas Bollack betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet  |  |  | 24.5156.01 |
| 4.  | Raffaella Hanauer betreffend Konzept für Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen gegen die Sommerhitze  |  |  | 21.5155.01 |
| 5.  | Bruno Lötscher und Konsorten betreffend Einführung eines zweiten Wiederholungsversuchs bei den Anwaltsprüfungen   |  |  | 24.5167.01 |
| 6.  | Bruno Lötscher und Konsorten betreffend Ausweitung der zulässigen juristischen Praktika für die Anwaltsprüfungen auch auf die Tätigkeit als Unternehmensjuristin und Unternehmensjurist |  |  | 24.5168.01 |
| 7.  | Johannes Sieber und Konsorten betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes  |  |  | 24.5173.01 |
| 8.  | Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB)   |  |  | 24.5177.01 |
| 27. | Anzüge:   |  |  |            |
| 1.  | Michela Seggiani und Konsorten betreffend Konferenz der Schweizer Grenzregionen   |  |  | 24.5140.01 |
| 2.  | Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Universitätszugang für Spät- und Wiedereinsteigende an der Universität Basel   |  |  | 24.5141.01 |

|     |  |     |                             |
|-----|--|-----|-----------------------------|
| 3.  | Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen für in Heimen lebende Personen   |     | 24.5142.01                  |
| 4.  | Nicole Amacher und Konsorten betreffend vertiefte Analyse der Entwicklung des Nichtbezugs von Sozialhilfe und bedarfsabhängigen Sozialleistungen sowie Massnahmen zur Senkung der Nichtbezugsquote   |     | 24.5143.01                  |
| 5.  | Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend mehr Sicherheit und Komfort für Velofahrende in der Ahornstrasse  |     | 24.5146.01                  |
| 6.  | Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velovignetten und Velocodierungen gegen Velodiebstähle  |     | 24.5159.01                  |
| 7.  | Amina Trevisan und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Geschichte illegalisierter migrantischen Familien mit Saisonier- und Jahresaufenthaltsstatut in Basel   |     | 24.5160.01                  |
| 8.  | Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Zukunft der Kirchengebäude in Basel-Stadt  |     | 24.5161.01                  |
| 9.  | Annina von Falkenstein betreffend Erweiterung Tagesfamilien durch Tagesgrosseltern   |     | 24.5179.01                  |
| 28. | Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend keine finanziellen Fehlanreize für Fahrzeuge mit übermässigem Verbrauch von Ressourcen: Anpassung der Motorfahrzeugsteuer, Stellungnahme des RR   | JSD | 23.5581.02                  |
| 29. | Motion Nicole Kuster und Konsorten betreffend "Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz" und die Nähe zum geplanten Primarschulhaus Walkeweg und Kindergarten an der Münchensteinerstrasse 101, Stellungnahme des RR  | GD  | 23.5585.02                  |
| 30. | Anzug Pascal Messerli und Oliver Thommen betreffend Förderung des Baumbestands, Schreiben des RR   | BVD | 22.5158.02                  |
| 31. | Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Kultur für alle - Swisslos-Fonds Unterstützung auch bei kulturellen Veranstaltungen mit Kollekte, Schreiben des RR   | JSD | 24.5040.02                  |
| 32. | Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Medienförderung, Schreiben des RR  | WSU | 22.5119.02                  |
| 33. | Anzug Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Strategie für die Stadtentwicklung im Kleinbasel (Webergasse, Claraplatz, Claramatte), Schreiben des RR  | PD  | 22.5122.02                  |
| 34. | Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (GesG); Umsetzung des Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege, Bericht der GSK   | GSK | GD 23.0943.02               |
| 35. | Teilrevision des Gesetzes betreffend das Halten von Hunden (Hundegesetz) – Formell-gesetzliche Grundlage für die Pflicht zum Besuch eines Hunde-Erziehungskurses (Sachkundenachweis für Hunde) sowie Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Massnahmen, um den Kauf von Hunden aus prekären Verhältnissen zu steuern, Bericht der GSK | GSK | GD 22.1255.02<br>20.5390.04 |

### **Kenntnisnahme**

|     |   |      |            |
|-----|---|------|------------|
| 36. | Brennpunkt unteres Kleinbasel: Vorschläge der interdepartementalen Arbeitsgruppe zur Finanzierung der Massnahmen; Dringlicher Nachtragskredit betreffend Staatsbeitrag an den Verein Diakonische Stadtarbeit Elim für die Durchführung des Rangerdienstes auf der Dreirosenanlage im Jahr 2024 und dringlicher Nachtragskredit für das Jahr 2024 zur Finanzierung von schadensmindernden Massnahmen zur Verhinderung der Entstehung einer offenen Betäubungsmittelszene und zur Stabilisierung der Sicherheit im Unteren Kleinbasel, Schreiben der FKom | FKom | 24.0095.02 |
| 37. | Antrag der Geschäftsprüfungskommission auf Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) betreffend Neubau des Biozentrums (s. auch 21.5652), Bericht des RR   | GPK  | 19.5579.05 |

|     |  |      |                          |
|-----|--|------|--------------------------|
| 38. | Anzug Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten für einen weiteren Standort der Rettungs-Sanität im Hirzbrunnen oder Riehen, Schreiben des RR (stehen lassen)   | JSD  | 22.5036.02               |
| 39. | Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Verlängerung der Frist für die Festlegung von Abstimmungen, Schreiben der JSSK (stehen lassen)  | JSSK | 18.5190.05               |
| 40. | Anzug Otto Schmid und Konsorten betreffend Verzicht auf den Gundelitunnel, Schreiben des RR (stehen lassen)  | BVD  | 15.5484.06               |
| 41. | Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Unterführungen im Stadtgebiet sowie Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Verbesserung der Übersichtlichkeit und Sicherheit von Fussgängerunterführungen durch Beschriftung und Anbringen von Spiegeln, Schreiben des RR (stehen lassen) | BVD  | 22.5118.02<br>22.5080.03 |
| 42. | Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend gleich lange Spiesse in den Quartieren bei Bauvorhaben, Schreiben des RR (stehen lassen)   | JSD  | 21.5517.03               |
| 43. | Schriftliche Anfrage Christoph Hochuli betreffend mehr Verkehrssicherheit durch beleuchtete Fussgängerstreifen, Schreiben des RR   | JSD  | 24.5003.02               |
| 44. | Schriftliche Anfrage Sasha Mazzotti betreffend Stärkung der Frühförderung, Schreiben des RR  | ED   | 24.5019.02               |
| 45. | Schriftliche Anfrage Jessica Brandenburger betreffend der Überprüfung & Verbesserung der Entlohnung in der «geschützten Arbeit», Schreiben des RR  | WSU  | 24.5020.02               |
| 46. | Schriftliche Anfrage Salome Bessenich betreffend Klimaanalysen für die Zukunft von Basel, Schreiben des RR   | WSU  | 24.5034.02               |
| 47. | Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Bussgelder aus der Schweiz in Deutschland, Schreiben des RR   | JSD  | 24.5028.02               |
| 48. | Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Einsatz von Elektroschockern bei der Basler Polizei, Schreiben des RR   | JSD  | 24.5029.02               |
| 49. | Schriftliche Anfrage Salome Bessenich betreffend Entwicklung des Wohnflächenverbrauchs bei Ersatzneubauten in Basel, Schreiben des RR  | PD   | 24.5033.02               |
| 50. | Schriftliche Anfrage Pascal Messerli betreffend Flug- und Klimabilanz der Basler Regierung und Verwaltung, Schreiben des RR  | PD   | 24.5037.02               |
| 51. | Schriftliche Anfrage Tobias Christ betreffend im Bundesgesetz über Velowege verankerten Beteiligungspflicht von interessierten Organisationen sowie Betroffenen an der Velowegnetzplanung, Schreiben des RR  | BVD  | 24.5041.02               |
| 52. | Schriftliche Anfrage Alex Ebi betreffend energiesparende Beleuchtung von Fussballfeldern unter Inanspruchnahme von Finanzbeiträgen des Schweizerischen Fussballverbandes (SFV), Schreiben des RR   | ED   | 24.5044.02               |
| 53. | Schriftliche Anfrage David Jenny betreffend Unabhängigkeit des Zentralen Rechtsdienst, insbesondere bei der Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit von Motionen, Schreiben des RR  | JSD  | 24.5043.02               |